

# Sozialdemokratie und Kommunismus

Die Auseinandersetzung der SPD mit dem Kommunismus  
im Zeichen der Neuen Ostpolitik 1969-1974

*„Wir müssen in einer Welt leben, die wir mit Kommunisten teilen müssen.  
Weil wir mit ihnen leben müssen, haben wir dafür zu sorgen,  
dass wir von ihnen nicht geschluckt werden.“  
(Herbert Wehner im Spätjahr 1970)*

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades  
eines Doktors der Philosophie der  
Universität Mannheim

von  
Jens Schultz

Prüfer: Prof. Dr. Gottfried Niedhart  
Prof. Dr. Michael Erbe

Dekan: Prof. Dr. Erich Pelzer

Tag der Disputation: 12. November 2009

<b>I. Einführung</b>	<b>S.4-15</b>
<b>II Antikommunistische Traditionslinien der SPD seit 1917/18</b>	
1. Kommunismus und Antikommunismus - Ursprünge und Erscheinungsformen	S.16-20
2. Der Neuaufbau der SPD nach 1945 im Zeichen des Antikommunismus	S.21-29
<b>III. Auseinandersetzungen der SPD mit den Kommunisten 1968-70</b>	
<b>1. Die Radikalisierungstendenzen bei den Jusos als Alarmsignal für die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der eigenen Parteijugend</b>	<b>S.30-34</b>
1.1 Die Radikalisierung der Studentenschaft 1969 - 1972	S.34-38
1.2 Die Strategie des begrenzten Konflikts als Antwort des SPD-Parteivorstandes	S.38-41
1.4 Der „Linksrutsch“ der Jusos 1969 und die Furcht des SPD-Parteivorstandes	S.41-51
1.5 Die Neue Ostpolitik als Vehikel innenpolitischer Veränderungen	S.52-57
<b>2. Die organisatorische und ideologische Auseinandersetzung der SPD mit der DKP/SED bis zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags im Sommer 1970</b>	<b>S.58-102</b>
2.1 Die KPD und ihre politische Hinterlassenschaft 1956-1970	S.58-60
2.2 Die Ausgangssituation der Kommunisten in der Bundesrepublik ab 1960	S.60-62
2.3 Initiativen zur Neuzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik 1967	S.62-64
2.4 Die „Neukonstituierung“ der DKP im September 1968	S.64-67
2.4.1 Ideologische Kontroversen in der DKP zum Verhältnis	S.67-72
2.4.2 Die außerparlamentarischen Aktionen und die ersten Anbiederungsversuche	S.72-74
2.4.3 Die DKP im Spagat zwischen parteiinternen Streitigkeiten und machtpolitischen Ansprüchen der SED	S.74-78
2.5 Die Reaktionen der SPD-Führungsgremien auf die „Umarmungsversuche“ der DKP im Wahljahr 1969	S.78-82
2.5.1 Die sozialdemokratische Reaktion auf die verstärkten Aktionseinheits- und Infiltrationsbemühungen der DKP/SED nach der Bundestagswahl 1969	S.83-90
2.5.2 Der SPD-Parteitag in Saarbrücken am 13./14. Mai 1970 als Signal einer zunehmenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus	S.90-93
2.6 Neuakzentuierung der DKP-Politik zwischen dem zweiten deutsch-deutschen Treffen und der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im Sommer 1970	S.94-102
<b>3. Der letzte Anstoß zur Abgrenzungspolitik: Der Ulbricht-Besuch einer Juso-Delegation im Juni 1970</b>	<b>S.102-108</b>

<b>4. Das Löwenthal-Papier und der „Anti-Aktionseinheitsbeschluss“ - von der Abgrenzung zur Parteidoktrin</b>	<b>S.108-159</b>
4.1 Die Vorbereitungen der SPD-Führung für eine Beschlussvorlage im Schatten der Moskauer Verhandlungen	S.108-110
4.2 Die Beauftragung Richard Löwenthals im Sommer 1970	S.110-111
4.3 Das Löwenthal-Papier als „interne“ Arbeitsgrundlage	S.111-113
4.4 Der geeignete Zeitpunkt für einen Abgrenzungsbeschluss der SPD	S.113-116
4.5 Das Löwenthal-Papier in seiner ostpolitischen Bedeutung	S.116-120
4.6 Die Vorveröffentlichung des Löwenthal-Papiers in der „Nordwoche“ im September 1970	S.120-126
4.7 Abstimmung über vollendete Tatsachen - Die gemeinsame Sitzung des SPD-Parteivorstandes und des SPD-Parteirates vom 14. November 1970	S.126-132
4.8 Unmittelbare Reaktionen in Osteuropa auf den SPD-Beschluss	S.132-135
4.9 Die innerparteilichen Reaktionen auf den SPD-Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970	S.135-145
5. Die SPD-Führungskrise nach dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1970	S.146-147
5.1 Wehners Taktieren auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1970	S.147-151
5.2 Die „Heckenschützenaffäre“ - Die Instrumentalisierung der KPD-Mitgliedschaft Wehners	S.151-159

#### **IV Die innenpolitische Funktion der Abgrenzung**

<b>1. Der innenpolitische Druck gegenüber der Neuen Ostpolitik 1970-74: Die sozialdemokratische Abgrenzungsstrategie als Ventil</b>	<b>S.159-207</b>
1.1 „Freiheit statt Sozialismus“ - Konfrontation mit der CDU/CSU	S.159-170
1.2 Der „Radikalenerlass“ als Konzession der SPD an die CDU/CSU	S.170-176
1.3 Die Auseinandersetzung mit der DKP - Reaktionen der DKP auf die Beschlüsse der SPD	S.176-182
1.4 Die Dichotomie von Abgrenzung und Integration	S.182-186
2. Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Abgrenzungsstrategie	S.186-207
2.1 Die Haltung des DGB zum Kommunismus - der Wunsch bundesdeutscher Gewerkschafter nach Verständigung mit den osteuropäischen Gewerkschaften	S.188-193
2.2 Die Ostkontakte des DGB nach der Niederschlagung des Prager Frühlings	S.193-196
2.3 Die Aufgabe und Funktion der bundesdeutschen Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt	S.196-198
2.4 Der deutsch-deutsche Gewerkschaftsdialog	S.199-207

<b>IV Fazit</b>	<b>S.207-211</b>
-----------------	------------------

<b>Anhang</b>	<b>S.211-215</b>
---------------	------------------

<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>S.216-217</b>
---------------------------	------------------

<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>S.217-225</b>
-----------------------------	------------------

## I. Einführung

Als die Sozialliberale Koalition Ende 1969 die Regierungsverantwortung übernahm, wurde die Formulierung aus der Regierungserklärung Willy Brandts „mehr Demokratie wagen“ zum Fanal einer ganzen Generation in Aufbruchstimmung. Die Regierung Brandt-Scheel war angetreten als Regierung der inneren Reformen. Dennoch bringt man sie heute vor allem mit der Ostpolitik als Beginn einer Vervollständigung deutscher Außenpolitik in Verbindung. Der neue ostpolitische Kurs war eine konsequente Weiterführung der durch Egon Bahr bereits 1963 geprägten Formel „Wandel durch Annäherung“, die während der Großen Koalition durch Brandt als Außenminister und Bahr als Leiter des Planungstabs im Auswärtigen Amt konkrete Ausgestaltung erfahren hatte. Die Verständigungspolitik gegenüber der Sowjetunion und den Staaten in ihrem Einflussbereich brachte es zwangsläufig mit sich, dass man mit Kommunisten nicht nur an einem Tisch saß, sondern mit ihnen völkerrechtliche Verträge aushandelte. Nachdem wenige Jahre zuvor der Kalte Krieg während der Kuba-Krise beinahe zum Heißen Krieg eskaliert war, übten sich die Großmächte in Bestandssicherung und Festigung ihres machtpolitischen Einflussbereichs. Die Rückbesinnung auf die „friedliche Koexistenz“, der durch Nikita Chruschtschow formulierten Maxime sowjetischer Außenpolitik, kennzeichnete in den 60er Jahren das bei beiden Supermächten vorhandene Bedürfnis nach Entspannung. Daran knüpfte die Neue Ostpolitik Willy Brandts mit dem Konzept der „Deeskalation durch Kommunikation“ geschickt an.<sup>1</sup> Das damit verfolgte Zwischenziel, nämlich die Herstellung stabiler Ost-West-Beziehungen, war eine Grundvoraussetzung, um die Herrschaft des Kommunismus in Zentral-

---

<sup>1</sup> Vgl. Niedhart, Gottfried: Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1995, Essen 2006, S.99ff.

und Osteuropa und die deutsche Teilung zu überwinden.<sup>2</sup> Eine Voraussetzung für Stabilität war aus sowjetischer Sicht die Anerkennung des Status Quo also der bestehenden Nachkriegsordnung insbesondere durch die Bundesrepublik. Wie der Kreml im Zuge der Ost-Westannäherung und der damit einhergehenden Vervielfachung von politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontakten bald feststellte, blieben ideologische Aspekte nicht unberührt. Daher rief jede Annäherung zwischen Ost und West auch Ängste und Misstrauen jenseits des Eisernen Vorhangs hervor. Schließlich waren mit der Öffnung gegenüber dem Westen erhebliche ideologische Risiken verbunden. In den Köpfen moskautreuer Kommunisten ging die Angst vor dem „Sozialdemokratismus“ um. Die politische Stoßrichtung der neuen Ostpolitik blieb dem Politbüro der SED, allen voran Walter Ulbricht, nicht verborgen. Dem Außenminister Otto Winzer wird die Charakterisierung der Bonner Entspannungspolitik als „Aggression auf Filzlatschen“ zugeschrieben. Eine ideologische Distanzierung gab es jedoch nicht nur in der DDR.

Parallel zur Entspannungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung begann sich die SPD sowohl ideologisch als auch organisatorisch von der DKP und von anderen kommunistischen Gruppierungen deutlich abzugrenzen. Beispielhaft für den eingeschlagenen Abgrenzungskurs steht das so genannte Löwenthal-Papier mit dessen Erarbeitung der Berliner Politologe Richard Löwenthal im Sommer 1970 beauftragt wurde. Darin sollten die grundlegenden Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufgezeigt werden. Dieses Grundlagendokument wurde mit dem so genannten Anti-Aktionseinheitsverbot vom SPD-Parteivorstand zu einer Beschlussvorlage („Sozialdemokratie und Kommunismus“) zusammengefasst und dem SPD-Parteirat zur Entscheidung vorgelegt. Am 14. November 1970 bestätigte der SPD-Parteirat die Vorlage. Damit vollzog die SPD in aller Form den Trennungsstrich zwischen bundesdeutscher Sozialdemokratie und dem Kommunismus.

Die Parallelität von internationaler Entspannungspolitik und innenpolitischer Abgrenzung gegenüber kommunistischen Gruppierungen wurde bislang nicht untersucht. Auf den ersten Blick scheint es sich um einen Widerspruch zu handeln. Tatsächlich handelt es sich um eine Positionierung der Sozialdemokratie, die in der

---

<sup>2</sup> Vgl. Haftendorn, Helga: Transformation und Stabilität. Willy Brandt und die deutsche Außenpolitik, in: Möller, Horst; Vaisse, Maurice (Hrsg.): Willy Brandt und Frankreich, München 2005, S.17.

Kontinuität der Geschichte der SPD stand und innenpolitisch bedingt war. Dabei sollen zwei Problemebenen unterschieden werden:

1. die innerparteiliche Ebene
2. die innenpolitische Ebene

Die „Kommunistenfrage“ wurde vor dem Hintergrund einer Renaissance des Marxismus innerhalb der 68er Generation zum innerparteilichen Diskussions- und Streitgegenstand der bundesdeutschen Sozialdemokratie. Auch hier fehlt eine Darstellung, die anhand von unveröffentlichten Quellen die Konfliktlinien innerhalb der SPD aufzeigt. In der vorliegenden Untersuchung kann natürlich nicht die ganze Partei Untersuchungsgegenstand sein. Daher werden vor allem die Diskussionen innerhalb der Parteiführung rekonstruiert. Wie nahm die SPD-Spitze den innerparteilichen Dissens wahr und wie reagierte sie auf die Radikalisierung der Jugendgeneration? Zeitgleich zu den neomarxistischen Tendenzen und der zunehmenden innerparteilichen Fraktionierung forcierte der Parteivorstand den Abgrenzungskurs gegenüber den Kommunisten. Ferner soll untersucht werden, ob es sich dabei tatsächlich um einen Wendepunkt handelte, der die „Erosion der Abgrenzung“ einleitete.<sup>3</sup> Diese These impliziert, dass der Abgrenzungsbeschluss der SPD - Führung nicht bzw. kaum befolgt wurde, weil große Teile der Partei ihn ablehnten. Da gerade den Jusos im Zuge der sogenannten „Linkswende“ im Dezember 1969 Radikalisierungstendenzen attestiert wurden und die konservative Publizistik behauptete, dass sie sich mit den Kommunisten solidarisieren würden, erscheint eine Analyse des Verhältnisses der Arbeitsgemeinschaft und den bundesdeutschen Kommunisten angebracht.

Ein besonderes Augenmerk dieser Untersuchung liegt auf der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der CDU/CSU und der DKP. Durch die Verunglimpfung des Sozialismusbegriffs, warfen die Unionsparteien die SPD und Teile der neuen Linken mit den Kommunisten in einen Topf. Einen weiteren Problembereich an dem die innerparteiliche und innenpolitische Diskussion entbrannte, stellte der Ministerpräsidentenerlass (oder auch „Extremistenbeschluss“) vom 28. Januar 1972

---

<sup>3</sup> Vgl. Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung - Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

dar. Fortan wurde dieser Beschluss von seinen Kritikern polemisch als „Radikalerlass“ oder als „Berufsverbot“ bezeichnet. Bislang knüpften daran vorwiegend juristische und politikwissenschaftliche Untersuchungen an. Hier soll nicht auf die rechtlichen Aspekte des Erlasses eingegangen werden. Vielmehr gilt es zu fragen, ob dieser Erlass in einer handlungsimmanenten Logik stand oder ob mit dem Beschluss der Ministerpräsidenten, eine qualitativ neue Ebene in der Auseinandersetzung mit kommunistischen Gruppierungen betreten wurde.

Die Kommunisten in der Bundesrepublik warfen ihrerseits der SPD die Belegung eines neuen „Antikommunismus“ vor, der verschleierte, dass die „rechte“ SPD-Führung das kapitalistische System der BRD stütze. Dass diese Behauptung auch innerhalb der SPD Anhänger fand, trat durch den Stamokap-Flügel innerhalb der Jusos zu Tage. Die Kapitalismus- und Systemkritik der Jungsozialisten eröffnete, so hoffte die DKP-Führung, Berührungspunkte zwischen Kommunisten und unzufriedenen Sozialdemokraten. Das angestrebte Ziel der „Aktionseinheit“ wird eingehender zu erörtern sein. Allerdings waren kommunistische Anbiederungsversuche gegenüber Sozialdemokraten, um diese für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren weder ein Novum der Ära Brandt noch blieben sie auf die Bundesrepublik beschränkt. Fast überall in Europa priesen kommunistische Politiker die „Aktionseinheit“ zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften als einzigen Weg zur Verwirklichung von gesellschaftlichen Reformen an. Die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus in den 60er und 70er Jahren war in den Ost-West-Konflikt eingebettet. Nach der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien Europas im April 1967 lockerte sich die lange Zeit starr gebliebene Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten auf. Verantwortlich dafür waren sowohl eine Binnendifferenzierung innerhalb der KPs, als auch bündnispolitische Überlegungen, die zu einer europäischen Sicherheitskonferenz führen sollten.

Zunächst wird ein ereignisgeschichtlicher Rückgriff vorgenommen, um die in der sozialdemokratischen Antikommunistustradition angelegten Kontinuitätslinien aufzuzeigen. Ausgehend von den historischen Erfahrungen, die viele Sozialdemokraten mit den Kommunisten gemacht hatten, wird deren Haltung gegenüber dem Kommunismus durch die Fünfziger Jahre hindurch kurz skizziert. Der Sozialismus-Begriff Kurt Schumachers und dessen ethisch-normative Verankerung werden hier



zu thematisieren sein. Dies gilt ebenso für die Ablehnung des Kommunismus in zahlreichen programmatischen Aussagen der SPD, die auch im Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 ihren Ausdruck fanden.

Darauf folgt eine Darstellung der gesellschaftlichen Veränderungen vor dem Hintergrund der Studentenrevolte von 1968 und der Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten mit der jungen Generation. In diesem Zusammenhang gilt es, das Spektrum der neuen Linken, die mit einer Reihe von neomarxistischen sozialistischen Konzepten die Auswüchse bestehender Sozialverhältnisse kritisierte, aufzuzeigen. Für das Klima in den folgenden Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war der durch die 68er Revolte vorgegebene öffentliche Diskurs von besonderer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund soll die Gründung der DKP und die politische Auseinandersetzung mit der SPD bis zum Moskauer Vertrag im Sommer 1970 aufgezeigt werden. Anschließend wird die Entstehungsgeschichte des Löwenthal-Papiers nachgezeichnet und nach seiner Funktion gefragt. Untersuchungsgegenstand ist nicht nur der Inhalt des Papiers, sondern der Diskussions- und Entscheidungsprozess innerhalb des Parteivorstandes der SPD. Hierauf folgt eine Schilderung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus unter innenpolitischen Gesichtspunkten. Dabei stehen die Auseinandersetzungen mit der CDU/CSU und die Stimmungen innerhalb der unionsnahen Presse im Vordergrund. Anhand der „Heckenschützen – Affäre“ bzw. der politischen Instrumentalisierung persönlicher Biografien soll der Stellenwert einer Abgrenzung vom Kommunismus verdeutlicht werden.

Aufgrund der großen Anzahl sozialdemokratischer und kommunistischer Parteimitglieder, die sich gewerkschaftlich organisierten, sind ferner die Kontakte und Querverbindungen der SPD zum DGB von Interesse. Da der DGB ebenso wie die SPD Adressat der kommunistischen Aktionseinheitsträume war, soll dargestellt werden, ob es innerhalb des DGB und den Einzelgewerkschaften ähnliche Vorgänge wie in der bundesdeutschen Sozialdemokratie gab. Die politisch-ideelle Nähe der Gewerkschaften zur SPD würde zumindest nahe legen, dass der DGB eine ähnliche Abgrenzung gegenüber den Kommunisten vornahm. Ebenso sind mögliche Berührungspunkte zwischen SPD und DGB in diesem Themenkomplex oder Versu-

che der Sozialdemokraten, ihre Einflussnahme innerhalb der Gewerkschaften gegenüber kommunistischen Kollegen geltend zu machen, von Interesse.

Mit gutem Recht lässt sich behaupten, dass wohl kaum eine andere Partei, so oft Gegenstand historischer und sozialwissenschaftlicher Untersuchungen war, wie die SPD. Eine Einführung in die Parteigeschichte der SPD leistet die kurze und prägnante Darstellung von Heinrich Potthoff und Susanne Miller.<sup>4</sup> Die zeitgeschichtliche Vertiefung ermöglicht die von Dieter Dowe herausgegebene Reihe zur Geschichte der SPD nach 1945.<sup>5</sup> Für die innenpolitischen bzw. die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik waren die Studentenunruhen prägend. In welchem Umfang „1968“ auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der 70er-Jahre zurückwirkte, bleibt für die Forschung noch eingehender zu untersuchen.<sup>6</sup> Zur Studentenrevolte der 68er Generation gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Publikationen, die Stimmungen und Hoffnungen innerhalb der jungen Generation aufzeigen.<sup>7</sup> An dieser Stelle sei auf die Darstellung von Detlef Siegfried hingewiesen, die die Politisierung der Jugend näher analysiert.<sup>8</sup> Weit über die bundesdeutsche Nabelschau der 68er hinaus weisen die kürzlich erschienene Untersuchung von Norbert Frei sowie die Dissertation von Gerd-Rainer Horn.<sup>9</sup> Zum Verhältnis der SPD gegenüber der Studentenschaft empfiehlt sich eine knappe aber prägnante Darstellung von Willy Albrecht.<sup>10</sup> Auch die Studie zum Sozialistischen Deutschen Studenten-

---

<sup>4</sup> Vgl. Potthoff, Heinrich; Miller Susanne: Kleine Geschichte der SPD - 1848-2002, Bonn 2002, 8. aktualisierte und erw. Aufl. Ferner ist die wohl umfassendste Bibliographie zur SPD, KPD/DKP und DGB, die von Klaus Günther und Kurt Thomas Schmitz hierzu: Vgl.: Günther, Klaus; Schmitz, Kurt Thomas: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland - 1945-1973, Bonn-Bad Godesberg 1976.

<sup>5</sup> Bislang sind zwei Bände fertig gestellt und im Dietz-Verlag erschienen. Band drei „Die Sozialdemokratie in der sozial-liberalen Koalition 1969 - 1982“ bearbeitet Bernd Faulenbach.

<sup>6</sup> Ähnlich hierzu die Sammelrezension von Philipp Gassert vom 25.06.2007 vgl.

[http://hsozkult.geschichte.hu-](http://hsozkult.geschichte.hu-ber-)  
[ber-](http://hsozkult.geschichte.hu-ber-)

[lin.de/rezensionen/id=7544&count=462&recno=119&type=rezbuecher&sort=datum&order=down&search=1968](http://hsozkult.geschichte.hu-ber-lin.de/rezensionen/id=7544&count=462&recno=119&type=rezbuecher&sort=datum&order=down&search=1968).

<sup>7</sup> Vgl. Lönnendonker, Siegfried; Rabehl, Bernd; Staadt, Jochen: Die antiautoritäre Revolte, Bd.1, Schriften des Otto-Stammer-Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 2002 sowie Langguth, Gerd: Mythos 68 - die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke; Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001.

<sup>8</sup> Vgl. Siegfried, Detlef: Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Hamburger Beitrag zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 41, Göttingen 2006.

<sup>9</sup> Vgl. Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008 sowie vgl. Horn, Gerd-Rainer: The Spirit of `68. Rebellion in Western Europe and North America 1956-1976, Oxford u.a. 2008. Ferner vgl. Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003.

<sup>10</sup> Vgl. Albrecht, Willy: Unter den Talaren...Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968 in: Dowe, Dieter (Hrsg.): Partei und soziale Bewegung - kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn 1993.

bund (SDS) desselben Autors zeigt dieses Spannungsverhältnis auf.<sup>11</sup> Man kann behaupten, dass sich die SPD als einzige der etablierten Parteien in der Bundesrepublik einer grundlegenden Auseinandersetzung und Diskussion mit der jungen Generation stellte. Gerade in der Perspektive des innerparteilichen Diskurses der SPD zeigt sich auch, dass sie dazu gezwungen war. Der Grund hierfür war nicht die sozioökonomischen Veränderungen innerhalb der Bundesrepublik, sondern besonders die „Akademisierung“ und „Verjüngung“ größerer Teile der Partei. In diesem Zusammenhang ist die Studie von Klaus Schönhoven einschlägig, die die Entwicklung und die Auseinandersetzungen aufzeigt, die das Verhältnis zwischen Parteivorstand und Jusos schwer belasteten.<sup>12</sup> Zu den innerhalb der SPD mit der Jugend geführten Diskussionen und dem von den Jusos beklagten Mangel an Theorie, findet man in dem Standardwerk von Peter Lösche „Die SPD“ einige Hinweise.<sup>13</sup> Diese Studie untersucht die innerparteiliche Entwicklung anhand der Generationen unter eher makrosoziologischen Gesichtspunkten. Lösche thematisiert die Auseinandersetzungen aufgrund der Unterwanderung der SPD von „links“ am Münchner Beispiel. Hier zeigt er plausibel auf, dass die SPD in den Siebziger Jahren weitgehend mit sich selbst beschäftigt war. Um die Ziele und Strategie der Jungsozialisten in diesem Konflikt besser nachvollziehen zu können, sind ferner die Arbeiten von Gottfried Freiherr von der Heydte und Karl Schonauer zu erwähnen.<sup>14</sup> Ebenfalls zu den Münchner Verhältnissen äußerst lesenswert ist die Reminiszenz Hans-Jochen Vogels an seine Amtszeit in München.<sup>15</sup> Darin werden die Vorbehalte Vogels gegenüber der Parteilinken deutlich gemacht. Dem entgegengesetzt ist die Darstellung von Heinz-Gerd Hofschien, Erich Ott, Hans Karl Rupp,

---

<sup>11</sup> Vgl. Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) - Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994. Hierzu auch Fichter, Tilmann: SDS und SPD - Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988

<sup>12</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: Wendejahre - Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, in: Dowe Dieter (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004

<sup>13</sup> Vgl. Lösche, Peter: Die SPD - Klassenpartei-Volkspartei-Quotenpartei - zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992

<sup>14</sup> Vgl. Freiherr von der Heydte, Gottfried: Die Geschichte der Auseinandersetzung der SPD mit ihrer Parteijugend, Würzburg 1978. Sowie die Dissertation von Schonauer, Karl: Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946-1973 - Der Wandel der SPD-Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1980; eine vergleichende Studie dazu vgl. Krabbe, Wolfgang: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002

<sup>15</sup> Vgl. Vogel, Hans-Jochen: Die Amtskette - Meine 12 Jahre - Ein Erlebnisbericht, München 1972. Zu den Verhältnissen in der Münchner SPD weiterhin vgl. Glotz, Peter: Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchner SPD 1968-1974, in: APuZ 41, 1975, S.3ff.

die sich den Widersprüchen der SPD im System der BRD widmet.<sup>16</sup> Wer den Aspekt der innerparteilichen Auseinandersetzungen und Fraktionierungsprozesse vertiefen möchte, findet in der Studie von Ferdinand Müller-Rommel sowie in der Dissertation von Annekatriin Gebauer wichtige Forschungsergebnisse.<sup>17</sup> Zum politisch-theoretischen Spannungsverhältnis zwischen Sozialdemokratie und Marxismus ist die Untersuchung von Alexander und Gesine Schwan nach wie vor einschlägig.<sup>18</sup> Darin wird an die erneute Diskussion über das Godesberger Programms Ende der Sechziger Anfang der Siebziger Jahre innerhalb der Sozialdemokratie angeknüpft. Aus linkssozialistischer Perspektive kann hier die Darstellung von Wolfgang Abendroth entgegengestellt werden.<sup>19</sup> Eine weitere Untersuchung Gesine Schwans widmet sich dem „Antikommunismus“ in der Gesellschaft der Bundesrepublik nach 1945. Darin werden das wandelbare Antlitz und die Kontinuitätslinien des Antikommunismus skizziert.<sup>20</sup>

Einen umfassenden Überblick zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geben die Forschungen von Edgar Wolfrum und Manfred Görtemaker.<sup>21</sup> Die umfangreichsten und pointiertesten Gesamtdarstellungen über die Sozialliberale Koalition stellen nach wie vor die Werke von Arnulf Baring und Karl Dietrich Bracher dar.<sup>22</sup> Die historische Erforschung der innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklungen während der Regierung Brandt-Scheel ist bislang nicht abgeschlossen. Die 70er Jahre sind mit dem Ablauf der archivalischen Sperrfrist noch Gegenstand zeitgeschichtlicher Untersuchungen. Für den Zeitraum der frühen siebziger Jahre

---

<sup>16</sup> Vgl. Hofschien, Heinz-Gerd; Ott, Erich; Rupp, Hans Karl: SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975.

<sup>17</sup> Vgl. Müller-Rommel, Ferdinand: Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD: eine empirische Studie über informell organisierte Gruppierungen von 1969-1980, Opladen 1982 sowie vgl. Gebauer, Anne-Katrin: Der Richtungsstreit in der SPD - Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf (Diss.), Wiesbaden 2005.

<sup>18</sup> Vgl. Schwan, Alexander; Schwan, Gesine: Sozialdemokratie und Marxismus: zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974.

<sup>19</sup> Vgl. Abendroth, Wolfgang; SPD - jenseits von Godesberg - Beitrag zur Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm, Heilbronn 1985.

<sup>20</sup> Vgl. Schwan, Gesine: Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland - Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999.

<sup>21</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Die Bundesrepublik Deutschland (1949-1990). Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 23, Stuttgart 2005 und vgl. Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

<sup>22</sup> Vgl. Baring, Arnulf: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983 und vgl. Jäger, Wolfgang; Link, Werner; Bracher, Karl-Dietrich: Republik im Wandel, Band 1 in: Bracher, Karl-Dietrich; Eschenburg, Theodor; Fest, Joachim; Jäckel, Eberhard(Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1986.

leistet das Archiv für Sozialgeschichte erste, wichtige Beiträge.<sup>23</sup> Ergänzt werden diese durch das von Konrad Jarausch herausgegebene Sammelband „Das Ende der Zuversicht?“. Anselm Doering-Manteuffel und der Herausgeber unterstreichen darin in besonderer Weise, dass die Siebziger ein Scharnierjahrzehnt waren, in dem sich einerseits die Erwartungen vieler Zeitgenossen von „immerwährender Prosperität“ als kurze Episode erwiesen. Andererseits kristallisierten sich in diesem Jahrzehnt sozio-ökonomische Probleme heraus, die die Bundesrepublik bis heute noch beschäftigen.<sup>24</sup>

Die Forschungsliteratur zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel ist mittlerweile außerordentlich vielfältig.<sup>25</sup> Als Einführungslektüre liegt eine ältere, journalistische, aber kenntnisreiche Darstellung von Peter Bender vor.<sup>26</sup> Der ersten bzw. konzeptionellen Phase der neuen Ostpolitik und deren Einordnung in die weltpolitischen Veränderungen widmet sich die Untersuchung von dem Berliner Politologen und Vertrauten Willy Brandts, Richard Löwenthal.<sup>27</sup> An die Perspektive der politischen Akteure knüpfen die Monografien von Andreas Voigtmeier und Dirk Kroegel an.<sup>28</sup> Ebenso liegen neben den zahlreichen Akten- bzw. Quelleneditionen des Instituts für Zeitgeschichte und der Willy-Brandt-Stiftung mehrere Memoiren und Biografien vor.<sup>29</sup> Zu nennen sind hier vor allem die von Peter Merseburger,

---

<sup>23</sup> Vgl. Archiv für Sozialgeschichte: Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, Band 44, Bonn 2004.

<sup>24</sup> Vgl. Jarausch, Konrad (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008.

<sup>25</sup> Der Autor beschränkt sich hier daher auf eine Reihe von Darstellungen, die sich auf den Untersuchungsgegenstand als nutzbringend erwiesen. Für einen tentativen Überblick vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik. Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: AfS, Band 46, Bonn 2006, S.716ff.

<sup>26</sup> Vgl. Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen - Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1996; 4. Aufl.

<sup>27</sup> Vgl. Löwenthal, Richard: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974. Ferner vgl. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte - Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001; ders., Die Wurzeln der Entspannung - Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ 51 (2003), S. 521ff.

<sup>28</sup> Vgl. Voigtmeier, Andreas: Egon und die deutsche Frage - zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996 sowie vgl. Dirk Kroegel, Einen Anfang finden! - Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997.

<sup>29</sup> Vgl. Schwarz, Hans-Peter u.a. (Hrsg.): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. *Willy Brandt*, Ein Volk der guten Nachbarn - Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, bearb. von Frank Fischer (Berliner Ausgabe, Bd. 6), Bonn 2005 sowie vgl. Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966, bearb. von Siegfried Heimann (Berliner Ausgabe, Bd. 3), Bonn 2004.

Gregor Schöllgen und Egon Bahr.<sup>30</sup> Die Perzeptionen in Ostberlin zur neuen Bonner Ostpolitik analysiert die Darstellung des ehemaligen Politbüro-Mitgliedes Manfred Uschner sowie die Dissertation von Mary Elise Sarotte.<sup>31</sup> Aus bundesdeutscher Perspektive kann ferner auf die Dissertation von Frank Fischer verwiesen werden. Darin macht der Autor auf die vielschichtigen Verflechtungen von Innen- und Ostpolitik aufmerksam.<sup>32</sup> Die neuesten Forschungen zu dem Themenkomplex der Neuen Ostpolitik im Bereich der internationalen Geschichte sind die Publikationen, die im Rahmen der Forschungsprojekte „Détente und Ostpolitik“ und „Ostpolitik und KSZE“ an der Universität Mannheim entstanden sind.<sup>33</sup> Die umfangreichste Studie zur Neuen Ostpolitik und deren Verhältnis zur „weltumspannenden Détentepolitik in den Schlüsseljahren 1966 bis 1969“ ist die Habilitationsschrift von Oliver Bange.<sup>34</sup> Der multiperspektivische und multiarchivale Ansatz dieser Studie beleuchtet sehr differenziert die Perzeptionen der Europäer gegenüber der neuen Außenpolitik Bonns und die Genese und Theorie der neuen Ostpolitik.

Das ideologische Abgrenzungsbedürfnis im anderen Teil Deutschlands wurde von Hans-Joachim Spanger untersucht, indem er den Begriff des „Sozialdemokratismus“ näher betrachtet. Ebenso widmet sich Sarotte den Verlockungen den „Tanz mit dem [westdeutschen] Teufel“ zu wagen.<sup>35</sup> Dieses Abgrenzungsbedürfnis wird auch in der Studie über die geheime Westarbeit der SED von Jochen Staadt anhand von Quellen aus dem Politbüro und der Westabteilung näher aufgezeigt.<sup>36</sup>

<sup>30</sup> Vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002, vgl. Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, München 2003, vgl. Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996.

<sup>31</sup> Vgl. Uschner, Manfred: Die Ostpolitik der SPD - Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991, hierzu auch Sarotte, Mary Elise: Dealing with the devil - East Germany, détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill (NC) 2001.

<sup>32</sup> Vgl. Fischer, Frank: Im deutschen Interesse - die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001; ders. Von der „Regierung der inneren Reformen“ zum „Krisenmanagement“ - Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969-1982, in: AfS 44 (2004), S. 395ff.

<sup>33</sup> Unter der Leitung von Gottfried Niedhart entstanden zahlreiche Publikationen. Hier nur für die neuesten Veröffentlichungen exemplarisch vgl. Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver: Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen - Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebziger Jahren; in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S.415ff. Für einen Überblick vgl. <http://www.ostpolitik.net>.

<sup>34</sup> Vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004, unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>35</sup> Vgl. Spanger, Hans-Joachim: Die SED und der Sozialdemokratismus - ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982. Vgl. Sarotte, Mary Elise: Dealing with the devil - East Germany, détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill (NC) 2001. „Sozialdemokratismus“ wurde von Egon Bahr als Begriff verwendet, um die Sicht der anderen Seite darzustellen. Zur Genese, Inhalt und Funktion des Begriffs vor allem: Bange, Oliver: a. a. O.

<sup>36</sup> Vgl. Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970 - Von der gesamtdeutschen Orientierung zur Sozialistischen Nation, Berlin 1993; ähnlich hierzu auch Engelmann, Roger; Erker,

Die Anstrengungen der SED, sich ideologisch abzugrenzen und sich gegenüber politischer Diversion zu erwehren und wie erfolglos dies letztlich war, wird in der Darstellung von Siegfried Mampel deutlich aufgezeigt.<sup>37</sup> An dieser Stelle sei noch an eine eher journalistische Darstellung von Peter Bender verwiesen, in der er plausibel macht wovon Brandt und Bahr überzeugt waren: Die ideologische Kohäsionskraft des kommunistischen Systems war nicht unüberwindbar.<sup>38</sup> Der ideologischen und organisationspolitischen Abgrenzung bzw. dem Verhältnis der Sozialdemokratie zur Radikalen Linken widmet sich die Untersuchung von Wolfgang Rudzio unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität. Der Autor zeichnet auf der Grundlage von Pressematerialien und veröffentlichten Quellen eine „Erosion der Abgrenzung“ bis zu dem „verfemten Dokument“, dem gemeinsamen SPD-SED-Papier von 1982 nach.<sup>39</sup>

Die Quellengrundlage dieser Untersuchung besteht hauptsächlich aus den Beständen des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ausgewertet wurden die Deposita Helmut Schmidt, Horst Ehmke, Hans-Jochen Vogel, Carsten Voigt und Egon Bahr. Ferner wurden die Nachlässe von Willy Brandt, Leo Bauer, Richard Löwenthal, Hans-Jürgen Wischnewski und Eugen Selbmann bearbeitet. Leider blieb dem Verfasser die Einsichtnahme in den Nachlass Herbert Wehners verwehrt. In Bezug auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen wäre es von besonderem Interesse gewesen, die Reaktionen der Parteiorganisation sowie die durch ihren „Zuchtmeister“ erfolgten Anweisungen nachzuzeichnen.<sup>40</sup> Ferner wurden die Akten des SPD-Parteivorstandes, des Präsi-

---

Paul: Annäherung und Abgrenzung - Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956-1969, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 66, München 1993.

<sup>37</sup> Vgl. Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiekontrolle - Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewusstsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996.

<sup>38</sup> Vgl. Bender, Peter: Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin 1981.

<sup>39</sup> Zur Begriffsbildung eingehender vgl. Das verfemte Dokument: zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Materialien einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berliner Büro, am 1. Februar 1997 in Berlin. Vgl. Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung - Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

<sup>40</sup> Nur wenigen Historikern wurde bislang der Zugang zum Nachlass Herbert Wehners zuteil. Leider ist die bisherige Regelung über die Einsichtnahme dieses Bestandes besonders rigide. Die Erhaltung und Archivierung eines Nachlasses, der bislang der wissenschaftlichen Forschung nicht zugänglich ist, kann daher als fragwürdig bezeichnet werden. Die „Verschlussache“ Wehner öffnet dadurch weiterhin Tür und Tor für Spekulationen und Mutmaßungen. Dieser Umstand ist besonders tragisch, da im Rahmen des Untersuchungsgegenstands auch die Legende vom „ewigen Kommunisten“ zu entkräften gewesen wäre.

diums sowie deren Unterabteilungen für die Darstellung herangezogen. Große Hilfestellung leistete der Bestand des Ostbüros. Ergänzend hinzugezogen wurden die Presseausschnittssammlung des AdsD sowie der SPD-Presselieferungsdienst. Weiterhin nahm der Autor Einsicht in den Privatnachlass Jochen Steffen. Im DGB-Archiv wurden darüber hinaus die Protokolle des geschäftsführenden Bundesvorstandes und die der Bundesvorstandssitzungen eingesehen.

Um die ideologische und organisatorische Abgrenzung der SPD von den Kommunisten in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung näher zu beleuchten, wurden in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) die Bestände des Politbüros, der Westabteilung und Abteilung für internationale Beziehungen der SED ausgewertet. Hier sind vor allem das Büro Ulbricht, Honecker und Norden im Politbüro zu nennen. Ferner wurden die Bestände der Abteilung Agitation eingesehen. Ergänzend hinzugezogen wurden Bestände der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) sowie der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Unbeantwortet blieben Anfragen des Verfassers an den Parteivorstand der DKP in Essen. Offenbar haben die Apologeten der DKP kein Interesse an einer historischen Aufarbeitung der Funktion der DKP in der Bundesrepublik. Allerdings ist die Materialfülle der Dokumente aus Ostberlin ausreichend, um ein objektives Bild von der Rolle der DKP in der Auseinandersetzung mit der SPD nachzuzeichnen. Weiterhin wurde das Depositum Herbert Mies im Stadtarchiv Mannheim eingesehen.<sup>41</sup>

Neben den schriftlichen Quellen leisteten Gespräche des Autors mit Hans-Jochen Vogel, Karsten Voigt, Norbert Gansel, Ilse und Jens-Peter Steffen sowie Egon Bahr direkt und indirekt wertvolle Hinweise und Interpretationshilfen.

---

<sup>41</sup> Nach Auskunft des Archivs befindet sich dieser Nachlass in der Entstehung. Herbert Mies schreibt zurzeit an seinen Memoiren und überlässt dem Stadtarchiv in regelmäßigen Abständen Materialien. Wie nicht anders zu erwarten, wird derjenige, der in diesen Beständen etwas wirklich „Politisches“ oder Aussagekräftiges über den stellvertretenden und späteren Vorsitzenden der DKP erfahren möchte, bisher nicht fündig. Bislang enthält dieser Bestand ausschließlich Veröffentlichungen durch die Parteipresse nach 1974.



## II Antikommunistische Traditionslinien der SPD seit 1917/18

### 1. *Kommunismus und Antikommunismus - Ursprünge und Erscheinungsformen*

Der Begriff des Kommunismus war selbst Gegenstand historischen Wandels und ereignisgeschichtlicher Konnotationen. Im Zuge der Oktoberrevolution 1917 reaktivierte Lenin den Begriff des Kommunismus, indem er die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in die Kommunistische Partei (der Bolschewiken) umbenannte. Dies sollte fortan eine Abgrenzung gegenüber reformistischen bzw. den sozialdemokratischen Kräften Westeuropas sicherstellen. Folglich war der Begriff des Kommunismus auch ein Gegenbegriff zur Sozialdemokratie, der die Spaltung der Arbeiterbewegung unterstrich.

Das nach dem Verfasser, dem Berliner Politologen Richard Löwenthal benannte Grundlegendokument „Sozialdemokratie und Kommunismus“, wurde vom SPD-Parteirat in November 1970 angenommen. Die Führungsgremien der SPD betrachteten diesen Beschluss als eine notwendige Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus. Der Begriff des Kommunismus galt in der politischen Auseinandersetzung als Überbegriff jeglicher ideologischer Ausprägungen, Weiterentwicklungen und Fehlinterpretationen, die aus der Marxschen Lehre hervorgingen. Mit der Entstehung der neuen Linken entstand zugleich eine Vielzahl von K-Gruppen, die sich in ihren politischen Ausprägungen unterschieden.<sup>42</sup> Im Zuge der 68er Bewegung erfuhr die marxistische Theorie eine Renaissance in der gesellschaftspolitischen Debatte. Im linkssozialistischen Spektrum sympathisierte eine Reihe politischer

---

<sup>42</sup> Einen Überblick über die Vielzahl von kommunistischen Gruppierungen in den späten sechziger und frühen siebziger Jahre liefert u. a.: Billstein, Helmut; Binder, Sepp; Elsner, Manfred; Klose, Hans-Ulrich; Wolkenhaar, Ingo. Organisierte Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland - DKP, SDAJ, MSB Spartakus, KPD/KPD(ML)/KBW/KB, Opladen 1977, 4. überarb. und erw. Aufl.

Gruppierungen mit den Kommunisten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Abgrenzung der SPD von den kommunistischen Gruppierungen nicht nur gegenüber der 1968 neu gegründeten DKP erschöpfte, auch wenn sie die vielleicht Relevanteste unter den kommunistischen Parteien im Parteiensystem der Bundesrepublik war. Sie verfügte als einzige kommunistische Partei in der Bundesrepublik über die finanziellen Mittel und damit über die publizistischen Möglichkeiten eine größere Wählerklientel anzusprechen.<sup>43</sup>

Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, die ihren Höhepunkt und Schlussstrich zugleich in der Gründung der KPD 1918 fand, hatte nicht das Ende der Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zur Folge. Beide Parteien nahmen für sich in Anspruch, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und bezichtigten sich gegenseitig, die Arbeiterschaft gespalten und verraten zu haben. Darin kann man die Geburtsstunde des „Antikommunismus“ sozialdemokratischen Ursprungs erblicken.<sup>44</sup> Diese offene Gegnerschaft der deutschen Sozialdemokraten auf der einen und den deutschen Kommunisten auf der anderen Seite, blieb für beide Parteien eine Grundkonstante politischen Denkens und Handelns. Die Gegnerschaft war vor allem ideologischer Natur. Der Marxismus und seine gesellschaftlichen Prognosen wurden kritisch hinterfragt. Innerhalb der Sozialdemokratie entfachte sich daraufhin ein Konflikt, der seinen Niederschlag in dem Theoriestreit zwischen Bernstein und Kautsky fand.<sup>45</sup> Darüber hinaus waren hauptsächlich Lenins und Stalins Deutung und Weiterentwicklung der marxisti-

---

<sup>43</sup> Dies vermochte die DKP nicht zuletzt aufgrund der massiven ideellen und finanziellen Zuwendungen der SED.

<sup>44</sup> Zu den verschiedenen Spielarten des Antikommunismus in: Schwan, Gesine: a. a. O.

<sup>45</sup> Zur Revisionismusdebatte hier nur eine exemplarische Auswahl; Vgl. Frei, Herbert, Ralph: Fabianismus und Bernstein'scher Revisionismus 1884-1900 - eine ideologie-komparatistische Studie über wissenschaftstheoretische, philosophische, ökonomische, staats-theoretische und revolutions-theoretische Aspekte der Marx'schen, fabischen und Bernstein'schen Theorie, Bern [u.a.] 1979; Schelz-Brandenburg, Till: Eduard Bernstein und Karl Kautsky - Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteienmarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932, Köln [u.a.] 1992; Tudor, Henry(Hrsg.): Marxism and social democracy - the revisionist debate 1896-1898, Cambridge 1988; Papcke, Sven: Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform - Fragen und Vergleiche, Stuttgart [u.a.] 1979; Heimann, Horst (Hrsg.): Bernstein und der demokratische Sozialismus - Bericht über den Wissenschaftlichen Kongress „Die Historische Leistung und Aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, Bonn 1978; Meyer, Thomas: Bernsteins konstruktiver Sozialismus - Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin, Bonn- Bad Godesberg 1977; Grebing, Helga: Der Revisionismus - von Bernstein bis zum „Prager Frühling“, München 1977; Miller Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus - Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt am Main 1967, 3. unveränd. Aufl.; Owetschkin, Dimitrij: Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie - zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003.

schen Theorie Gegenstand sozialdemokratischer Kritik.<sup>46</sup> „Antikommunismus“ meinte die Gegnerschaft gegenüber den Kommunisten sowjetischer Prägung und den kommunistischen Gruppierungen, die diesen zuarbeiteten.

Die ideologisch-theoretischen Unterschiede reichen nicht aus, um den Begriff des „Antikommunismus“ sozialdemokratischer Prägung zu beschreiben. Hinzu kommt der Erfahrungshorizont spezifisch deutscher Prägung. In den frühen 70er Jahren wurde in Frankreich ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten und Kommunisten durch François Mitterrand angeführt. Eine vergleichbare Zusammenarbeit wäre in der Bundesrepublik undenkbar gewesen. Der Grund hierfür war nicht nur die deutsche Teilung. Der „Antikommunismus“ hatte vielmehr einen funktionellen Wert für die Politik der Bundesrepublik. Er erleichterte in der Nachkriegszeit nicht nur die Westanbindung, sondern „Antikommunismus“ wirkte auch konstituierend für die verfassungsmäßige Ordnung Westdeutschlands. Der Gründungskonsens der Bundesrepublik beruhte auf einer politischen Ethik, für die Ablehnung des Nationalsozialismus *und* des Kommunismus immanent war.

Der Begriff des „Antikommunismus“ ist, will man ihn auf die bundesdeutschen Sozialdemokraten anwenden, vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten gemacht haben, zu betrachten. Dies ist von erheblicher Bedeutung, da sich in den 60er und 70er Jahren nicht nur innerhalb der SPD-Führung eine Reihe von Zeitzeugen befanden, die die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik noch erlebt hatten. Auch die Einheits- oder Volksfrontmanöver der Kommunisten sowie die Sozialfaschismus-Doktrin waren Teil der historischen Erfahrung vieler Sozialdemokraten. Nach Kriegsende folgten für die Sozialdemokraten mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der sowjetisch besetzten Zone erneut bittere Erfahrungen. Ebenso prägten beide Berlinkrisen sowie der Mauerbau 1961 den Erfahrungshorizont und förderten „antikommunistische“ Ressentiments. Die Schicksale vieler Sozialdemokraten, die den Weg von Buchenwald bis Bautzen gingen, stehen heute noch als Zeichen für das individuell und kollektiv erfahrene Leid der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert.

---

<sup>46</sup> Daher wurden oftmals in Ostberlin „Antikommunismus“ und „Antisowjetismus“ gleichgesetzt.

Damit ist eine weitere Ebene des „Antikommunismus“ angesprochen. Von besonderer Relevanz für die weitere Prägung des Verhältnisses gegenüber den Kommunisten sind die persönlichen Biografien der SPD-Mitglieder und ihrer Funktionäre. Es sind schließlich die politischen Akteure selbst und nicht ausschließlich die Struktur eines Parteiensystems, die einer Partei ihr politisches Profil geben. Die SPD hatte einer beachtlichen Anzahl von politisch verfolgten, nach Westen emigrierten Sozialdemokraten Unterschlupf geboten. Das ehemalige Ostbüro der SPD rekrutierte sich zum Teil aus diesen Emigranten.<sup>47</sup> Ebenso wurde die SPD für eine Reihe von ehemaligen KP-Mitgliedern die neue politische Heimat. Der wohl bekannteste war Herbert Wehner. Zu nennen sind hier ebenso Wilhelm Dröscher, Leo Bauer oder der Verfasser des Grundlagendokumentes „Sozialdemokratie und Kommunismus“ Richard Löwenthal.<sup>48</sup> Die Liste der Genossen, die wegen „abweichlerischen“ Tendenzen aus der KPD ausgeschlossen wurden oder unter dem Eindruck der Repressionen in der sowjetischen Besatzungszone der kommunistischen Partei den Rücken kehrten, ist nahezu beliebig erweiterbar. Verhaftung, Verfolgung, Verbannung und Emigration waren für diese Genossen Schlüsselerlebnisse, die ihre Haltung gegenüber dem Kommunismus nachhaltig prägten.

Aufgrund solcher Erlebnisse erfuhr der „Antikommunismus“ auch im Lager der Sozialdemokraten eine irrationale Komponente.<sup>49</sup> Die Kommunisten wurden mancherorts zum personifizierten Bösen stilisiert. In Teilen der Partei war die Auseinandersetzung mit den Kommunisten mit großer Angst besetzt. Peter Bender weist zu Recht auf die Furcht vor der Auseinandersetzung mit den kadergeschulten „kommunistischen Übermenschen“ hin.<sup>50</sup> Die dumpfen Ängste und Vorurteile zu überwinden, ohne die vorhandenen Gefahren, die ein ideologischer Wettstreit mit sich brachte, zu übersehen, war nicht zuletzt ein Grundanliegen der Brandtschen Ostpolitik. Die Neue Ostpolitik war auch Ausdruck eines neuen Selbstvertrauens in die eigenen Fähigkeiten, vor allem aber in die eigene Weltanschauung und das politische System. Nach der Überzeugung Brandts stellte in der

---

<sup>47</sup> Helmut Bärwald, der damalige Leiter des Ostbüros der SPD, war einer von ihnen und galt als strammer „Antikommunist“.

<sup>48</sup> Auch Willy Brandt hatte in der SAP als junger Mann seine Erfahrungen mit politischen Positionen „links“ von der SPD gemacht.

<sup>49</sup> Hierin unterschied er sich nicht von der bürgerlichen Spielart.

<sup>50</sup> Vgl. Bender, Peter: Das Ende des ideologischen Zeitalters - Die Europäisierung Europas, Berlin 1981, S.76f.

Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die Freiheit für die osteuropäischen Staaten die gefährlichste Waffe dar, da die Anziehungskraft der Freiheit auf die Bevölkerung Osteuropas nicht zu unterschätzen sei.

Gerade in dieser Auseinandersetzung erfuhr der Begriff des „Antikommunismus“ vor allem durch die SED einen inflationären und undifferenzierten Gebrauch. Die Etikettierung konkreter Politik durch ideologische Phrasen machte den Begriff des „Antikommunismus“ noch vielschichtiger aber auch beliebiger. Fortan konnte nun in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung jegliche politische Handlung der Bundesregierung, die sich nicht mit den Positionen der DDR im Einklang befand, als „antikommunistisch“ stigmatisiert werden. Unabhängig davon, wer in Bonn regierte, sah man in Ostberlin den „Antikommunismus“ als altbewährte Taktik der Bonner Ostpolitik. Nur die Strategie sei durch die Sozialliberale Koalition verändert worden - frei nach dem Motto: „Alter Wein in neuen Schläuchen“. Mit der regen propagandistischen Nutzung dieses Begriffs, verlor dieser auch an Schlagkraft und die undifferenzierte Anwendung desselbigen erschwerte zudem die Einordnung des Abgrenzungsbeschluss der SPD.<sup>51</sup> Der Drang der leitenden Kader in Ostberlin stets in schematischen Propagandakategorien zu agieren, hat wohl auch zu einer gewissen „Betriebsblindheit“ in Bezug auf die Zielvorstellungen und Methoden der Neuen Ostpolitik geführt.

Von einer Minderheit innerhalb der Jusos wurde der Begriff des „Antikommunismus“ gleichermaßen unkritisch adaptiert. Gerade in der innerparteilichen Diskussion, vor allem zwischen Parteivorstand und Parteijugend, trug er nicht dazu bei, das Verhältnis der SPD zum Kommunismus - über gegenseitige Vorwürfe und Unterstellungen hinaus - zu klären. Gerade die Stamokap-Fraktion innerhalb der Jusos warf dem Parteivorstand „Antikommunismus“ vor. Darin verbarg sich ein Vorwurf, der auf die sozialdemokratischen Wurzeln zielte. Teilweise drängte sich der Eindruck auf, dass diese Kritik nur noch semantische Unterschiede im Vergleich zu denen aufwies, die die SED erhob. „Antikommunismus“ war nach dieser Deutung gleichbedeutend mit „bürgerlich“ oder „fortschrittsfeindlich“. Das Ziel dieses „Antikommunismus“ war nach Ansicht der Parteilinken, die als notwendig erachteten gesellschaftlichen Reformen zu verhindern. Diese Vorwürfe besaßen

---

<sup>51</sup> siehe Kapitel IV, 1, 1.3

große Brisanz, da sie im Kern ein Streit über die Handhabung sozialdemokratischer Traditionen waren. Es ist daher kein Zufall, dass das Godesberger Grundsatzzprogramm von 1959 Ende der Sechziger Jahre im innerparteilichen Disput erneut an Bedeutung gewann.

## 2. *Der Neuaufbau der SPD nach 1945 im Zeichen des Antikommunismus*

Bereits der „Neuaufbau“ der SPD nach 1945, der im Wesentlichen ein Rückgriff auf die alten Funktionärskader war, stand unter dem Zeichen der Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus. Innerhalb der westlichen und sowjetischen Besatzungszonen bildeten sich zunächst zwei Organisationskerne. Zum einen die Berliner Gruppe, die Otto Grotewohl anführte und der Bezirk Hannover, dem Kurt Schumacher vorstand. Schumacher lehnte die Führungsansprüche der Berliner Gruppe sowie die sowjetischen bzw. kommunistischen Einflüsse entschieden ab, da die Kommunisten für ihn nur den verlängerten Arm Moskaus darstellten.<sup>52</sup> Genau diesen Umstand, den Schumacher bereits im Mai 1945 anprangerte, bezeichnete er als Trennungslinie zwischen den demokratischen Sozialisten und den Kommunisten.<sup>53</sup> Vielmehr nahm er eher eine Spaltung in Kauf und entschied sich, eine separate westdeutsche Sozialdemokratie anzuführen. Insofern gab es „[...] zwei deutsche Sozialdemokratische Parteien, bevor es zweierlei Deutschland gab.“<sup>54</sup> Während sich die Gräben zwischen den Organisationszentralen in Ost und West Ende 1945/Anfang 1946 vor dem Hintergrund der Vereinigungstendenzen zwischen SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone verschärften, konsolidierte Schumacher unter Heranziehung Erich Ollenhauers und Fritz Heines den Parteiapparat in der Besatzungszone der westlichen Siegermächte.<sup>55</sup>

Allerdings sollte dabei nicht übersehen werden, dass es eine einheitliche Haltung der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten in der unmittelbaren

---

<sup>52</sup> Dies äußerte sich oftmals darin, dass er der späteren SED absprach, eine deutsche Partei zu sein, indem er sie „SEP“ nannte.

<sup>53</sup> Vgl. Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit - die Wiedergründung der SPD 1945/46, Berlin, Bonn 1980, S.77.

<sup>54</sup> Vgl. Dübber, Ulrich: Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, in: APUZ, B21/63 vom 22.5.1963 S.53.

<sup>55</sup> Vgl. Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei; Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982, S.53.

Nachkriegszeit nicht gab.<sup>56</sup> Im Wesentlichen können zwei relevante Einstellungsmuster ausgemacht werden. Der Antikommunismus Schumachers und der Wunsch mancher Sozialdemokraten, die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung von 1918 reversibel zu machen. Dies ging Hand in Hand mit dem Wunsch nach der Einheit der Arbeiterbewegung in allen Besatzungszonen. Deswegen hatten vor der Wiedergründung einer sozialdemokratischen Partei, einige sozialdemokratische Funktionäre den Kontakt zu den Kommunisten gesucht. Vor dem Hintergrund der Alltagserfahrungen, die man mit den Kommunisten machte und spätestens mit der Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone im April 1946, wurden diese ihrer Illusionen beraubt. Die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten war nun unumstritten. Um die Einheit der Arbeiterbewegung in Ost und West zu erreichen, war nach Ansicht Schumachers nicht jeder Preis zu entrichten. Eine organisatorische Einheit etwa lehnte er strikt ab. Es scheint bemerkenswert, dass Schumacher die politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht generell ablehnte. Eine Zusammenarbeit war „in allen sozialen Fragen und in allen Dingen der Austilgung des Faschismus“ denkbar.<sup>57</sup> Die Beteiligung von Sozialdemokraten in der „Antifaschistischen Front“, wie sie in Berlin für die Sowjetische Besatzungszone entstanden war, lehnte er dennoch ab. Solche von Kommunisten ins Leben gerufenen Aktionen dienten lediglich den Kommunisten, die den Versuch unternahmen, Nicht-Kommunisten für ihre Belange einzuspannen und für sich zu gewinnen.<sup>58</sup>

Die Ablehnung gegenüber den Kommunisten war für Schumacher keineswegs ein Bruch mit der marxistischen Tradition der SPD. Er negierte nicht den Marxismus als Methode zur Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse.<sup>59</sup> Nur den Dogmatismus, den Marxismus als allein seeligmachende Heilslehre und die theoretischen Weiterentwicklungen des Marxismus durch Lenin, lehnte er ab. Dies galt erst recht für den Stalinismus, sofern man darin überhaupt, außer der Zunahme an staatlicher Willkür, Gewalt und Terror, eine theoretische Weiterentwicklung er-

---

<sup>56</sup> Vgl. Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! - Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996, S.256.

<sup>57</sup> Die taktische Flexibilität erforderte ein „offen halten“ bestimmter Sachfragen und glich, nach eingehender Prüfung durch den Vorstand, einer Einzelfallentscheidung.

<sup>58</sup> Vgl. Albrecht, Willy: Kurt Schumacher - Ein Leben für den demokratischen Sozialismus; Reihe praktische Demokratie, Bonn 1985, S.40.

<sup>59</sup> Schumachers Äußerungen zur Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Marxismus 1946, in: Weber, Hermann: Das Prinzip Links - Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848-1990. Eine Dokumentation, Berlin 1992, Dokument 81, S.215ff.

blicken will. Vielmehr sah Schumacher die SPD vor die Aufgabe gestellt, eine linke Volkspartei zu werden, die genauso offen für diejenigen sein sollte, die der marxistischen Theorie verpflichtet waren und für jene, die über die christliche Bergpredigt zur SPD stießen. Die Aufgabe der ideologisch marxistisch begründeten Positionen von der Klassenpartei hin zur Volkspartei, war die Antwort der Sozialdemokraten auf die globalen politischen Rahmenbedingungen der Nachkriegszeit, die durch den Ost-Westkonflikt konkrete Ausgestaltung erfuhren. Damit wurde den ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung getragen. Diese Entwicklung, die sich über ein Jahrzehnt hinzog und die ihren Höhepunkt in der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms erfuhr, legte den Grundstein für den späteren „Gemeinsamkeitskurs“ sowie die darauf folgende Regierungsverantwortung von 1966. Die Abkehr der SPD von Marxismen in ideologischer aber auch in sprachlicher Hinsicht war eben keine Abkehr von sozialdemokratischen Traditionen.<sup>60</sup> Es waren die realpolitischen Anforderungen, vor die sich die SPD gestellt sah, wenn sie in der Bundesrepublik politisch gestalten wollte.<sup>61</sup> Die Entwicklung der SPD hin zu einer linken Volkspartei war kein weltanschaulicher „Ausverkauf“. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Volkspartei überhaupt eine Ideologie im Sinne eines in sich geschlossenen Systems von Ordnungs- und Wertvorstellungen besitzen kann. Sicherlich verneinen lässt sich dies für die Benutzung eines totalen Ideologiebegriffs, wie ihn Mannheim definiert, indem er „aufgrund der sozialen Seinsgebundenheit allen Denkens“ Ideologie als „allem Denken anhaftenden Charakteristikum“ sieht.<sup>62</sup> Gerade diese „soziale Seinsgebundenheit“ ist innerhalb einer Volkspartei höchst unterschiedlich. Vielmehr muss eine Volkspartei unterschiedliche soziale Realitäten in denen sich die Individuen befinden, aufnehmen und diese in die Partei integrieren.<sup>63</sup> Folglich ist Ideologie ein zu enger Rahmen, um quer durch alle Bevölkerungsschichten neue Wählerklientel zu gewinnen. Sehr treffend kennzeichnete Herbert Wehner diesen

---

<sup>60</sup> Vgl. Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition - Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990, S. 44ff.

<sup>61</sup> Angesichts des Schwindens des klassischen Arbeitermilieus, die durch gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen bedingt wurden, hätte ein Festhalten an dem Konzept der Klassenpartei parlamentarische Mehrheiten zugunsten der SPD sicherlich auf lange Sicht verhindert. Die Tatsache, dass es der CDU/CSU Anfang der Fünfziger Jahre gelungen war unter den katholischen Arbeitern Stimmenzuwächse zu erzielen, unterstrichen dies.

<sup>62</sup> Vgl. Holtmann, Everhard (Hrsg.): Politiklexikon, München, Wien 2000, 3. Aufl., S.254.

<sup>63</sup> Auf seiner Rede am 5.10.1945 in Wennigsen (bei Hannover) stellte Schumacher fest: „Eine solche Partei muss viele Wohnungen für viele Arten von Menschen kennen.“ Zitat nach Albrecht, Willy: Kurt Schumacher als deutscher und europäischer Sozialist, in Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Materialien zur politischen Bildungsarbeit; Bonn 1988; S. 190.



Sachverhalt, wenn er feststellte, dass es innerhalb der SPD eine „Pluralität von Ideen, von Motivationen“ gab, und die SPD nicht den Ehrgeiz habe, „klein aber fein zu sein.“<sup>64</sup> Allerdings bedeutet der Umkehrschluss nicht, die SPD habe sich zu einer „catch all-party“ oder einer „Allerweltpartei“ entwickelt. Die Feststellung, dass Ideologie für das Gewinnen neuer, potentieller Wählerklientel hinderlich ist, impliziert nicht ein Fehlen von Ordnungs- und Wertvorstellungen. Anstelle einer Ideologie trat für die SPD eine normativ-ethische Verankerung des Sozialismusbegriffs. Wenn Schumacher forderte, gegenüber denen offen zu sein, die über die christliche Bergpredigt zur SPD kamen, steckte darin auch die stille Annahme, dass zwischen Christen und Sozialisten ethische Affinitäten vorhanden waren.<sup>65</sup> Das es antiklerikale Tendenzen innerhalb der SPD zu überwinden galt und der Begriff des „christlichen Sozialismus“ Anfang der Fünfziger Jahre sich zunehmender Beliebtheit erfreute, waren sicherlich kein Zufall. An der Erarbeitung eines ethischen Sozialismus als theoretischen Überbau und der Implementierung in programmatische Aussagen waren Strömungen innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie, die sich aus den ehemaligen Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) rekrutierten, maßgeblich beteiligt. Zu nennen ist hier vor allem Willi Eichler.<sup>66</sup>

Die Diskreditierung des Sozialismusbegriffs durch die Kommunisten war für die SPD eine erhebliche Belastung.<sup>67</sup> Sie erschwerte die Erschließung breiterer Bevölkerungsschichten für den demokratischen Sozialismus und hatte große Vorbehalte zu überwinden. Nicht zuletzt waren hierfür die Vorgänge in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR verantwortlich, die ebenfalls unter dem angeblichen Sozialismus (aus marxistisch-leninistischer Sicht) firmierten. Dieser Sozialismus wurde als „real existierend“ bezeichnet, was den utopischen Charakter eines demokratischen Sozialismus implizierte. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Unterschiedlichkeit der Sozialismusauffassungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Dies wurde von kommunistischer Seite oft mit der Behauptung ver-

---

<sup>64</sup> Zitat nach Weber, Hermann: a. a. O. S. 30.

<sup>65</sup> Den kleinsten gemeinsamen Nenner bildete der kategorische Imperativ.

<sup>66</sup> Der ISK gründete sich auf der neukantianischen Lehre Leonard Nelson. Zum Werdegang Willi Eichlers ausführlicher vgl. Lemke-Müller, Sabine: Ethischer Sozialismus und Soziale Demokratie - Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988.

<sup>67</sup> Vgl. Weber, Hermann: Das Prinzip Links - Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848-1990. Eine Dokumentation, Berlin 1992, S.213.

deckt, Kommunisten und Sozialdemokraten hätten nicht nur eine gemeinsame Tradition<sup>68</sup>, sondern die Ziele seien dieselben, nur der dahin beschrittene Weg unterschiedlich. Der demokratische Sozialismus war nicht nur ein Gegenbegriff, der kenntlich machen sollte, dass die Sozialdemokraten nichts mit den Kommunisten gemeinsam hatten, da diese den Sozialismus ebenso zu ihrem Ziel ernannten. Der Begriff des demokratischen Sozialismus blieb an manchen Stellen etwas vage und vielleicht musste er das aufgrund der sich verändernden realpolitischen Ausgangspositionen der SPD auch bleiben. Ein parteioffizielles Dogma oder ein Katechismus sollte nach Forderung Schumachers eben nicht entwickelt werden. Allerdings bedeutete dies umgekehrt nicht, dass es keine Grundfesten der Programmatik innerhalb der SPD gab. Somit war der Begriff des demokratischen Sozialismus keine inhaltsleere Worthölse oder inhaltlich beliebig. Sicherlich bedeutete für die Arbeiterbewegung Sozialismus eine neue Wirtschaftsordnung, da diese in Europa als Protest gegen den ungezügelter Kapitalismus des 19. Jahrhundert entstand. Dennoch war mit dem Sozialismusbegriff auch eine programmatisch-ethische Konstante verbunden, nämlich die Emanzipation des Individuums in einer freien Gesellschaft. Der Sozialismus bildete nicht ein „Endziel“, sondern dessen Verwirklichung war eine ständige Aufgabe, die es durch politische Reformen zu erfüllen galt. Um die Emanzipation der Menschen zu verwirklichen, d.h. ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, bedurfte es aber nicht nur eines neuen ökonomischen Systems, sondern vor allem auch Freiheit. Gemeint ist damit gesellschaftliche und politische Freiheit im Sinne von Meinungs- und Redefreiheit sowie politischen Partizipations- und Teilhaberechten. Diese Rechte sah man am verlässlichsten in einer Demokratie gesichert. Folglich wurden Sozialismus und Demokratie als Sinneinheit gedacht, die sich gegenseitig bedingten. Der demokratische Sozialismus kann daher definiert werden als Gesellschaftsordnung, die auf der Grundlage eines parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaats die Auswüchse des Kapitalismus korrigiert, Klassenprivilegien abschafft, soziale Sicherheit garan-

---

<sup>68</sup> Die Kommunisten beriefen sich stets auf eine gemeinsame Tradition. Der Marxismus erfuhr durch sie eine bestimmte Auslegung, nämlich des Marxismus-Leninismus. Wie weit sie sich selbst von Marx entfernt hatten, wurde dabei bewusst ausgeblendet. Gerade in dem gemeinsamen theoretischen Bezugsrahmen, nämlich der Marxschen Lehre, wurde von den Kommunisten und einigen „linken“ Sozialdemokraten, die Basis einer politischen Zusammenarbeit gesehen. Zum Marxismus sowjetischer Prägung nach wie vor einschlägig vgl. Fetscher, Iring: Von Marx zur Sowjetideologie - Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt am Main 1987, 22.überarb. Aufl.

tiert und Demokratie in Gesellschaft und Wirtschaft verwirklicht.<sup>69</sup> Der diametrale Begriff war der des „realexistierenden Sozialismus“. Über die bloße Proklamation hinaus, zeigte der politische Alltag in der DDR und der Aufbau des Repressionsapparates der SED, dass hier weder eine parlamentarische Demokratie noch die persönliche oder politische Freiheit der Bevölkerung als Ziel der Machthaber in Ostberlin angedacht war. Die Schauprozesse gegen Sozialdemokraten in der DDR und die Verschleppung von so genannten „Konterrevolutionären“ in die Gulags der Sowjetunion Anfang der Fünfziger Jahre lieferten den letzten Zweiflern genügend Anschauungsmaterial, dass nicht nur der Weg zum Sozialismus ein anderer war, sondern der Sozialismus als Ziel ein anderen Inhalt hatte.<sup>70</sup>

Diesem Sachverhalt Rechnung tragend, galt es für die SPD nicht nur über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufzuklären, sondern es bedurfte einer ideologischer und organisatorischer Abgrenzung. Zum einen erfolgte dadurch die Stärkung der inneren Kohäsion der Partei und zum anderen verhinderte sie größere Erfolge kommunistischer Infiltrationsarbeit. Bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden solche Bemühungen verstärkt. Hierfür unternahm man den Versuch, gesellschaftliche Organisationen personell und ideell zu infiltrieren<sup>71</sup>, um der kommunistischen Politik auch über den sozialdemokratischen Adressatenkreis hinaus, neue Klientel zu verschaffen. Als solches Beispiel kann die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) angeführt werden. Die Kommunisten versuchten, aufgrund der mit den Sozialdemokraten gemeinsam erfahrenen Verfolgung während der NS-Herrschaft, den Schulterschluss zu praktizieren. Dass man im Parteivorstand der SPD diese Bemühungen sehr ernst nahm, zeigte sich darin, dass bereits auf der ersten Arbeitssitzung des Vorstandes, ein Bericht über SED und KP einen eigenen Tagesordnungspunkt dar-

---

<sup>69</sup> Vgl. Weber Hermann a.a.O. S.28. Zum Begriff und zur Theorie des demokratischen Sozialismus vgl. Meyer Thomas: Demokratischer Sozialismus - Soziale Demokratie - eine Einführung, Bonn 1991, 3. überarb. und aktualisierte Aufl.; Schuon, Karl Theodor: Politische Theorie des demokratischen Sozialismus - eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen, Marburg 1986 sowie vgl. Schwan Gesine: Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik, Stuttgart [u.a.] 1982.

<sup>70</sup> So der Schauprozess von Dessau oder die Waldheimer Prozesse; ausführlicher hierzu vgl. Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996; S.181 ff.

<sup>71</sup> Das galt von Anfang an auch den Gewerkschaften in der Bundesrepublik.

stellte.<sup>72</sup> Bereits im November 1946 beschloss der Parteivorstand einstimmig den Parteiuntergliederungen zu empfehlen, sich an einer Mitarbeit in solchen Organisation nicht zu beteiligen. Diese Empfehlung wurde den Bezirksorganisationen durch ein Rundschreiben vom 04.12.1946 mitgeteilt.<sup>73</sup> Die Infiltrationsarbeit der Kommunisten blieb dem Parteivorstand der SPD nicht verborgen. Auf einer Parteivorstandssitzung im März 1947 machte Fritz Heine darauf aufmerksam, dass die örtlich und regional gegründeten Ausschüsse des VVN überwiegend von Kommunisten beherrscht wurden. Ferner blieb die Empfehlung bzw. der Beschluss des SPD-Parteivorstands vom November ohne Wirkung, da vielerorts nach wie vor Sozialdemokraten mit Kommunisten in diesen Ausschüssen zusammenarbeiteten.<sup>74</sup> Dennoch gab es zunächst innerhalb des Vorstands große Bedenken gegen eine Verschärfung des Kurses gegenüber dem VVN. Der VVN beschäftigte in den folgenden Monaten die Spitzengremien der SPD. Erst am 06.05.1948 konnte das „Büro“, das die Verabschiedung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses favorisierte, sich gegen die Gegner im Parteivorstand durchsetzen. Auf der Grundlage eines Berichtes von Egon Franke wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss verabschiedet.<sup>75</sup> Dieser Beschluss war nicht unumstritten, was die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag 1948 deutlich machten. Nach heftigen Debatten über den Unvereinbarkeitsbeschluss wurde dieser bei 21 Gegenstimmen bestätigt.<sup>76</sup>

Ein weiteres Beispiel für eine Abgrenzung gegenüber kommunistischen Tarnorganisationen in Form eines Unvereinbarkeitsbeschlusses war der Beschluss des Parteivorstandes gegenüber dem „Demokratischen Frauenbund Deutschlands“ (DFD). Allerdings waren nicht nur die in der Nachkriegszeit gegründeten Tarnorganisationen der Kommunisten Gegenstand sozialdemokratischer Abgrenzungspolitik. Anlässlich des kommunistischen Staatsstreichs in Prag 1948 machte der Parteivorstand in einer Resolution auf die unterschiedlichen Demokratieperzeptionen von Sozialdemokraten und Kommunisten aufmerksam. In scharfer Form wurde darin verurteilt, dass die Kommunisten mit dem Schlagwort der „Volksdemokra-

---

<sup>72</sup> Dokument 2 (Sitzung des PV vom 04.06.1946), Punkt 12, S. 25 in: Albrecht, Willy (Hrsg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963, Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd.1, Bonn, 1999.

<sup>73</sup> Abgedr.: Jahrbuch der SPD 1946, S.80f.

<sup>74</sup> Dokument 8, Punkt 10, in: Albrecht, Willy (Hrsg.): a.a.O. S. 179.

<sup>75</sup> Dokument 20, Punkt 9 und Anlage 3 in: Albrecht, Willy (Hrsg.): a.a.O. S. 367, 369f. Allerdings bleibt anzumerken, dass einige der Vorstandsmitglieder nicht anwesend waren.

<sup>76</sup> Protokoll SPD-PT 1948, S. 113.

tie“, die eigentliche demokratische Ordnung zu beseitigen trachteten.<sup>77</sup> Mit dieser Resolution wurde einmal mehr deutlich, dass sich die Sozialdemokraten nicht auf die Auseinandersetzung mit kommunistischen Hilfsorganisationen beschränkten, sondern auch ganz allgemein mit dem Kommunismus auseinandersetzten. Darin wurde ebenso deutlich, dass die Auseinandersetzung parallel auf zwei Ebenen, der organisatorischen und theoretisch-ideologischen stattfand. Auch wenn in den darauf folgenden Jahren die antikommunistische Gesinnung innerhalb der SPD nie ernsthaft in Frage gestellt wurde, gab es darüber wie und mit welchen Mitteln die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten geführt werden sollte, keine einheitlichen Auffassungen. Vielmehr agierte die SPD in dieser Auseinandersetzung taktisch flexibel, wenn für sie wichtige politische Ziele zur Disposition standen.<sup>78</sup> Ebenso gab es innerhalb des Parteivorstandes eine Reihe von Gegnern eines KPD-Verbot.<sup>79</sup> Einige hielten ein solches Verbot für nicht praktikabel oder verfrüht und unterstrichen, dass eine illegale KPD „gefährlicher“ sei.<sup>80</sup> Da nach §43 des BVerfGG das Antragsrecht bei dem Feststellungsverfahren über die Verfassungswidrigkeit einer Partei u. a. bei der Bundesregierung liegt, bedurfte es bei dem späteren Verbotsantrag der Regierung Adenauer 1956 keiner Zustimmung der SPD. Wichtig bleibt aber die Feststellung, dass die Bedenken der Genossen gegen ein Verbotungsverfahren nicht ein Gesinnungswandel war. Getragen wurden solche Überlegungen vor allem durch taktische Erwägungen die Auseinandersetzung möglichst mit politischen Mitteln zu führen.

Festzuhalten bleibt, dass der sozialdemokratische Antikommunismus historische und theoretische Ursprünge hat. Die historischen Erfahrungen vieler Genossen in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten waren prägender als die der ge-

---

<sup>77</sup> Abdruck der Resolution: Dokument 19, Anlage 2, S.359f. in: Albrecht, Willy (Hrsg.): Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963, Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd.1, Bonn 1999.

<sup>78</sup> Als über die Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates 1948 beraten wurde, galt es die Frage zu beantworten, ob Kommunisten überhaupt Delegierte in den Parlamentarischen Rat entsenden dürfen. Diese Entscheidung wurde der betroffenen Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen überlassen, da sie der Zustimmung zu ihrem Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes durch die kommunistischen Landtagsabgeordneten bedurfte.

<sup>79</sup> Auf der Sitzung des Parteivorstandes am 09.04.1948 sprachen sich gegen ein KP-Verbot die Genossen Schmid, Bögler, Henßler, Neumann, Meitmann, Gnoß und Eichler aus. Siehe Dokument 19, Punkt 1 in: Albrecht, Willy (Hrsg.): a. a. O. S.354.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 356; Sicherlich spricht dafür einiges, da Parteien nach einem Verbot in den Untergrund verschwinden, Nachfolgeorganisationen gründen und konspirativ tätig werden, was eine politische Auseinandersetzung sowie die Beobachtung durch staatliche Sicherheitsorgane erheblich erschweren.

meinsamen Verfolgung durch die Nationalsozialisten. Ebenso unterstrichen die Alltagserfahrungen mit den Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone in der unmittelbaren Nachkriegszeit, dass sich die Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten nicht geändert hatte. Daher blieb für die Kommunisten das vorrangige Ziel die Verschmelzung von SPD und KPD zur SED. Der theoretische Hintergrund für die Ablehnung des Kommunismus bildete die besondere Auslegung der Marxschen Lehre durch Lenin und dies galt erst recht für die Stalinära, in der sich die Kommunisten immer weiter von ihren sozialen und ethischen Quellen lösten. Besonders offensichtlich wurde dies bei näherer Betrachtung der verschiedenen Sozialismusbegriffe. Der demokratische Sozialismus war angetreten, den Kapitalismus zu reformieren und mit sozialen Korrekturen zu versehen und bekannte sich zur parlamentarischen Demokratie. Der demokratische Sozialismus bestand nicht als Dogma oder „Endziel“, sondern als „Tagesaufgabe“ in der es dem Einzelnen die größtmögliche Freiheit zu verschaffen galt. Welchen Inhalt der Sozialismus im politischen Alltag in der DDR oder der Sowjetunion hatte, ist hinlänglich bekannt. Der Neuaufbau der SPD stand, vor dem Hintergrund der kommunistischen Bemühungen zu einer Einheitspartei zu gelangen und die Sozialdemokraten zu unterwandern, von Anfang an unter antikommunistischen Vorzeichen. Ihren Zentralisationspunkt fand diese Ablehnung gegenüber dem Kommunismus sicherlich in der Person Kurt Schumachers. Unter seinem Vorsitz begann der Weg der Sozialdemokraten nach Godesberg. Die Entwicklung der SPD von einer Klassenpartei zu einer Volkspartei, die tendenziell sicherlich nicht erst in der Bundesrepublik stattfand, wurde von Schumacher weiter forciert. Damit verbunden war die deutliche Absage an die kommunistische Ideologie. Über den eingangs erwähnten Konsens aller Demokraten, nämlich der Ablehnung der nationalsozialistischen sowie kommunistischen Diktatur, bestand für die Generation Kurt Schumachers und auch der Politikergeneration Willy Brandts, Herbert Wehners oder Helmut Schmidts ein stilles Einvernehmen. Die unruhigen Sechziger Jahre, die zu Recht auch als „Wendejahre“ für die sozialdemokratische Politik bezeichnet werden, stellten die SPD vor besondere Aufgaben. Innerhalb der 68er Generation erfuhr der Marxismus eine bis dahin ungeahnte Renaissance. Das Fehlen historischer Erfahrungen innerhalb der Jugend erfüllte manchen älteren Genossen mit Sorge, ob diese Jugend den Anbiederungsversuchen der Kommunisten widerstehen würde. Sehr treffend kennzeichnete Richard Löwenthal diesen Umstand, indem er auf

das Manko der Jugend aufmerksam machte. Sie haben, so Löwenthal, „Josef“ nicht kennen gelernt.<sup>81</sup> Aus heutiger Sicht lässt sich zwar bequem konstatieren, dass die Kommunisten keine größeren Erfolge innerhalb der 68er Generation verbuchen konnten, allerdings war dies vor dem Hintergrund des vielerorts üblichen Wortradikalismus und den verbalen Rückgriffen in die vulgärmarxistische Asservatenkammer keineswegs auszuschließen.

### **III. Auseinandersetzungen der SPD mit den Kommunisten 1968-70**

#### **1. Die Radikalisierungstendenzen bei den Jusos als Alarmsignal für die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit der eigenen Parteijugend**

Die 68er Unruhen<sup>82</sup>, die ihren Anfang an amerikanischen Hochschulen nahmen und bald in ganz Europa an den Universitäten und auf den Straßen ihre Fortsetzung fanden, stellten die fundamentalste Gesellschaftskritik an den modernen, westlichen Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Damit gingen tief greifende gesellschaftliche Veränderungen einher. Der Marxismus hatte im Zuge des 68er Protestes zum Erstaunen und vielleicht auch zum Entsetzen der bürgerlichen Gesellschaftsschichten eine Renaissance erfahren. Die Motive für den Protest der „Radaubröder“ wurde teils willentlich, teils in völliger Verkennung der Grundlagen der protestierenden Jugend durch die Öffentlichkeit ignoriert. Im Ergebnis geriet so eine ganze Generation unter Generalverdacht, sich für kommunistische Belange zu betätigen.<sup>83</sup> Damit wurde die Tatsache verkannt, dass gerade die Un-

---

<sup>81</sup> Gemeint war natürlich „Josef“ Stalin; so in seiner Rede vor dem Parteirat der SPD am 14.11.1970. AdsD, PV, Protokolle des SPD-Parteivorstandes.

<sup>82</sup> hierzu nur exemplarisch die neueren Studien aus der umfangreichen Forschungsliteratur: Vgl. Lönnendonker, Siegwand; Rabehl, Bernd; Staadt, Jochen: Die antiautoritäre Revolte, Bd.1, Schriften des Otto-Stammer-Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, 2002 sowie Langguth, Gerd: Mythos 68 - die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke - Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001. Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: 1968 - Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998; Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002; Suri, Jeremi: Power and protest - global revolution and the rise of détente, Cambridge, Massachusetts, London 2003; Schmidke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz - Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003

<sup>83</sup> Dieser Umstand zeigte sich oftmals darin, dass die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Neuen Linken mit den moskautreuen, orthodoxen Kommunisten in einen Topf geworfen wurden.

zufriedenheit mit den in Osteuropa vorhandenen politischen Systemen, die sich nach wie vor auf Marx beriefen, zu den neuen Deutungsansätzen der Marx'schen Lehre geführt hatte.<sup>84</sup> Die Wahl Alexander Dubceks zum Vorsitzenden der kommunistischen Partei der CSSR (KPC) ließ zunächst auf eine Reform des Kommunismus hoffen. Als dieser Reformkommunismus im Sommer 1968 im wahrsten Sinne des Wortes unter russische Panzer geriet, sparte eben auch die 68er Generation nicht an Kritik. Innerhalb der Neuen Linken war die im Sommer 1968 neukonstituierte DKP die einzige Partei, die die militärische Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten in der CSSR verteidigte. Auch diesem Umstand wurde in konservativen Kreisen und in der deutschen Öffentlichkeit nicht Rechnung getragen.

Wie bereits angedeutet sind die Ursachen für die neomarxistischen Tendenzen vielfältig und bedürften einer eingehenden sozial- und mentalgeschichtlichen Analyse, die den Rahmen dieser Arbeit deutlich sprengen würde. Die polemisch vorgetragene These, dass das Eintreten der SPD für die Große Koalition 1966 wesentlich dazu beigetragen habe, ist monokausal, historisch unbelegbar und vielmehr der Versuch einer retrospektiven, politischen Abrechnung. Der Autor Klaus Körner führt den Umstand, dass sich die Marx'sche Theorie innerhalb der Protestbewegung größter Beliebtheit erfreute, darauf zurück, dass die SPD dies indirekt durch ihren „Opportunismus“ und ihre „Theorielosigkeit“ zu verantworten hatte.<sup>85</sup> Wie bereits aufgezeigt, ist das Fehlen einer Ideologie nicht mit „Theorielosigkeit“ gleichzusetzen. Der Vorwurf, man wäre innerhalb der SPD theoretischen Diskussionen aus dem Weg gegangen, ist vor dem Hintergrund der sich innerhalb der bundesdeutschen Sozialdemokratie abzeichnenden Kontroverse über das Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 nicht überzeugend, denn die Reformer befanden sich zunächst in der Minderheit und bis zur Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms war es ein langer, beschwerlicher Weg mit dem jahrelange innerparteiliche Diskussionen verbunden waren. Der eigentliche Kritikpunkt einiger Autoren ist wohl vielmehr der, dass sich die SPD von der marxistischen Theorie als Dogma verabschiedet hatte und 1966 als Volkspartei in der Regierungsverantwortung ankam. Dies war aber weder die Ursache für die Renais-

---

<sup>84</sup> Diese Interpretation der Marx'schen Theorie war im Übrigen in beiden deutschen Staaten tabuisiert.

<sup>85</sup> Vgl. Körner Klaus: Die Rote Gefahr - Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003, S.132.



sance des Marxismus im Zuge der Studentenunruhen, noch für den größeren Zulauf, den die so genannte Neue Linke erfuhr. Ebenso war der Protest der jungen Generation kein alleiniges bundesdeutsches Phänomen. Auch der Vorwurf des Opportunismus, den Körner auf die Bildung der Großen Koalition bezieht, greift nicht nur zu kurz, sondern gleicht eher einer polemischen Entstellung tatsächlicher Sachverhalte. Das Eintreten der SPD in die Große Koalition mit der CDU/CSU war nicht nur wegbereitend für die kommende Neue Ostpolitik der Regierung Brandt, sondern war ein Reformprojekt bis dahin ungekannten Ausmaßes. Die Reform der Finanzverfassung und des Strafrechts der Bundesrepublik sei hier nur als Beispiel genannt. Ferner ist das Streben einer Partei nach Regierungsverantwortung nicht nur legitim, sondern gerade konstituierend. Die Koalitionsfähigkeit von Parteien ist ein Grundmerkmal demokratischer Parteien bei der Erlangung politischer Macht und kann keineswegs als „Opportunismus“ bezeichnet werden.<sup>86</sup> Sicherlich war die Große Koalition in weiten Kreisen der SPD, wie etwa bei den Jungsozialisten und in den Gewerkschaften, nicht sonderlich beliebt.<sup>87</sup> Allerdings erscheint es fraglich, dass die Radikalisierung oder der Neomarxismus in Teilen der Jugend das zwangsläufige Ergebnis waren. Aus dem Eintreten der SPD in die Koalition mit der CDU/CSU 1966 lässt sich nicht ausschließlich eine Radikalisierung oder das Wiederaufleben marxistischer Ideen ableiten. Ohne allzu hypothetisch zu sein, sollte die Gegenfrage erlaubt sein, nämlich welchen Verlauf die 68er Unruhen ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD genommen hätten. Zumal die SPD wie kaum eine andere Partei den Dialog mit den revoltierenden Studenten und der Neuen Linken suchte. Es spricht einiges dafür, dass die SPD große Teile der Partei- und Gewerkschaftsjugend mit dem politischen System versöhnte und als integrierende Kraft fungierte. Außerdem darf nicht übersehen werden, dass die Vorstellung von einer „offenen“ Gesellschaft als gesellschaftspolitisches Leitbild der Sozialdemokraten, der 68er Generation den Weg für den „Marsch durch die Institutionen“ erleichterte. Die APO und die Protestbewegung im Allgemeinen waren nicht nur eine Oppo-

---

<sup>86</sup> Vielmehr lässt der Gebrauch des Begriffes „Opportunismus“ in diesem Zusammenhang Rückschlüsse auf das Demokratieverständnis des Autors zu.

<sup>87</sup> Hierzu ausführlicher vgl. Schönhoven, Klaus: Wendejahre - Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969; in: Dowe Dieter (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004. Strittige Gesetzesvorhaben, wie etwa die Notstandsgesetze einten in ihrer Ablehnung Teile der Linken, mit den Gewerkschaften aber auch den jungen Liberalen. Letztere als Neomarxisten subsumieren zu wollen, erscheint mehr als fraglich.

sitionsbewegung gegenüber der SPD, sondern zu einem erheblichen Teil auch ein Rekrutierungsbecken neuer Parteimitglieder.

Mit der Neuen Linken entstand innerhalb der Bundesrepublik ein bunter Fleckenteppich an linkssozialistischen, neomarxistischen und kommunistischen Gruppierungen. Diesen Gruppierungen, die Ende der Sechziger Jahre wie Pilze aus dem Boden schossen, waren unruhige Jahre mit politischen Skandalen und Affären<sup>88</sup> vorausgegangen. Für manchen Zeitgenossen, aber auch in der Forschungsdiskussion der damaligen Politikwissenschaft, schien sich die Bundesrepublik in einer politischen Systemkrise zu befinden. Ernst Fraenkel widmete sich den „Strukturdefiziten“ der bundesdeutschen Demokratie und weitere namhafte Politikwissenschaftler konstatierten dem bundesdeutschen Parteiensystem wegen der exponierten Stellung der FDP als Zünglein an der Waage eine Asymmetrie. Die wirtschaftliche Rezession und die koalitionsinternen Streitigkeiten zwischen CDU/CSU und FDP sowie das Erstarken der NPD in einigen Bundesländern schien Skeptikern, die die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit für die künftigen Legislaturperioden unter negativen Vorzeichen sahen, zu bestätigen.<sup>89</sup> Zu Recht können die Sechziger Jahre als „Wendejahre“<sup>90</sup> bezeichnet werden, nicht nur, da die SPD 1966 zusammen mit der CDU/CSU das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Regierungsverantwortung übernahm und wichtige politische Reformvorhaben durchsetzte, sondern sie brachten für die SPD als Organisation auch erhebliche Veränderungen in der Binnenstruktur. Sie nahm durch die Regierungsbeteiligung, wenn auch nur als kleinerer Koalitionspartner, den Kreisen, die nicht den klassischen Arbeiterschichten angehörten, den Schrecken, der noch Jahre zuvor von Adenauer als „Untergang“ bezeichnet wurde. Die Regierungstätigkeiten waren vertrauensbildende Maßnahmen, die der SPD neue Wähler- und Mitgliedschichten eröffnete, vor allem im Bereich der Angestellten in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Dadurch erfuhr die SPD innerhalb der Mitgliedschaft eine Verjüngungskur. Große Teile der Jugend - vornehmlich Studenten und Aka-

---

<sup>88</sup> Zu nennen sind hier nur beispielhaft die Spiegelaffäre von 1962 oder die HS-30 Schützenpanzeraffäre.

<sup>89</sup> Ein solcher Skeptiker war der ehemalige Bundesinnenminister der Großen Koalition, Paul Lücke, der seinen weiteren politischen Werdegang mit dem Gelingen einer Wahlrechtsreform verband und scheiterte. Hierzu Lücke, Paul: Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht, Berlin, Frankfurt a.M. 1968.

<sup>90</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: a. a. O.

demiker - traten verstärkt der SPD bei.<sup>91</sup> Diese Verjüngung brachte das Element der Spontaneität, jugendlichen Protestwillen und kritische Distanz zu allen Formen von Autorität innerhalb der SPD vermehrt zum Tragen. Dadurch entstand für die Parteiführung der SPD ein Spannungsfeld zwischen innerparteilicher Demokratie und Diskussionskultur sowie dem Prinzip der Parteisolidarität, das sie durch die Siebziger Jahre hindurch noch weiter beschäftigen sollte. Der daraus folgende innerparteiliche Konflikt, den man auch als einen Konflikt der Generationen<sup>92</sup> bezeichnen kann, war Resultat eines Modernisierungsdrucks, der der SPD einerseits abverlangte, die im Zuge des „Genossen Trend“ neu erworbenen Wählerstimmen zu erhalten und andererseits auch die Jugend außerhalb der SPD für ihre Ziele zu gewinnen.

### *1.1 Die Radikalisierung der Studentenschaft 1969 - 1972*

Die SPD verfügte nicht wie die Kommunisten<sup>93</sup> über eine eigene Studentenorganisation, sondern im Bereich der Hochschule blieben der Sozialistische Studentenbund Deutschlands (SDS) und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) die einzigen der SPD ideell nahe stehenden studentischen Gruppierungen. Ende der Sechziger und Anfang der Siebziger Jahre erwies sich dieser Umstand als eine Erblast, die die Auseinandersetzungen zwischen der SPD und der 68er Generation erschwerte. Von Beginn an war das Verhältnis zwischen den Studentenverbänden und der bundesdeutschen Sozialdemokratie problematisch. Im Falle des SDS ging dies bis Ende der Vierziger Jahre zurück. Streitpunkt war immer wieder das Verhältnis der studentischen Organisation zu den Kommunisten. Die sich damals androhende Spaltung des SDS in einen pro- und antikommunistischen Flügel wurde

---

<sup>91</sup> Ebenda, S. 534ff, Ders. Zur strukturellen Veränderung der SPD und ihrer Mitgliedschaft ausführlicher in: Lösche, Peter: Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S.131ff.

<sup>92</sup> Der Verfasser ist sich der Problematik des Generationenbegriffs bewusst. Sicherlich kann man von den Modernisierern der SPD nicht als eine „Generation Godesberg“ i.S. einer in sich geschlossenen Alterskohorte sprechen. Allerdings weißt Daniela Munkel zu Recht daraufhin, dass trotz aller Heterogenität der Lebensläufe der Jahrgänge 1910-1925 das Godesberger Programm als generationsübergreifende, programmatische Klammer fungierte, durch die sich eine Generation Godesberg konstituierte. Ausführlicher hierzu vgl. Munkel, Daniela: Wer war die „Generation Godesberg“?, in: Schönhoven, Klaus; Braun, Bernd (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung; Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Band 12, München 2005, S. 243ff.

<sup>93</sup> Der Marxistische Studenten Bund (MSB)/Spartakus war der verlängerte Arm der KPD/DKP und stellte indessen eine feste Größe in den Asten der Universitäten dar.

durch den Mitbegründer des Verbandes, Helmut Schmidt, zunächst verhindert. Die aus der Sicht der Sozialdemokraten unzureichende Abgrenzung des SDS gegenüber den Kommunisten blieb in Folge ein Streitpunkt und sorgte stets für Auseinandersetzungen, die in dem Unvereinbarkeitsbeschluss des Parteivorstandes der SPD 1961 gipfelte.<sup>94</sup> Das abgekühlte Verhältnis zwischen SPD und SDS stellte im Zuge der Studentenunruhen von 1968 sicherlich eine Belastung dar, da der SDS wie kein anderer Studentenverband aktiv war. Die inhaltlichen Vorwürfe des SDS, dass sich die SPD mit dem bestehenden System arrangiert hätte und ihre sozialistische Zielsetzung zusehends aufgegeben zu haben schien, glichen mancherorts auf bemerkenswerte Weise denen der Kommunisten und wiesen lediglich semantische Unterschiede auf.<sup>95</sup> Die ideologische und organisatorische Auseinandersetzung der SPD gegenüber den Kommunisten wies in dem Streit mit dem SDS erneut eine Kontinuität auf. Dies galt auch für den späteren Verlauf der Konfrontation der SPD mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund. Der SHB war aber keine Studentenorganisation der SPD. Er stand, zumindest Anfang der Sechziger Jahre, der SPD ideell sehr nahe und genoss darüber hinaus finanzielle Zuwendungen durch die Partei. Die Namensgebung erfolgte in einer Übereinkunft im Jahr 1961 zwischen dem SHB und der Baracke. Darin wurde dem SHB bis auf weiteres gestattet in seinem Namen die Bezeichnung „Sozialdemokratisch“ zu führen.

Innerhalb der Führungsgremien der SPD wurde im Zuge des Protests die wachsende Distanz zwischen SHB und der SPD wahrgenommen. Die Spaltungstendenzen innerhalb des SHB, die denen im SDS Jahre zuvor ähnelten, und die innerverbandlichen Ausdifferenzierungen in verschiedenen Flügel nahm die Parteiführung mit großer Sorge zur Kenntnis.<sup>96</sup> Im Wesentlichen standen sich zwei Lager innerhalb

---

<sup>94</sup> In Folge des Beschlusses konnte ein SDS-Mitglied nicht Mitglied der SPD sein oder werden. Ausführlicher zum Verhältnis der SPD und des SDS in Albrecht, Willy: Unter den Talaren...Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968 in: Dowe, Dieter (Hrsg.): Partei und soziale Bewegung - kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn 1993, Ders.: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) - Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994. Vgl. hierzu auch Fichter, Tilmann: SDS und SPD - Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988.

<sup>95</sup> Vereinzelt traten in den regionalen Organisationen vehemente Radikalisierungstendenzen auf, die sich oftmals in der Zusammenarbeit mit dem MSB/Spartakus und in Aufrufen zum Klassenkampf entluden. Als Beispiel sei hier nur der SDS Heidelberg genannt, der daraufhin vom baden-württembergischen Landesinnenminister verboten wurde.

<sup>96</sup> Anhand der Durchsicht der Präsidiums- und Parteivorstandsprotokolle der SPD lässt sich nicht nur der thematische Stellenwert des SHB anhand der Tagesordnungen nachzeichnen, sondern sie enthalten eine Reihe von Äußerungen, denen man entnehmen kann, dass die Entwicklung des SHB mit großer Sorge verfolgt wurde. So etwa in der im Anschluss an eine Präsidiumssitzung erfolgten

des SHB gegenüber. Auf der einen Seite ein Flügel der programmatisch dem Spartakus und der DKP nahe stand und auf der anderen Seite ein Minderheitenflügel „[...] mit recht diffusen marxistischen Vorstellungen [...]“, der sich lediglich in der Abgrenzung gegenüber den Kommunisten einigte.<sup>97</sup> Die SPD-Führung nahm die veränderte Binnenstruktur des Verbandes wahr und versuchte auch innerparteilich zu vermitteln und zu differenzieren.<sup>98</sup> Die Situation an den Hochschulen wurde ernst genommen, ohne dabei zunächst einen rigorosen Konfrontations- oder Abgrenzungskurs zu verfolgen. Seit geraumer Zeit nahmen die Berichte über gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen der Studentenorganisation mit kommunistischen Gruppierungen zu.<sup>99</sup> Mancherorts blieb es nicht nur bei gemeinsamen Veranstaltungen, sondern ging sogar soweit, dass regionale Gliederungen des SHB bei Kommunalwahlen aufriefen, DKP zu wählen.<sup>100</sup> Ein wichtiges Instrument der Führungsgremien der SPD zur Informationsgewinnung über den studentischen Protest, aber auch über Tendenzen innerhalb der Parteijugend, stellte der Arbeitskreis „Sicherheit“ beim Parteivorstand unter dem Vorsitz von Eberhard Zachmann dar. Dieser Arbeitskreis bestand nicht ausschließlich aus Parteivorstands- oder Präsidiumsmitgliedern, wie man auf den ersten Blick vermuten könnte, sondern mit am

---

Presseerklärung des damaligen Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Wischnewski vom 24.03.1969, in der er feststellte, dass das Verhältnis zwischen SPD und SHB „[...] durch eine Reihe von Äußerungen [...]“ belastet sei. Darüber hinaus habe der Bundesvorstand es bislang unterlassen, sich von derartigen Äußerungen zu distanzieren oder diese richtig zu stellen. AdsD, WBA, SPD, Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 55. Hierzu ebenso der Bericht von Dr. Erhard Eckert vom 14.04.1969 der eine rege Teilnahme von SHB-Redakteuren auf dem Essener DKP-Gründungsparteitag konstatierte. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>97</sup> Vgl. Locke, Robert: Kompromisslos bis zur Lähmung - Die Fraktionen im SHB setzen sich gegenseitig schachmatt, in: Vorwärts vom 27.05.1971, gleichlautendes Urteil in: internem Bericht des Arbeitskreises Sicherheit von Zachmann an Brandt, Wehner, Schmidt und Wischnewski am 16.07.1971 übersandt. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6.WP.

<sup>98</sup> Auf solche notwendige Differenzierungen machte Wischnewski den besorgten Industriellen und langjährigen SPD-Genossen Philipp Rosenthal in einem Briefwechsel vom 11.06.1970 aufmerksam. Die unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb des SHB sei Rechnung zu tragen in der politischen Auseinandersetzung, so Wischnewski. AdsD, SPD, PV, Büro Wischnewski 2/PVEI 0000011. Ähnlich hierzu auch der damalige persönliche Referent Helmut Schmidts, Erich Jaedtke, in einem Antwortschreiben an ein Parteimitglied vom 15.12.1971. AdsD, Depositum H.Schmidt, stellvertretender Parteivorsitzender, Büro Jaedtke, 5786.

<sup>99</sup> So konstatierte der Bericht vom 18.01.71 des damaligen Leiters des Arbeitskreises Sicherheit beim PV, Eberhard Zachmann, für das Jahr 1970, eine verstärkte Zusammenarbeit des VDS bzw. SHB mit der DKP und der SDAJ mit steigender Tendenz (16 Fälle aktenkundig). AdsD, Depositum H.Schmidt, Sacharchiv, 7934. Hierzu ebenso Zachmanns Bericht an Brandt, Wehner und Schmidt über die Situation im VDS und SHB vom 18.02.1971. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6.WP. So auch eine Einschätzung des Ostbüros in einem Bericht (o.V.), undatiert, vom Bundeskongress der Kriegsdienstverweigerer am 24./25. Juni in Kassel. AdsD, PV, Ostbüro, Infiltration im Zielbereich Jugend, 0351c, Box 1030.

<sup>100</sup> Was man in Ostberlin mit großer Genugtuung registrierte und für die weiteren Aktionseinheitsträume hoffen ließ. So in Schreiben Heinz Geggels an Albert Norden vom 24.02.1970, Bezug: Stellungnahme des SHB-Landesverbandes Hamburg zu den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen. BA, DY 30, IVA2/2028/31.

Tisch saßen SPD-Obmänner aus den Landesämtern für Verfassungsschutz, die ihre ermittelten Informationen zur Verfügung stellten. Diese Art der Informationsgewinnung erscheint unzweifelhaft problematisch, auch wenn es sich um „offenes“ Material gehandelt haben sollte. Unter dem Gesichtspunkt der innerparteilichen Demokratie erscheint eine Zusammenarbeit zwischen Parteiführung und staatlichen Sicherheitsorganen zur Beobachtung parteiinterner Strömungen innerhalb der Mitgliedschaft und deren politischen Aktivitäten als sehr fragwürdig. Dies gilt natürlich ebenso in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.<sup>101</sup> Nun kann man zwar zynisch feststellen, dass dieses Zusammenspiel so alt ist wie die Politik selbst, aber generell sind oder sollten nachrichtendienstliche Informationen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Es mag vielleicht politisch als opportun gelten, legitim und rechtmäßig ist es aber sicherlich nicht.<sup>102</sup> Ferner gilt es darauf aufmerksam zu machen, dass auch das Ostbüro der SPD sich in zunehmendem Maße den Entwicklungen innerhalb der eigenen Reihen widmete.<sup>103</sup> Ebenso erhielt die Parteiführung Informationen über die Hochschulsituation vom „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFdW). Der BfDW war eine von Professoren gegründete Vereinigung, die den aus ihrer Sicht, kommunistischen Umtrieben an den Hochschulen entgegentrat und die SPD-Führungsgremien auf die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Studentenschaft aufmerksam machte. Ein Mitbegründer dieser Vereinigung war der Berliner Politologe und Sozialdemokrat Richard Löwenthal. Löwenthal informierte die SPD-Führung über die Situation an den Universitäten und betonte, dass die vielerorts stattfindende Radikalisierung an den Hochschulen und die Duldung durch die SPD, den Unionsparteien Munition für innenpolitische Angriffe liefere.<sup>104</sup>

Zur Beobachtung der Radikalisierungstendenzen im Hochschulbereich und der Parteijugend etablierte sich ein Netzwerk aus Parteiorganen und staatlichen Sicher-

---

<sup>101</sup> Unlängst hat Oliver Bange einen solchen Vorgang am Fall Bahr und den Verbindungen des BND zur CSU detailliert aufgezeigt, vgl. hierzu: Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004, unveröffentlichtes Manuskript, S.727ff.

<sup>102</sup> Dieser Themenbereich stellt innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschung noch einen „blind spot“ dar und bleibt ein Desiderat der Wissenschaft.

<sup>103</sup> Alexander Buschfort wies in seiner Untersuchung über die Entwicklung des Ostbüros von der Fluchthilfeorganisation zum Instrument nachrichtendienstlicher Informationen auf diesen Umstand hin. Siehe Buschfort, Alexander: Das Ostbüro der SPD...Ferner sorgte das Ostbüro nicht nur für Informationen aus der DDR und anderen Ostblockstaaten, sondern widmete sich auch der Bündnispolitik bundesdeutscher Kommunisten sowie den kommunistischen Infiltrationsbemühungen im Zielbereich „Parteien“ und „Jugend“.

<sup>104</sup> Schreiben Löwenthals an Wischniewski (mit der Bitte um Weiterleitung an das Präsidium) vom 29.10.1971. AdsD, Depositum H-J. Wischniewski, Korrespondenzen, SPD.

heitsorganen, das die Parteiführung mit Berichten zur Lagebeurteilung versah. Die Führungsgremien der Partei widmeten sich regelmäßig diesen Lageberichten, was verdeutlichte, dass man diese Radikalisierungstendenzen nicht bagatellierte oder gar ignorierte. Die Häufigkeit mit der dieser Themenkomplex in die Tagesordnungen der Gremien behandelt wurde, war ein Indiz für den erheblichen Einfluss solcher Informationen auf das agenda-setting der SPD.

### *1.2 Die Strategie des begrenzten Konflikts als Antwort des SPD-Parteivorstandes*

Im weiteren Verlauf folgte das Handeln der SPD-Führung der Strategie des begrenzten Konflikts. Diese Strategie erwies sich und das gilt generell in der Auseinandersetzung mit der damaligen Jugendgeneration, als Doppelstrategie. Man kann sie als „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ beschreiben. Integration und Abgrenzung stellten beide Seiten derselben Medaille dar. Einerseits sollten innerhalb der Neuen Linken und der eigenen Parteijugend die Mitglieder vor dem Hintergrund der kommunistischen Avancen nicht nach „links“ abdriften. Sie sollten vielmehr in die Partei integriert werden und für sozialdemokratische Belange gewonnen werden. Sollte dies gelingen, durfte man sich nicht generell vom SHB distanzieren. Andererseits musste man sich von jenen Kräften trennen, die sich nachhaltig für eine Zusammenarbeit mit Kommunisten aussprachen und eine innenpolitische Belastung für die SPD darstellten. Dass solche Erwägungen nicht aus der Luft gegriffen waren, bewies die detaillierte Dokumentation der CDU/CSU-Fraktion „über die Gefahren einer Volksfront von links in der Bundesrepublik Deutschland“ und dem Verhältnis zwischen SPD und SHB. Mehrfach hatte die Unionsfraktion im Bundestag zudem von der SPD den Abbruch sämtlicher Verbindungen zum SHB gefordert und damit versucht, das Thema öffentlich auszuschlachten<sup>105</sup>. Offensichtlich hatten CDU/CSU diesen Themenbereich als Feld der innenpolitischen Auseinandersetzung für ihre Oppositionspolitik entdeckt und suggerierten in der Öffent-

---

<sup>105</sup> Interessanterweise kursierte diese Dokumentation nicht nur innerhalb der SPD - Bundestagsfraktion oder der Baracke, sondern auch innerhalb des Bundesvorstandes des DGB, was wiederum nahe legt, dass man nicht nur in ostpolitischen Belangen den Schulterschluss übte, sondern gemeinsam der Angstkampagne der CDU/CSU, die SPD und die Gewerkschaften seien stille Förderer kommunistischer Machenschaften, entgegenete. Die Dokumentation die im Wesentlichen auf gesammelten Pressematerialien beruht. AdsD, DGB, BV, Sekretariat Günther Stefan, 5/DGCU 000174.

lichkeit eine vermeintliche Bereitschaft der Sozialdemokraten, Bündnisse mit Kommunisten einzugehen.

Unschwer ist festzustellen, dass die Bezeichnung des SHB als „sozialdemokratisch“ insofern problematisch war, wenn seitens einer wachsenden Zahl von Mitgliedern und Funktionären Äußerungen getätigt wurden, die der offiziellen Politik der SPD widersprachen oder zuwiderliefen.<sup>106</sup> Die weitere Zusammenarbeit und die finanziellen Zuwendungen durch die SPD wurden zusehends fragwürdiger. Auch auf dem 11. Bundeskongress des SHB im November 1970 distanzierten sich die Bundesvorstandsmitglieder nicht von gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten und dies wurde im Frühjahr erneut in einer Presseerklärung des SHB unterstrichen.<sup>107</sup> Der eigentliche Gegner sei das Großkapital und nicht die Kommunisten und der SHB brauche keine Belehrungen „[...] welche Art Menschen die Genossen vom Spartakus und der DKP seien [...]“<sup>108</sup> wurde darin verlautbart. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Beschluss des SPD-Parteirates und des Parteivorstands vom 14. November 1970 und die Behauptung, der Beschluss solle kritische Stimmen „mundtot“ machen, führte zu dem was kommen musste.<sup>109</sup> Im Frühjahr 1971 spitze sich die Lage zwischen SPD und SHB zu. Der damalige Bundesgeschäftsführer des SHB, Werner Müller, betonte erneut, dass eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten an den Hochschulen notwendig sei. Er verurteilte den Abgrenzungsbeschluss der SPD als ein Zurückweichen vor dem „Rechtskartell“. Vielmehr sei dadurch von der SPD-Führung der Versuch unternommen worden, zwischen „guten Sozialdemokraten“ und „schlechten Sozialdemokraten“ zu unterscheiden.<sup>110</sup> Indes wurden, wie unschwer zu erwarten war, die finanziellen Zuwendungen der SPD an den SHB eingestellt, was den Konflikt weiter verschärfte.

---

<sup>106</sup> Eine Thematik, die besonders oft Gegenstand polemischer Attacken durch den SHB war, war zum Beispiel die Haltung der Bundesregierung zur amerikanischen Militärintervention in Vietnam. Es gab aber auch nicht zu übersehende Divergenzen in der Ost- und Deutschlandpolitik. Damit einher gingen unterschiedliche Auffassungen in der Haltung gegenüber den Kommunisten in Ost und West. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist der Vorwurf seitens des SHB, die SPD sei mit dem Beschluss vom 14.11.1970 vor dem Druck des „Rechtskartells“ zurückgewichen und in einen antiquierten „Antikommunismus“ zurückgefallen. Hierzu Presseerklärung des SHB vom 22.02.1971. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1483.

<sup>107</sup> Ebenda.

<sup>108</sup> So der Bericht Tromsdorf, einem Mitarbeiter des Ostbüros vom 24.02.1971 über Äußerungen einiger Bundesdelegierter des SHB auf der oben erwähnten Pressekonferenz. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2131.

<sup>109</sup> Dieser Einschätzung folgend: Interview des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn (NRW) im Hessischen Rundfunk vom 12.06.1972, abgedr. AdsD, SPD, Ostbüro, Infiltration im Zielbereich Jugend, 0351c, Box 1078.

<sup>110</sup> So in seinem Schreiben an Willy Brandt vom 09.03.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2131.



Durch den SHB wurde moniert, dass die SPD bislang keinen Beschluss gefasst hatte, die die Einstellung der Zahlung rechtfertigte.<sup>111</sup> Diesem Verlangen des SHB wurde in kürzester Zeit entsprochen. Am 29. März 1971 beschloss der Parteivorstand der SPD jegliche Zusammenarbeit mit dem SHB einzustellen. Betont wurde darin jedoch, dass die SPD weiterhin gewillt sei, „sozialdemokratisch gesinnte Studenten und Studentengruppen [...]“<sup>112</sup> an den Universitäten zu unterstützen. Was aber bedeutete es, „sozialdemokratisch gesinnt“ zu sein? Aus der Sicht der „linken“ SHB-Mitglieder verfolgte die SPD mit dieser Maßnahme das Ziel einer Spaltung des SHB.<sup>113</sup> Sicherlich war die Spaltung des Verbandes nicht das erklärte Ziel. Allerdings sollte denjenigen, die weiterhin sozialdemokratische Positionen vertraten, nicht die Türe zugeschlagen werden. Daher fasste die SPD keinen Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber dem SHB. Dies war eine der Lehren aus den Auseinandersetzungen, die die SPD einige Jahre zuvor mit dem SDS ausgefochten hatte. Ein genereller Unvereinbarkeitsbeschluss gegen den SHB hätte jeden Integrationsansatz zunichte gemacht, den Verband gegen die SPD aufgebracht und sozialdemokratische Politik an den Hochschulen ins Hintertreffen geraten lassen.<sup>114</sup> Dies zeigte aber auch, dass die SPD im Bereich Hochschulpolitik über keine konzeptionellen Alternativen oder andere Ansprechpartner an den Hochschulen verfügte.<sup>115</sup> Denn eine große Zahl der aktiven Mitglieder des SHB war nach wie vor in enger Beziehung zur Sozialdemokratie organisiert. Dennoch erschien das Einfrieren jeglicher Zahlungen und die Beendigung der Zusammenarbeit insofern legitim, da der Verband als ganzes und dessen Eintreten für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nur schwer mit den Inhalten sozialdemokratischer Politik vereinbar war. Dies galt erst Recht nach den Beschlüssen des Parteivorstandes und des Par-

---

<sup>111</sup> Nach Ansicht des Bundesgeschäftsführers des SHB, Werner Müller, verließ die SPD damit „[...] das Feld demokratischer und solidarischer innerparteilicher Diskussion politischer Streitfragen [...]“. So in seinem Schreiben an Willy Brandt vom 16.03.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2131.

<sup>112</sup> So der Beschluss des PV vom 29.03.1971. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 16. Anm.: Es handelte sich um einen einstimmigen Beschluss des PV.

<sup>113</sup> Schreiben mehrerer SHB - Funktionäre an den BV, Stephan Albrecht, vom 07.05.1971 begründeten damit ihren Austritt bzw. Übertritt zum Spartakus. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 64.

<sup>114</sup> Es gab hierzu aber auch kritische Stimmen innerhalb der SPD und nicht nur innerhalb der Parteijugend. Zum Beispiel warnte Johannes Rau die Partei eindringlich, durch eine völlige Trennung zwischen SPD und SHB eine „hochschulpolitische Hallstein-Doktrin“ zu etablieren. So das Plenarprotokoll der 48. Sitzung des Landtages NRW v. 16.05.1972 laut der CDU/CSU-Dokumentation „Gefahren einer Volksfront von links in der Bundesrepublik“.

<sup>115</sup> i.d.S. die geäußerte Kritik der MdB, Wichert, Slotta, Walkhoff und Sperling in der Süddeutschen Zeitung vom 09.06.1972 und „Frankfurter Neue Presse“ vom 09.06.1972.

teirates vom 14. November 1970. Gerade das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus erwies sich dabei als Gradmesser, inwieweit der SHB überhaupt noch „sozialdemokratisch“ war. Als man in der Baracke schließlich zum gegenteiligen Schluss kam, führte dies konsequenterweise zum Widerruf der Vereinbarung von 1961. Durch eine vom Parteivorstand der SPD am Landgericht Bonn erwirkte einstweilige Verfügung wurde dem SHB bis auf weiteres untersagt, die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ im Namen zu führen.<sup>116</sup> Festzuhalten bleibt, dass nunmehr die Haltung gegenüber kommunistischen Aktionseinheitsangeboten als Indikator für eine sozialdemokratische Gesinnung diene.

### *1.3 Der „Linksrutsch“ der Jusos 1969 und die Furcht des SPD-Parteivorstandes vor kommunistischer Unterwanderung*

Für die Integrationsbemühungen und die Auseinandersetzung mit der damaligen Jugendgeneration war es von besonderer Bedeutung, die richtigen Instrumentarien zu besitzen. Nach alarmierenden Meldungen des Arbeitskreises „Sicherheit“ über die kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften, hatte die SPD 1968 den Gewerkschaftsrat ins Leben gerufen. Der Gewerkschaftsrat sollte als Steuerungs- und Abwehrinstrument den kommunistischen Infiltrationsversuchen entgegenwirken. Ein vergleichbares Gremium im Parteiapparat, der die Auseinandersetzung auch administrativ hätte führen können, gab es im Fall der Jungsozialisten nicht. Wirkungsmächtig schienen hier ausschließlich Persönlichkeiten zu sein. Hierbei wird immer auf den bekannten „Zuchtmeister“ der Partei, Herbert Wehner, verwiesen, der wie kein anderer den Parteiapparat zu beherrschen vermochte. Zweifelsohne hielt er die organisatorischen Zügel fest in der Hand, was ihm nicht umsonst den Beinamen des „heimlichen Vorsitzenden“ eintrug. Das straffe Regiment Wehners und sein taktisches Geschick, ergänzten sich mit den großen Sympathien, die Willy Brandt bei den Jusos genoss. Allerdings war nach

---

<sup>116</sup> Der Nachfolger Wischniewskis, Holger Börner, teilte dies i.A. des PV wenige Wochen nach seinem Amtsantritt dem Bundesvorstand des SHB in seinem Schreiben vom 05.06.1972. AdsD, Depositum K. Voigt, 17, hierzu auch Vermerk Börners an Willy Brandt, Herbert Wehner, Alfred Nau und Helmut Schmidt vom 29.06.1972. AdsD, Depositum H. Schmidt, SPD, PV, 5749. Ferner: SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 30.06.1972, abgedr. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, Infiltration im Zielbereich Jugend, 0351c, Box 1078.

Informationen der DDR-Staatssicherheit auch Brandt bis zum äußersten entschlossen, gegen „Linksabweichler“ vorzugehen, indem er im Parteivorstand die Losung ausgeben hatte:

„Negierende SPD-Mitglieder mit Linksdrall können gegebenenfalls, wenn sie mit ihren Stänkereien nicht aufhören, abgeschoben werden.“<sup>117</sup>

Wenn ein weiterer Sozialdemokrat von sich behaupten konnte, die Sympathien der Jungsozialisten zu besitzen, dann war dies der heute beinahe schon aus der Erinnerung der Partei getilgte Jochen Steffen.<sup>118</sup> Als Oppositionsführer im Kieler Landtag war Steffen 1968 in den Parteivorstand gewählt worden. Er galt als der „Linksaußen“ der SPD und wurde daher oft zur Zielscheibe konservativer Kritik, die ihn gelegentlich sogar als „Ulbricht-Deutschen“ bezeichneten. Die Redegewandtheit Steffens, seine analytische Schärfe sowie seine Beflissenheit in marxistischer Theorie, machten ihn zum Mann der Stunde, der zum einen im Parteivorstand die Parteilinke zu repräsentieren vermochte und zum anderen als „Türstopper“ gegenüber Kräften, die links von der SPD standen, fungierte. Steffens Funktion lässt sich als integrative Klammer sowie als Katalysator zwischen den Jungsozialisten und dem Parteivorstand beschreiben.<sup>119</sup>

Um die Parteijugend gegen die kommunistischen Anbiederungsversuche zu wappnen und deren dahinter stehenden Ziele aufzuzeigen, bedurfte es einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Kommunismus innerhalb der damaligen Protestbewegung. Dies erschien umso wichtiger, da durch den Parteivorstand klar erkannt wurde, dass die kommunistischen Infiltratoren, die Protestbewegung als neue Plattform nutzten, um breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen.<sup>120</sup> Allerdings wurde die anfängliche Euphorie mancher Kommunisten in Westdeutschland als auch in Ostberlin im Sommer 1968 durch die Niederschlagung des Prager

---

<sup>117</sup> Norden an Ulbricht vom 22.10.1968, Information eines „Gewährsmann“ im PV der SPD. BA, SAPMO, DY 30, VI A2/2028/25.

<sup>118</sup> Dies ist wohl auf den Umstand zurückzuführen, dass Jochen Steffen nach persönlichen Auseinandersetzungen mit Helmut Schmidt und auch Willy Brandt 1976 enttäuscht aus der SPD austrat.

<sup>119</sup> Allerdings sollte Steffen nicht ausschließlich als unkritischen Fürsprecher der 68er Generation verstanden werden. Vielmehr kritisierte er scharfzünftig und pointiert, dass sie das, wogegen sie protestierten, nämlich „[...]die Laster des Establishment[...]“, selbst „[...]bis zur Absurdität vervollkommen[...]“ hatten. So in einem handschriftlichen Brief an Willy Brandt vom 24.01.1971. AdsD, WBA, Landesverbände und Bezirke, 15. Interview mit Jens-Peter Steffen vom 22.07.05.

<sup>120</sup> Schreiben Leo Bauers an Willy Brandt (undat.), darin wurde Brandt von seinem langjährigen Vertrauten Leo Bauer geradezu bekümmert, eine aktive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen und die Partei gegen kommunistische Umtriebe aus den Reihen der APO zu immunisieren. AdsD, Depositum E. Bahr, Bd. 425.

Frühlings schlagartig beendet. Schnell gelangte der autoritäre und keineswegs friedliche Charakter des Sowjetischen Kommunismus zurück in das Bewusstsein der Zeitgenossen.

Die Unabdingbarkeit einer eingehenden Auseinandersetzung der Parteiführung mit den Jungsozialisten wurde nicht zuletzt aufgrund der eingangs erwähnten Verjüngung der Partei Anfang der Siebziger Jahre immer dringender. So waren zum Beispiel 1970 61,1% der in die SPD neu eingetretenen Mitglieder im Jungsozialistenalter.<sup>121</sup> Zuvor erfuhr die SPD in der zweiten Hälfte der Sechziger Jahre einen breiten Zustrom von Schülern und Studenten. Es folgte eine Reihe von Neugründungen von Arbeitsgemeinschaften auf Ortsvereinsebene und bis Ende der Sechziger Jahre wuchsen die Jungsozialisten mit etwa 180.000 Mitgliedern zum größten politischen Jugendverband der Bundesrepublik an.<sup>122</sup>

Eine nicht unerhebliche Zahl der eigenen Parteijugend engagierte sich in Verbänden wie dem SHB oder sympathisierte mit deren Forderungen. Das der Ton, der bislang braven Parteijugend sich geändert hatte, wurde der sozialdemokratischen Parteiführung durch die Presseberichterstattung vom Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1965 deutlich vor Augen geführt. Mit großer Mehrheit wurden Resolutionen verabschiedet, die das amerikanische Engagement in Vietnam verurteilten. Ferner wurden eine Revision der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik sowie die Nichtanwendung der Hallstein-Doktrin gefordert.<sup>123</sup> Ganz generell wies die Kritik der Parteijugend an der Parteiführung in der SPD eine lange historische Tradition auf. Dennoch war Mitte der Sechziger Jahre ein neues Element in der Konfrontation wahrzunehmen. Die Jungsozialisten sahen sich nicht nur selbstbewusst als die SPD von morgen, sondern verstanden sich in zunehmendem Maße als parteiinterne Opposition, die Anstrengungen unternahm von der Gesamtpartei autonomer zu werden und mehr Partizipationsmöglichkeiten auf die Politik der Gesamtpartei einforderte.<sup>124</sup> Dies offenbarte sich nicht nur in dem parteiinternen Poker um Ämter und Funktionen, sondern nicht zuletzt in der Forderung nach ei-

---

<sup>121</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: a. a. O. S.537. Nach den Parteistatuten der SPD belief sich das Juso-Höchstalter auf 35 Jahre.

<sup>122</sup> Vgl. Börnsen, Gert: Innerparteiliche Opposition - Jungsozialisten und die SPD, Hamburg 1969, S.32.

<sup>123</sup> Vgl. Schonauer, Karlheinz: a.a.O. S.172ff. Hierzu auch vgl. Schönhoven, Klaus: a.a.O. S.540.

<sup>124</sup> i.d.S. hierzu vgl. Schonauer, Karlheinz: Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946-1973. Der Wandel der SPD-Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition. Phil. Diss. Berlin 1980 (Masch.), Butterwegge, Christoph: Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner „Mutterpartei“, Hamburg 1974, S.20ff.

genen Statuten. Einem solchen Ansinnen widersprachen jedoch die Richtlinien über die Arbeitsgemeinschaft der SPD, denn die Jusos sollten eine Arbeitsgemeinschaft bleiben und nicht zu einer Partei in der Partei avancieren. Das Verhältnis zwischen Parteivorstand und den Jusos war bereits Ende der Sechziger Jahre schwer belastet. Mitte der Sechziger Jahre wurde das Verhältnis durch eine Reihe von Konflikten erschüttert, wie zum Beispiel das Eintreten der SPD in die Große Koalition von 1966. Bildhaft für den ganzen Unmut, steht die Ohrfeige, die der damalige Chefstrategie der Großen Koalition, Herbert Wehner, auf dem Weg zum Sitzungssaal des Nürnberger Parteitages 1968 erhalten hatte. Weiterhin waren die Notstandsgesetzgebung, die Haltung der Bundesregierung zum Vietnamkrieg, das Höchstalter der Jungsozialisten oder das Eintreten der Jusos für das imperative Mandat beispielhafte Streitpunkte, die dem Apparat der SPD und den politischen Akteuren unter großem Zähneknirschen alles an Integrationskraft und Kompromissfähigkeit abverlangte, was sie zu leisten vermochten. An Konfliktebenen mangelte es wahrlich nicht und dies zeigte sich immer wieder darin, dass gerade die regionalen Parteiuntergliederungen große Probleme hatten und teilweise überfordert waren, die streitbaren „Jungen“ zu befrieden. Die Auseinandersetzungen in München zwischen dem damaligen Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und den Jungsozialisten oder die in Frankfurt am Main können hierbei auch als Anschauungsbeispiele dienen. Auch wenn Brandt zunächst beschwichtigte, dass in Bezug auf den parteiinternen Streit in München die Uhren in Bayern eben anders gingen, verdeckte diese Äußerung doch nicht, dass es in anderen deutschen Großstädten ähnliche „Kämpfe“ zwischen den Jungsozialisten und den lokalen Parteiführungen gab. Des Öfteren wurde dabei das Verhältnis der Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten zum eigentlichen Streitgegenstand.<sup>125</sup> Zunächst erlangten jedoch nur die Auseinandersetzungen innerhalb der Münchener SPD durch den Verzicht Hans-Jochen Vogels auf eine erneute Kandidatur als Oberbürgermeister und den in der Presse getätigten Äußerungen des Münchener SPD-

---

<sup>125</sup> Hans Ulrich Klose hatte im Bundespräsidium betont, dass dies die ganze Partei angehe und nicht nur die regionalen Parteiuntergliederungen. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 05.09.1971. Auch in Hamburg ließen es die Auseinandersetzungen zwischen Jusos und Parteiführung nicht an Vehemenz fehlen. Die durch Jusos und Kommunisten gemeinsam durchgeführte „Rote Punkte Aktion“ gegen die Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr, führte sogar zu einem Parteiordnungsverfahren gegen die damaligen Bundesvorstandsmitglied der Jungsozialisten Wolfgang Roth und Karsten Voigt.

Bundestagsabgeordneten Günther Müller, bundesweite Aufmerksamkeit.<sup>126</sup> Zudem stellte sich für die Wahlkämpfer in den Landesverbänden das Problem, dass gerade die stets von den Konservativen unterstellte Nähe zu den Kommunisten angesichts der Radikalisierungstendenzen innerhalb der Jusos, nicht noch zu bestätigen. Bei regionalen oder kommunalen Wahlkämpfen waren die radikalsozialistischen Stilblüten und die marxistisch eingefärbten Gesellschaftsanalysen der Jungsozialisten für manchen Altgedienten Genossen ein Erschwernis beim Urnengang und deren Wortradikalismus eine Wahlwerbung der besonderen Art.

Die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten äußerten sich aber nicht nur im neuen Ton gegenüber dem Parteivorstand, sondern der Tonwechsel wurde auch von einem Wechsel im Bundesvorstand der Jusos begleitet. Die „politische Hinrichtung“<sup>127</sup> bzw. Abwahl Peter Corteriers auf dem Münchener Jungsozialistenkongress im Dezember 1969 war das Fanal für einen Linksrutsch, der sich in der Abfolge der Bundeskongresse 1965, 1967 und 1968 abgezeichnet hatte. Die Atmosphäre zwischen Parteijugend und dem Parteivorstand war bereits vergiftet bevor der besagte Beschluss am 14. November 1970 erfolgte. Das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus war keineswegs das alleinige Feld parteiinterner Auseinandersetzungen. Dennoch wurde durch den Parteivorstand diese Linksentwicklung hin zum Kommunismus, wie es sich für manchen Beobachter darstellte, sorgenvoll beobachtet. Der neue Trend innerhalb der Jungsozialisten wurde von dem damaligen Bundessekretär der Jungsozialisten Ernst Eichengrün in einem internen Bericht an das Parteipräsidium Anfang Dezember 1969 bestätigt.<sup>128</sup> Festzumachen war diese Tendenz bereits seit

---

<sup>126</sup> Müller hatte in mehreren Interviews in der Öffentlichkeit die konservativen stereotypen Vorurteile bedient, indem er behauptete, die Münchener SPD sei durch Kommunisten unterwandert und fest in deren Händen. Gekrönt wurden diese medienwirksame Äußerungen Müllers durch seinen Fernsehauftritt im ZDF-Magazin bei Gerhard Löwenthal, dem wohl vehementesten Gegner der Brandt'schen Ostpolitik im deutschen Fernsehen.

<sup>127</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus: a.a.O., S.556, anzumerken bleibt, dass mit dem Linksrutsch wie in München offenbar auch eine Veränderung der innerparteilichen Gepflogenheiten einherging. Obwohl Corterier sich einer Wiederwahl nicht stellen wollte, wurde er demonstrativ mit 146 zu 11 Stimmen abgestraft. Von nun an standen Carsten Voigt, Wolfgang Roth, Wolfgang Kiehne, Norbert Gansel oder Hans Eichel in erster Reihe.

<sup>128</sup> Eichengrün setzte das Präsidium am 03.12.1969 über die fortschreitende Radikalisierung innerhalb der Jusos in Kenntnis. Nach der Analyse Eichengrüns war dies im Wesentlichen die unmittelbare Folge des Einflusses der APO auf die Jungsozialisten. Nun seien die parteivorstandsloyalen Bundesvorstandsmitglieder in einer Minderheitenposition und die Stimmung sei emotional so aufgeladen, dass dem argumentativ nicht mehr beizukommen sei. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 45.

längerem an Berichten, die die Baracke im Frühjahr 1969 verstärkt erreichten. Die von den Jungsozialisten getätigten Äußerungen und Beschlüsse widersprachen vermehrt auch Vorstandsbeschlüssen, die gemeinsame Aktionen mit der DKP ablehnten.<sup>129</sup> Ebenso wurde stets auf die Kontakte einiger Juso-Arbeitsgemeinschaften zu Funktionären der SED oder des FDGB oder auf gemeinsame Rednerveranstaltungen, auf denen Referenten der SED zu Wort kamen, hingewiesen. In Berlin waren deshalb bereits 16 Parteimitglieder aus den Reihen der Jusos Berlin-Wilmersdorf suspendiert worden, was der Bundesausschuss der Jungsozialisten am 29. Juni 1969 mit einer ablehnenden Resolution quittierte und wiederum dem Landesverband Berlin vorwarf, die Parteisäuberungen nach den Fällen Ristock und Beck nun weiter fortzusetzen.<sup>130</sup> Nun stand die Berliner SPD und die Genossen um den regierenden Bürgermeister Klaus Schütz nicht gerade im Ruf, die Parteilinke zu repräsentieren und die Vehemenz mit der gegen solche Vorgänge mit Parteiordnungsverfahren vorgegangen wurde, war eigentlich auch nicht weiter verwunderlich. Im Zusammenhang mit dem Jahre zuvor geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED-Referenten war bereits deutlich, dass man seitens der SPD nicht gewillt war, nur den Referenten aus der DDR in politischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik eine Plattform zu gewährleisten, während die eigenen Redner gewissermaßen draußen vor den Toren blieben. Daran sollte auch keine Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten etwas ändern.<sup>131</sup> Darüber hinaus muss man in Rechnung stellen, dass in der geteilten Stadt Berlin

---

<sup>129</sup> Maschinenschriftlicher Vermerk Hans Stephan an Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau und Hans-Jürgen Wischnewski vom 17.03.1969, darin: aufgrund solcher Tendenzen sollte, so Stephan, überprüft werden, ob dies nicht in einem Rundschreiben an die Geschäftsstellen aufzuzeigen sei. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 45.

<sup>130</sup> Abgedruckte Resolution des BA vom 29.06.1969. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 45. Hintergrund hierzu war eine an den DDR-Historiker Percy Stulz erfolgte Einladung im Namen der Jungsozialisten durch Rudi Schmidt zu einer Podiumsdiskussion ohne vorherige Rücksprache mit den Parteigremien. Die Diskussion fand am 10.06.1969 unter dem Titel „Berlin zwischen Privatkapitalismus und Staatskapitalismus“ statt, die sich der völkerrechtlichen Stellung Berlins widmete. Darauf hin wurde ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet, dass bis vor das Bundesschiedsgericht beim PV ging. Im Resultat wurde Schmidt aus der Partei ausgeschlossen. Anzumerken bleibt, dass die Schärfe der Sanktion, u. a. darin begründet wurde, dass Schmidt kein Unbekannter war und schon mehrmalig aufgefallen war. Bspw. zeichnete er sich verantwortlich für eine Resolution, die der Berliner SPD „autoritäres“ und „antidemokratisches“ Gebaren attestierte und ferner den DGB-Landesverband Berlin aufforderte sich von Walter Sickert zu trennen sowie den Rücktritt des Innensenators Kurt Neubauer forderte, so das Protokoll der Bundesschiedskommission vom 07.08.1970. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle, 2361.

<sup>131</sup> Allerdings bleibt kritisch anzumerken, dass die weltanschaulich dogmatisch und oft eher hölzern wirkenden Referenten aus der DDR auch des Öfteren durch Jungsozialisten, die sehr wohl mit der Marx'schen Lehre vertraut waren, in missliche Situationen durch Zwischenfragen gebracht oder harsch kritisiert wurden.

die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine qualitativ andere Dimension besaß. Ristock räumte dies selbst ein, wenn er davon sprach, dass man in der Berliner SPD hinter jedem Baum einen Kommunisten befürchte. Aufgrund der in Berlin historisch gemachten Erfahrungen mit dem Kommunismus, waren die internen Regelungen für Ostkontakte restriktiver als in anderen Landesverbänden der SPD. Bereits seit Ende 1969 bestand in Berlin ein generelles Kontaktverbot zwischen Mitgliedern der SPD und der SED. Vor dem Hintergrund des bereits im Gange befindlichen Bundestagswahlkampf, erfuhr die besagte Resolution keine Resonanz durch öffentliche Erklärungen der Parteiführung. Dieser Vorgang sollte nicht in der Öffentlichkeit, mitten im Wahlkampf, ausbreitet werden. Wischniewski machte gegenüber dem Bundesausschuss nur deutlich, dass nun nicht an die Zeit sei, Resolutionen zu verabschieden, sondern alle Bemühungen und Kräfte für den Bundestagswahlkampf zu bündeln.<sup>132</sup> Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Resolution der Jusos sollte also zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgen. Unschwer lässt sich erklären, warum man in der Baracke ein Interesse haben konnte, diesen Schwelbrand unter den Teppich zu kehren. Im unmittelbaren Vorwahlkampf lieferte man sich eine Reihe von Rückzugsgefechten mit der Union. Die Bundespräsidentenwahl und der „Fall Bahr“ sind Beispiele hierfür. Aber auch die wenigen verbliebenen Juso-Bundesvorstandsmitglieder, die der Parteiführung nach wie vor loyal gegenüberstanden, versuchten sich in Schadensbegrenzung.<sup>133</sup> Ernst Eichengrün hatte bereits Anfang Dezember gegenüber dem Parteipräsidium seine düstere Prognose abgegeben, in der er den Ausgang des Bundeskongresses gewissermaßen vorhersah.<sup>134</sup> Allerdings konnte diese Schadensbegrenzung nur ein temporäres Aufschieben der längst augenscheinlich gewordenen innerparteilichen Fragen sein. Diese Fragen bestanden nicht nur in dem Verhältnis zwischen den Jusos und der Parteiführung der SPD oder der künftigen Rolle der Arbeitsgemeinschaft, son-

---

<sup>132</sup> Schreiben Wischniewskis an den Bundesausschuss der Jungsozialisten vom 11.07.1969. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 45.

<sup>133</sup> Sofern Männer wie Corterier zum damaligen Zeitpunkt überhaupt noch über Einfluss verfügten, war man bemüht, die Jungsozialisten in der Öffentlichkeit nicht als die „Schmuddelkinder“ der Partei erscheinen zu lassen. Auch in puncto bestehende Ostkontakte waren die Argusaugen der Presse auf die Jusos gerichtet. Ernst Eichengrün wandte sich daher extra an Helmut Bärwald und Jochen Schulz, den Pressesprecher des SPD-Parteivorstandes, um diese davon zu unterrichten, dass man im Zuge eines Treffens mit Vertretern der FDJ vereinbart habe, keine Informationen an die Presse herauszugeben. Sollte dennoch in der Ost- oder Westpresse Meldungen erscheinen, wären die Jusos sehr dankbar, Hinweise zu erhalten. Schreiben Eichengrüns an Bärwald und Schulz vom 17.07.1969. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, Infiltration im Zielbereich Parteien, 0351k, 1089.

<sup>134</sup> Eichengrüns Bericht an das Präsidium vom 03.12.1969. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 45.



dern in zunehmenden Maße wurde offensichtlich, dass diese Auseinandersetzung mit Generationenkonflikte oder Links-Rechts-Schemata nur unzureichend umschrieben war.<sup>135</sup> Es ist daher auch kein Zufall, dass das Godesberger Grundsatzzprogramm erneut an Aufmerksamkeit in der Diskussion gewann und zunehmend ein Streit über die Deutungshoheit dieses programmatischen Grundlagendokumentes entbrannte.<sup>136</sup> Die im Streit vorgetragenen verschiedenen Standpunkte betrafen die Identität der SPD von der Aufgabe klassenkämpferischer Positionen bis zur Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus, wobei gerade dieser Begriff unterschiedliche Deutungen erfuhr. Nach Ansicht der Jungsozialisten war der demokratische Sozialismus nur zu verwirklichen, wenn innerhalb der Bundesrepublik eine „Sozialisierung“ stattfand. Darunter verstanden sie vor allem eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse, was sich nicht zuletzt in der Forderung einer Verstaatlichung von Schlüsselindustrien offenbarte. Auch in den Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung gab es nach Ansicht der Jungsozialisten sozialistische Vorbilder. Die Bewunderung galt darin vor allem dem damaligen Jugoslawien.

Die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus implizierte aber nicht nur ökonomische Veränderungen, sondern war untrennbar mit der Haltung gegenüber dem Kommunismus verbunden. Dies wurde, angeleitet durch die marxistische Theorie, gelegentlich übersehen, denn Sozialismus bedeutete mehr als nur gleichmäßige Besitzverhältnisse an Produktionsmitteln. Darüber hinaus hatte sich die SPD 1959 in ihrem Godesberger Programm in der Eigentumsfrage nicht festgelegt, d.h. dass Enteignungen bzw. Verstaatlichung nicht generell negiert wurden. Man konstatierte zwar die Sozialpflichtigkeit von Eigentum, aber nicht ohne dem Eigentumsrecht den Wert eines Freiheitsrechtes einzuräumen. Auch darin war das Godesberger Grundsatzzprogramm eine deutliche Absage gegen den Kommunismus. Sollte der Sozialismusbegriff in dieser Diskussion nicht bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden, durften die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus und deren unterschiedliche Sozialismusbegriffe

---

<sup>135</sup> So auch in der Analyse der ehemalige Bundesvorstandsvorsitzender der Jungsozialisten Peter Corterier. Vgl. Corterier, Peter: Die SPD am Scheideweg, Neue Gesellschaft, Ausgabe 3 Jhg.1970, S. 371ff.

<sup>136</sup> Hierzu eingehender vgl. Schwan, Alexander; Schwan, Gesine: Sozialdemokratie und Marxismus: zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974, aus linkssozialistischer Perspektive, vgl. Abendroth, Wolfgang; SPD - jenseits von Godesberg - Beitrag zur Diskussion um ein neues Grundsatzzprogramm, Heilbronn 1985.

nicht verwischt werden. Eine solche Veränderung hätte das Antlitz der SPD als Partei nachhaltig verändert. Deshalb machte sich in der Baracke Unbehagen breit, da man fürchtete einige von den jungen Genossen könnten schon längst den Boden des Godesberger Programms verlassen haben, sich aber dennoch weiter in der SPD engagieren, um die Partei von innen heraus in ihrem Sinne zu verändern.<sup>137</sup> Der Parteivorstand befürchtete eine kommunistische Unterwanderung. Bereits während der Studentenrevolte hatte man die Angst gehabt, die Jungsozialisten könnten als Brückenkopf zwischen der Neuen Linken und der SPD fungieren und Kräfte in die SPD schleusen, die programmatisch auf anderen Ufern standen.<sup>138</sup> Die Parteiführung unterlag keiner Paranoia, aber solche Fälle gab es zumindest in kleiner Zahl. Auch wenn es sich innerhalb der SPD, um eine Minderheit handelte, die Stamokap-Anhänger innerhalb der Jungsozialisten ließen ähnliches befürchten. Die Staatsmonopolistische Kapitalismustheorie (Stamokap) war ein ideologischer „Exportartikel“ Ulbrichts, der Anfang der Fünfziger Jahre in der Bundesrepublik allmählich Verbreitung fand. Ausgehend vom dem kommunistischen Dilemma, dass der Kapitalismus einfach nicht zusammenbrechen wollte, sondern im Zuge des Wirtschaftswunders anfang, Blüten zu tragen und der prognostizierte Untergang ausblieb, bediente man sich eines theoretischen Hilfskonstruktes. Die Theorie besagte nun, dass der Kapitalismus deswegen stabil bleibe, weil das Monopolkapital den Staat als Instrument der Wahrung ihrer Profitinteressen benutze und die Parteien sich als willige Verwalter und Diener in den Dienst des Kapitals stellen würden. Insbesondere die SPD vertrete nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse, sondern sei nur damit beschäftigt, das kapitalistische System weiter zu stützen und zu stärken. Unter diesen Umständen erklärte sich, aus der Sicht der Machthaber in Ostberlin, warum in der Bundesrepublik der Weg zum „wahren“ Sozialismus nicht beschritten wurde. Dies, so wurde nun in der Bundesrepublik durch die Kommunisten geworben, sei nur möglich durch die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern. Der Lenin'sche Begriff der Aktionseinheit umschrieb euphemistisch eine Zusammenarbeit der Sozi-

---

<sup>137</sup> Angesichts der radikaleren Töne der Stamokap-Vertreter und einer kleinen, aber lautstarken Minderheit innerhalb der Jungsozialisten, lagen solche Überlegungen nahe. Ferner zeigte sich dies auch an den Vorbehalten der Parteiführung gegenüber der so genannten Doppel-Strategie, die größtes Misstrauen hervorrief.

<sup>138</sup> Auch diese Furcht war nicht unbegründet. Auf diesen Umstand hatte u.a. Eichengrün aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende des SHB hatte bereits im Frühjahr 1969 dazu aufgerufen, sich verstärkt bei den Jungsozialisten einzubringen, um die Partei in bestimmter Zielrichtung zu verändern.

aldemokratie und den Kommunisten, zum Wohl der Arbeiterklasse. Diese Formel wurde reaktiviert, da der Begriff der Volksfront oder der Einheitsfront durch die Ereignisse während der Weimar Zeit zu sehr diskreditiert worden war. In der Sache beschrieben aber beide Begriffe denselben politischen Vorgang. Die Zielrichtung solcher Politik wurde verschwiegen, denn sie war in ihrer Konzeption nichts anderes als der Versuch, die Mitgliedschaft der Sozialdemokraten von ihrer Parteiführung abzulösen und sie als „nützliche Idioten“ für die politischen Zwecke der Kommunisten zu instrumentalisieren. Es lief letzten Endes auf eine Auflösung und Überführung der Sozialdemokratie in die Kommunistische Partei hinaus, denn schon aufgrund der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem damit verbundenen Dogmatismus konnte es keine Partnerschaft geben, geschweige denn eine andere Partei neben der kommunistischen Partei. Was in der sowjetischen Besatzungszone die Zwangsvereinigung von SPD und SED vollbrachte, sollte in Westdeutschland die Aktionseinheit bewerkstelligen.

Es gab innerhalb der Jungsozialisten aber auch jene, die den offenen Bruch vollzogen oder gar aufgrund ihrer Handlungen aus der Partei ausgeschlossen wurden. In Essen trat zum Beispiel eine Gruppe von Jusos geschlossen in die DKP ein, andere wurden nach einem Parteiordnungsverfahren ausgeschlossen, weil sie Wahlauftrufe der DKP mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten.<sup>139</sup> Das Letzteres einen Ausschluss zur Folge hat, ist nicht weiter verwunderlich, denn wer Mitglied einer Partei ist und für den politischen Gegner wirbt, muss sich fragen lassen, ob seine Absichten integer sind. Dies ist für keine Partei duldbar, denn sonst würde sie aufhören, eine Partei zu sein und zum bloßen Wahlverein werden. Dennoch gilt es hier festzuhalten, dass es sich um Einzelfälle und nicht um allgemeine

---

<sup>139</sup> Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist dabei der Ausschluss des damaligen SPD-Mitglieds Frank Bsirske, der in Wolfsburg einen Wahlaufruf der DKP unterstützte und daraufhin, entgegen der Darstellung in seiner offiziellen Vita, nicht austrat aufgrund seiner Ablehnung gegenüber der Notstandsgesetzgebung, sondern 1972 aus der SPD ausgeschlossen wurde. Inwiefern die Abgrenzung der SPD nach links wichtige Weichen für die Startbedingungen der GRÜNEN stellte, ist noch nicht erforscht. Sicherlich wäre es lohnenswert, empirisch zu untersuchen, in welchem Umfang enttäuschte SPD-Mitglieder aus der Partei austraten und sich in Bürgerinitiativen, die später in den GRÜNEN aufgingen, weiter engagierten. Als berühmtestes Beispiel kann das ehemalige Parteivorstandsmitglied, Vorsitzender des LV Schleswig-Holstein und Oppositionsführer in Kiel, Jochen Steffen, angeführt werden. Erwähnt werden sollten auch solche Fälle, die noch seltener waren, nämlich die, die nach vollzogenem Ausschluss wieder in die SPD eintraten. Ein solcher Fall war z.B. Klaus Uwe Benneter. Benneter, der die Aktionseinheit mit den Kommunisten des Öfteren in der Öffentlichkeit verteidigte und rechtfertigte wurde 1977 aufgrund seiner Äußerung, der eigentliche Klassenfeind seien nicht die Kommunisten, sondern CDU/CSU, aus der Partei ausgeschlossen. Allerdings war dieses Interview nur ein Anlass, denn Benneter hatte sich unlängst in der Berliner SPD den Beinamen „Benny Bürgerschreck“ erworben. Erst auf Bitten Gerhard Schröders bei Willy Brandt wurde Benneter als „Geläuterter“ 1983 erneut Mitglied der SPD.

Tendenzen handelte. Es gab keine, wie auch immer geartete, Hexenjagd oder einen McCarthyismus der zu Massenaustritten oder Massenausschlüssen führte. Auffallend war aber, dass die neue Spitze der Jungsozialisten nicht generell gegen die „punktuellen“ Zusammenarbeit mit Kommunisten war.<sup>140</sup> Die verschiedenen kommunistischen Gruppierungen innerhalb der Bundesrepublik versuchten schon seit längerem, diesen Umstand für ihre Belange zu nutzen. So gab es immer wieder Anbiederungsversuche von SEW, SDAJ oder DKP.<sup>141</sup> Wie beim SHB waren die Berührungspunkte oder die politischen Sachthemen gegenüber den Jungsozialisten die gleichen. Diese Sachthemen wurden von den Kommunisten schicht- und milieübergreifend gewählt, d.h. es wurden Themen bei denen sich jeder wiederfinden konnte angesprochen.<sup>142</sup> Die Kommunisten verbanden damit die Hoffnung, so die Basis der Partei zu verbreitern.<sup>143</sup> Eine erste Reaktion der SPD-Parteiführung war zunächst der Unvereinbarkeitsbeschluss gegenüber dem SDAJ vom 11. Dezember 1969.<sup>144</sup> Ob dies nun ein probates Mittel war, muss man bezweifeln. Ein Unvereinbarkeitsbeschluss verhinderte eine Doppelmitgliedschaft, aber er verhinderte nicht, die zum Teil rege Zusammenarbeit zwischen den Jungsozialisten und

---

<sup>140</sup> Dies war wiederum unvereinbar mit dem späteren Beschluss des Parteivorstandes und des Parteirates und zeigt wiederum, dass hier zwei unvereinbare Haltungen aufeinander prallten.

<sup>141</sup> Die Avancen und das Werben kommunistischer Gruppierungen um die Jungsozialisten sind zu umfangreich, um dies hier erschöpfend zu belegen. Hier nur ein einige Beispiele: Aufgrund von Informationen des Ostbüros erfolgten immer wieder Einladungen an Jungsozialisten zu politischen Veranstaltungen. Allein der „Club International“ (eine trotzkistische Vereinigung) war angeblich im Besitz von etwa 600-700 Adressen, Bericht Tromsdorf durch Bärwald weitergeleitet an Wischniewski vom 04.09.1969. AdsD, SPD, PV, Ostbüro Infiltration im Zielbereich Parteien, 0351k, 1099. Ebenso war nach vertraulichen Berichten mindestens ein Bundesvorstandsmitglied der Jusos und des SHB auf dem Bundeskongress der SDAJ 1969, der Jugendorganisation der DKP anwesend, so der Bericht Bärwalds über den Bundeskongress der SDAJ 1969 vom 07.01.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, Infiltration im Zielbereich Jugend, 0351c, 1084. In Westberlin warb die SEW, der Westberliner Ableger der SED, in einem Aufruf an Sozialdemokraten, Jungsozialisten und Falken für eine gemeinsame Friedenskundgebung gegen die amerikanische Vietnamintervention am 13.12.1969, Meldung im ND vom 10.12.1969. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, SED, SED in Westberlin, 0304a, 863. Die Liste solcher oder ähnlicher Vorgänge ist beliebig erweiterbar.

<sup>142</sup> Anlässlich des 2. Bundeskongress der SDAJ formulierte der Zentralsekretär der FDJ, Erich Rau dies in einem Interview im ND vom 11.12.1969 wie folgt: „[...]das, was der 2. Bundeskongress der SDAJ politisch fordert, sind im Prinzip die gleichen Forderungen, die heute auch von vielen jungen Sozialdemokraten, Christen und Liberalen erhoben werden[...]“.

<sup>143</sup> Ein solches Agieren der Kommunisten stellt bis heute deren Engagement im Windschatten der Friedensbewegung dar, wenngleich die Vorzeichen während des Kalten Krieges andere waren und einer einseitigen Truppenreduzierung das Wort geredet wurde.

<sup>144</sup> Der Unvereinbarkeitsbeschluss des SPD-Parteivorstandes wurde am 20.02.1970 vom Parteirat bestätigt, so der Vermerk Heinz Castrups an Martin Grüber vom 24.02.1970. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle, 2364. Die Mitteilung an die Schiedskommission beim PV zeigte, dass man fest entschlossen war, Verstöße administrativ zu ahnden.

der SDAJ, die punktuell stattfand.<sup>145</sup> Diese Zusammenarbeit erschöpfte sich aber nicht nur mit der SDAJ.

#### 1.4 *Die Neue Ostpolitik als Vehikel innenpolitischer Veränderungen*

Die Neue Ostpolitik schien für die Kommunisten, so die eigene Wahrnehmung, Möglichkeiten zu eröffnen, in Kontakt mit der Parteijugend der SPD zu treten und diese von den politischen Zielen und deren Richtigkeit zu überzeugen.<sup>146</sup> In der Tat wurde durch die Jusos mancherorts die Brandt'sche Ostpolitik als Anlass für die Zusammenarbeit mit Kommunisten genutzt. Dasselbe galt für die Pflege von bestehenden und das Forcieren von neuen Ostkontakten. Auf einer Präsidiumssitzung im Spätjahr 1970 betonte Willy Brandt, dass dies abzustellen sei. Darüber sollte, so Brandt, sowohl mit den Jungsozialisten als auch mit dem Gewerkschaftsrat gesprochen werden.<sup>147</sup> Immer wieder wurden Fälle an den Parteivorstand herangetragen, die bestätigten, dass die neue Außenpolitik für die Jusos ein Vehikel zu sein schien, auch innenpolitische Veränderungen zu erwirken.<sup>148</sup> Mit der Formel „mehr Demokratie wagen“ verbanden manche Jusos die Hoffnung auf ganz bestimmte gesellschaftliche Veränderungen. In der Innen- und Gesellschaftspolitik bedeutete das ein mehr an „Sozialismus“ bzw. sozialistische Reformen, für die es bereits Vorbilder gab und die sich in der heute bizarr anmutenden Bewunderung von Titos Jugoslawien offenbarten. Nach Ansicht der Jungsozialisten war dieser Sozialismus durch mehr sozialistischer Theorie und Praxis zu erreichen. Gerade letzteres bedeutete vor allem Aktion - und wenn nötig auch mit den Kommunisten - im Sinne von außerparlamentarischen Partizipationsformen. Unter weltanschaulichen Gesichtspunkten gab es innerhalb der Jungsozialisten zwar

---

<sup>145</sup> In einem vertraulichen Bericht vom 19.01.1970 hatte Eichengrün deshalb vom Parteivorstand gefordert den Unvereinbarkeitsbeschluss anhand des Umsichgreifens der gemeinsamen Aktionen, zu ergänzen. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 58. Hierzu auch Kurzprotokoll der Bundesvorstandssitzung der Jungsozialisten vom 24.10.1970, darin der Beschluss, die SDAJ als Trägerorganisation für den Kongress „Frieden mit Polen“ zu beteiligen. AdsD, Depositum K. Voigt, 16. So auch ausführlicher in einer im Auftrag des PV erstellten Dokumentation durch Zachmann, die zusammen mit dem Antiaktionseinheitsbeschluss als Vorlage am 15.10.1970 in das Präsidium eingebracht wurde. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 15.10.1970.

<sup>146</sup> Zu den Zielen und der Strategie der DKP später noch eingehender in Kapitel IV, „Die Neugründung der DKP - die Nachfolgeorganisation der KPD als Instrument der SED-Westpolitik“.

<sup>147</sup> Brandts Ausführungen bei der Präsidiumssitzung vom 15.10.1970 zum Themenbereich der Unterwanderungsproblematik. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 15.10.1970

<sup>148</sup> So der vertrauliche Bericht Eichengrüns vom 19.01.1970 an den Parteivorstand. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 58 hierzu auch Dokumentation Zachmanns zur Lage innerhalb der Jusos (undat.). AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 15.10.1970

kein einheitliches Bild, dennoch konnte oftmals der Eindruck entstehen, dass es gesellschaftspolitisch auf eine Korrektur des Leninismus hinauslaufen würde. Mit dem Gedanken der Korrektur des Marxismus-Leninismus verband sich aber auch die Korrektur des eigenen Systems. Daher erscheint es nicht verwunderlich, dass die Konvergenz-Theorie innerhalb der jungen Generation auf die gesellschaftlichen Systeme rege Anwendung fand. Die ursprünglich aus der Ökonomie entsprungene Theorie besagte, dass sich das kapitalistische und sozialistische Wirtschaftssystem aufgrund der identischen Umweltfaktoren einander annähern würden. Dies schien sich nach Ansicht der Konvergenztheoretiker auf der einen Seite durch die Entwicklung der westlichen Gesellschaften zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat oder der Trennung von Eigentum und Management in Großfirmen und auf der anderen Seite durch Dezentralisierungstendenzen oder marktwirtschaftliche Experimente in den sozialistischen Ländern zu bestätigen. Die Anwendung dieser Konvergenztheorie auf das sozio-politische System impliziert eine Annäherung des Westens an den Osten und vice versa. Übertragen auf die deutsch-deutsche Auseinandersetzung hätte dies bedeutet, dass die Bundesrepublik durch politische Reformen ihr politisches System und die Gesellschaftsordnung an die DDR anpassen würde und umgekehrt. Dies verkennet nicht nur, dass die Machthaber in Ostberlin keineswegs gewillt waren, eine Entwicklung einzuleiten, die ihr vorzeitiges Ende hätte bedeuten können und daher ein Abgrenzungsbedürfnis der DDR gegenüber der Bundesrepublik vorhanden war, sondern auch die Zielsetzung der Brandt'schen Ostpolitik. Die Desintegration des Ostblocks und die Transformation im Sinne einer Liberalisierung der bestehenden politischen Ordnung jenseits des eisernen Vorhangs waren keine Zufallsprodukte, sondern Grundanliegen der Neuen Ostpolitik der Sozialliberalen Koalition.<sup>149</sup> Um diese Ziele zu erreichen war man aber nicht bereit, das eigene System aufzugeben. Vielmehr erforderte die Umsetzung einer Transformationsstrategie ein hohes Maß an Selbstbewusstsein und Vertrauen in das eigene politische und gesellschaftliche System. Entspannung und Abgrenzung bildeten so Begriffspaare, die sich einander ergänzen bzw. erscheinen als zwei Seiten ein und derselben Politik.

---

<sup>149</sup> Hierzu vor allem vgl. Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver: Helsinki 1975 and the transformation of Europe, Oxford, New York 2008. Ferner vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969; Mannheim 2004; unveröffentlichtes Manuskript, S.810ff. Ergänzend hierzu vgl. Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver: Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen - Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebziger Jahren; in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S.415-448.

Parallel zur weiteren Entspannungspolitik der Regierung Brandt registrierte man beim Arbeitskreis Sicherheit beim Parteivorstand der SPD eine verstärkte Reisetätigkeit von Jusos in die DDR und von DDR-Referenten in die Bundesrepublik. Diese Tendenz, die sich im Schatten der Verhandlungen um die Ostverträge vollzog, wurde mit großem Unbehagen beobachtet, denn Unterwanderung und Infiltration waren nicht nur Gefahren, die sich in Aktionseinheiten mit bundesdeutschen Kommunisten ergeben konnten. Die Linksentwicklung bzw. die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Jugendgeneration wurden nämlich auch von der SED oder der KPdSU mit großer Aufmerksamkeit beobachtet.<sup>150</sup> Nicht zuletzt hatte sich Ulbricht zumindest zeitlang der Illusion hingeeben, er könne sich die neue Protestbewegung zunutze machen und dadurch in der Bundesrepublik eine Entwicklung hin zu einer deutschen Einheit unter kommunistischem Vorzeichen einleiten.<sup>151</sup> Darüber hinaus waren innerparteiliche Fraktionierungen der SPD für die SED ohnehin ein Thema, über das die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) der Staatssicherheit regelmäßig berichtete.<sup>152</sup> Die Jusos, die sich phasenweise als innerparteiliche Opposition präsentierten, wurden damit auch verstärkt Gegenstand und Adressaten kommunistischer Bündnispolitik.

Nach den Informationen des Parteivorstandes wurden die Ostkontakte der Jungsozialisten schon vor dem Münchener Bundeskongress der Jusos im Dezember 1969 deutlich intensiviert. Nach Berichten des Ostbüros und regionaler Parteiontergliederungen ging damit einher, dass Verstöße gegen die vom Parteivorstand erlassenen Richtlinien für Ostkontakte zunahmen. Des Öfteren wurden von den Jungsozialisten Einladungen an DDR-Referenten ausgesprochen oder Reisen vorgenommen ohne die Partei darüber im Vorfeld in Kenntnis zu setzen.<sup>153</sup> Bereits im

---

<sup>150</sup> Vermerk Wischnewski an Castrup vom 05.03.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, 59. Wischnewski bezog sich darin auf mehrere Treffen mit dem II. Sekretär der sowjetischen Botschaft Abraschkin (23.10., 18.11., 22.12.1969 und am 27.01.1970) und dessen reges Interesse an der Entwicklung innerhalb der Parteijugend der SPD. Wischnewski brachte seine Besorgnis über den Informationsstand seines Gesprächspartners zum Ausdruck und wies Castrup an, die „undichte Stelle“ ausfindig zu machen. Laut Wischnewski war Abraschkin beim Bundeskongress der Jungsozialisten anwesend und habe sicherlich eine Reihe von Kontakten knüpfen können.

<sup>151</sup> Ausführlicher zu Ulbrichts Einheitstraum vgl. Bange, Oliver: a. a. O. S.843ff.

<sup>152</sup> So z.B. Einzelinformation vom 10.12.1969 zur Parteireform der SPD. BStU, HVA, 155 Nr. 1216/69 S.112-125, streng vertraulicher Bericht der Westabteilung der SED vom 07.11.1967. BA, SAPMO, DY 30 IV A 2/2.028/25.

<sup>153</sup> Schreiben des UB Heilbronn an H.J. Wischnewski vom 25.11.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll (Anlage) vom 27.11.1969. Bericht H. Bärwalds an H. Schmidt vom 22.01.1970. AdsD,

November 1969 unterrichtete Wischnewski das Präsidium darüber, dass die Fälle, in denen DDR-Referenten auf Veranstaltungen der Jusos als Redner auftraten, erheblich zugenommen hätten. Indes war man im Präsidium zu dem Entschluss gekommen, solche Gespräche oder Veranstaltungen bei den Bezirken registrieren zu lassen.<sup>154</sup> Außerdem sollte für die Zukunft der Mitgliedschaft - unter Hinweis auf die Richtlinien für Ostkontakte - die Gesamtpolitik der Partei gegenüber der DDR und den osteuropäischen Ländern deutlicher dargestellt werden. Es galt folglich zu verhindern, dass es unter keinen Umständen zu „Verbrüderungen“ auf den unteren Parteiebenen komme. Nach Ansicht des Präsidiums sollten ebenso die Gewerkschaften dabei miteinbezogen werden. Bevor der DGB-Bundesvorstand zu den Fragen der Ostkontakte Regelungen treffe, sollte vorher mit dem Gewerkschaftsrat gesprochen werden. Sollte dies nicht möglich sein, plante man die Gewerkschafter zu Einzelgesprächen einzuladen.<sup>155</sup> Einmal mehr erwies sich darin die Wichtigkeit des Instruments des Gewerkschaftsrates. Es wurden nicht nur die eigenen Reihen dicht geschlossen, sondern allmählich wurden mögliche Einfallstore kommunistischer Unterwanderungsversuche zwischen Partei und Gewerkschaften geschlossen.

Festzuhalten bleibt, dass sich die vielerorts zu vernehmenden Radikalisierungstendenzen innerhalb der 68er Protestbewegung und der eigenen Parteijugend nicht nur im Wortradikalismus und pseudorevolutionärem Pathos äußerten, sondern auch in gemeinsamen Veranstaltungen und Demonstrationen mit Kommunisten. Ursächlich hierfür war nicht die oft angeführte Große Koalition und das Fehlen einer Opposition innerhalb des Parlaments, denn in den europäischen Nachbarländern wie bspw. Frankreich waren ähnliche Vorkommnisse wahrzunehmen. Immerhin wäre es gerade bei der Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, beinahe zu einer Spaltung der französischen Sozialisten gekommen. Tiefgreifende gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen brachten eine Jugendgeneration hervor, die ganz im Sinne des Wertwandelkonzeptes von Inglehart<sup>156</sup>,

---

Depositum H. Schmidt, Sacharchiv, 7938. Ebenso Dokumentation E. Zachmanns (undat.) zur Lage innerhalb der Jusos. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 15.10.1970.

<sup>154</sup> Hermsdorf und Wehner sprachen sich dagegen aus, unterlagen aber letztlich in der Abstimmung.

<sup>155</sup> Beschluss des Präsidiums auf der Sitzung vom 27.11.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll vom 27.11.1969.

<sup>156</sup> Vgl. Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Public, Princeton, New Jersey 1977.



selbst materiell saturiert, sich postmaterialistischen Werten zuwandte und vehement die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systeme, deren Entstehung und Geschichte, einer fundamentalen Kritik unterzog. Einzuräumen bleibt, dass dies in vornehmlich akademischen Kreisen stattfand und der Aufbruch einer „linken“ geistigen Elite den Boden bereitet hatte. Die Renaissance des Marxismus erklärte sich aus diesem Umstand. Fern ab davon, dass das Rezipieren der Marx'schen Theorie in weiten Kreisen der Intellektuellen auch modisch, vielleicht sogar verpflichtend war, machte es diese Jugend noch längst nicht zu Kommunisten. Konservative Kritiker warfen stattdessen diese Protestbewegung von „Radau-Brüdern“ mit den orthodoxen oder maoistischen, kommunistischen Gruppierungen, die nie einen breiten Zustrom durch diese Jugend erfuhren, in einen Topf.

Die neomarxistischen Tendenzen und die beginnende Tauwetter-Phase des Ost-West-Konfliktes, eröffnete Schnittmengen zwischen der Neuen Linken und den Kommunisten. Dies ermöglichte Kontakte und die Verständigung über Sachthemen, wie z.B. den Vietnamkrieg, den Kampf gegen eine „reaktionäre Rechte“ in der Bundesrepublik, die Nichtanwendung der Hallstein-Doktrin, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR oder die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

An diesen Sachthemen entzündete sich zunächst der Konflikt zwischen dem SDS und dem SHB mit der SPD. Bereits 1961 verabschiedete der Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen den SDS, was Einflussmöglichkeiten auf den Verlauf der Studentenrevolte erheblich reduzierte. Im Zuge des Protestes an den Hochschulen waren auch innerhalb des SHB Radikalisierungstendenzen zunächst in Form von Presseerklärungen und schließlich in gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten zu konstatieren. Die daraus erfolgte Konfrontation war dennoch kein völliger Bruch im Sinne eines Unvereinbarkeitsbeschlusses. Die Strategie des begrenzten Konfliktes schien die einzige praktikable Lösung darzustellen. Weiterhin warb die SPD im SHB für ihre politischen Inhalte, um zumindest Teile der Mitgliedschaft noch für sich zu gewinnen. Da sich der SHB als Verband nicht von den Kommunisten distanzierte, stellte der SPD-Parteivorstand die finanziellen Zuwendungen und jegliche Zusammenarbeit ein. Sozialdemokratisch gesinnt sein, bedeutete fortan, jegliche Aktionseinheiten mit Kommunisten abzulehnen.

Auch die eigene Parteijugend hatte begonnen, sich zu radikalisieren. Diese Tendenz nahm 1969 auf dem Münchener Bundeskongress der Jungsozialisten ihren vorläufigen Höhepunkt. Das ohnehin schon durch Themen wie das Juso-Höchstalter oder die Statuten der Arbeitsgemeinschaft belastete Verhältnis zwischen Parteiführung und den Jusos wurde durch deren verstärkte Zusammenarbeit mit der SDAJ oder der DKP weiter erschwert. Seit längerem konnte sich die Baracke aus Pressemeldungen sowie durch Informationen aus dem Ostbüro oder dem Arbeitskreis „Sicherheit“ beim Parteivorstand von dieser Entwicklung überzeugen. Auch der Eichengrün-Bericht an die Führungsgremien der Partei hatte die Radikalisierung weiter Teile der Jungsozialisten bestätigt. Erschwerend waren die Veränderungen in der Binnenstruktur der Partei. Die Jungsozialisten hatten gerade Ende der Sechziger Jahre einen rasanten Mitgliederzulauf zu verzeichnen. Verbunden damit war mancherorts die Angst, dass die Jungsozialisten als Brückenkopf der APO fungieren könnten und die Anfälligkeit gegen kommunistische Aktionseinheitsavancen damit steigen würde. Vor dem Hintergrund einer kleinen, aber lautstarken Minderheit in den Reihen der Jungsozialisten erwiesen sich solche Befürchtungen als begründet. Nicht nur die steigende Anzahl an gemeinsamen Veranstaltungen von Jungsozialisten mit Kommunisten wurde durch den Parteivorstand registriert, sondern ebenso die verstärkten Ostkontakte, die mancherorts ohne Rücksprache mit der Parteiorganisation erfolgt waren. Sollte dies, vor allem auch in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung, die Ziele der Neuen Ostpolitik nicht desavouieren, musste dem Einhalt geboten werden. Gerade das Forcieren der Kontakte zur DDR ließen in der Baracke die „Alarmglocken“ läuten, dass nun das Gebot des Handelns gelte. Nicht zuletzt im gemeinsamen Schulterchluss mit dem DGB sollte nun eine breite organisatorische wie ideologische Abwehr- und Immunisierungskampagne gestartet werden. Die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Parteijugend erwuchs auch daraus, dass eine aktive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht nur eine Abgrenzung gegenüber den Kommunisten erforderte, also keine ausschließliche Defensivhaltung, sondern wie Jochen Steffen forderte, eine eingehende theoretisch-ideologische Schulung des Parteinachwuchses.<sup>157</sup> Dass die ideologische und organisatorische

---

<sup>157</sup> Handschriftlicher Brief Jochen Steffens an Willy Brandt vom 24.01.1971. AdsD, WBA, Landesverbände und Bezirke, 15.

Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht nur defensiver Natur war, konnten die westdeutschen Kommunisten, voran die DKP, sehr bald selbst feststellen.

## **2. Die organisatorische und ideologische Auseinandersetzung der SPD mit der DKP/SED bis zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrags im Sommer 1970**

### *2.1 Die KPD und ihre politische Hinterlassenschaft 1956-1970*

Die KPD war bis zu ihrem Verbot 1956 die einzige kommunistische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Im Vergleich zu ihrer Nachfolge-Partei, der DKP, verfügte sie über eine erheblich breitere Mitgliederbasis, die sich vor allem aus der Generation der Weimarer Republik und des antifaschistischen Widerstands rekrutierte. Die unmittelbare Nachkriegszeit einte alle demokratischen Parteien in der Ablehnung des Kommunismus, der seine zeitgenössische Ausprägung in der Sowjetunion erfuhr. Dieser „Antikommunismus“ begründete sich nicht nur auf historische Kontinuitäten, wie etwa der „Antibolschewismus“-Propaganda der Nationalsozialisten, sondern bildete eine wichtige „Integrationsideologie“ oder „Identifikations- und Übergangsideologie“ bei der Staatsgründung der Bundesrepublik.<sup>158</sup> Zudem förderte der Beginn des Kalten Krieges die politische und gesellschaftliche Ablehnung der Kommunisten. Die innenpolitische Auseinandersetzung der Fünfziger Jahre war nicht zuletzt durch eine Hysterie vor kommunistischer Unterwanderung geprägt. Als Modellfall können die Ereignisse in den USA und die durch McCarthy angeführte Hexenjagd auf vermeintliche Kommunisten angesehen werden.<sup>159</sup> In Westeuropa hingegen agierte man wesentlich besonnener als in den Vereinigten Staaten. Von Ausnahmen in Spanien, Griechenland oder Portugal ab-

---

<sup>158</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung - Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1986, S. 255ff.; vgl. Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996, S. 111f.

<sup>159</sup> Allerdings muss hier eingeräumt werden, dass es sich im vorliegenden Fall nicht um eine ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus handelte. Wer Auswüchse des politischen oder gesellschaftlichen Systems der USA kritisierte oder auf Missstände hinwies, geriet leicht in Verdacht Kommunist und somit Staatsfeind zu sein. Eingehender hierzu vgl. Heale, Michael J.: MacCarthy's Americans. Red scare politics in state and nation 1935-1965, Basingstoke [u.a.] 1998.

gesehen, waren die kommunistischen Parteien legal und teilweise sogar an Koalitionsregierungen beteiligt.

Zu einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten kam es in der Bundesrepublik jedoch nie. Bereits Anfang der 50er Jahre befand sich die KPD in einer Phase innerer und äußerer Polarisierung. Seinen Ursprung hatte dies in der politischen Fragmentierung der kommunistischen Bewegung, da Grundfragen ihrer Politik wie die Bindung der Partei an die Sowjetunion oder das Verhältnis zur Nation zwischen der Parteispitze, den Alt- und Neumitgliedern, umstritten waren. Erschwerend hinzu kamen die Machtansprüche der SED, die KPD als Instrument ihrer Westpolitik zu benutzen und die SED-Propagandaoffensive 1950.<sup>160</sup> Die westdeutschen Kommunisten gerieten daher zusehends in die politische Isolation.

Vor dem Hintergrund des Ostberliner Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 und dem Ungarnaufstand 1956 sowie durch die, in ihrem Auftreten immer wieder zu tage tretende Radikalität der KPD, wurde das Agieren der westdeutschen Kommunisten immer schwieriger und führte die Partei ins politische Abseits. Das durch die Regierung Adenauer eingeleitete Verbotsverfahren gegen die KPD löste in der Bundesrepublik keinen Proteststurm aus, auch wenn aus den Reihen der SPD einige zu Bedenken gaben, dass ein Verbot nicht das geeignete Mittel der Auseinandersetzung sei.<sup>161</sup> Allerdings bedurfte die Antragstellung nicht der Zustimmung der SPD. Nach der 20monatigen Gerichtsverhandlung befand das Bundesverfassungsgericht die KPD am 17. August 1956 als „verfassungswidrig“ und sprach das von der Bundesregierung erwünschte Verbot aus. Die Dauer des Prozesses nutzten die Führungsgremien der Partei dazu, sich auf die Arbeit in der Illegalität vorzubereiten.<sup>162</sup> Teile der Funktionärselite entgingen der strafrechtlichen Verfolgung, indem sie wie der damalige Vorsitzende der KPD, Max Reimann<sup>163</sup>, nach Ostberlin übersiedelten. Anstelle des 1954 in Hamburg gewählten Parteivorstandes, übernahm ein Zentralkomitee der KPD nun die Führung und

---

<sup>160</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Kössler, Till: Abschied von der Revolution - Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968 (Diss.), Düsseldorf 2005, S.223ff.

<sup>161</sup> Zu den angeführten Gründen, siehe Kapitel: Die antikommunistischen Traditionslinien der SPD von 1945-1968.

<sup>162</sup> Vgl. Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945-1990 - Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990, S.91ff, immerhin gelang es so, zwischen 1957 und 1960 etwa 12000 Mitglieder im Untergrund zu organisieren.

<sup>163</sup> Reimann lebte bereits seit 1954 in der DDR.

richtete bereits im Juni 1957 ihr Politbüro in Ostberlin ein. Reimanns Vorsitz wurde im gleichen Monat auf einem Parteitag erneut bestätigt.<sup>164</sup> Mit dem organisatorischen Umbau der Partei ging auch eine programmatische Revision einher. Da spätestens nach dem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO, KPdSU und SED das Ziel eines neutralen Gesamtdeutschlands aufgegeben hatten, wurden Korrekturen in der Deutschland- sowie in der Gewerkschaftspolitik der KPD vorgenommen. Diese Neuorientierung wurde bei der Gründung der DKP 1968 übernommen, worin auch programmatisch deutlich wurde, wessen Nachfolge die DKP antrat. Es war die Geburtsstunde der so genannten „Gewerkschaftlichen Orientierung“. Diese beinhaltete im Gegensatz zur Politik der KPD in den Fünfziger Jahren den Verzicht auf eine gewerkschaftsinterne Opposition, erlegte den KP-Mitgliedern eine strenge gewerkschaftliche Disziplin auf und forderte von ihnen ein starkes gewerkschaftliches Engagement. Innerhalb der Deutschlandpolitik verschoben sich die Akzente hin zu einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen. Auch diese Forderungen übernahm die DKP als programmatischen Punkt ihrer Politik.

## 2.2 *Die Ausgangssituation der Kommunisten in der Bundesrepublik ab 1960*

Trotz mehrerer Versuche, kommunistische Wählergemeinschaften als neue Wahlplattform zu initiieren, wurde erst die 1960 unter Mithilfe der Kommunisten gegründete „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) zur Wahloption der illegalen KPD-Anhänger und Mitglieder. Sie erhielt bei der Bundestagswahl 1961 lediglich 1,9 % der abgegebenen, gültigen Stimmen.<sup>165</sup> Der zuvor erfolgte Berliner Mauerbau hatte ihre Erfolgchancen geschmälert, da sie nun im Wahlkampf in Anlehnung an ihre Buchstabenkombination als „Die Freunde Ulbrichts“ angegriffen wurden. Trotz dieses Rückschlages setzte für die Kommunisten Anfang der Sechziger Jahre eine allmähliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein. Die KPD stellte die meisten bisher erschienenen Parteizeitungen ein und verstärkte die Arbeit mit Publikationsorganen, an denen zwar Kommunisten beteiligt waren, die aber nicht als Organe der KPD galten. Als Beispiel können der Hamburger „Blinkfuer“, die Zeitung

---

<sup>164</sup> Vgl. Fülberth, Georg: a. a. O., S.91.

<sup>165</sup> Vgl. Fülberth, Georg: a. a. O., S.98.

„Tatsachen“, die „Andere Zeitung“, das Theorie-Organ „Marxistische Blätter“, die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und die Publikationen des Pahl-Rugenstein-Verlag in Köln gelten. Im studentischen Bereich war es vor allem die Zeitschrift „konkret“, die nach Angaben des damaligen Herausgebers, Klaus Rainer Röhl, die Unterstützung der KPD erfuhr.<sup>166</sup> „Konkret“ erlangte gegen Ende der Fünfziger Jahre mehr Einfluss auf die studentische Linke. Oftmals waren die Mitarbeiter und Redakteure des „konkret“ im SDS organisiert, der sich zusehends von der SPD entfernt hatte. Gerade im Zuge der Außerparlamentarischen Opposition, verbesserten sich die „Kampfbedingungen“ der Kommunisten, indem sie sich in die bereits bestehenden oder in die im Aufbau befindlichen Strukturen der APO einfügten.<sup>167</sup>

Allerdings wurde die Forderung einer Aufhebung des KPD-Verbots nie aufgegeben. Die Kommunisten forderten schon kurz nach dem Urteilsspruch des Bundesfassungsgerichts Wiedermehrzulassung der KPD. Dennoch gelangte das KPD-Verbot erst im Frühjahr 1964 in die öffentliche Debatte. Hierfür lassen sich mehrere Gründe anführen. Davon abgesehen, dass die Bemühungen der Kommunisten eine Aufhebung des Urteils zu erwirken, zugenommen hatten, wurde auch zusehends durch die zum Teil unverhältnismäßige Strafverfolgung der Kommunisten, der Sinn einer solchen Kommunisten-Verfolgung in Frage gestellt.<sup>168</sup> Ein weiterer Grund für die wachsende öffentliche Aufmerksamkeit war die allmähliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Ab Mitte der 60er Jahre wurde manche deutsche Karriere, die über die NS-Herrschaft hinaus ihre Fortsetzung fand, in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zum Gegenstand heftiger Kritik. Vor diesem Hintergrund ließ sich die Unterdrückung der politischen Aktivitäten der Kommunisten, die oft aktive antifaschistische Widerstandskämpfer waren, kaum rechtfertigen.

Darüber hinaus stellte das KPD-Verbot einen ‚Stolperstein‘ für die von Willy Brandt und Egon Bahr konzipierte Neue Ostpolitik dar.<sup>169</sup> Die SPD-Führung musste

---

<sup>166</sup> Vgl. Röhl, Klaus Rainer: Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974

<sup>167</sup> Eine solche Rolle nahm die KPD zum Beispiel in den Ostermärschen oder in dem „Touristenverein“ „Die Naturfreunde“ ein.

<sup>168</sup> Zur Rolle der Justiz bei der strafrechtlichen Verfolgung der Kommunisten ausführlicher, vgl. von Brünneck, Alexander: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt 1978. Als biografisches Beispiel wie schnell man sich - trotz vollzogener Abkehr vom Stalinismus - in Bundesrepublik in U-Haft befand vgl. Weber, Herman: Leben nach dem "Prinzip Links". Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006.

<sup>169</sup> Dies wurde unter anderem von Willy Brandt während einer Pressekonferenz im November 1967 angedeutet, indem er erklärte: „Ich bin dafür, dass es wieder eine KPD gibt. Das könnte eine günstige Wirkung nach innen und außen haben.“, in „Nürnberger Nachrichten“ vom 11.11.1967.

noch in der Opposition, während der Verhandlung über einen Redneraustausch mit der SED, feststellen, dass das KPD-Verbot immer wieder von der anderen Seite thematisiert wurde und als Vorwand diente Zugeständnissen eine Absage zu erteilen. Die SED-Führung reüssierte durch den Hinweis auf das KPD-Verbot, die Ernsthaftigkeit der Brandtschen Verständigungspolitik in Frage zu stellen. Dies änderte sich auch nach dem Eintritt der SPD in die Große Koalition nicht, da die SPD, aus Sicht der SED, in ihren Bemühungen wichtige Weichenstellungen für die Neue Ostpolitik vorzunehmen, ‚gemeinsame Sache‘ mit der CDU/CSU betrieb. Die Neue Ostpolitik stellte eine Wiedervereinigungspolitik unter Anerkennung der Tatsachen dar und wenn sie für sich in Anspruch nahm, eine pragmatische Politik zur Erlangung dieses Ziels zu sein, mussten solche Hindernisse, wie die Illegalität einer bundesdeutschen kommunistischen Partei, überwunden werden.

Des Weiteren waren innerhalb Westeuropas mehrere kommunistische Parteien legalisiert oder an einer Regierungsbildung beteiligt. Die Ausnahmen, in denen die Kommunisten in der Illegalität operierten, waren Länder mit faschistischen Regimes wie Spanien, Griechenland und Portugal. Der Umstand, dass man sich hier nicht eingereicht wissen wollte, hat in der Bundesrepublik sicherlich auch dazu beigetragen, eine kommunistische Partei zu legalisieren.

### *2.3 Initiativen zur Neuzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik 1967*

Bereits im Februar 1967 hatten Richard Scheringer, Kurt Erlebach, Franz Ahrens, Manfred Kapluck und Karl Schabrod den „Initiativausschuss für die Wiedermulassung der KPD“ gegründet. In die juristische Auseinandersetzung über das KPD-Verbot schaltete sich im Sommer 1967 Bundesjustizminister Heinemann ein, indem er in einer Veröffentlichung in der „Juristenzeitung“ darlegte, dass eine Auf-

---

Nach Informationen des Arbeitskreises Sicherheit beim SPD-PV vom 06.10.1967 rechneten die Kommunisten aufgrund der Neuen Ostpolitik mit sinkendem Widerstand der SPD gegen die KPD und ihren in der politischen Auseinandersetzung vorgetragenen Argumente. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 23. Nach Erkenntnissen der Westabteilung der SED aus dem PV der SPD, waren die ständigen Vorwürfe, dass die KPD nach wie vor in die Illegalität gedrängt sei, besonders lästig, so das Schreiben von Albert Norden an Walter Ulbricht vom 22.10.1968; Bezug interne Diskussion im SPD-PV bezgl. der Neugründung der DKP. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/25.

hebung des Verbotes unmöglich sei, solange Artikel 21 Abs.2 GG Bestand habe.<sup>170</sup> Mit den juristischen Einwänden ließ sich nur das Aufrechterhalten des KPD-Verbots rechtfertigen. Das Fehlen einer legalen westdeutschen kommunistischen Partei jedoch nicht, zumal die SPD-Führung spätestens seit November 1967 durch Leo Bauer<sup>171</sup> Kontakte zur Kommunistischen Partei Italiens (KPI) pflegte.<sup>172</sup> Die KPI nahm die Rolle eines Vermittlers ein und die SPD-Spitze wusste, dass die KPI die SED über die Standpunkte der SPD unterrichtete. Sie machte sich dies zunutze und spielte des Öfteren wie beim Billard über „Bande“.<sup>173</sup> Auch im Fall der KPD ließen Leo Bauer, Fried Wesemann und Egon Franke die Italiener wissen, dass die SPD gegen eine Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik keine Einwände hätte, aber die Aufhebung des Verbotes aus einer Reihe von verfassungsrechtlichen Gründen nicht zu verwirklichen sei.<sup>174</sup> Als man in der Zusammenkunft mit den italienischen Kommunisten in der Einschätzung übereinkam, dass in Ostberlin kein Interesse an einer Aufhebung des Verbotes mehr bestünde<sup>175</sup>, schienen die Zeichen auf eine Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik zu stehen.

---

<sup>170</sup> „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ (GG Art. 21, Abs.2).

<sup>171</sup> Leo Bauer war Journalist und von Juli 1968 bis zu seinem Tod am 18.09.1972 Chefredakteur des SPD-Theorieorgans „Neue Gesellschaft“ sowie ein langjähriger Freund Willy Brandts. Da die SPD keine Parteifunktionäre auf die Parteitage europäischer Kommunisten entsandte, war Bauer oftmals als journalistischer Beobachter zugegen. Neben Hans-Eberhard Dingels, dem Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der SPD, war er maßgeblich daran beteiligt, auf Entwicklungstendenzen innerhalb der westeuropäischen sozialistischen und kommunistischen Parteien aufmerksam zu machen und die Baracke mit Lagebeurteilungen zu versehen.

<sup>172</sup> Allerdings gab es schon vor der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 Hinweise darauf, dass es im Lager der Kommunisten zu erheblichen Differenzen gekommen war. Hierfür war die KPI der beste Beleg. Die Italiener machten aus ihrer Ablehnung, der von der Sowjetunion und der DDR verfolgten Deutschlandpolitik keinen Hehl. Bereits im Vorfeld der Karlsbader Konferenz war es, nach Aussagen Galluzzis, im Vorbereitungsausschuss zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der SED gekommen. So der Bericht Leo Bauers vom 09.11.1967 anlässlich seines Aufenthaltes und Zusammentreffens mit dem Sekretär des ZK, Segre, dem Mitglied der Direktion der KPI und Leiter der Auslandsabteilung, Galluzi und Jacoviello am 01.11.1967. AdsD, NL, Leo Bauer, Bd.10.

<sup>173</sup> Dies wurde von den Genossen in Ostberlin auch klar erkannt, so die vertrauliche Kurzinformation vom 28.02.1968 „über einige wesentliche Probleme aus den Beratungen zwischen den Delegationen des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des ZK der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP) in Rom“. BA, SAPMO, DY 30, 3563, 7.

<sup>174</sup> Interessiert sondierten die KPI-Vertreter die Möglichkeiten einer Aufhebung des KPD-Verbotes und betonten die Wichtigkeit dieses Fragenkomplexes. So der Bericht (undatiert) über ein Treffen vom 28. - 30.11.1967 zwischen Leo Bauer, Fried Wesemann (PV) und dem Präsidiumsmitglied der SPD und damaligen Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, Egon Franke. AdsD, NL, Leo Bauer, Bd.10.

<sup>175</sup> Von Ulbricht wurde die Bemerkung kolportiert, dass es besser sei, eine chemische Fabrik mehr in der DDR zu bauen, als eine KP in der Bundesrepublik zu finanzieren.



Neben dem „Initiativausschuss zur Wiederezulassung der KPD“<sup>176</sup> hatte sich unter der Führung der ehemaligen KPD-Bundestagsabgeordneten Grete Thiele eine „Verhandlungskommission für die Aufhebung des KPD-Verbots“ gebildet, die Kontakt mit der Bundesregierung aufnahm. Diese Kommission war es auch, die am 4. Juli 1968 mit Heinemann und Ehmke im Bundesjustizministerium zusammentraf.<sup>177</sup> Dieses Gespräch gab wohl den Ausschlag, dass die Kommunisten nicht mehr an ihren Forderungen festhielten, sondern einer Neugründung den Vorzug gaben.<sup>178</sup> Bereits vor dem Gespräch mit Heinemann und Ehmke hatten sich die Kommunisten seit längerem mit dem Gedanken, eine neue legale KP in der Bundesrepublik zu etablieren, getragen.<sup>179</sup> Dafür sprechen auch die Sondierungsversuche der Kommunisten, bei denen sie die Haltung der Bundesregierung und der Strafverfolgungsbehörden im Falle einer Beteiligung an einer Einheitsliste bei der kommenden Bundestagswahl in Erfahrung bringen wollten.<sup>180</sup> Im Vorfeld der Neukonstituierung der DKP hatte sich ein fünfköpfiger „Gründungsausschuss“ gebildet, deren Mitglieder bislang nur teilweise bekannt sind. Dazu gehörten Josef Mayer, Ludwig Müller, der hessische SDAJ-Vorsitzende Horst Riegert und wahrscheinlich auch Kurt Bachmann.<sup>181</sup>

## 2.4 Die „Neukonstituierung“ der DKP im September 1968

<sup>176</sup> Manfred Kapluck und Kurt Erlenbach hatten bereits am 09.02.1968 Conrad Ahlers aufgesucht, um die Freilassung zweier in Frankfurt verhafteter Politbüromitglieder zu fordern. Im Verlauf des Gesprächs drohten sie unverhohlen, dass sie auch dann, wenn sie ihr Ziel, also eine Wiederezulassung der KPD nicht erreichen würden, ihre politische Arbeit nicht einstellen werden. So der Vermerk Ahlers an Kiesinger vom 09.02.1968 (Durchschlag an Brandt, Wehner, Lücke, Ehmke, Schmidt und Barzel). AdsD, WBA, Außenminister, Korrespondenz, Mappe 13, S.102, so auch im Vermerk (über den zweiten Besuch Kaplucks und Erlenbachs) Ahlers an Kiesinger (Durchschlag Brandt) vom 11.04.1968. AdsD, WBA, Außenminister, Korrespondenz, Mappe 13, S.116.

<sup>177</sup> Vorangegangen waren Sondierungsgespräche zwischen Kapluck, Erlenbach und Ahlers im April 1968, der sie an das Innen- bzw. das Justizministerium verwies. ferner Vgl. Fülberth, Georg: a. a. O., S.112.

<sup>178</sup> Allerdings bleiben die genaueren Umstände und ab wann die Kommunisten sich zu einer Neugründung entschlossen aufgrund fehlender Quellenbelege unklar.

<sup>179</sup> Dies wurde darin deutlich, dass Kapluck und Erlenbach gegenüber Ahlers im April 1968 betonten, durch die italienischen und rumänischen Kommunisten über die Kontakte zu deutschen Parteien und Ämtern bestens informiert zu sein, Vermerk Ahlers an Kiesinger (Durchschlag Brandt) vom 11.04.1968. AdsD, WBA, Außenminister, Korrespondenz, Mappe 13, S.116.

<sup>180</sup> Ebenda.

<sup>181</sup> Vgl. Mensing, Wilhelm: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben - Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Zürich 1989, S. 31.

Die Erklärung zur „Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei“ kam am 22. September 1968 für die Mehrheit der KPD-Mitglieder überraschend. Kurt Bachmann und die anderen Unterzeichnenden waren bislang weitgehend unbekannt. Erarbeitet wurde diese Erklärung in einem kleinen Zirkel und diente zunächst als „Testlauf“. Es bestanden große Vorbehalte bei den Mitgliedern der verbotenen KPD gegen die DKP. Die „alten“ KPD-Genossen traten nicht sofort in die DKP ein bzw. blieben ihr gänzlich fern. Allerdings war das Misstrauen gegenüber dieser neuen kommunistischen Partei nicht die einzige Ursache für das Fernbleiben der alten Funktionärskader, denn schließlich galt es unter keinen Umständen den Eindruck zu erwecken, die KPD habe nur die Buchstaben vertauscht. Die anfängliche Zurückhaltung der Altfunktionäre gegenüber der DKP war insofern durch die DKP-Führung erwünscht. Ferner blieb man auch in der Einschätzung möglicher Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden skeptisch. Dies zeigte sich auch darin, dass der spätere stellvertretende Vorsitzende Herbert Mies und das spätere Vorstandsmitglied Manfred Kapluck dem Gründungsausschuss ferngeblieben waren. Offenbar sollte sichergestellt sein, dass im Falle eines erneuten Verbotes auf Funktionärseliten zurückgegriffen werden konnte, um das Agieren im Untergrund weiter zu koordinieren.

Mit dem Begriff „Neukonstituierung“ verbanden die Gründungsinitiatoren zwei Intentionen. Zum einen signalisierte das „Neu-“, dass es sich in der DKP nicht um eine Nachfolgeorganisation handelte und zum anderen bot man sich mit dem Verzicht auf den Begriff „Neugründung“ den alten KP-Anhängern als Wahloption an. Schließlich galt es, wenn auch chiffriert, die Kontinuität zur KPD nicht abreißen zu lassen.<sup>182</sup> Der Aufbau der Partei vollzog sich eben so schnell wie die Gründung, denn bereits im Oktober 1968 sollen 6000 Personen ihre Bereitschaft erklärt haben, in die DKP einzutreten.<sup>183</sup> Zunächst war allen Beteiligten bewusst, dass die programmatisch-inhaltlichen Aussagen den verfassungskonformen Rahmen nicht überschreiten durften, um nicht erneut Gegenstand eines Verbotsverfahrens zu werden. Diese wichtige aus dem KPD-Verbot gezogene Lehre, spiegelte sich deutlich in den Sprachregelungen der Partei wider. Im Gegensatz zur KPD präsentierte sich die DKP in der Öffentlichkeit als staatstragend. Als politisches Ziel wurde nun nicht mehr die „Diktatur des Proletariats“ und damit die Beseiti-

---

<sup>182</sup> Ähnlich hierzu vgl. Fülberth, Georg: a. a. O., S. 120.

<sup>183</sup> Vgl. Mensing, Wilhelm: a. a. O. S. 54.

gung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung genannt. An wen die DKP ihre Weltanschauung tatsächlich geknüpft hatte, wurde allerdings in einer Erklärung der Parteigründer zur Niederschlagung des Prager Frühlings im Sommer 1968 deutlich. Darin wurde die militärische Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten als „notwendige“ Maßnahme zum Schutze des dort bestehenden Sozialismus gerechtfertigt. Die Kommunisten grenzten sich damit - der marxistisch-leninistischen Linie treu bleibend - gegenüber den anderen „ultralinken“, „spalterischen“ oder „trotzkistischen“ K-Gruppen und den Linkssozialisten deutlich ab.<sup>184</sup>

Neben der weltanschaulichen Gefolgschaft zum Kommunismus sowjetischer Prägung waren wohl auch ganz pragmatische Erwägungen die Motivation für eine solche Abgrenzung. Zweifelsohne schlug der DKP bei den alten KP-Genossen nach wie vor große Skepsis entgegen und angesichts des sich ausdifferenzierenden Spektrums innerhalb der Neuen Linken, musste die Parteiführung um den Bestand des eigenen Mitgliederreservoirs fürchten. Nicht zuletzt wurde in der Auseinandersetzung mit der antiautoritären Studentenbewegung deutlich, wie wenig die studentische Linke und die moskautreuen Kommunisten gemeinsam hatten. Die weit verbreitete Auffassung, die Arbeiterklasse habe aufgehört, eine revolutionäre Kraft zu sein und sei vielmehr in das bestehende System integriert worden, konnte bei linientreuen Kommunisten nur auf Ablehnung stoßen. Ihrer Ansicht nach galt es, der Arbeiterklasse ihre Rolle als revolutionäre Kraft wieder bewusst zu machen. Demnach fehlte innerhalb der Arbeiterschaft das notwendige Klassenbewusstsein. Zentrale Voraussetzung dieses Bewusstsein zu schärfen, war nach dieser Logik die Herstellung einer Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Kommunisten. Die Verwirklichung der Aktionseinheit wurde für die DKP zum Axiom politischen Handelns. Die DKP-Führung hatte erkannt, dass nach wie vor ein Großteil der Arbeiterschaft in der SPD fest verwurzelt war und sich in den Gewerkschaften organisierte. Ausgangslage für das Werben der DKP um Mitglieder der SPD war daher die Annahme, dass „Heute wie zu Beginn des Wirkens der Kommunisten[...], alle Angehörigen der Arbeiterklasse, unabhängig

---

<sup>184</sup> Zur Abspaltung der K-Gruppen ausführlicher vgl. Kühn, Andreas (Diss.): Stalins Enkel, Maos Söhne - die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a. M. 2005, S.175ff. Diese Abgrenzung wurde auch stets von den SED-Genossen eingefordert, so die Ausführungen Ulbrichts in einer Beratung mit den DKP-Genossen am 02.04.1969, Gerhard Meyers Gedächtnisprotokoll zu dieser Sitzung an Ulbricht vom 13.05.1969. BA, SAPMO, DY 30, 3558. Mit der Gründung der DKP und deren Haltung zur Intervention in der CSSR 1968 wandten sich ihrerseits Linkssozialisten, wie Wolfgang Abendroth, die zunächst mit den Kommunisten sympathisierten, von der DKP ab.

von ihren politischen und weltanschaulichen Vorstellungen, objektiv gemeinsame wirtschaftliche und politische Ideen haben.“<sup>185</sup>

Die Bündnispolitik der DKP war darüber hinaus eine Folge ihrer Struktur, die im Leninschen Sinne als marxistisch-leninistische Kaderpartei keine Massenpartei sein konnte, sondern vielmehr um breite Bevölkerungsteile zu mobilisieren, auf „gutgläubige“ Verbündete angewiesen war.<sup>186</sup> Um diese zu gewinnen bediente sich die DKP ihren zahlreichen Vorfeld- oder Tarnorganisationen, die bereits während der Illegalität und der 68er Revolte entstanden waren und von den Kommunisten infiltriert wurden. Solche Organisationen waren z. B. die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), die „Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK), die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK), die „Vereinigung Demokratischer Juristen“ (VDJ) oder die „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI).<sup>187</sup> Als parteieigene Organisationen der DKP traten an den Hochschulen der „Marxistische Studentenbund“ (MSB/Spartakus) und als Jugendorganisation die kurz vor der DKP gegründete „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) auf.

#### *2.4.1 Ideologische Kontroversen in der DKP zum Verhältnis*

##### *Sozialdemokratie und Kommunismus*

Die Bestrebungen der DKP zur Schaffung einer Aktionseinheit wurden bereits im Spätjahr 1968 in Ostberlin mit großer Zufriedenheit registriert.<sup>188</sup> Doch gerade in der strategisch-taktischen Ausrichtung zur Herstellung der Aktionseinheit wurden unmittelbar nach der „Neukonstituierung“ der DKP die Diskrepanzen zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft deutlich.<sup>189</sup> Die alten KPD-Genossen hielten oft-

---

<sup>185</sup> Presseinformation des DKP Landesausschusses NRW vom 15.12.1968.

<sup>186</sup> Vgl. Müller, Emil-Peter: Die Bündnispolitik der DKP - Ein trojanisches Pferd, Köln 1982, S.15.ff. Nach dem Selbstverständnis der DKP sah sie sich selbst als „Partei neuen Typus“ i. d. S. Vgl. Bilstein, Helmut; Binder, Sepp; Elsner, Manfred; Klose, Hans-Ulrich; Wolkenhaar, Ingo: Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland - DKP, SDAJ, MSB Spartakus, KPD/KPD(ML)/KBW/KB, Opladen 1977, S. 117ff.

<sup>187</sup> Zu den einzelnen Organisationen ausführlicher vgl. Rudzio, Wolfgang: Die Erosion der Abgrenzung - Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988, S.21ff.

<sup>188</sup> Vermerk Max Spangenberg an Walter Ulbricht vom 08.11.1968. BA, SAPMO, DY 30, 3558.

<sup>189</sup> Nach Informationen des Ostbüros äußerte sich das Essener DKP-Präsidiumsmitglied Gerd Deumlich in diesem Sinne, indem er betonte, dass man allen Parteimitgliedern ein anderes Verhältnis zur SPD „einpauken“ müsse. Daher gab er im Wahlkampf seinen Genossen die Empfehlung,

mals an ihrer Haltung gegenüber der SPD als „Klassenverräter“ oder an der „Sozialfaschismus“-Doktrin Stalins fest, während die politische Führung der DKP sich darüber im Klaren war, dass sich größere Erfolge innerhalb der Arbeiterschaft nicht gegen Sozialdemokraten und Gewerkschaften realisieren ließen. Trotz der straffen Gliederung der DKP als Organisation, in der das Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ die innerparteilichen Regelungsmechanismen prägte, ließen sich diese, von der offiziellen Linie des Parteivorstands abweichenden Tendenzen, nicht verbergen. Aus der starken politischen Fragmentierung innerhalb der Mitgliedschaft resultierten Erschwernisse für die weltanschauliche Überzeugungsarbeit der leitenden Kader. Daher war die DKP nur unzureichend auf eine ideologische Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten vorbereitet.

Ferner offenbarte sich die Fragmentierung des westdeutschen Kommunismus z.B. mit der zeitgleichen Gründung der KPD/ML. Bereits nach Kriegsende war die soziale und weltanschauliche Homogenität der Kommunisten - falls sie jemals bestanden hatte - fragwürdig geworden.<sup>190</sup> Mit der durch die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg verursachten Erosion sozialer Milieus<sup>191</sup> begann auch innerhalb des kommunistischen Lagers des Nachkriegsdeutschlands eine zunehmende Ausdifferenzierung. Der Beginn des Kalten Krieges und die sich etablierende bipolare Weltordnung beschleunigten diese Entwicklung. Im streng marxistisch-leninistischen Sinn waren innerhalb der DKP sowohl Links- als Rechtsabweichler zu konstatieren.<sup>192</sup> Abgesehen von einer Reihe alter KPD-Genossen, die der DKP für immer fernblieben, wandten sich nach der abgegebenen Erklärung der Parteiführung zu den Vorkommnissen in der CSSR im Sommer 1968, einige Genossen ent-

---

nicht für die „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF), sondern für die SPD zu stimmen; VS-Bericht (o.V.) des Ostbüros vom 03.10.1968. AdsD, SPD-PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485. Auf dieses Problem machte während der Präsidiumssitzung vom 26.06.1969 der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Mies die Landes- und Bezirksorganisationen aufmerksam. Gerade über das Verhältnis zur Sozialdemokratie herrsche in der Mitgliedschaft „Wirrwar“; Protokoll der Beratung des Präsidiums mit den Landes- und Bezirkssekretariaten der DKP v. 26.06.1969. BA, SAPMO, DY 30, IV A2/10.02/179. In diesem Sinne äußerte sich auch das DKP-Präsidiumsmitglied, Gerd Deumlich, auf einer Funktionärssitzung in Essen, VS-Bericht (o.V.) vom 11.06.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, Büro Willy Brandt, 2521. Ebenso der Bericht Bärwalds über innerparteiliche Konflikte der DKP vom 09.12.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, Büro Herbert Wehner, 2559.

<sup>190</sup> Zur Desintegration des „alten“ kommunistischen Milieus ausführlicher vgl. Weber, Hermann: Leben nach dem "Prinzip Links". Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006.

<sup>191</sup> Vgl. Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968, S.431ff.

<sup>192</sup> Laut Gedächtnisprotokoll über das Treffen mit den DKP-Genossen vom 02.04.1969 von Gerhard Meyer (Arbeitsbüro) an Walter Ulbricht vom 13.05.1969 verwies Herbert Mies in Ostberlin Ulbricht, Matern, Norden, Verner, Geggel, Hermann, Meyer, Mohr und Heilemann am 02.04.1969 in Ostberlin auf diesen Umstand. BA, SAPMO DY 30, 3558.

täuscht ab.<sup>193</sup> Andere wiederum lehnten den „gemäßigten“ Kurs der neuen Führung ab und wurden durch das „revolutionärere“ Gebärden der KPD/ML abgeworben.<sup>194</sup> Diese verschiedenen Strömungen traten nach den Ereignissen in der CSSR und der militärischen Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion am Grenzfluss Ussuri 1969 offen zu Tage. Kritische Stimmen innerhalb der DKP forderten die Parteiführung auf, eine gewisse Distanz zur KPdSU zu wahren. Ebenso gab es im Spektrum der „Rechtsabweichler“ Überlegungen, auf eine Auseinandersetzung mit der SPD zu verzichten, was letztlich in die Frage mündete: „müssen wir nicht eine solche Politik machen wie die italienische KP?“<sup>195</sup> Die „Linksabweichler“ hingegen sahen nicht nur die Auseinandersetzung mit der SPD-Führung, sondern auch die mit der SPD-Mitgliedschaft als notwendig an. Das politische Hauptziel sollte dabei der Sozialismus nach Vorbild der Sowjetunion bleiben.<sup>196</sup> Dieser Richtungsstreit ließ sich auf die Formel „Reform oder Revolution?“ bringen. Die DKP befand sich in einer Situation, in der keineswegs abzusehen war, welchen Weg die Partei einschlagen würde. Sollte sie an der tradierten marxistisch-leninistischen Linie festhalten oder einen reformkommunistischen Kurs nach italienischem Vorbild einschlagen? Gerade diese Frage erwies sich in der ideologischen Auseinandersetzung mit der SPD als Handicap. Kennzeichnend für die politische Situation der DKP war einerseits der revolutionäre Pathos und der Anspruch, eine geschichtsmächtige Vorreiterrolle auf dem Weg zum „wissenschaftlichen“ Sozialismus einzunehmen und andererseits die Nachkriegswirklichkeit. Der politisch-ideologische Spagat, den diese Diskrepanz der DKP-Führung abverlangte, glich der Quadratur des Kreises. Einerseits sollte die enge weltanschauliche Anbindung an die SED und die KPdSU bestehen bleiben, andererseits galt es in der politischen Auseinandersetzung die Sozialdemokraten nicht generell zu verteufeln, sondern zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft zu differenzieren. Bei diesem Versuch, die SPD-Mitgliedschaft ihrer Parteiführung zu entfremden, musste sich die DKP aber davor hüten, nicht selbst assimiliert zu werden. Zweifellos war dies auch ein kommunikatives Problem zwischen politischer Führung und Mitgliedschaft. Um die SPD-Mitgliedschaft nicht abzuschrecken und für Aktionsein-

---

<sup>193</sup> Beispiel Füllberth, a. a. O. S.118.

<sup>194</sup> Ebenda.

<sup>195</sup> Gerhard Meyer (Arbeitsbüro) an Walter Ulbricht vom 13.05.1969. BA, SAPMO DY 30, 3558.

<sup>196</sup> Ebenda.

heiten zu gewinnen, bedurfte es zunächst einer verbalen ‚Entwaffnung‘.<sup>197</sup> Diese aus rein taktischen Erfordernissen entstandenen Sprachregelungen der DKP haben unter anderem dazu beigetragen, dass sich innerhalb der kommunistischen Mitgliedschaft in der Bundesrepublik eine mentale Entradikalisierung vollzog.<sup>198</sup>

Sicherlich hatten die Kommunisten Teilerfolge bei der Infiltration von politischen Gruppierungen - insbesondere innerhalb der APO. Allerdings wird bei dieser verengten Sichtweise ausgeblendet, dass die Auseinandersetzung mit den westdeutschen Kommunisten - im Gegensatz zu den Jahren nach dem Verbotsurteil von 1956 - mit politischen Mitteln geführt wurde und somit einen nicht zu unterschätzenden integrativen Sog entwickelte, dem sich die Kommunisten in zunehmendem Maße nicht entziehen konnten.<sup>199</sup> Jeremi Suri hat unlängst die These vertreten, dass die in Europa beginnende Entspannungspolitik ein Ergebnis des 68er Protestes war.<sup>200</sup> Allerdings wird diese Theorie, die die Neue Ostpolitik im Wesentlichen als einen Reflex auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen begreift, ihrem Anspruch nicht gerecht. Zwar ist die Analyse Suris insofern richtig, dass innerhalb der Neuen Linken deutschlandpolitische und ostpolitische Forderungen bestanden - wie den Verzicht auf die Hallstein-Doktrin oder die Anerkennung der Oder-Neiße Linie - die durch die Neue Ostpolitik aufgegriffen wurden. Dennoch wird damit der 68er Generation innerhalb der Genese bundesdeutscher Entspannungspolitik eine Rolle zugeschrieben, die sie so nicht gespielt hat. Im Umgang mit den modernen Massenmedien übernahmen Brandt und Bahr Elemente aus dem US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf und insofern entbehrte die mediale Inszenierung Brandts nicht gewisser Ähnlichkeiten mit der von John F. Kennedy.<sup>201</sup> Dennoch basierte ihr kühner ostpolitischer Entwurf nicht nur auf

---

<sup>197</sup> SED und KPdSU hatten für die schwierige Situation in der sich die DKP befand und deren leiseren Töne in der bundesdeutschen Öffentlichkeit Verständnis. Ulbricht sprach hierbei von einigen „Kinderkrankheiten“ und betonte: „Manches könnt Ihr nicht so sagen, wie wir es tun.“, so in der Unterredung mit den DKP-Genossen vom 02.04.1969. BA, SAPMO DY 30, 3558. Hierzu auch das Zusammentreffen des Vorsitzenden der DKP, Kurt Bachmann, mit Ponomarew, Beljakow, Motschalin, Suslow und Jeschtschow in Moskau am 22.12.1969, von Spangenberg an Mattern gesandte Information über das Gespräch der DKP Delegation mit den Genossen der KPdSU vom 06.01.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 134.

<sup>198</sup> Vgl. Kössler, Till: a. a. O., S.369ff.

<sup>199</sup> Vgl. Kössler, Till: a. a. O. S.449. Da bisher vor allem die DKP-Parteiführung Gegenstand zeitgeschichtlicher Untersuchungen war, bleiben im Bereich der mental- und sozialgeschichtlichen Entwicklung der Mitgliedschaft noch erhebliche Forschungslücken bestehen.

<sup>200</sup> Vgl. Suri, Jeremi, a.a.O.

<sup>201</sup> Ausführlicher zum Thema Brandt und deutsche Medien vgl. Munkel, Daniela (Habil.): Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“ - Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M. 2006.

kurzfristigen gesellschaftlichen Emotionen, denn Frieden, Verständigung und Sicherheit in Europa waren Grundanliegen der Kriegsgeneration, die, wenn auch unter unterschiedlichen lebensgeschichtlichen Vorzeichen, die handelnden ostpolitischen Akteure, wie bspw. Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt verband. Sie bedurften keiner Belehrungen über die Notwendigkeit einer Verständigungspolitik mit den sozialistischen Staaten Osteuropas etwa durch eine Neue Linke. Innenpolitisch wirkte die Brandtsche Ostpolitik sicherlich für das nicht-kommunistische, linkssozialistische Spektrum innerhalb der 68er Protestbewegung als integrative Klammer. Der außenpolitische Kurswechsel und der damit einhergehende Abbau alter Vorurteile gegenüber der Sowjetunion ermöglichte es der Jugendgeneration sich mit den durch die SPD vertretenen politischen Inhalten zu identifizieren. Das generationenübergreifende Bindeglied war folglich die Friedens- und Verständigungspolitik der Regierung Brandt. Das führte wohl auch in gewissem Maße zu einer Entradikalisierung des Protestes, der vor westdeutschen Kommunisten keinen Halt machte. Dies offenbarte sich gelegentlich durch die innerparteiliche Kritik an der DKP-Führung. Innerhalb der deutsch-deutschen Auseinandersetzung waren nicht zuletzt die jüngeren DKP-Genossen mit dem Kurs ihrer Parteiführung und der Deutschlandpolitik der DDR unzufrieden. Nach weiteren ostpolitischen Erfolgen der Bundesregierung konstatierten einige Parteimitglieder, dass die Bonner Ostpolitik, die die Forderungen der DKP zumindest teilweise erfüllte, der Partei den „Wind aus den Segeln“ nehme.<sup>202</sup>

Im Zuge der entspannungspolitischen Anstrengungen der Regierung Brandt-Scheel glaubten einige Kommunisten wie auch Sozialdemokraten, dass sich nun das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik grundlegend verändern würde.<sup>203</sup> Abwehr und Auseinandersetzung mit dem Kommunismus waren daher immanente Bestandteile der Neuen Ostpolitik Willy

---

<sup>202</sup> Nach Abschluss des Warschauer Vertrages äußerte sich ein Präsidiumsmitglied der DKP im engen Kreis von Mitarbeitern in diesem Sinne. So der Vermerk Flegels an Herbert Wehner, der wahrscheinlich auf einer Information des Ostbüros vom 15.12.1970 basierte. AdsD, SPD, Parteivorstand, Präsidiumsbüro, Büro Herbert Wehner, 2567. Gerade Funktionäre der DKP und DFU auf der mittleren und unteren Ebene wiesen in Gesprächen immer wieder darauf hin, dass sich die DDR-Delegation „zu starr ausschließlich auf den Punkt der Anerkennung der DDR festgelegt und dadurch möglicherweise Ansatzpunkte für eine flexiblere Ost- und Deutschlandpolitik der SPD/FDP - Regierung zerschlagen“ habe und sahen den in Kassel vorgelegten 20-Punkte Plan Willy Brandts durchaus als „progressiv“ an, so der Bericht Bärwalds vom 02.06.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>203</sup> Wischniewski hatte am 04.03.1969 vor dem Parteirat diesen Umstand angemahnt, indem er betonte, dass manche Genossen lediglich die NPD als den eigentlichen Gegner betrachten und dabei die Kommunisten übersehen würden, die ihren Wahlkampf ausschließlich gegen die SPD führe. AdsD, SPD, Parteivorstand, Protokolle der Parteivorstandssitzungen vom Januar-März 1969.



Brandts und Egon Bahrs. In einer Vielzahl von Presseerklärungen des SPD-Parteivorstands und offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung wurde deshalb verbreitet, dass sich die grundlegende Haltung gegenüber dem Kommunismus als Weltanschauung nicht verändert hatte. Der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ implizierte nur ein friedvolles Nebeneinander von Staaten, aber nicht von Weltanschauungen, denn gerade durch die entspannungspolitische Tauwetterphase trat der ideologische Wettstreit der Systeme in eine neue, direktere und daher intensivere Phase. Die grundsätzlichen Unterschiede zwischen „demokratischem Sozialismus“ und „realem Sozialismus“ sollten demnach von den bilateralen Verhandlungen unberührt bleiben. Auf der Grundlage ihres dogmatischen Marxismus-Leninismus betonten aber auch die Kommunisten, dass der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ ein Verhaltensgrundsatz für die Beziehungen zwischen *Staaten* mit unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Strukturen darstelle.<sup>204</sup> Die Kommunisten waren keineswegs gewillt, die grundsätzlichen ideologischen Gegensätze zwischen ihnen und den Sozialdemokraten zu leugnen.<sup>205</sup> Nur vordergründig forderten sie den Verzicht auf eine geistige und politische Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, die man als „antikommunistisch“ stigmatisierte, da sie angeblich, nur innenpolitische Reformen verhindere. Diese Forderung war aber nicht viel mehr als eine taktische Voraussetzung zur Verwirklichung der Aktionseinheitspläne.

#### 2.4.2 Die außerparlamentarischen Aktionen und die ersten Anbiederungsversuche der DKP gegenüber der SPD 1968

Nach dem Abschneiden der NPD bei den Landtagswahlen 1968 in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg, waren die ersten Handlungsfelder der DKP und ihrer Vorfeldorganisation „Aktion demokratischer Fortschritt“ (ADF)<sup>206</sup>, initiierte De-

<sup>204</sup> Vgl. hierzu auch Schweisfurth, Theodor: Friedliche Koexistenz, ideologische Kampf und Ostpolitik, NG 2/124 Jahrgang 1971, S.124ff.

<sup>205</sup> Bspw. wandte sich Willi Stoph beim deutsch-deutschen Treffen in Erfurt energisch gegen ideologische Verwischungen und verwarf die sogenannte Konvergenztheorie. So der Vermerk Willy Brandts über das Gespräch mit dem DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph vom 19.03.1970. AdsD, Depositum Horst Ehmke, 1/HEA000307, Bd.111.

<sup>206</sup> Die Gründung der ADF ging auf eine Initiative des Giessener Kreises Anfang 1968 zurück, die sich gegen die Notstandsgesetzgebung der Großen Koalition wandte und wurde vor allem durch die DKP, die DFU, vom „Bund der Deutschen“ (BdD), der VVN, der „Westdeutschen Frauen Friedensbewegung“ (WFFB) und der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS) getragen.

monstrationen gegen den Rechtsradikalismus.<sup>207</sup> Der neue Rechtsradikalismus war und blieb ein Hauptargument für die Notwendigkeit der Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.<sup>208</sup> Zweifellos schreckte der Einzug der NPD in die Landtage 23 Jahre nach Kriegsende viele Zeitgenossen im In- und Ausland auf.<sup>209</sup> Hier setzten die Kommunisten ihren Hebel an und empfahlen sich als „progressive“ Kraft im politischen Spektrum der Bundesrepublik. Allerdings wurde dabei willentlich unterschlagen, was der Terminus „progressiv“ tatsächlich beinhaltete – nämlich die Angleichung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse an die DDR. Es war nicht zuletzt der Versuch, einen breiteren Zulauf aus der Protestbewegung der 68er Generation in die DKP zu erzielen. Geradezu kennzeichnend für die 68er Generation war u. a. der inflationäre und unreflektierte Gebrauch des „Faschismus“-Begriffes. Im gängigen Jargon waren der Staat, die Polizei oder sonstige Ordnungshüter „faschistoid“. Darin offenbarte sich nicht nur die Ablehnung jeglicher Form von staatlicher Autorität, sondern wohl einen der grundlegenden Irrtümer innerhalb dieser Generation. Die Bundesrepublik war nämlich kein präfaschistischer Staat, indem es Anzeichen für einen unmittelbar bevorstehenden Durchbruch der Alt- und Neonazis gab. Darüber hinaus blieben die von Kommunisten initiierten oder unterstützten Aktionen vielfältig. Ein Beispiel hierfür war der bereits in den 50er Jahren vorgetragene Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz für europäische Sicherheit durch die Sowjetunion und dessen Konkretisierung im Budapester Appell von 1966. Die DKP knüpfte daran an und gründete eine Initiative, die im außerparlamentarischen Raum mit Unterschriftensammlungen warb. Weitere Aktionsfelder der DKP blieben die Kampagnen gegen die amerikanische Intervention in Vietnam, „Freiheit für Angela Davis“, die Kampagnen für Demokratie und Abrüstung oder für die Unterzeichnung des NV-Vertrages.

Parallel zu den Bemühungen der DKP die APO personell und inhaltlich zu infiltrieren, ließen die ersten kommunistischen Anbiederungsversuche gegenüber der SPD-Mitgliedschaft nicht lange auf sich warten. Bereits im Dezember 1968 wandte sich die DKP in einem Rundschreiben an die Mitglieder und Funktionäre der SPD.

---

<sup>207</sup> Beschlüsse der 2. Tagung des PV der DKP vom 31.05.1968. BA, SAPMO, DY 30, IV 2/10.02/168.

<sup>208</sup> Ebenda.

<sup>209</sup> Vgl. Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, in: Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984, S.114.

Darin wurde gebetsmühlenartig die Notwendigkeit einer Aktionseinheit betont, da es „ohne das Zusammenwirken aller Sozialisten und Demokraten in der Bundesrepublik“ [keine] „fortschrittliche Entwicklung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ gäbe.<sup>210</sup> Die Ausdehnung des Adressatenkreises für die Aktionseinheit war ein Novum, da plötzlich nicht mehr von der Arbeiterklasse, sondern fortan von „der arbeitenden Bevölkerung“ oder auch „progressiven Kräften“ gesprochen wurde. Das offensichtliche Ziel war, sich alle oppositionellen Kräfte gegenüber der Politik der sozialdemokratischen Führung, durch Bündnisse nutzbar zu machen.<sup>211</sup>

Der SPD-Parteivorstand erkannte, welchen Zweck die DKP mit dem bekannten Instrument<sup>212</sup> eines offenen Briefes an die SPD-Mitgliedschaft verfolgte, und grenzte sich gegenüber solchen Umarmungsversuchen ab. In Anlehnung an Erklärungen des Parteivorstandes der vergangenen Jahre machte die SPD-Führung keinen Hehl daraus, dass man „Außer einer harten politischen Auseinandersetzung[...]"<sup>213</sup> der DKP nichts zu bieten habe. Ferner wurde betont, dies sei nur der Versuch der DKP, sich in die westpolitischen Überlegungen und in die Verleumdungskampagne der SED einzuordnen und sich politisch auf Kosten der SPD zu profilieren.<sup>214</sup>

#### *2.4.3 Die DKP im Spagat zwischen parteiinternen Streitigkeiten und machtpolitischen Ansprüchen der SED*

In der Tat wurden im SED-Politbüro unmittelbar nach der „Neukonstituierung“ der DKP Überlegungen angestellt, welche zukünftige Politik die DKP betreiben solle und wie sich diese in den Dienst der SED-Westpolitik stellen könnte. Von Beginn

---

<sup>210</sup> Erstes Schreiben der DKP an die Mitglieder und Funktionäre der SPD vom 06.12.1968. AdsD, NL Leo Bauer, Politikberatung, Bd. 11.

<sup>211</sup> Hier ganz unverhohlen die Hausmitteilung Max Spangenberg's an Walter Ulbricht vom 14.01.1969, Betreff: Vorschläge zu Initiativen der Deutschen Kommunistischen Partei und des demokratischen Wahlbündnisses, S1ff. BA, SAPMO, DY 30, 3558.

<sup>212</sup> Mit offenen Briefen der Kommunisten an die Mitgliedschaft der SPD hatte man ja bereits in den 30er Jahren seine Erfahrungen gemacht.

<sup>213</sup> So die Reaktion auf den offenen Brief der DKP in Willy Brandts Schreiben an die SPD-Mitglieder vom Dezember 1968. AdsD, WBA, Publikationen, 293.

<sup>214</sup> Hintergrund hierzu war die vorangegangene Äußerung Ulbrichts in Warschau, dass die SPD gegenüber der SED einige „geheime“ Versprechungen abgegeben habe. Das Ziel war dabei Misstrauen gegen die Neue Ostpolitik zu erzeugen oder Zweifeln Argumente zu liefern, um die Brandtsche Politik innenpolitisch auszuhebeln und die SPD öffentlich in Misskredit zu bringen. Willy Brandts Schreiben (undat.) an die SPD-Mitglieder vom Dezember 1968. AdsD, WBA, Publikationen, 293.

an glichen die Ansprüche der SED an die DKP denen, die in den 50er Jahren gegenüber der KPD gestellt wurden. Dies wiederum erschwerte das Agieren der DKP beim Versuch, nicht als Nachfolgepartei der KPD und als politisch selbstbestimmte westdeutsche kommunistische Partei aufzutreten. Daher blieb die Forderung einer Wiederezulassung der KPD<sup>215</sup> bis in die 70er Jahre bestehen und nach Ansicht der politischen Führung in Moskau und Ostberlin sollte sich daran auch nichts ändern, denn schließlich hatte man diese Forderung als Instrument der Propaganda rege genutzt. Mit der Selbstbestimmtheit der DKP als Partei war es ungleich schwieriger. Vielmehr kann man von einer ideellen wie finanziellen Fremdbestimmtheit aus Ostberlin ausgehen.<sup>216</sup> Weder die bei Wahlen auf die DKP entfallenden Zweitstimmen, noch die erhobenen Mitgliedsbeiträge oder Spenden der Anhänger und Sympathisanten konnten den teilweise aufwendig geführten Wahlkampf oder den Aufbau der Parteipresse finanziert haben.<sup>217</sup> Letztere war bei der innerparteilichen weltanschaulichen Schulung und der Beseitigung des „Abweichertums“ von besonderer Bedeutung und gerade auf diesem publizistischem Gebiet waren die fieberhaften Bemühungen der DKP nicht mehr zu übersehen.<sup>218</sup> Ebenso half die SED in Belangen der ideologischen Schulung der DKP, wo sie nur konnte und führte mit DKP-Funktionären Seminare auf DDR-Territorium durch.<sup>219</sup> Die DKP war weder in ihrer politischen Strategie noch in der Wahl ihrer Mittel völlig unabhängig. Bereits im Juni 1968 entwarf die Abteilung Arbeitsbüro im SED-Politbüro erste Pläne für eine künftige Politik der DKP. Folglich fand eine Koordi-

---

<sup>215</sup> In einer Vielzahl von Pressematerialien der DKP und Briefen an die SPD-Führung wurde diese Forderung immer wieder vorgetragen, so z.B. im Schreiben Max Reimanns an Willy Brandt vom 14.04.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allg. Korrespondenz, Mappe 4, S. 55.

<sup>216</sup> Bis heute leugnet der ehemalige Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, wie nicht anders zu erwarten war, diesen Umstand, vgl. Mies, Herbert: Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP, Großsachsen 1995.

<sup>217</sup> Zu den finanziellen Zuwendungen der SED an die DKP eingehender vgl. Roik, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984 (Diss.), Paderborn 2006, S. 102ff.

<sup>218</sup> Nach Erkenntnissen eines als Verschlussache klassifizierten Berichtes vom 12.06.1969 (o.V.), der auf einer Information des UZ - Verlagsleiters Harald Dötze beruhte, war die DKP-Parteiführung in Koordination mit den zuständigen SED-Funktionären mit Nachdruck daran gegangen, eine parteieigene Druckerei aufzubauen. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, Parteivorstand, 5210.

<sup>219</sup> Diese Kaderschulungen wurden am Franz-Mehring-Institut in Berlin-Biesdorf durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine Zweigstelle des gesellschaftswissenschaftlichen Instituts der Karl-Marx Universität Leipzig. Die Gründung des Franz-Mehring - Instituts in Berlin ging, nach Hinweisen aus DKP-Kreisen, auf Beratungen zurück, die im Sommer 1969 in Moskau geführt wurden. Nach Abschluss der Beratungen wurden in Eile früher von den Sowjets besetzte Pionierkasernen in Berlin-Biesdorf für das Institut hergerichtet, so der Bericht Bärwalds an den Parteivorstand vom 18.06.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, Parteivorstand, 5212. Nach Informationen des Ostbüros waren den zunächst Schulungen an einer Parteischule in Moskau vorgegangen, so die Information Bärwalds aus dem DKP-Parteivorstand vom 27.02.1970. AdsD, SPD, Parteivorstand, Präsidiumsbüro Herbert Wehner, 2559.

nierung der politischen Inhalte und Taktik mit Ostberlin bereits drei Monate vor der Neugründung der DKP statt. Ulbricht selbst hatte eine genaue Berichterstattung über die Entwürfe für ein politisches Programm, die Erarbeitung der Statuten und den Vorbereitungen für den Gründungsparteitag der westdeutschen Genossen in Auftrag gegeben.<sup>220</sup> Wenn in der Forschungsliteratur gelegentlich der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann als „Hebamme“<sup>221</sup> der DKP bezeichnet wurde, sollte nicht übersehen werden, dass sich die ‚Mutter‘ der neuen westdeutschen kommunistischen Partei vermutlich jenseits des Eisernen Vorhangs befand. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man in der SED die große Bruder bzw. Mutterpartei sieht. Aber stellte das eine vollständige Instrumentalisierung dar und konnte von einer „Fernsteuerung“ aus Ostberlin die Rede sein? Bei einer Differenzierung zwischen Parteiführung, Apparat und Mitgliedschaft wird schnell deutlich, dass sich diese Steuerung manchmal problematisch gestaltete. Zu den ideologischen Problemen innerhalb der Partei kamen auch Differenzen zwischen der westdeutschen Führung und den Genossen in Ostberlin.<sup>222</sup> So hatten DKP, KPD und SED die Vereinbarung getroffen, dass die KPD auf Parteitag der osteuropäischen Kommunisten die deutschen Kommunisten repräsentiere und die DKP sich auf ihre internationalen Kontakte in Westeuropa beschränkte.<sup>223</sup> Innerhalb des DKP-Präsidiums führte dies immer wieder zu Unmutsäußerungen. Deutlich sagen wollte dies zwar keiner, aber einige der westdeutschen Genossen hatten gelegentlich den Eindruck, dass sie Kommunisten „zweiter Klasse“ seien. Ein weiteres Beispiel war 1971 die Nominierung des Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, zum Ehrenpräsidenten der DKP. Dies förderte den Widerspruch innerhalb des DKP-Präsidiums und man gab der SED und dem Ostberliner Exilvorstand zu verstehen, dass die Besetzung dieses Amtes eine DKP-Angelegenheit sei. Daraufhin intervenierte Reimann empört bei Honecker, der in Anspielung auf den Beschluss der SPD-Gremien

---

<sup>220</sup> Dementsprechend wurde das Politbüro von Spangenberg am 08.11.1968 über die Offenbacher Konferenz der DKP informiert. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 13.

<sup>221</sup> Vgl. Mensing, Walter a.a.O.

<sup>222</sup> Dies bereitete auch der KPdSU einige Sorgen und man beteuerte die Souveränität der DKP als Partei, so die Ausführungen Suslows bei einer Unterredung mit der DKP-Delegation in Moskau am 22.12.1969, so die von Spangenberg an Mattern gesandte Information über das Gespräch der DKP Delegation mit den Genossen der KPdSU vom 06.01.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 138. Nach Erkenntnissen der DDR-Staatssicherheit fußten diese Diskrepanzen zwischen den DKP und den KPD-Genossen vor allem auf dem Wahlausgang 1969 und der „Mäßigung“ gegenüber den Sozialdemokraten sowie Führungsfragen der Partei. Reimann beanspruchte die Führung und vertrat die Meinung „[...]Bachmann/DKP sei zu schwach“, so der Bericht vom Dezember 1969 (o.D.). BStU, MfS, SdM 1473/II, S.335-337.

<sup>223</sup> Information über das Gespräch der DKP Delegation mit den Genossen der KPdSU vom 06.01.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 138.

vom 14. November 1970 darin ein Zurückweichen vor dem in der Bundesrepublik neu entfachten „Antikommunismus“ sah.<sup>224</sup> Selbstbewusst betonte der DKP-Vorsitzende Kurt Bachmann die Selbstständigkeit seiner Partei und dass sie in dieser Angelegenheit keine Weisungen aus Ostberlin bräuchte. Dieses Selbstbewusstsein war nach zwei Wochen allerdings schon verflogen, denn sein Stellvertreter Herbert Mies ruderte nun mit allen Kräften zurück, indem er der SED versicherte, dass es

„[...] für uns alle und für mich ganz persönlich eine unveränderbare Selbstverständlichkeit [ist], dass wir ohne Erich und das Politbüro der SED keine wichtigen Entscheidungen und Festlegungen treffen werden. Das gibt es nicht und wird es nicht geben.“<sup>225</sup>

Damit ist die angebliche Unabhängigkeit der DKP wohl hinreichend beschrieben, denn die Entsendung von Delegationen auf Parteitage anderer europäischer Parteien sowie die Nominierung und Wahl eines Ehrenpräsidenten gehören zu den ureigensten Zuständigkeiten einer Partei, die für sich in Anspruch nimmt, unabhängig zu sein. Dass diese Fremdbestimmung für die leitenden DKP-Funktionäre problembeladen war, wurde bereits gezeigt. Die erfolgreiche Umsetzung der Neuen Ostpolitik Willy Brandts sollte zeigen, dass die „Kampfbedingungen“ der DKP aus diesem Blickwinkel nicht besser, sondern schlechter wurden.

Mit der Bonner Entspannungs- und Verständigungspolitik verringerten sich zusehends die Einflussmöglichkeiten der DKP auf die SPD-Mitgliedschaft. Zum einen wurde der Vorwurf, dass die SPD am blinden „Antikommunismus“ festhalte, und daher rückwärtsgewandt oder gar reaktionär sei, unbrauchbar. Zum anderen ließ die Übernahme der deutschlandpolitischen Positionen der SED durch die DKP immer deutlicher erkennen, in wessen Dienst sie agierte. Ferner war die DKP auf ‚Gedeih und Verderb‘ an den deutschlandpolitischen Kurs der SED gebunden, was wiederum die innerparteilichen Differenzen intensivierte. Als sich nach den deutsch-deutschen Gesprächen in Kassel abzeichnete, dass Moskau der DDR deutschlandpolitische Zurückhaltung oktroyierte und Ulbrichts Deutschlandplan der Kremlführung als Störfaktor sowjetischer Deutschland- und Europapolitik erschien, schwanden damit auch die Agitationsmöglichkeiten der DKP.

---

<sup>224</sup> Reimann unterrichtete Honecker über ein Gespräch in Moskau, das er mit den Genossen Bachmann und Mies geführt hatte. Darin wurde ihm erklärt, dass die Präsidiumsmitglieder Gauthier, Kapluck und Müller gefordert hatten von dem Vorhaben, Reimann zum Ehrenpräsidenten zu erklären, Abstand zu nehmen, so die streng vertrauliche persönliche Information des Genossen Max Reimann an Honecker vom 26.07.1971. BA, SAPMO DY 30, 2401.

<sup>225</sup> Schreiben Herbert Mies an das ZK der SED vom 01.10.1971. BA, SAPMO, DY 30, 2401.

Ulbricht wurde bereits im Herbst 1968 über einige „Probleme“ der weiteren politischen Marschroute der DKP unterrichtet.<sup>226</sup> Aus Sicht der SED erwies sich die Neugründung der DKP als richtig, da auch in Ostberlin niemand ernsthaft an eine Wiedermehrzulassung der KPD in der Bundesrepublik glaubte. Zudem schien der Zeitpunkt außerordentlich günstig mit der DKP nun wieder ein innenpolitisches Instrument in der Bundesrepublik zu installieren, das einen gewissen gesellschaftspolitischen Einfluss auf den neuen ostpolitischen Kurs zumindest erhoffen ließ. In marxistisch-leninistischer Verbrämung wurde die Konstituierung der DKP als schwerer Stoß gegen die „Neue Ostpolitik“ bezeichnet und betont, dass durch sie der „imperialistische Handlungsspielraum“ eingeengt wurde.<sup>227</sup>

## *2.5 Die Reaktionen der SPD-Führungsgremien auf die „Umarmungsversuche“ der DKP im Wahljahr 1969*

Die SPD-Führung teilte diese Einschätzung nicht. Zwar wurde die Neugründung der DKP als ein „geschickter Schachzug“ in Ulbrichts westpolitischer Gegenoffensive angesehen, aber aus Sicht der SPD-Spitze, ließ sich daraus kein Rückschlag für die Ostpolitik ableiten.<sup>228</sup> Allerdings bezweifelte die SPD-Führung nicht, dass die DKP sich willfährig dem deutschlandpolitischen Kurs Ostberlins unterordnete. Unter keinen Umständen sollten im Wahljahr 1969 solchen Bestrebungen eine Plattform gewährt werden. Im SPD-Präsidium wurde daher Anfang 1969 beschlossen, der DKP oder anderen extremistischen Parteien, wie der NPD, keine Gelegenheit zu geben, sich in Wahlkampfveranstaltungen zusammen mit Sozialdemokraten zu präsentieren.

Die sozialdemokratischen Wahlkämpfer wurden angewiesen, keine öffentlichen Podiumsdiskussionen mit Vertretern als extremistisch etikettierter Parteien durchzuführen. Zeitgleich warb der damalige SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski bei allen im Bundestag vertretenen Parteien für eine ähnliche

---

<sup>226</sup> Vermerk Max Spangenberg an Walter Ulbricht vom 30.09.1968 (Kopie an Erich Honecker). Material über einige Gesichtspunkte zu Problemen, die sich aus der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ergeben. BA, SAPMO, DY 30, 3558.

<sup>227</sup> Ebenda.

<sup>228</sup> Schreiben Albert Norden an Walter Ulbricht vom 22.10.1968. Bezug interne Diskussion im SPD-PV bezgl. der Neugründung der DKP. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/25.

Handhabung.<sup>229</sup> Die DKP-Führung hingegen setzte ihr Werben um die SPD-Mitgliedschaft und sozialdemokratische Gewerkschaftskollegen nicht nur unbeirrt fort, sondern intensivierte - wie erwartet - im Wahljahr 1969 ihre Bemühungen. Im Frühjahr 1969 lud die DKP anlässlich ihres Gründungsparteitages auch Sozialdemokraten ein. Das Präsidium der SPD reagierte mit einer deutlichen Absage in ihrer Presseerklärung vom 13. April 1969. Die SPD wies die Anbiederungsversuche der Kommunisten entschieden zurück, da es zwischen DKP und SPD keinerlei Gemeinsamkeiten gäbe. Ferner wurde die DKP-Meldung über ein zahlreiches Erscheinen von Sozialdemokraten beim DKP-Parteitag dementiert.<sup>230</sup> Dies zählte zum gängigen Repertoire der DKP, die den Anschein erwecken wollte, dass sich ihre Politik im Einverständnis mit großen Teilen der SPD-Mitgliedschaft befände.<sup>231</sup> Ebenso wurden durch die DKP Übertritte vereinzelter Sozialdemokraten als Erfolg und Bestätigung ihrer Aktionseinheitsbemühungen öffentlichkeitswirksam ausgeschlachtet. Einer der wohl bekanntesten Vorfälle ereignete sich in Frankfurt am Main, als 20 Jungsozialisten (Rainer Eckert-Gruppe), die dem Stamokap-Flügel angehörten, geschlossen aus der SPD austraten und Mitglieder der DKP wurden. Allerdings blieben solche Fälle Ausnahmen, denn es gab keinen wie auch immer gearteten Massenexodus von SPD-Mitgliedern, von denen die DKP profitierte.<sup>232</sup>

Auf dem Essener Gründungsparteitag am 12. und 13. April 1969 waren keine SPD-Funktionäre zugegen, dennoch entsandte die SPD einen journalistischen Beobachter<sup>233</sup>, der eine umfassende Lagebeschreibung über den DKP-Parteitag lieferte. Abgesehen von den öffentlichen Verlautbarungen der DKP wurde darin zunächst bestätigt, dass der „Wolf Kreide gefressen hatte“, denn man bemühte sich im Auftreten nicht an die alten KP-Zeiten zu erinnern und beteuerte, dass die Partei auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.<sup>234</sup> Die in Essen vorgelegte Grundsatzerklärung enthielt programmatisch nichts Neues, denn ein umfassendes politi-

---

<sup>229</sup>Präsidiumsprotokolle der SPD, Protokoll v. 23.01.1969. AdsD, SPD-PV.

<sup>230</sup> Presseerklärung des SPD-Präsidiums v. 13.04.1969.

<sup>231</sup> Ebenso wurde durch die DKP stets behauptet, dass ihre Partei daher auch größeren Zulauf durch Sozialdemokraten fand, was die Sozialdemokraten des Öfteren dazu veranlasste die oftmals fiktiven Zahlen zu korrigieren, so die Pressemitteilung der Jusos Hessen Süd vom 10.03.1971. AdsD, Depositum Karsten Voigt, Bd. 71.

<sup>232</sup> Hierzu auch das Gespräch des Autors mit Karsten Voigt vom 16.01.2006.

<sup>233</sup> Beschluss des SPD-Präsidiums vom 28.03.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle, Protokoll vom 28.03.1969.

<sup>234</sup> So der Bericht von Dr. Erhard Eckert vom 14.04.1969. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938. Bemerkenswert waren auch die erneuten Divergenzen zwischen den Parteitagsdelegierten und der Parteiführung, die sich an dem Wahlverfahren für Delegierte zeigten, bei dem der Vorstand in einer Kampfabstimmung unterlag und die offene Kritik eines Marburger Delegierten, der die Politik der UdSSR und DDR in der CSSR heftig kritisierte.



sches Programm sollte erst noch erarbeitet werden. In der Innenpolitik sowie in der Außenpolitik gab es keine inhaltlichen Überraschungen. Man unterstützte die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Reform im Mitbestimmungsrecht ebenso wie die Verwirklichung der Lohnfortzahlung oder forderte die Beseitigung der Vorbeugehaft und die Abschaffung der Notstandsgesetzgebung. In den internationalen Beziehungen, die auf dem Parteitag insgesamt eine untergeordnete Rolle spielten, forderte man vor allem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Ratifizierung des NV-Vertrages sowie die Beteiligung an einer europäischen Sicherheitskonferenz im Sinne des Budapester Appells vom 17. März 1969.<sup>235</sup>

In der anschließenden Pressekonferenz signalisierte die DKP-Führung, dass die Ablehnung einer Aktionseinheit der SPD-Führung nichts an dem Umstand ändere, dass Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Gange seien. Bei genauerem Hinsehen war diese Behauptung richtig, aber Gespräche bedeuteten nicht zwangsläufig die Bereitschaft für eine Zusammenarbeit mit der DKP. Den Gefahren solcher Gespräche war sich die SPD-Führung durchaus bewusst, denn innerhalb der SPD befanden sich eine Reihe ehemaliger KP-Mitglieder, die bestens mit der kommunistischen Infiltrationstaktik vertraut waren. Daher wurden administrativ-organisatorische Maßnahmen immer wahrscheinlicher, um den Parteiapparat vor Unterwanderung zu schützen. Mit jeder Lagebeurteilung, die Auskunft über gemeinsame Aktionen oder Gespräche zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten lieferte, wurde die Notwendigkeit einer organisatorischen Abgrenzung deutlicher.<sup>236</sup> Nicht zuletzt waren die Versuche der DKP, den Anschein zu erwecken, dass es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gewisse Schnittmengen gab, prekär. Unter keinen Umständen wollte sich die SPD-Führung die Stimm-Gewinne in bürgerlichen Bevölkerungsschichten durch derartige Manöver der Kommunisten zunichte machen lassen. Aufgeschreckt wurde die Baracke zunächst durch eine Pressemeldung der nordrheinwestfälischen „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) vom 05. Juni 1969, die bekannt gab, dass sich neun Sozialdemokraten auf deren Landeslisten platzieren würden. Wenn diese Behauptung

---

<sup>235</sup> Bericht von Dr. Erhard Eckert vom 14.04.1969. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>236</sup> Eckert mahnte gerade vor dem Hintergrund, dass ihm vor allem sozialdemokratische Gewerkschaftskollegen die Bereitschaft für Gespräche oder sogar für eine Zusammenarbeit signalisiert hatten, zu baldigen Maßnahmen der Parteiführung, in: Ebenda.

zutraf, sollte dem „schnellstens und sehr klar ein Ende gesetzt werden.“<sup>237</sup> Nach eingehender Prüfung dieser Meldung durch Mitarbeiter des SPD-Parteivorstandes war sie nicht nur in Bezug auf die Zahlen unzutreffend (es handelte sich um sechs Mitglieder), sondern gegen alle Betroffenen liefen entweder Parteiausschlussverfahren, einige waren bereits ausgeschlossen worden oder waren dem Ausschluss durch Austritt zuvorgekommen.<sup>238</sup> Außerdem hatten die Kommunisten anlässlich der DGB-Lehrlings- und Jungarbeiter-Demonstration am 7. Juni 1969 in Köln versucht sich innerhalb der Jugendgeneration als Schirmherr einer Oppositionswelle unter dem Motto „Unruhe unter der Arbeiterjugend“ zu generieren und gaben sich als Hauptinitiator der Kundgebung aus.<sup>239</sup> Diese Mischung aus Unruhe stiften, Anbiederungs- und Mobilisierungsversuchen kennzeichnete die taktische Ausrichtung der DKP. Das Hauptziel der Kommunisten war und blieb „[...]das geduldige Ringen um Kooperation mit der SPD-Mitgliedschaft“.<sup>240</sup> Als sich während des Vorwahlkampfes im Sommer 1969 die Hinweise für eine Verstärkung der Anerkennungspropaganda der SED<sup>241</sup> verdichteten und zeitgleich die DKP im Bundesgebiet stärker agitatorisch für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR tätig wurde<sup>242</sup>, ging die SPD-Führung ihrerseits in die Offensive, indem sie ihre Wahlkämpfer in den Parteiuntergliederungen und in den Betrieben anwies, darauf aufmerksam zu machen, dass jede für die Kommunisten abgegebene Stimme eine „verlorene Stimme“ sei und nur der CDU/CSU zu Gute komme.<sup>243</sup> Diese Strategie verfehlte ihr Ziel nicht, denn sie richtete sich erneut auf den für die DKP neuralgischen Punkt des Verhältnisses zwischen SPD und Kommunisten. Die DKP-Führung antwortete am 25. Juli 1969 mit einem weiteren Umarmungsversuch, indem sie

---

<sup>237</sup> Fernschreiben des damaligen Leiter der Abteilung Organisation beim SPD-PV, Wolf Koch, an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer (o.D.). AdsD, SPD-PV, Rechtsstelle, 2364 II. Die zuständigen Geschäftsstellen wurden von Koch angewiesen den Namen und Wohnort solcher SPD-Mitglieder, deren bisherige Tätigkeiten in der SPD sowie ob und welche „Maßnahmen“ gegen sie eingeleitet wurden, umgehend dem Parteivorstand fernschriftlich mitzuteilen.

<sup>238</sup> So die Stellungnahme des Pressesprechers des SPD-Parteivorstandes, Jochen Schulz vom 09.06.1969. AdsD Depositum H. Schmidt, Sacharchiv, 7936.

<sup>239</sup> VS-Vertraulicher Bericht vom 11.06.1969 über den Verlauf der DGB-Lehrlingskundgebung vom 07.06.1969 in Köln. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, Parteivorstand, 5210.

<sup>240</sup> So die Losung des DKP-Präsidiumsmitglieds Gerd Deumlich auf der Essener Parteivorstandssitzung Anfang Juni 1969. VS-Bericht vom 11.06.1969. AdsD, SPD, PV, Büro Willy Brandt, 2521.

<sup>241</sup> Die SED-Propaganda stand im Zeichen des 20. Jahrestages der Gründung der DDR, bei dem die SED ihr Werben um Anerkennung in der Bundesrepublik verstärkte.

<sup>242</sup> Siehe VS-Bericht vom Juni-Juli 1969, o.D., o.V. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, Büro Herbert Wehner, 2559. Ebenso die Informationen des Ostbüros vom 16.07.1969. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, 0398a, Box 1490.

<sup>243</sup> In aller Deutlichkeit formulierte dies Willy Brandt auf der Parteiratssitzung vom 28.06.1969. AdsD, SPD, PV, Protokoll der PR-Sitzung vom 28.06.1969.

an die Sozialdemokraten appellierte, dass ein Zusammenstehen aller demokratischen Kräfte gegen ein Wiedererstarken der politischen Rechten einschließlich der CDU/CSU jetzt notwendig sei. Eine Wiederholung der Fehler von 1933 wäre nicht mehr zu verzeihen, so die durchgängige, aber geschichtsverfälschende Argumentation.<sup>244</sup> Ferner sei nicht zu verstehen, dass die SPD Kontakt zu anderen europäischen Kommunisten aufnehme, die Gesprächsangebote der DKP aber ablehnt.<sup>245</sup> In solchen Argumentationsfiguren wurde deutlich, dass die Kommunisten eisern an ihrem politischen Ziel, nämlich der Herstellung einer Aktionseinheit, festhielten und ihrerseits versuchten, die Mitgliedschaft der SPD zu verunsichern. Letzteres barg Gefahren für die Sozialdemokraten, denn innerhalb der Parteijugend erschien es manchem als paradox, dass gerade jene Genossen, die maßgeblich an der Herstellung von Kontakten mit anderen kommunistischen Parteien Europas beteiligt waren, sich am vehementesten für eine ideologische und organisatorische Abgrenzung gegenüber den Kommunisten einsetzten.<sup>246</sup> Organisatorisch wurden die Anbieterungsversuche begleitet durch mehrere Neugründungen von antifaschistischen Bürgerkomitees und Bürgeraktionen, die von der DKP initiiert oder personell infiltriert wurden.<sup>247</sup> Diese Vorgänge wurden im SPD-Präsidium perzipiert und man grenzte sich umgehend am 14. August 1969 im Anschluss an die Präsidiumssitzung in einem Kommuniqué ab, indem betonte wurde, dass Sozialdemokraten und Kommunisten keinerlei Gemeinsamkeiten hätten. Die SPD sollte nicht als ‚Blutspender‘ fungieren, zumal die DKP zur SPD die gleiche Position einnahm wie die SED. Abgesehen davon, dass die Sozialdemokraten im Kampf gegen Neofaschisten sicherlich nicht der Hilfe der Kommunisten bedurften, war deren Anliegen doch fragwürdig, denn die Bezichtigungen, die Sozialdemokraten

---

<sup>244</sup> Diese Argumentation basierte auf den Beschlüssen der 2. und 3. Parteivorstandstagung der DKP vom 31.05.1969 und 13.07.1969. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/10.02/168, DY 30 IV A2/10.02/169. Ebenso der Bericht Bärwalds an Herbert Wehner über die Ergebnisse der 3. DKP-PV-Sitzung vom 23.07.1969. AdsD, SPD, PV, Büro Herbert Wehner, 2559.

<sup>245</sup> Schreiben des DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann an Willy Brandt vom 25.07.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokoll (Anlage) vom 14.08.1969.

<sup>246</sup> Interview des Autors mit Karsten Voigt vom 16.01.2006, der hier vor allem auf Leo Bauer hinwies. Allerdings sollte das Eintreten für eine Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus vor dem Hintergrund der Erfahrungen Bauers in der KP betrachtet werden. Zur Biografie Bauers vgl. Brandt, Peter (u.a.): Karrieren eines Außenseiters – Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Berlin 1983, vgl. Arnold, Klaus: Rückkehr nach Sibirien oder die Macht – das Schicksal des KPD-Funktionärs, SPD-Politikers und Journalisten Leo Bauer, in: Behmer, Markus (Hrsg.): Deutsche Publizistik im Exil 1933 bis 1945, Münster 2000.

<sup>247</sup> Präsidiumsprotokoll vom 14.08.1969. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

seien „Handlanger nationalistischer und rechtsextremer Kräfte“ glichen denen der SED.<sup>248</sup>

#### *2.5.1 Die sozialdemokratische Reaktion auf die verstärkten Aktionseinheits- und Infiltrationsbemühungen der DKP/SED nach der Bundestagswahl 1969*

Die Bundestagswahl im September 1969 brachte für die Kommunisten nicht den erhofften Erfolg, sondern war im Ergebnis desaströs. Die ADF war marginalisiert worden, denn auf sie entfielen lediglich 0,6 % der Stimmen.<sup>249</sup> Die Bündnispolitik der Kommunisten und der Versuch der DKP, mit der ADF ein trojanisches Pferd ins Rennen zu schicken, waren kläglich gescheitert. Der Wahlausgang bzw. die Regierungsbildung durch SPD und FDP überraschte die DKP ebenso wie die Genossen in Ostberlin. Bereits Anfang Oktober reisten einige Genossen nach Ostberlin, um die weitere Linie der Partei festzulegen. Fraglich war nun wie sich die DKP gegenüber der neuen SPD/FDP-Koalition zu verhalten habe und es gab es nicht wenige DKP-Genossen, die nun mit härteren Zeiten rechneten. Nach Einschätzung der Kommunisten galt es sich darauf einzustellen, dass „[...] eine christdemokratische Opposition schärfer und radikaler sein wird als es jemals eine sozialdemokratische habe sein können“ und dass nun „[...] aus allen Rohren auf alles, was links stehe, geschossen werde[...].“<sup>250</sup> Deshalb aber auch durch die allmählichen strategischen Veränderungen innerhalb der Deutschlandpolitik der SED wurden die Bedingungen des politischen Kampfes für die DKP-Genossen weiter schwieriger. Mit der Bundestagswahl im September 1969 gewann Brandt mehr Vertrauen, Gewicht und Spielraum für seine ostpolitischen Aktivitäten bei den Verbündeten Ostberlins. Die deutschlandpolitische Offensive der SED geriet allmählich ins Abseits. Auch wenn Ulbricht den Genossen der Nachbarstaaten gelegentlich die Leviten las, wie der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ zu führen sei, konnte dies nicht die nationalkommunistischen Bestrebungen Breschnews, Ceaucescus, Kadars, Gomulkas

---

<sup>248</sup> So das geharnischte Antwortschreiben Wischniewskis an Bachmann vom 22.08.1969. AdsD, SPD, PV, Protokoll der PV-Sitzung vom 25.08.1969. Selbstredend die dahinter stehende Symbolik, indem nicht der Vorsitzende, sondern der Bundesgeschäftsführer ein Antwortschreiben an den DKP-Vorsitzenden verfasste.

<sup>249</sup> Fortan trat die ADF nicht mehr zu Wahlen an, sondern bestand nur noch als außerparlamentarisches „Aktionsbündnis“.

<sup>250</sup> Ausführungen Deumlichts laut einem VS-Bericht vom 03.10.1969. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485.

und anderer, bei denen es sich vielmehr um eine defensive Status-quo-Politik handelte, verdecken.<sup>251</sup>

Trotz der deutlichen Wahlniederlage der DKP wies die Parteiführung ihre Kader im Jahreswechsel 1969/1970 an, verstärkt regionale SPD-Untergliederungen, in denen 1970 Landtagswahlen anstanden, zu umwerben, um Wahlabsprachen zu erlangen.<sup>252</sup> Nach Erkenntnissen des SPD-Ostbüros wurde auf der mittleren Funktionärsebene sogar in Erwägung gezogen, die eigenen Kandidaten kurz vor der Wahl zurückzuziehen und aufzufordern, für die SPD zu stimmen. Dieser Vorschlag wurde vom DKP-Parteivorstand umgehend abgelehnt, da die Sozialdemokraten nicht zu sehr unter innenpolitischen Druck geraten sollten, denn die Unionsparteien hätten diesen Umstand sicherlich als Munition gegen die sozialliberale Koalition genutzt. Der DKP-Führung war längst bewusst geworden, dass das Erreichen des langfristigen Zieles der Herstellung einer Aktionseinheit und den damit langfristig implizierten Veränderungen der politischen Ordnung in der Bundesrepublik nur mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung möglich war. Dementsprechend betonte der Parteivorstand, dass er „bald keine Geduld mehr haben“ werde mit Genossen, die immer noch in den Sozialdemokraten den politischen Hauptfeind erblickten.<sup>253</sup>

Schwerpunkte der DKP-Politik für die anstehenden Landtagswahlen<sup>254</sup> waren vor allem eine verstärkte Agitation für eine europäische Sicherheitskonferenz und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik.<sup>255</sup> Dies ging Hand in Hand mit den deutschlandpolitischen Bemühungen der SED, die sich in

---

<sup>251</sup> Vgl. Bange, Oliver: a.a.O., S.847.

<sup>252</sup> Bericht Bärwalds über Wahlkampfaktivitäten der DKP vom 07.01.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485. Hier nur als exemplarisches Beispiel für solche Angebote zur Zusammenarbeit gegen das „Rechtskartell“ das Schreiben des DKP-Kreisvorstandes Dortmund an den Unterbezirksvorstand der SPD vom 14.02.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485. DKP-Pressedienst vom 06.04.1970. AdsD, SPD, PV, Büro Herbert Wehner, 2559.

<sup>253</sup> Bericht Bärwalds zur innerparteilichen Diskussion über die derzeitige Taktik der DKP vom 18.02.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485.

<sup>254</sup> Die unmittelbar anstehenden Wahlen 1970 waren die zur Hamburger Bürgerschaft, die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und Niedersachsen.

<sup>255</sup> Ebenda. Im Vorfeld des Kasseler Gesprächs wurde durch den DKP-Pressedienst vom 06.04.1970 verlautbart, dass Unterschriftenaktionen für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR geplant waren. AdsD, SPD, PV, Büro Herbert Wehner, 2559. Mit großer Zufriedenheit registrierte man in Ostberlin, dass sich die DKP-Aktivitäten in „[...] Übereinstimmung mit der politisch-ideologischen Orientierung führender Genossen unserer Partei [...]“ befanden. Hierzu die von Max Spangenberg übersandte Information zu den aktuellen DKP-Maßnahmen an Walter Ulbricht vom 17.03.1970. BA, SAPMO, 3558, 176. Hierzu auch der Beschluss der 5. PV-Tagung der DKP vom Februar 1970. BA, SAPMO, 3558, 142.

dem intensivierten Reiseverkehr aus der DDR in die BRD manifestierte. Die SPD-Parteizentrale registrierte, dass sich die Infiltrationsarbeit Ostberlins in der Bundesrepublik nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gesteigert hatte.<sup>256</sup> So war unter den einreisenden „Referenten“ der Akademikeranteil erheblich erhöht worden. Ulbricht hatte stets gefordert, dass der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus „wissenschaftlich“ zu führen sei und infolgedessen bekamen die Darlegungen der SED- oder FGDB-Mitarbeiter bei Kundgebungen und Podiumsdiskussionen einen quasi „objektiv-wissenschaftlichen“ Anstrich. Ebenso wurden Vorbereitungen im gesamten Bundesgebiet getroffen, die Arbeit der bestehenden Clubs wie „DDR objektiv“ oder „Informa DDR“ zu verbessern und zu verstärken sowie weitere derartige Clubs ins Leben zu rufen. Ursächlich für diese Tendenzen waren die sich anbahnenden deutsch-deutschen Gespräche in Erfurt, die so ihre propagandistische Vorbereitung erfuhren. Diese Vorbereitungen waren aber offenbar nicht nur westpolitischer Natur. Sie wiesen auch Defensivkomponenten auf. Die DKP-Aktivitäten reihten sich nahtlos in die Deutschlandpolitik der SED ein, indem sie in der Bundesrepublik gegen den in Ostberlin gefürchteten „Sozialdemokratismus“ der SPD-Führung polemisierten. Der damit unternommene Versuch den entspannungspolitischen Kurs der SPD an der Parteibasis zu unterminieren, gehörte zu den klassischen Aufgabengebieten der SED-Westarbeit. Er erfüllte jedoch einen weiteren Zweck, denn die im Vorfeld des Erfurter Treffens verstärkte Berichterstattung über die DKP-Agitation durch die DDR-Publizistik sollte innenpolitisch stabilisierend wirken.<sup>257</sup> Das SED-Politbüro befürchtete, dass die eigene Bevölkerung durch den deutsch-deutschen Gipfel anfälliger für den „Sozialdemokratismus“ werden oder „Einheitsträume“ entwickeln könnte. Daher fungierten die Presseberichte über DKP-Aktivitäten einerseits als „Feigenblatt“ für die Deutschlandpolitik der SED und andererseits ließ sich eine innenpolitische Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie vornehmen. Bereits in den 50er Jahren hatte das Politbüro ideologische Abweichungen oder oppositionelle Bestrebungen mit dem Kampfbegriff des „Sozialdemokratismus“ etikettiert und unterdrückt.

---

<sup>256</sup> Rundschreiben des damaligen Leiters der Abteilung Organisation beim SPD-Parteivorstand, Wolf Koch, an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 04.02.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485.

<sup>257</sup> Spangenberg umriss dies wie folgt: „Es geht in erster Linie darum, dass diese Berichterstattung von Nutzen sein kann, um unsere Werktätigen gegenüber der Beeinflussung durch den Sozialdemokratismus zu immunisieren.“. Max Spangenbergs übersandte Information zu den aktuellen DKP-Maßnahmen an Walter Ulbricht vom 17.03.1970. BA, SAPMO, 3558.

Die Linientreue und weltanschauliche Anbindung der DKP an die SED sowie die Koordination der politischen Aktivitäten beider Parteien, entsprang aus Sicht der Ostberliner Machthaber folglich sowohl westpolitischen als auch innenpolitischen Überlegungen.

Dass das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in der Bundesrepublik eine wesentliche Prägung durch die deutsch-deutschen Auseinandersetzungen erfuhr, verdeutlichten die Reaktionen der SPD-Führung. Zunächst begann man eindringlich, die Parteiuntergliederungen über die Vielfältigkeit kommunistischer Infiltrationsbemühungen zu informieren. Die jeweiligen Geschäftsführer wurden angewiesen, bei Erhalt neuer Erkenntnisse über derartige Aktionen das Parteipräsidium in Kenntnis zu setzen.<sup>258</sup> Nach dem Treffen zwischen dem damaligen Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und Willy Brandt am 19. März 1970, gewann der Ton gegenüber den regionalen Untergliederungen an Schärfe. Der „Herr und Meister“ des Parteiapparats, Herbert Wehner, äußerte einen Tag später auf einer Präsidiumssitzung verärgert, dass es immer noch Sozialdemokraten gebe, die Artikel für die „Sozialistische Korrespondenz“ (SK) schrieben.<sup>259</sup> Wehner selbst hatte seine persönlichen Erfahrungen mit der SK gesammelt, als sie ihn wegen seiner maßgeblichen Beteiligung für das Eintreten der SPD in die Große Koalition hart angegriffen hatte. Darüber hinaus stellte die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR das politische Leitbild der SK dar. In regelmäßigen Abständen war Runge's „Schmähschrift“ mit scharfen Angriffen gegen die SPD-Führung gespickt, was angesichts der Tatsache, dass führende Kommunisten wie Max Reimann darin publizierten, nicht verwunderlich war. Auf Wehners Insistieren hin wurde durch die SPD-Abteilung „Organisation“ gegenüber der Parteimitgliedschaft unmissverständlich dargelegt, „[...] dass diejenigen, die dennoch glauben, in dieser kommunistischen Tarnzeitschrift schreiben zu müssen, mit entsprechenden Konsequenzen zu rechnen haben.“<sup>260</sup> Damit wurde deutlich gemacht, dass sich die SPD nicht nur von Publikationsorganen wie der SK abgrenzte, sondern auch

---

<sup>258</sup> Rundschreiben Wolf Kochs an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 04.02.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1485.

<sup>259</sup> SPD-Präsidiumsprotokoll vom 20.03.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle. Die „Sozialistische Korrespondenz“ (SK) wurde herausgegeben von Werner Runge, der bereits 1952 wegen KP-Tätigkeit aus der SPD ausgeschlossen wurde.

<sup>260</sup> Wolf Koch an die leitenden Landes-, Bezirks-, Unterbezirksgeschäftsführer und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion vom 25.03.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, Mappe 56.

von Genossen, die sich für deren Zwecke missbrauchen ließen.<sup>261</sup> Dabei ist festzuhalten, dass dies nicht gegen besondere Einwände der regionalen Parteiuntergliederungen geschah, denn die Landesvorsitzenden hatten in Übereinstimmung mit dem Rundschreiben Kochs vom 25. März 1970 sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluss eingefordert.<sup>262</sup>

Am Tag der angeführten Präsidiumssitzung, wurde die Abgrenzungsthematik auch im Parteivorstand ausführlicher erörtert. Willy Brandt informierte zunächst die Vorstandsmitglieder über den Verlauf des Gespräches mit Stoph. Nach Brandts Ausführungen betonte Jochen Steffen, dass die Abgrenzung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kommunismus nach Erfurt besonders wichtig sei, denn schließlich müsse die SPD nun mit „Ulbrichts Segnungen“ rechnen.<sup>263</sup> Gezielte Indiskretionen bzw. publizistische Falschinformationen der anderen Seite über angebliche Konzessionen der Bundesregierung sollten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit keinesfalls den Eindruck entstehen lassen, „[...] man habe etwas verschenkt.“<sup>264</sup> Steffen spielte damit auf die Vorwürfe der Opposition an, dass die SPD gegenüber den Warschauer-Paktstaaten zu allzu großen Zugeständnissen bereit sei. Die SPD-Führung fürchtete durch die Störmanöver Ostberlins innenpolitisch so unter Druck zu geraten, dass einige Verhandlungspositionen der Bundesregierung nicht aufrecht zu erhalten sein könnten. Die Anerkennung der DDR als Staat sowie die Anerkennung bestehender Grenzen der Nachkriegsordnung blieb zwar völkerrechtlich unverbindlich, aber eröffnete der CDU/CSU Angriffsflächen für ihre Oppositionsarbeit. Willy Brandt schien dieser innenpolitischen Dimension der Abgrenzung zumindest in den Grenzfragen keinen größeren Stellenwert einzuräumen, denn

---

<sup>261</sup> Ein weiteres Beispiel für eine solche Abgrenzung und die kommunistischen Versuche Sozialdemokraten in der Öffentlichkeit als Staffage zu benutzen, waren die geplanten „Ostermärsche“ 1970. Im Rahmen der Ostermärsche plante die IIVS größere Kundgebungen (unter Beteiligung von DKP, SDAJ, SHB und den Jusos) gegen den Vietnamkrieg. Nach Erkenntnissen der Staatsschutzbehörden wurde die IIVS von der DKP infiltriert und gesteuert. Daher forderte die Abteilung Organisation beim SPD-PV deren Mitglieder auf sich von derartigen Veranstaltungen fern zu halten, da sie vornehmlich ein Versuch darstellte, zu einer Aktionseinheit zu gelangen und nicht einer baldigen Beendigung des Vietnamkrieges dienten. Siehe dazu Rundschreiben Wolf Kochs an die Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 12.03.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Verbindung mit den Referaten, Mappe 56.

<sup>262</sup> Nach Ansicht der Landesvorsitzenden blieb ein Rundschreiben zu unverbindlich und daher wirkungslos, so das Schreiben Dieter Blötz (LO HH) an Heinz Castrup, (o.D.). AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappe 13.

<sup>263</sup> Protokoll der SPD-Parteivorstandssitzung vom 20.03.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des PV, Januar-April 1970.

<sup>264</sup> Ebenda.



seine rationale und logische Schlussfolgerung lautete „man kann nicht verschenken, was man nicht hat.“<sup>265</sup>

Dennoch sah der Parteivorstand die Dringlichkeit das Verhältnis der SPD gegenüber den Kommunisten innerparteilich verbindlich zu regeln, denn aus der Vermehrung und Intensivierung der Ostkontakte der Brandtschen Entspannungspolitik resultierten vereinzelt Unsicherheiten der regionalen SPD-Untergliederungen. Dies galt vor allem im Bezug auf das Verhältnis zur DDR.<sup>266</sup> Beim Parteivorstand mehrten sich die Anfragen, ob seitens des Vorstands Bedenken gegen die Teilnahme von SPD-Mitgliedern an Veranstaltungen der SED oder von ihr abhängigen Organisationen wie zum Beispiel das Pfingsttreffen der FDJ sowie Besuchsreisen in Ostblockländer bestünden. Bei letzterem hatte die SPD-Führung keine grundsätzlichen Einwände und verwies auf die Richtlinien für Ostkontakte, dass solche Reisen angemeldet und vom zuständigen Parteibezirk genehmigt sein müssten. Bedenken hingegen bestanden gegen die Teilnahme von SPD-Mitgliedern an SED-Veranstaltungen, da die Sozialdemokraten hier nur als „Staffage“ benutzt würden, um die Gegensätze zwischen dem demokratischen und realen Sozialismus zu vernebeln.<sup>267</sup> Zunächst appellierte die SPD-Führung an die „politische Einsicht“ und „das Verständnis und die Bereitschaft zur Solidarität jedes Sozialdemokraten mit seiner Partei [...]“<sup>268</sup>, denn ein Sanktionsinstrument gab es bei Einhaltung der Richtlinien für Ostkontakte zunächst nicht. Auch in der Auseinandersetzung mit den westdeutschen Kommunisten wurde deutlich, dass die DKP den deutsch-deutschen Annäherungsprozess benutzte, um sich bei Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern anzubiedern, da es nach Ansicht der DKP nun keinen plausiblen Grund gab, Gesprächsangebote abzulehnen.

Alarmiert durch die vereinzelte Zusammenarbeit zwischen SPD-Mitgliedern (vor allem Jusos) und DKP, SDAJ und anderen kommunistischen Gruppierungen, beschloss der SPD-Parteivorstand, die Partei als Organisation klarer von den Kommunisten abzugrenzen und abweichende Mitglieder zur Raison zu bringen. Parallel

---

<sup>265</sup> Ebenda.

<sup>266</sup> Bspw. bestanden Unklarheiten im Umgang mit angebotenen Städtepartnerschaften durch Städte in der DDR. So die Schreiben der OV Koblenz (21.05.1970), Nassau (29.03.1970), Immenhausen (08.04.1970). AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2117. Ähnlich hierzu das an Egon Bahr und Herbert Wehner weitergeleitete Schreiben von Günther Grass an Willy Brandt vom 25.02.1970. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, 199.

<sup>267</sup> Rundschreiben Wolf Kochs an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 02.04.1970 und Ergänzungsschreiben vom 08.04.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 56.

<sup>268</sup> Ebenda.

dazu galten die innerparteilichen Bemühungen der SPD-Führung der Stärkung des „sozialdemokratische Selbstverständnisses“ innerhalb der Mitgliedschaft.<sup>269</sup> Um das zu erreichen, mussten die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus herausgestellt werden. Daher erfolgte nicht nur eine organisatorische Abgrenzung gegenüber den westdeutschen Kommunisten, sondern innerhalb der SPD-Führung wurden erste Überlegungen angestellt, wie dies auf ideologischer bzw. weltanschaulich-normativer Ebene geschehen sollte.<sup>270</sup> Der Arbeitskreis für Sicherheit beim Parteivorstand der SPD forderte in diesem Zusammenhang, den anstehenden Parteitag in Saarbrücken für eine Erklärung zu nutzen, dass sich an der Einstellung der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten und deren Hilfsorganisationen nichts geändert hat.<sup>271</sup> Das SPD-Präsidium machte sich diese Forderung auf einer Klausurtagung im April (die die Situation vor dem Parteitag sowie den Landtagswahlen 1970 zum Gegenstand hatte) zu Eigen. Es bedurfte auch nach Ansicht des Präsidiums einer „Äußerung zur ideologischen Auseinandersetzung mit der SED und den Kommunisten“.<sup>272</sup> Allerdings lässt sich aus der Wortwahl „Äußerung“ auch entnehmen, dass die Parteiführung dem Parteitag keinen Antrag zu diesem Themenbereich unterbreiten wollte. Die so angestoßene Diskussion bzw. deren Resultat wäre für den Parteivorstand unberechenbar gewesen. Psychologisch sah man den Zeitpunkt wohl als ungeeignet an. Der Saarbrücker Parteitag war der erste nach der Bildung der sozialliberalen Koalition, auf dem die Solidarität zwischen Bundesregierung und Partei dokumentiert werden sollte. Das SPD-Präsidium rechnete sogar damit, dass es in Saarbrücken zu innerparteilichen Fraktionierungen kommen könnte, die den Versuch unternehmen würden, gegen den Vorstand zu opponieren.<sup>273</sup> Ebenso ungewiss war das Verhalten der Jungsozialisten nach ihrem im Dezember 1969 vollzogenen „Linksrutsch“. Gerade dieser Themenbereich gehörte zu den „heißen“ Themen und hät-

---

<sup>269</sup> Protokoll der SPD-Parteivorstandssitzung vom 20.03.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des PV, Januar-April 1970.

<sup>270</sup> Vermutlich war diese PV-Sitzung die „Geburtsstunde“ des späteren, vom Vorstand herausgegebenen Grundlagendokuments „Sozialdemokratie und Kommunismus“.

<sup>271</sup> Schreiben Zachmanns an das SPD-Präsidium vom 31.03.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 61. Zachmann empfahl den Parteitag als „wirkungsvolle“ Gelegenheit zu nutzen, denn damit hätte die Erklärung des Vorstands einen besonders hohen Stellenwert, so das Schreiben Zachmanns an Castrup vom 28.04.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 61.

<sup>272</sup> Protokoll der Klausurtagung des SPD-Präsidiums vom 16.04.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle, ähnlich hierzu Schreiben Castrups an Zachmann vom 21.04.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 61.

<sup>273</sup> Ebenda.

te einen erneuten länger andauernden Theorie- und Richtungsstreit hervorrufen können. Eine verbindliche Regelung deutete sich folglich für den Parteitag nicht an. Das zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus aber ein Machtwort des Parteivorstandes noch ausstand, blieb dennoch unübersehbar. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund wie schnell die Verhandlungen Bahrs in Moskau gediehen, schien sich die Klärung der grundsätzlichen Positionen der SPD gegenüber Kommunisten in Ost und West nicht länger aufzuschieben zu lassen. Zunächst blieb es aber bei Lippenbekenntnissen und vor allem publizistischer Abgrenzung.<sup>274</sup>

### *2.5.2 Der SPD-Parteitag in Saarbrücken am 13./14. Mai 1970 als Signal einer zunehmenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus*

Der erste Parteitag nach der Regierungsbildung durch die sozialliberale Koalition sollte nach Ansicht des SPD-Parteivorstandes der neuen Regierung Rückenwind für die noch anstehenden Reformprojekte geben. Die Umsetzung der neuen Ostpolitik war zwar bislang in einem beachtlichen Tempo vollzogen worden, doch die neue Verständigungspolitik blieb noch außenpolitisch wie innenpolitisch fragil. Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn man die Brandtsche Ostpolitik als Feld der vehementesten Auseinandersetzungen zwischen Bundesregierung und CDU/CSU bezeichnet. Damit soll nicht gesagt sein, dass die geplanten gesellschafts- und bildungspolitischen Reformen deckungsgleich waren, aber es bestanden zumindest gewisse Affinitäten, denn während der Großen Koalition wurden wichtige innenpolitische Reformen gemeinsam auf den Weg gebracht, die es nun umzusetzen

---

<sup>274</sup> Wie zum Beispiel durch Herbert Wehners Artikel im Aprilheft der Zeitschrift „Osteuropa“ anlässlich des 100. Geburtstags Lenins. Darin kritisierte Wehner nicht nur das Vermächtnis Lenins in dem „die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze“, der Anspruch im Besitze der „objektiven Wahrheit“ zu sein und Gewalt als politisches Mittel angelegt waren, sondern verdeutlichte am Beispiel der Säuberungswelle innerhalb der KPdSU nach Lenins Tod (wie z.B. am Fall Bucharin), dass Kommunisten einmal zur Macht gelangt, auch nicht davor Halt machen würden, sollte es politisch opportun sein, die alten Weggefährten aus dem Weg zu räumen. Dies war nicht nur Kritik an der KPdSU, sondern Wehner schrieb damit allen Sozialdemokraten, die mit einer Aktionseinheit liebäugelten ins Stammbuch, dass man sich keinen Illusionen hingeben sollte, von den Kommunisten, einmal in politische Verantwortung gelangt, Schonung zu erfahren. AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 6. WP., Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, 260.

galt.<sup>275</sup> Ferner eignete sich aus Sicht der Opposition kaum ein anderes Thema so gut wie die neue Ostpolitik, um sich Ängsten und Stimmungen der Bevölkerung zu bedienen. Nach dem ersten deutsch-deutschen Treffen galt es für die Sozialdemokraten, unter keinen Umständen den Eindruck in der Öffentlichkeit entstehen zu lassen, dass es im deutsch-deutschen Dialog in absehbarer Zeit zur Verbrüderung von SPD und SED käme. Auch wenn der Parteitag unter dem Gesichtspunkt einer Bestandsaufnahme der bisherigen Erfolge der Regierungstätigkeit firmierte, spielte das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten eine wichtige Rolle.

Als erster Redner ergriff Helmut Schmidt das Wort. In seiner Eröffnungsrede machte er den Delegierten sowie der anwesenden Presse deutlich, dass die SPD keinen Linkkurs vollziehen werde. Die SPD hatte das Vertrauen der Wähler im Bundestagswahlkampf 1969 als Reformpartei gewonnen und daran sollte sich auch in Zukunft nichts ändern, denn die SPD sei - so Schmidt - „weder eine reaktionäre Partei noch eine Revolutionspartei“.<sup>276</sup> Damit wurden Vorstellungen über eine mögliche Re-Ideologisierung, in dem Sinne, dass sich die SPD von der Volkspartei wieder zur Arbeiterpartei formieren sollte, eine klare Absage erteilt. In seinem Rechenschaftsbericht sekundierte Herbert Wehner, Schmidt, indem er betonte, dass die SPD das Vermächtnis Kurt Schumachers bewahren und am Godesberger Grundsatzprogramm festhalten werde. Zunächst richtete er einen Appell an die Opposition, dieses Programm zu lesen, um endlich festzustellen, dass der demokratische Sozialismus nicht identisch mit dem „Realexistierenden Sozialismus“ sei. Unter Rückgriff auf ein Rosa Luxemburg-Zitat bildete Wehner Begriffspaare und grenzte den demokratischen Sozialismus als „breiteste Demokratie“ gegenüber dem Sozialismus Lenins als „Schreckensherrschaft“ ab.<sup>277</sup> Seine Ausführungen endeten mit der Feststellung des wohl grundlegendsten Unterschieds zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus, nämlich der jeweiligen Haltung zu gesellschaftlicher, politischer und individueller Freiheit. Wehner betonte, dass Freiheit *nur* für die Anhänger einer Regierung oder *nur* für die Mitglieder einer Partei keine Freiheit sei. Dieses Bekenntnis zum Pluralismus und gegen eine

---

<sup>275</sup> Vgl. Bange, Oliver: Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966-1969, in: Buchstab, Günter; Gassert, Philipp; Lang, Peter Thaddäus (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 - Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S.455ff.

<sup>276</sup> Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Bonn, 1970, S.25.

<sup>277</sup> Ebenda, S.97

Einparteienherrschaft oder die Herrschaft einer politischen revolutionären Avantgarde verdeutlichten, dass der demokratische Sozialismus mit dem Sozialismus der Kommunisten in Ost und West unvereinbar war.

Zunächst erschien auf dem Parteitag die Abgrenzung eher defensiver Natur zu sein, doch als Willy Brandt sein Referat zu den politischen Richtlinien der SPD für die Siebziger Jahre vortrug, änderte sich dies umgehend. Selbstbewusst betonte er, in dem deutsch-deutschen Annäherungsprozess sei die SPD zwar bereit, zu einem geregelten Nebeneinander zu gelangen, doch bedeute diese Bereitschaft keineswegs, dass sie „[...] in der ideologischen Auseinandersetzung die weiße Fahne[...]“<sup>278</sup> hisse. Dieses Selbstbewusstsein bezog er aus den Leistungen der SPD in der Bundesrepublik sowie der Tatsache, dass die bundesdeutsche Gesellschaftsordnung auf „demokratischem Wege entwickelt und verändert [...]“<sup>279</sup> werden könne. Der SED-Staat hingegen, so Brandt, bliebe den Beweis für die Reformfähigkeit in Richtung größerer sozialer Gerechtigkeit und größerer Freiheit nach wie vor schuldig. Dieser aufgezeigte Gegensatz zwischen den politischen Systemen der Bundesrepublik und der DDR war nicht nur eine Abgrenzung gegenüber dem Realexistierenden Sozialismus, sondern vielmehr trat damit der unerschütterliche Glaube Brandts an die Überlegenheit der politischen Systeme der westlichen Demokratien im Wettlauf der Systeme des Ost-Westkonflikts offen zu Tage. In dieser Systemauseinandersetzung sah er die Sozialdemokratie als „geistig-politische Strömung“, die wie die Vorfälle in der CSSR im Sommer 1968 gezeigt hätten, eine beträchtliche Anziehungskraft auf die osteuropäischen Staaten ausübe. Gerade der in einigen kommunistisch regierten Ländern verstärkte Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“, so Brandt, sei hierfür ein eindeutiger Beleg.<sup>280</sup> Mit ungewohnter Offenheit benutzte er diesen Begriff als ideologische Kampfansage an den Kommunismus:

„Worum wir uns verstärkt bemühen sollten, ist der praktische und vor allem auch der geistige Kontakt, mit dem – sagen wir es ruhig, wie es uns entgegengehalten wird – „Sozialdemokratismus“ in aller Welt. Der neue Parteivorstand wird zu prüfen haben, was wir uns auf diesem Gebiet zutrauen können.“<sup>281</sup>

---

<sup>278</sup> Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Bonn, 1970, S.472

<sup>279</sup> Ebenda.

<sup>280</sup> Ebenda, S.475ff.

<sup>281</sup> Ebenda, S.476, Brandt hatte bereits im November 1968 in einem Spiegelinterview seinen Willen zur direkten oder indirekten „Einwirkung“ auf die Gesellschaften in Zentral- und Osteuropa erklärt, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Bd.6, Dok. 19.

Zwischen den Zeilen wurde der transformatorische Ansatz der neuen Ostpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs offenbar und legte zugleich den Schluss nahe, dass die SPD in der ideologischen Auseinandersetzung nicht nur passiv bleiben würde.<sup>282</sup> Vielmehr sollte die SPD eine praktische und theoretische Zusammenarbeit der Sozialdemokraten in aller Welt gegen den Kommunismus organisieren. Brandts Denken war dem Internationalismus verpflichtet. Der hohe Stellenwert den dieser in seinem politischen Denken einnahm, ist durch seine eigene Biografie zu erklären. Wie wichtig internationale Zusammenarbeit für die Überwindung einer Diktatur war, erfuhr Brandt schon als junger Mann während der NS-Herrschaft im skandinavischen Exil. Dort entstand seine Vorstellung von einer „Sozialdemokratisierung“ Europas.<sup>283</sup> Praktische und theoretische Zusammenarbeit bedeutete zum einen organisatorische und ideologische Abgrenzung und zum anderen aber vor allem den demokratischen Sozialismus als einen selbstbewussten Gegenentwurf, der die Leistungen der Sozialdemokratie aufzeigte, weiter zu entwickeln. Dieses Selbstbewusstsein umriss Brandt für seine Partei etwa ein Jahr später auf einer Wahlkampfveranstaltung. Die SPD, so Brandt, sei zwar nicht unfehlbar, aber „sie hat nie einen Krieg oder eine Diktatur über unser Volk gebracht. Wohl aber hat sie Millionen Benachteiligter zu gleichwertigen Staatsbürgern gemacht.“<sup>284</sup>

Die in Bonn befürchtete und in Ostberlin erhoffte „Palastrevolte“ der Jungsozialisten blieb in der Frage der Zusammenarbeit mit der DKP aus. Horst Ehmke merkte auf dem Parteitag zwar an, dass die Zusammenarbeit einiger Jungsozialisten mit der DKP bei Anti-Vietnamkriegkundgebungen, die SPD innenpolitisch nicht glaubwürdiger mache<sup>285</sup>, aber grundsätzlichen Widerspruch erfuhr diese Aussage nicht. Vielmehr kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, da nach Ansicht der Jusos, der Parteivorstand auf die militärischen Operationen der Amerikaner nur

---

<sup>282</sup> So auch die an Ulbricht gesandte Einschätzung der Westabteilung der SED über den Saarbrücker SPD-Parteitag vom 13.05.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 88.

<sup>283</sup> Vgl. Bernd Rother: Between East and West - Social Democracy as Alternative to Communism and Capitalism: Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International, Vortrag vor der Konferenz „From Helsinki to Gorbachev, 1975-1985 - The Globalization of Bipolar Confrontation, Artimino, 27.-29.4.2006; ferner vgl. Oliver Bange: On the Path to a Social-Democratic Europe - Trans-European aspects of Brandt's Ostpolitik, Vortrag auf der Konferenz „Western Europe from the Golden Age to the Age of Uncertainty, 1965-1975“, Trento, 26.-27.5.2006.

<sup>284</sup> SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 23.09.1971. Brandts Rede auf einer Bremer Wahlkampfveranstaltung.

<sup>285</sup> Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Bonn, 1970, S.100.

mit Bedauern statt mit Protest reagierte.<sup>286</sup> Das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten und die Vermeidung von Aktionseinheiten stellte aber niemand ernsthaft in Frage.<sup>287</sup> In Folge bekräftigte der Parteitag in Antrag 1342 die Geltung des Godesberger Programms von 1959 und erteilte der Rückkehr zu einer Klassenpartei eine Absage.<sup>288</sup>

## *2.6 Neuakzentuierung der DKP-Politik zwischen dem zweiten deutsch-deutschen Treffen und der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im Sommer 1970*

Bereits eine Woche nach dem SPD-Parteitag fand am 21. Mai 1970 das zweite deutsch-deutsche Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Kassel statt. Am Rande dieses Treffens kam es zu einem Aufmarsch von NPD-Anhängern<sup>289</sup>, was die DKP öffentlichkeitswirksam zu nutzen wusste. Dieser Vorgang war Wasser auf den Mühlen kommunistischer Propaganda, da somit die vermeintliche Richtigkeit ihrer Argumente für die Notwendigkeit eine Aktionseinheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern zu schaffen, aus kommunistischer Sicht bestätigt wurde. Der Bundesregierung wurde vorgeworfen, sie habe den Aufmarsch der Rechtsextremen trotz ausreichendem Polizeiaufgebot geduldet und die „beschämenden Vorfälle“ in Kassel seien „Alarmsignal“ und „Mahnmal“ für ein notwendiges Zusammenstehen „aller demokratischen Kräfte“ gegen Rechts.<sup>290</sup> Mit dieser Differenzierung zwischen den politisch Verantwortlichen und dem Appell an die SPD-Mitgliedschaft traten die Spaltungsabsichten der DKP wieder einmal offen zu Tage. Eine Überraschung war dies für die SPD-Führung keineswegs, denn sie hatte bereits im Vorfeld des Kasseler Gesprächs Hinweise aus Führungsgremien der DKP erhalten, die trotz der ablehnenden Haltung der Sozialdemokraten, eine Verstärkung der Aktionseinheitsavancen vor allem auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene andeuteten.<sup>291</sup> Die DKP versprach sich offenbar gerade

---

<sup>286</sup> Ebenda, S.102. Gleichlautend die Beurteilung durch die SED-Westabteilung vom 13.05.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558, 94.

<sup>287</sup> Womit deutlich wurde, dass die Kommunisten auch innerhalb der Jungsozialisten mehrheitlich Ablehnung erfuhren. Die Ursache, so die Argumentation in Ostberlin, seien „die tief verwurzelten antikommunistischen Vorbehalte“, hierzu die Analyse „zu den Schwächen der oppositionellen Kräften“ auf dem Saarbrücker Parteitag vom 13.05.1970. BA, SAPMO, DY 30, 3558.

<sup>288</sup> Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Bonn, 1970, S.1207.

<sup>289</sup> zu den genauen Vorfällen vgl. Baring, Arnulf: Machtwechsel, a. a. O. S.288.

<sup>290</sup> DKP-Pressedienst vom 22.05.1970. AdsD, SPD-PV, Präsidiumsbüro, Büro Herbert Wehner, 2559 II.

<sup>291</sup> Bericht Bärwalds zur Bündnispolitik der DKP vom 26.05.1970. AdsD, SPD-PV, Präsidiumsbüro, Büro Herbert Wehner, 2559. Laut Bärwald hatte Manfred Kapluck in einem von ihm unterzeichne-

dadurch eine zunehmende Unterstützung einer Aktionseinheit von „unten“. Das Treffen in Kassel hatte aber auch für die weitere politische Marschroute der DKP Folgen. Parteiintern wurde nicht nur Kritik an der starren und kompromisslosen Haltung der DDR geübt. Gerade die DFU war düpiert über die herablassende Art der Behandlung, die sie durch die SED-Genossen in Kassel erfahren hatte. Auch in mittleren und unteren Funktionärskreisen der DKP wurde die Meinung vertreten, dass „die ganze Staffage anlässlich des Treffens in Kassel Mumpitz gewesen“ sei, denn die völkerrechtliche Anerkennung der DDR könne nicht der einzige Verhandlungspunkt sein.<sup>292</sup> Ferner entlud sich die Kritik daran, dass die Partei anstelle „Politik zu machen“, wichtige publizistische und personelle Ressourcen für die Vorbereitung des Treffens in Kassel zur Verfügung gestellt hatte. Der ganze Unmut über die generalstabsmäßige Planung und die eilige Entsendung von DKP-Abordnungen nach Kassel, brachte ein DKP-Bezirksfunktionär auf den Punkt: „Wir sind doch keine Jubelperser!“<sup>293</sup>

Die „Denkpause“ nach Kassel legte den Schluss nahe, dass die SED mit den deutsch-deutschen Treffen lediglich den Versuch unternommen hatte, Zeit zu gewinnen. Vordergründig hatte sie ja ihren guten Willen unter Beweis gestellt, und einen Fingerzeig in Richtung Moskau gesetzt. Das vehemente Beharren auf der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik offenbarte die zweifelhafte Ernsthaftigkeit mit der die SED diese Verhandlungen führte, denn die Ostberliner Machthaber waren sich bewusst, dass eine solche Forderung für die Regierung Brandt eine unüberwindbare Hürde darstellte. Dennoch vermeldete die DKP-Führung das Treffen in Kassel als eine gelungene Aktion, bei der die Partei größere öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen und als eine politische Kraft aufgetreten sei, die durch SPD-Führung nicht mehr ignoriert werden könne.<sup>294</sup>

Mit der Erkenntnis, dass in dem deutsch-deutschen Dialog keine Fortschritte zu verzeichnen waren, trat die DKP-Agitation für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR allmählich in den Hintergrund. Dahinter stand unter anderem die

---

ten Rundschreiben sogar den Vorschlag gemacht, dass die DKP- und SPD-Betriebsgruppen gemeinsam Betriebszeitungen herausgeben.

<sup>292</sup> Bericht Bärwalds über die innerparteiliche Stimmung in DKP und DFU nach Kassel vom 02.06.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>293</sup> Ebenda.

<sup>294</sup> Ebenda, i.d.S. auch Bericht Bärwalds über die DKP nach Kassel vom 02.06.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.



Einsicht, dass mit dieser Forderung in der Bundesrepublik keine Wahlen bzw. auch keine Aktionseinheiten zu gewinnen waren. Zudem räumte der DKP-Vorstand auf seiner 6. PV-Tagung am 30./31. Mai 1970 ein, dass man es in der eigenen Mitgliedschaft als auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nicht vermocht hatte, die „Vorteile“ einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR darzustellen.<sup>295</sup> Fraglich war, ob es überhaupt innenpolitisch zu rechtfertigen gewesen wäre, selbst wenn die Sozialdemokraten der Ostberliner Maximalforderung entsprochen hätten. Von SPD-Mitgliedern sowie von sozialdemokratischen Gewerkschaftskollegen in den Betrieben wurden die Kommunisten mit dem Argument konfrontiert, sie dürften von der Regierung Brandt zum jetzigen Zeitpunkt und in dieser schwierigen innenpolitischen Konstellation nicht zuviel erwarten.<sup>296</sup> Bei genauerer Betrachtung war das keine bloße Schutzbehauptung. Die Regierungsmehrheit der Sozialliberalen Koalition war denkbar knapp und es war zweifelhaft, ob der Koalitionspartner FDP, vor allem der Flügel um Erich Mende, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR mitgetragen hätte.<sup>297</sup> Ob die völkerrechtliche Anerkennung der DDR der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu vermitteln gewesen wäre, blieb ebenso fraglich. Zudem musste in Rechnung gestellt werden, dass die Brandt'sche Ostpolitik von den politischen und territorialen Realitäten ausging, die für die bisherige bundesdeutsche Außenpolitik einen Tabubruch darstellte. Dies reichte vom Verzicht der Hallstein-Doktrin, der Abschaffung des „Handschellen-Gesetzes“ bis zu der berühmten Brandtschen Formulierung von den „zwei deutschen Staaten“. Gerade letzteres, nämlich der DDR einen Staatscharakter zu attestieren, stieß im konservativen Lager auf Empörung und in konservativen Presse auf gehässige Etikettierungen („Anerkennungspartei“).

---

<sup>295</sup> Protokoll der 6. PV-Tagung der DKP vom 30./31.05.1970. BA, SAPMO, DY 30, IV A2/10.02/172, so auch die Einschätzung in Ostberlin, hierzu Kurzinformation der Westabteilung über die Auffassungen westdeutscher Gewerkschafter und Sozialdemokraten nach Erfurt und über das weitere politische Auftreten der DKP (Aus einer Unterredung des Genossen Norden mit dem Genossen Bachmann vom 30.03.1970) vom 31.03.1970. BA, SAPMO, DY 30, IV A2/10.02/172.

<sup>296</sup> Kurzinformation der Westabteilung über die Auffassungen westdeutscher Gewerkschafter und Sozialdemokraten nach Erfurt und über das weitere politische Auftreten der DKP (Aus einer Unterredung des Genossen Norden mit dem Genossen Bachmann vom 30.03.1970) vom 31.03.1970. BA, SAPMO, DY 30, IV A2/10.02/172

<sup>297</sup> Abgesehen davon, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ohnehin ablehnten. Brandt selbst hatte diese Ablehnung in seiner Rede zur Lage der Nation angedeutet, wenn er darin betonte, dass die beiden deutschen Staaten nicht „Ausland“ füreinander seien.

Jedenfalls nahm die SED und wohl auch die aus Ostberlin unterrichtete DKP-Führung zur Kenntnis, dass der SPD-Parteivorstand nach dem ergebnislosen Treffen zwischen Brandt und Stoph in Kassel nicht gewillt war, ohne eine vorherige sachliche Klärung in Analogie zu den Gesprächen Bahr-Gromyko weitere deutsch-deutsche Treffen durchzuführen.<sup>298</sup> Auch wenn die völkerrechtliche Anerkennung der DDR eine Forderung der DKP blieb, trat nun für die weitere Agitationsarbeit der Kommunisten die Initiative für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz (ESK) in den Vordergrund.<sup>299</sup> Der Themenkomplex einer europäischen Sicherheitskonferenz war ohnehin besser geeignet, Zustimmung oder auch Unterstützung durch Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu erfahren. Mit bundesweiten Unterschriftenaktionen und allen der DKP zur Verfügung stehenden publizistischen Mitteln („Unsere Zeit“, „Elan“, „Tat“) wurde fortan für diese Kampagne geworben. Allerdings spielte die DKP in dieser Angelegenheit, wie so oft, nicht mit offenen Karten, denn bei den Unterschriftenaktionen wurden bewusst die Namen der DKP- und SDAJ-Genossen verschwiegen. Stattdessen schmückte sich der Initiatorenkreis mit wohlklingenden Namen wie denen der beiden Professoren Fritz Baade und Eugen Kogon.<sup>300</sup> Geradezu euphorisch wurde im DKP-Vorstand registriert, dass einige Sozialdemokraten, Freie Demokraten und Gewerkschaftler, die nicht wussten, wer der eigentliche Drahtzieher dieser Aktion war, den Aufruf unterzeichnet hatten.<sup>301</sup> Dem maßen die Mitglieder des DKP-Vorstands „historische Bedeutung“ zu, denn endlich sahen sie sich dem Ziel einer Aktionseinheit näher gekommen. Bei der Agitation für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz zeichneten sich erneut innerparteiliche Differenzen ab. Der politische Kurs der DKP und vor allem das Verhältnis zu den Sozialdemokraten wurden zum innerparteilichen Zankapfel. Einige der DKP-Genossen

---

<sup>298</sup> So eine Information der Stasi aus dem SPD-Parteivorstand vom 04.09.1970. BStU, MfS, HVA 171, Nr.907/70, S. 317.

<sup>299</sup> Siehe die beschlossenen Agitationsrichtlinien der DKP-PV-Tagung vom 09.09.1970, so der Bericht Bärwalds vom 12.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>300</sup> Am 10 Oktober 1970 sollte der Initiatorenkreis in Frankfurt in die Öffentlichkeit treten und Kogon war für diesen Zweck als Hauptredner eingeplant. Hierzu auch der Briefwechsel zwischen Kogon und Brandt. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 11, S.169.

<sup>301</sup> Für die Parteipresse der DKP und der ihr nahe stehenden Publizistik war dieser Umstand eine Vorlage ohnegleichen. Unter anderem tappten der SPD-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Wilhelm Dröscher, der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Walkhoff sowie der FDP-Bundestagsabgeordnete Matthöfer in diese „Falle“. Allerdings nahmen alle Betroffenen, bis auf Walkhoff, nachdem sie von dem Umstand erfuhren, dass diese Kampagne im Wesentlichen durch die Kommunisten getragen wurde, ihre Unterschriften zurück. Dröscher distanzierte sich umgehend vom Initiatorenkreis in der Pressemitteilung des SPD-Landesvorstandes vom 17.09.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappe 13.

zeigten gegenüber dem Ansinnen des Vorstands nur Unverständnis und Gleichgültigkeit, denn ihrer Ansicht nach war diese Kampagne nichts weiter als eine „romantische Spielerei“. <sup>302</sup> Nach Einschätzung der Kritiker sah sich die DKP vor realpolitische Aufgaben gestellt, wie in Fragen der Lohn- und Mitbestimmungsbewegung, die für die Arbeit der Partei von substantiellerer Bedeutung waren. Aus Sicht der regionalen Parteiuntergliederungen lag es auf der Hand, dass das vom Parteivorstand geforderte verstärkte Engagement für eine europäische Sicherheitskonferenz zu einem Zeitpunkt als erneute Landtagswahlen stattfanden wie bspw. in Nordrhein-Westfalen, den Mitgliedern in den Betrieben kaum plausibel zu erklären war. Vielmehr wurde die Revision der Positionen gegenüber der SPD sowie eine Schärfung des eigenen Profils gegenüber den Sozialdemokraten gefordert, denn die SPD sei nach wie vor „antikommunistisch“. <sup>303</sup> Der Grund für diese Forderungen war wohl nicht nur die Überlegung, dass die DKP im Rahmen der ESK-Kampagne vom Initiator zum bloßen „Anhängsel“ werden könne, sondern die Zunahme des politischen Drucks anderer K-Gruppen auf die Partei. Gerade wegen dem gewerkschaftskonformen Verhalten der DKP-Genossen wurde die DKP des Verrates an den Arbeiterinteressen bezichtigt.

Die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 wurde von einer weiteren DKP-Kampagne begleitet, die die baldige Ratifizierung durch den Bundestag forderte. Nach Einschätzung der DKP-Führung könnte der Vertrag den „Antikommunismus“ in der Bundesrepublik ins Wanken bringen und zu einer verbesserten Gesamtsituation führen in der das politische Hauptziel, die Aktionseinheit zwischen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, erreicht werden könnte. <sup>304</sup> Zumindest war dies die parteioffizielle Hoffnung der DKP-Führung. Allerdings hatte die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages parteiinterne Unsicherheiten der Kommunisten in Bezug auf das Verhältnis zur SPD wiederholt offenbart. Einige Genossen kamen zu einer weitaus treffenderen Einschätzung der poli-

---

<sup>302</sup> Nach Erkenntnissen des Ostbüros kam es im Anschluss an die DKP-PV-Tagung vom 09.09.1970 bei einer Zusammenkunft von Genossen des Landesbezirkes mit Vertretern des Parteivorstandes zum Eklat. Hierzu der Bericht Bärwalds vom 12.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>303</sup> Bericht Bärwalds vom 12.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>304</sup> Bericht Bärwalds zu den ideologischen und agitatorischen Richtlinien der DKP nach dem Moskauer Vertrag vom 30.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938. Siehe dazu auch der Bericht Bärwalds zur Einschätzung des deutsch-sowjetischen Vertrages durch die DKP vom 16.11.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

tischen Ausgangssituation. Da die SPD-Führung keineswegs „ihre konterrevolutionären Praktiken aufgegeben“ habe und nun den Versuch unternehme, den Moskauer Vertrag zu instrumentalisieren, um ihrerseits in das „Sozialistische Lager“ einzudringen und die DDR zu isolieren, stünde die eigentliche Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten erst bevor.<sup>305</sup> An der Aktionseinheitspolitik sollte dies aber nichts ändern und daher wurde, um die ideologische Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten führen zu können, zwischen Mitgliedern und politischer Führung differenziert. Unter Anleitung aus Ostberlin und unter zu Hilfenahme der staatsmonopolistischen Kapitalismustheorie (Stamokap) sollte den SPD-Mitgliedern verdeutlicht werden, dass die SPD-Spitze als fester Bestandteil des imperialistischen Monopolkapitals systemstabilisierend wirke, indem sie die Arbeiterschicht in das System integriere und damit die Entstehung eines Klassenbewusstseins verhindere. Damit unterschied sich SPD-Führung in ihren ostpolitischen Zielen nur graduell von der CDU/CSU, denn sie verfolge nach Ansicht der Kommunisten „alte Ziele mit neuen Mitteln“.<sup>306</sup> Die Ausgangssituation der DKP war denkbar schwierig, denn einerseits betonten die Kommunisten im Zuge der Ratifikationskampagne, dass sie die SPD gegen die oppositionellen Kritiker des Moskauer Vertrages unterstütze, während sie andererseits die Notwendigkeit sich mit der SPD-Führung ideologisch auseinanderzusetzen erkannte, um weder in den Reihen der SPD-Mitgliedschaft noch in den eigenen Reihen, Illusionen über die tatsächliche Zielsetzung der neuen Ostpolitik aufkommen zu lassen. Gerade letzteres war ein Indiz für die Angst vor Übertritten der eigenen Genossen in die SPD, da „gemeinsame Interessen“ dies natürlich auch zur Folge haben könnte.<sup>307</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Im September 1968 trat die DKP die Nachfolge der KPD an. Dabei zeigte sich, dass sie ideologisch keinesfalls eine homogene Partei war. Zweifelsohne war die DKP im klassischen Sinn eine Kaderpartei und straff organisiert, aber die offenen innerparteilichen Probleme glichen denen der KPD. Abgesehen von der geringen gesellschaftlichen Akzeptanz, die

---

<sup>305</sup> Bericht Bärwalds vom 12.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938. Bericht Bärwalds zu den ideologischen und agitatorischen Richtlinien der DKP nach dem Moskauer Vertrag vom 30.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>306</sup> Bericht Bärwalds zu den ideologischen und agitatorischen Richtlinien der DKP nach dem Moskauer Vertrag vom 30.09.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7938.

<sup>307</sup> Bericht Bärwalds über Schwierigkeiten zu den Aktionseinheitsbestrebungen der DKP vom 04.11.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7939.

alle kommunistischen Parteien in der Bundesrepublik erfuhren, ließ sich in beiden Parteien feststellen, dass die Mitgliedschaft längst nicht mehr der Parteiführung, wie in den alten Kampfzeiten oder im antifaschistischen Widerstand, folgsam hinterherlief. Dies trat in der DKP noch deutlicher und in größerem Maße zu Tage als in der KPD. Zur Erosion der sozialen Milieus kam Ende der Sechziger Jahre mit der Entstehung der neuen Linken auch eine politische Fragmentierung hinzu, die mit der Gründung der DKP eine zeitgleiche Abspaltung, nämlich die der KPD/ML zur Folge hatte. Der Protest der 68er Generation eröffnete aus Sicht der DKP die Möglichkeit, Bürgerinitiativen personell und weltanschaulich zu infiltrieren, um sich Wählerpotentiale zu erschließen oder gar Mitglieder zu rekrutieren. Für diesen Zweck wurde ein Netzwerk von zahlreichen Vorfeld- und Hilfsorganisationen aufgebaut, die in einer Vielzahl außerparlamentarischer Aktionen, wie sie in jenen Jahren an der Tagesordnung waren, agierten. Die DKP-Propaganda versuchte das Fehlen einer politischen Massenbasis zu kompensieren, indem sie sich vor allem an die SPD-Mitgliedschaft und die Gewerkschaften wandte und unentwegt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern argumentativ zu stützen suchte. Die Erfolge der NPD während der Großen Koalition, die Notstandsgesetzgebung, der Vietnamkrieg, der NV-Vertrag und die Ratifizierung der Ostverträge waren beliebte Politikfelder, um sich als „progressive“ Alternative zu empfehlen und sich bei der SPD-Mitgliedschaft anzubiedern. Was von der DKP nicht nur gelegentlich, sondern stets verschwiegen wurde, war das Fernziel. Dieses Fernziel war der Umbau des gesellschaftlichen und politischen Systems in marxistisch-leninistischem Sinn nach Vorbild des SED-Staates. Nachdem die 68er-Protestbewegung allmählich abebbte und an Bedeutung verlor, schienen die agitatorischen Möglichkeiten der DKP wieder begrenzt. In Folge schickte sie bei der Bundestagswahl 1969 die ADF ins Rennen, die sich vor allem im „Kampf gegen Rechts“ zu profilieren suchte. Das bündnispolitische Experiment der DKP misslang auf ganzer Linie.

Die DKP trug schwer an der innerparteilichen Fraktionierung, die zwei Flügel hervorbrachte, die sich in ihrer Haltung gegenüber den Sozialdemokraten unvereinbar gegenüberstanden. Ebenso blieben die allmählichen Differenzierungsprozesse innerhalb des internationalen Kommunismus für die westdeutschen Kommunisten nicht folgenlos. Hinzu traten die Erblasten der KPD. Besonders problematisch

blieb die Haltung der eigenen Genossen zur SPD. Die SPD war und blieb für viele Genossen der eigentliche Hauptfeind, den es als Klassenverräter zu entlarven galt. Die ideologischen Divergenzen zeigten sich als schwerwiegendes Handicap um den realpolitischen Erfordernissen, die die DKP-Führung zur Kenntnis nahm, Rechnung zu tragen. Da die SPD innerhalb der Arbeiterschaft der Bundesrepublik die führende politische Kraft blieb, hatte die DKP-Führung längst gefolgert, dass eine langfristige Veränderung der politischen Ordnung der Bundesrepublik nur mit der SPD zu realisieren war. Folglich konterkarierten die parteiinternen Abweichler die Aktionseinheitsbemühungen der Parteiführung. Eine weitere Belastung stellten die Führungsansprüche der alten KPD-Genossen und der SED dar. Entgegen den Bemühungen nicht als Nachfolgeorganisation der KPD und als selbstbestimmte Partei zu erscheinen, wurde spätestens mit den Vorbereitungen für die deutsch-deutschen Begegnungen öffentlich überdeutlich in wessen Dienst die DKP-Spitze eigentlich stand.

Dieser Umstand blieb den Sozialdemokraten nicht verborgen. Die SPD-Führung betonte zunächst in einer Reihe von öffentlichen Stellungnahmen, dass man der DKP außer einer harten politischen Auseinandersetzung nichts zu bieten habe. Die SPD grenzte sich - wie bisher auch - scharf gegenüber den Kommunisten ab. Im Zuge der neuen Ostpolitik glaubten die Kommunisten und auch einige Sozialdemokraten, dass sich nun auch das Verhältnis beider Parteien zueinander verändern werde. Um die organisatorische Integrität der SPD als Partei zu erhalten, beugte die SPD-Führung dem zunächst auf administrativem Weg und mit Appellen an die Mitgliedschaft vor. Vor dem Hintergrund des Treffens in Erfurt und den alarmierenden Meldungen über vereinzelte Kooperationen zwischen Jungsozialisten und der DKP wurden die Überlegungen des SPD-Parteivorstands, eine Abgrenzung bzw. die Auseinandersetzung auch auf ideologischer Ebene zu führen, konkreter. Auf dem anschließenden SPD-Parteitag in Saarbrücken im Mai 1970 manifestierte sich, dass die SPD am Godesberger Grundsatzprogramm festhielt und damit die Absage an die Kommunisten erneuerte. Ebenso lässt sich anhand des Verlaufs des Parteitages konstatieren, dass diese Abgrenzung keinen ernstzunehmenden Widerspruch erfuhr, aber vor allem konnte der aufmerksame Beobachter feststellen, dass die SPD-Spitze keineswegs beabsichtigte, die ideologische Ausei-

nersetzung mit der kommunistischen „Heilslehre“ ausschließlich aus Defensivpositionen zu führen.

Nach dem Kasseler Treffen zwischen Brandt und Stoph Ende Mai 1970 wurden die Agitationsziele der DKP zwar neu formuliert, aber die Aktionseinheit blieb das überragende strategische Ziel. Die kommunistischen Kampagnen propagierten die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz sowie die schnellstmögliche Ratifizierung des Moskauer Vertrages durch den Deutschen Bundestag. Die DKP-Führung geriet erneut in die Zwickmühle als sie die SPD gegen die ablehnende Haltung der CDU/CSU zum Moskauer Vertrag unterstützen musste und sich gleichzeitig mit den Sozialdemokraten ideologisch auseinanderzusetzen hatte. Hierfür war ein ideologischer Kunstgriff von Nöten, der es ermöglichte zwischen SPD-Führung und der SPD-Mitgliedschaft zu differenzieren. Diesem Zweck diene die staatsmonopolistische Kapitalismustheorie, in dem der SPD-Vorstand als Handlanger und integrierende Kraft des Monopolkapitals stigmatisiert wurden.

### **3. Der letzte Anstoß zur Abgrenzungspolitik: Der Ulbricht-Besuch einer Juso-Delegation im Juni 1970**

Parallel zu den bisherigen deutsch-deutschen Begegnungen auf Regierungsebene planten die Jungsozialisten Gespräche mit Jugendorganisationen in der DDR. Ihrem Empfinden nach, waren diese Kontakte praktizierte Ostpolitik im Sinne Brandts. Sie wollten eine Diskussion über die Blöcke hinweg führen. Zu diesem Zweck bestand ein längerer Schriftverkehr des Bundesvorstandes mit der FDJ-Führung. Für das Jahr 1970 plante man ein Zusammentreffen einer Juso-Delegation mit den leitenden FDJ-Funktionären in Ostberlin. Die Einladung des FDJ-Vorstands hatte der Bundesvorstand bereits im Frühjahr 1970 erhalten.<sup>308</sup> Bezeichnenderweise erfolgte die Einladung im Vorfeld des zweiten deutsch-deutschen Treffens zwischen Brandt und Stoph in Kassel. Im Zuge dieser vermeintlichen Annäherung wurden die Bemühungen der SED die Entspannungspolitik Brandts über verstärkte Kontakte zu westdeutschen Organisationen und Interessenverbänden, also unterhalb der staatlichen Ebene zu torpedieren, forciert. In diesem Sinne erfolgte das Gesprächsangebot des FDGB an den DGB wie auch eben

---

<sup>308</sup> Einladungsschreiben von dem 1. Sekretär der FDJ, Günther Jahn, an Karsten Voigt vom 15.03.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 15.

jenes der FDJ an die Jungsozialisten. Zu diesem Zeitpunkt galt die Aufmerksamkeit der SPD-Führung ihre Ostpolitik zu flankieren und die eigenen Reihen dicht geschlossen zu halten. Die Zurückhaltung und das Spiel auf Zeit des DGB-Bundesvorstands gegenüber den Gesprächsangeboten des FDGB sind in diesem Zusammenhang zu sehen.<sup>309</sup> Bei den Jusos hingegen konnte jedoch seit längerem nicht von Zurückhaltung die Rede sein, denn Reiseabordnungen der Jungsozialisten in die DDR waren an der Tagesordnung. Allerdings muss dabei festgehalten werden, dass es sich nicht um offizielle Kontakte zwischen dem SPD-Nachwuchs und der SED handelte, sondern der Kontaktpflege zwischen den Jugendorganisationen beider deutschen Staaten diene. Diese Unterscheidung sollte, um den Besuch bei Ulbricht zu rechtfertigen, in den späteren Argumentationsfiguren der Jusos noch von besonderer Bedeutung werden.

Nach längerem Prozedere wurde der Aufenthalt für den Zeitraum vom 14.-18. Juni 1970 terminlich fixiert. Die Delegierten waren hochrangige Bundesvorstandsmitglieder wie Karsten Voigt, Wolfgang Roth und Wolfgang Kiehne. Nach dem Zusammentreffen mit dem FDJ-Vorstand wurde den Jungsozialisten in ihrem Hotel am 17.06.1970 eine Einladung Ulbrichts, in der er zu einem Gespräch einlud, übermittelt. Zudem versicherte Ulbricht, dass es sich nicht um ein offizielles Treffen handeln würde und man mit absoluter Diskretion rechnen könne. Am 18. Juni wurde die Juso-Delegation bei Ulbricht zu einem Gespräch empfangen, dessen wesentlicher Kernpunkt die Frage der gemeinsamen Zusammenarbeit der SED, SPD, DKP und aller „friedliebenden und demokratischen Kräfte“ gegen die Gefahr von „Rechts“ darstellte.<sup>310</sup> Das Gespräch verlief für die Jungsozialisten enttäuschend. Die ausschweifenden Ausführungen Ulbrichts zur Geschichte der Sozialdemokratie nahmen die Teilnehmer zwar geduldig aber gelangweilt hin.<sup>311</sup> Entgegen der versprochenen Diskretion für die Ulbricht bei den Jusos im Wort stand, titelte bereits einen Tag später die „Welt“ über den Besuch der Delegation in Ostberlin.<sup>312</sup> Wie viel Bedeutung dem Wort Ulbrichts beigemessen werden musste,

---

<sup>309</sup> Dazu näher das Kapitel IV, 2.

<sup>310</sup> So Walter Ulbricht in einem Interview mit der „Jungen Welt“ (o.D.). AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 58.

<sup>311</sup> Notizen Wolfgang Roth über das Gespräch zwischen Walter Ulbricht, Gerald Götting, Heinz Geckel, Siegfried Lorenz, Gunter Jahn, Erich Rau und der Juso-Delegation vom 18.06.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 1.

<sup>312</sup> Die „Welt“ vom 19.06.1970.



wurde damit für alle Beteiligten ersichtlich.<sup>313</sup> Über welche Kanäle die Information in die Hände der westdeutschen Presse gelangte ist ungeklärt, aber im Ergebnis auch irrelevant, denn einerseits bekamen die bundesdeutschen Gegner der Neuen Ostpolitik neue Munition an die Hand und andererseits kam es zu einer weiterer innerparteiliche Polarisierung zwischen dem SPD-Parteivorstand und den Jungsozialisten. Sicherlich passte dies zu den politischen Winkelzügen des altgedienten DDR-Staatsratsvorsitzenden. Ulbricht hatte es vermocht mit seinem wohl letzten Coup vor Abschluss der Moskauer Verhandlungen, die SPD-Führung in Bedrängnis zu bringen. In der Bonner Parteizentrale distanzierte man sich umgehend von dem Verhalten der Jusos und bezeichnete es als „Vertrauensbruch“, dass die Jungsozialisten entgegen der Absprache mit dem Präsidium die Einladung angenommen hatte.<sup>314</sup> Willy Brandt war sogar so erbost, dass er die Jusos wissen ließ, dass er vorläufig, d.h. bevor diese Angelegenheit nicht geklärt sei, dem für Dezember 1970 geplanten Bundeskongress der Jungsozialisten fernbleiben werde.<sup>315</sup> Dementsprechend eisig empfingen die Bonner Genossen die inzwischen zurückkehrten Jungsozialisten. Als Karsten Voigt, nach dem Besuch bei Ulbricht in der SPD-Parteizentrale in Bonn eintraf, empfing ihn der hemdsärmelige Bundesgeschäftsführer mit den Worten:

„Du warst ein ordentlicher Sozialdemokrat und hättest bei uns noch etwas werden können, doch schade, dass Du nun nicht länger bei uns bleiben kannst!“<sup>316</sup>

Wischnewski gehörte zu denen, die nach diesem Vorfall am liebsten die verantwortlichen Jungsozialisten ihren Funktionen und Ämtern in der Partei enthoben hätte. Doch die politischen Realitäten sahen anders aus, denn zum einen genoss Voigt innerhalb der Jusos große Sympathien und zum anderen hätte ein vom Parteivorstand erzwungene Rücktritt des damaligen Bundesvorstandsvorsitzenden die in Ostberlin erhoffte „Palastrevolte“ ausgelöst. Die SPD-Führung erkannte, dass dies mit dieser Indiskretion eben genau das bezweckt werden sollte. Nur so ist zu

---

<sup>313</sup> Wobei noch Tage später die Zweifel an Karsten Voigt nagten, denn beinahe ungläubig vermerkte er handschriftlich: „Welt“ ist (aus Ostberlin?) informiert über Besuch, Berliner Korrespondent“. AdsD, Depositum Karsten Voigt, handschriftliche Notizen.

<sup>314</sup> Pressemitteilungen und Informationen, Communiqué der Präsidiumssitzung vom 25.06.1970. AdsD, SPD-PV, Präsidiumsbüro, 2117.

<sup>315</sup> Dies wurde den Genossen Voigt, Kiehne, Eichel, Roth und Gansel durch Wischnewski in einer Unterredung vom 27.10.1970 mitgeteilt, so das durch Kiehne angefertigte Kurzprotokoll vom 05.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13.

<sup>316</sup> So Karsten Voigt über seinen ersten Tag in der Baracke nach der Rückkehr aus Ostberlin. Interview des Autors vom 16.01.2006.

erklären, dass für alle beteiligten Jungsozialisten dieses Hinwegsetzen über Weisungen des Präsidiums folgenlos blieb. Von der Nachhaltigkeit der Verärgerung seitens der Parteivorstandsmitglieder über diesen Alleingang, konnte sich Norbert Gansel auf der Parteiratssitzung im November 1970 selbst überzeugen, denn Helmut Schmidt deutete an, dass man im Wiederholungsfalle nicht mehr beide Augen zudrücken werde.<sup>317</sup> Trotz dem Hohn und Spott der eigenen Genossen, die sich über das „Kaffeekränzchen bei Lotte Ulbricht“<sup>318</sup> lustig machten und dem Protest der vorstandsloyalen Parteijugend, zeigte sich Juso-Delegation kaum schuld bewusst. Nach ihrer Auffassung stellte sich die Sachlage anders dar.

Der Verlauf des Ulbricht-Besuchs wurde durch Roths und Voigts gemeinsam abgegebenen schriftlichen Erklärung wie folgt beschrieben: Zunächst informierten die Jusos den Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski telefonisch über die erfolgte Einladung und baten um eine Entscheidung. Wischnewski habe jedoch keine ad-hoc Entscheidung fällen können und daher sei die Zusage durch die Jungsozialisten erfolgt.<sup>319</sup> Als „Vertreter einer neuen Entspannungspolitik“ sah die Mehrheit der Jusos keinen Grund dieser Einladung nicht nachzukommen.<sup>320</sup> Darüber hinaus sei die Einladung auf Staatsratsebene und nicht auf Parteiebene erfolgt.<sup>321</sup> Diese etwas spitzfindige Unterscheidung verfolgte den Zweck, sich gegen Vorwürfe seitens des Parteivorstands zu Wehr zu setzen, denn damit wurde eine ähnliche Situation konstruiert wie die bilateralen, deutsch-deutschen Treffen durch die leitenden Staatsorgane. Sicherlich hatte Ulbricht als Staatsratsvorsitzender im staatsrechtlichen Sinn die Qualität eines Staatsorganes aber eben auch die des ersten Mannes der SED. Insofern ist dies noch unproblematisch, denn mit dem Bundeskanzler Willy Brandt, der, zugleich den Vorsitz der SPD inne hatte, stellte sich die Lage nicht anders dar. Dennoch waren Roth, Kiehne, Voigt, und Fromann eine Delegation der SPD, nämlich der Jungsozialisten und nicht Mitglied eines Staatsorganes der Bundesrepublik. Daher mussten sich die genannten über die Außenwirkung, den dieser Besuch erzeugen würde im Klaren sein. Gerade Parteikontakte zu den Kommunisten waren durch den SPD-Vorstand nicht inten-

---

<sup>317</sup> Protokoll des SPD-Parteirates vom 14.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteirates.

<sup>318</sup> Juso-Aktuell, Jahrgang 2, Nr.2 vom Juli 1970 des OV Ostend.

<sup>319</sup> Eine Entscheidung konnte der Bundesgeschäftsführer auch keineswegs ohne vorherige Konsultation des Parteivorstands treffen. Das war den Jungsozialisten auch sicherlich bewusst.

<sup>320</sup> Interview des Autors mit Karsten Voigt am 16.01.2006.

<sup>321</sup> Ebenda.

diert.<sup>322</sup> Die Gründe hierfür waren zum einen die innenpolitische Situation, in der sich die SPD befand und zum anderen galt es, wie es wohl Wehner ausgedrückt hätte, „den eigenen Laden sauber zu halten“, da die Infiltrationsgefahren solcher Kontakte unübersehbar waren. Folglich überzeugte das Argument, dass die Einladung auf Staatsratsebene erfolgt sei nicht wirklich, sondern hinterließ vielmehr einen schalen Beigeschmack.

Die Darstellung Wischnewskis zeigte ohnehin einen anderen Verlauf auf. Demnach informierte Wolfgang Roth Wischnewski telefonisch über die Einladung und teilte ihm mit, dass die Jusos zugesagt hätten. Darauf hin, habe er erst seinem Ärger Ausdruck verliehen und umgehend Willy Brandt von den Absichten der Jusos in Kenntnis gesetzt.<sup>323</sup> Der SPD-Parteivorstand lehnte den Besuch der Jungsozialisten bei Ulbricht ab und nachdem Wischnewski vergeblich versucht hatte dies Voigt und den anderen telefonisch mitzuteilen<sup>324</sup>, wurde Klaus Flegel, der Leiter der erst Ende der Sechziger Jahre ins Leben gerufenen Abteilung Jugend beim SPD-Parteivorstand, mit dem Auftrag die Jusos von ihrem Vorhaben abzubringen, nach Berlin entsandt. Flegel suchte die Jusos in ihren Unterkünften auf und bekniete sie von dem Besuch Abstand zu nehmen, da Indiskretionen zum jetzigen Zeitpunkt alles andere als hilfreich seien, zumal der Moskauer Vertrag noch nicht unterzeichnet sei und innerhalb der Koalition die Gefahr bestünde, dass nach Kenntnis dieses Besuches der eine oder andere FDP-Abgeordnete den weiteren ostpolitischen Kurs nicht mehr mittragen wird.<sup>325</sup> Vor dem Hintergrund, dass Walter Scheel am 17. Juni 1970 in einem Fernsehinterview betont hatte, ein Gewaltverzichtsvertrag erst dann in Kraft treten könne nachdem man eine befriedigende Regelung des „Berlin-Problems“ erreicht hätte und dem Umstand, dass am 22. Juni 1970 der Bundesparteitag der FDP anstand, schien dies plausibel. Mit der Opposition im Nacken war es in diesen schwierigen Verhandlungen ein Erfordernis als geschlossene Regierungskoalition aufzutreten. Aber auch in der Auseinanderset-

---

<sup>322</sup> Im Übrigen wollten die Kommunisten solche Kontakte ebenso wenig, denn eine der Alptraumszenarien Ulbrichts stellte das Eindringen des „Sozialdemokratismus“ in den leitenden Kader- und Funktionärskörper der SED dar.

<sup>323</sup> Aktennotiz Dr. Dieter Posser vom 06.07.1970. AdsD, SPD-PV, Präsidiumsbüro, 2119.

<sup>324</sup> Nach der Schilderung Wischnewskis konnte keine Leitung bzw. Verbindung nach Ostberlin in das Hotel der Jusos hergestellt werden. Es gehört zu den „offenen“ Geheimnissen, dass jegliche Telefonleitungen von Westdeutschland nach Ostberlin von der DDR-Staatssicherheit abgehört wurden und vermutlich war sie verantwortlich für diese „technische Störung“.

<sup>325</sup> Interview des Autors mit Karsten Voigt am 16.01.2006.

zung mit der CDU/CSU bestanden prekäre innenpolitische „Einfallstore“, die es geschlossen zu halten galt.<sup>326</sup> Die SPD-Spitze hatte längst erkannt, dass die Opposition auf dem Feld der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung Absichten unterstellte, dies es einerseits ermöglichten dem in der Bevölkerung herrschenden Bedürfnis nach politischer Entspannung gegenüber den Warschauer Paktstaaten zumindest verbal genüge zu tun und andererseits eine Abwehrhaltung gegen die Ostpolitik der Sozialliberalen Koalition aufzubauen.<sup>327</sup> Die Analyse der Oppositionspolitik durch die Sozialdemokraten folgte treffsicher, dass die CDU/CSU in den nächsten Jahren versuchen werde Ostpolitik und Gesellschaftspolitik zu vermengen.

Aus den Schilderungen Wischnewski lässt sich schließen, dass die Jungsozialisten – wohl wissend durch die Parteiführung nur eine Ablehnung zu erfahren – gar keine Entscheidung durch das Präsidium oder den Parteivorstand herbeiführen wollten. Was letztlich die Motivation für den Ulbricht-Besuch darstellte, ist unklar. Mancher mutmaßte, dass es um persönliche Meriten ging<sup>328</sup>. Persönlichen Eifer kann wohl einem motivierten Nachwuchs-Politiker nicht zum Vorwurf gemacht werden, dass er Weisungen des Präsidiums missachtet und die Haltung des Vorstands ignoriert hingegen schon. Auch wenn der Besuch bei Ulbricht für die Betroffenen Bundesvorstandsmitglieder keine persönlichen Konsequenzen aufwies, blieb dieses Ereignis jedoch nicht folgenlos für die Partei – zumindest langfristig. Neben der weiteren Belastung, die das Verhältnis des SPD-Parteivorstands zu den Jungsozialisten erfuhr, deutete sich eine verstärkte Abgrenzung der Partei gegenüber dem Kommunismus, entgegen der Anfang des Jahres gegebenen Empfehlung Eichengrüns<sup>329</sup>, vor allem auch auf administrativem Wege an. Es führte letztlich dazu, dass das SPD-Präsidium in Belangen der deutsch-deutschen Kontakte den regionalen Parteiuntergliederungen das Zepter aus der Hand nahm.<sup>330</sup> Die vom Parteivorstand erlassenen Richtlinien für Ostkontakte wurden neu gefasst und ab Frühjahr

---

<sup>326</sup> Dazu noch eingehender im Kapitel IV, 1.

<sup>327</sup> Lagebeurteilung zur CDU/CSU vor dem Saarbrücker Parteitag am 06.05.1970. AdsD, NL H.-J. Wischnewski, Unterlagen von Klaus Bloemer, Box 796.

<sup>328</sup> Juso-Aktuell, Jahrgang 2, Nr.2 vom Juli 1970 des OV Ostend.

<sup>329</sup> Eichengrün gab darin zu bedenken das administrative Lösungen, dass ohnehin schon belastete Verhältnis zwischen Parteivorstand und den Jungsozialisten unnötig erschwere. Die mögliche Folge solchen Handelns des Parteivorstands, so Eichengrün, wäre mit aller Wahrscheinlichkeit ein „Anti-PV-Effekt“.

<sup>330</sup> Wischnewski stellte klar, dass das Präsidium beschlossen hatte, ab sofort über alle Fragen der Kontakte zur SED oder FDJ selbst zu entscheiden habe, so das Rundschreiben an alle Unterbezirke der SPD vom 26.11.1970. AdsD, Depositum Hansjochen Vogel, 1/HJVA 400047.

1971 mussten jegliche Reisen von SPD-Abordnungen in Staaten des Warschauer Paktes sowie Kontakte zu Parteien, deren Organisationen oder Institutionen außerhalb der Bundesrepublik, die nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale waren, durch den zuständigen Bezirksvorstand oder dem Parteivorstand gestatten werden.<sup>331</sup> Als auf der gemeinsamen Sitzung des SPD-Parteirats und des Parteivorstands vom November 1970 der Antiaktionseinheitsbeschluss und das so genannte Löwenthal-Papier verabschiedet wurde, ließ Helmut Schmidt keinen Zweifel daran, dass der Ulbricht-Besuch der Jusos einer der Punkte war, der schließlich zu diesem Beschluss geführt habe.<sup>332</sup> Dieses Ereignis im Juni 1970 war nicht Ursache für den späteren Beschluss, aber zumindest nach den Meldungen aus dem Ostbüro und den Staatsschutzbehörden über vereinzelte Zusammenarbeit der Jusos mit westdeutschen Kommunisten ein weiterer Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es ist daher sicherlich kein Zufall, dass das so genannte Löwenthal-Papier in dem Zeitraum zwischen dem Ulbricht-Besuch und der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 durch Willy Brandt im engeren Führungskreis der SPD angeregt wurde.

#### **4. Das Löwenthal-Papier und der „Anti-Aktionseinheitsbeschluss“ - von der Abgrenzung zur Parteidoktrin**

##### **4.1 *Die Vorbereitungen der SPD-Führung für eine Beschlussvorlage im Schatten der Moskauer Verhandlungen***

Wie bereits aufgezeigt, resultierten die Überlegungen der SPD-Spitze, sich ideologisch und organisatorisch vom Kommunismus in aller Öffentlichkeit abzugrenzen, aus mehreren, sich überlappenden Sachverhalten. Motive für diese Abgrenzung lieferten die Radikalisierungstendenzen innerhalb der 68er Generation, der im Dezember 1969 vollzogene Linksrutsch der Jungsozialisten und die Neugründung der DKP, die ihrerseits im Zuge der Neuen Ostpolitik den Versuch unternahm, die

---

<sup>331</sup> Durch den Parteivorstand einstimmig angenommene Vorlage (Betr. Kontakte von Organisationsgliederungen) zur Parteivorstandssitzung am 29.03.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, Parteivorstand, 5742.

<sup>332</sup> Helmut Schmidts Ausführungen vor dem Parteirat am 14.-15.11.1970. AdsD, SPD-PV, Protokolle der Parteivorstands- und Parteiratssitzungen.

SPD als „Blutspender“ zu nutzen. Parallel dazu zeigte sich mit der Verstärkung der SED-Infiltrationsarbeit, dass der ideologischen und organisatorischen Abgrenzung eine besondere Bedeutung in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung zukam. Ferner verdeutlichte das Werben der Kommunisten um die Gunst der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in den europäischen Nachbarstaaten, dass es sich bei der Aktionseinheitsstrategie der Kommunisten nicht nur um ein Problem der bundesdeutschen Sozialdemokratie handelte, sondern um eine staatsübergreifende Strategie im Ost-West-Konflikt. In der internationalen Auseinandersetzung hatte die Sozialistische Internationale bereits im Sommer 1969 auf ihrer Tagung in Eastbourne darauf reagiert und eine Resolution verabschiedet, die den demokratischen Sozialismus vom Kommunismus abgrenzte.<sup>333</sup> Aber warum beauftragte die SPD-Führung Richard Löwenthal mit der Erarbeitung eines äquivalenten Grundsatzpapiers<sup>334</sup> für die bundesdeutsche Sozialdemokratie? Offenbar sollte dieses Dokument eben nicht nur als innerparteiliche Richtschnur wirken. Es erschien plausibel, dass der Parteivorstand zunächst nicht selbst als Autor auftritt, da das Verhältnis zwischen Parteijugend und Parteivorstand somit keine weitere Belastung erfuhr. Darüber hinaus konnte ein Entwurf, der nicht der SPD-Spitze zuzurechnen war, als „Testballon“ dienen, um die innerparteiliche „Großwetterlage“ und mögliche Kritikpunkte aufzuzeigen. Entsprechendes galt für die internationalen Pressestimmen und Reaktionen in West- und in Osteuropa.

Aus der Autorenschaft Richard Löwenthals ergaben sich gleich mehrere Vorteile. Zum einen handelte es sich bei seiner Person um einen Sozialdemokraten, der keinerlei Ämter und Funktionen in der Partei einnahm. So entging man eventuellen Vorwürfen, er wolle damit nur seine parteipolitische Karriere forcieren oder politische Gegner ins Abseits stellen. Zum anderen besaß Löwenthal durch seine langjährige akademische Karriere in der bundesdeutschen wie auch in der internationalen Forschung eine ausgezeichnete Reputation als Kenner der kommunistisch regierten Staaten Osteuropas, insbesondere der Macht- und Herrschaftsverhältnisse der Sowjetunion. Ebenso führte die internationale Anerkennung der Forschungsarbeiten Löwenthals durch seine Vortragsreihen und Lehraufträge zur sowjetischen Außenpolitik an renommierten amerikanischen Hochschulen wie Princeton zu engen Kontakten mit den Think-Tanks der amerikanischen

---

<sup>333</sup> AdsD, NL Richard Löwenthal, SI.

<sup>334</sup> Der Autor verzichtet im Folgenden auf eine genaue inhaltliche Wiedergabe des Beschlusstextes. Der interessierte Leser kann den Wortlaut dem Anhang entnehmen.

Außenpolitik und ließ ihn im State Departement sowie im Pentagon zum gern gesehenen Gastredner avancieren.<sup>335</sup> Darüber hinaus empfahl sich Löwenthal auch aufgrund seiner Biografie<sup>336</sup> als Autor, da er bereits ab 1928 der Reichsleitung der Kommunistischen Studentenfraktion angehört hatte und von 1929 bis 1931 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands gewesen war. Damit besaß er besondere Kenntnisse der Theorie des Marxismus-Leninismus sowie der Strukturen, Methoden und Ziele kommunistischer Parteien. Als Autor eines derartigen Dokumentes eignete sich wohl niemand besser als ein ehemaliger Kommunist. Ferner fiel die Wahl der SPD-Führung auf Löwenthal, weil er zumindest bis Anfang der 80er Jahre ein freundschaftliches Verhältnis zu Willy Brandt pflegte, der seinen Freund „Rix“ während seiner Kanzlerschaft zum politischen Berater im Kanzleramt ernannte.<sup>337</sup>

#### 4.2 *Die Beauftragung Richard Löwenthals im Sommer 1970*

Der genaue Zeitpunkt, an dem Löwenthal mit der Erarbeitung des Papiers durch das SPD-Präsidium beauftragt wurde, ist bislang ungeklärt.<sup>338</sup> Vermutlich sollte der Anschein erweckt werden, dass Löwenthal dieses Dokument aus eigenem Antrieb angefertigt hatte. Aufgrund seines Engagements als Mitbegründer des „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFdW) gegen linksextremistische Strömungen an den Hochschulen sowie seiner Tätigkeit im „Kuratorium unteilbares Deutschland“

---

<sup>335</sup> Dies lässt sich den zahlreichen Einladungen und Dankschreiben an Löwenthal sowie den Vortrags- und Redeentwürfen entnehmen. AdsD, NL Richard Löwenthal. Die Stasi mutmaßte, dass er für die CIA arbeiten würde. Allerdings scheint es möglich, dass Löwenthal in seiner Funktion als Korrespondent des „Observer“ während des Krieges nachrichtendienstliche Kontakte hatte. Als Analytiker der Politik des Kremls war er sicherlich auch während des Ost-West-Konflikts für die Nachrichtendienste ein interessanter Ansprechpartner.

<sup>336</sup> Erstaunlich erscheint, dass - trotz der neuerdings gestiegenen Beliebtheit von biografischen Arbeiten innerhalb der Historikergemeinde - bislang keine Gesamt-Biografie zur Person Löwenthals existiert. Lediglich die an der Humboldt-Universität entstandene Dissertation von Andrea Pietzsch „Richard Löwenthal als konzeptiver sozialdemokratischer Ideologe“ nähert sich den Tätigkeiten und Verdiensten Löwenthals während seiner 46-jährigen SPD-Mitgliedschaft für die bundesdeutsche Sozialdemokratie. Die frühen Jahre Löwenthals sind mittlerweile erforscht durch die Dissertation von Oliver Schmidt. Vgl. Schmidt Oliver: *Meine Heimat ist - die deutsche Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M. [u.a.] 2007. Ferner existieren die von Heinrich August Winkler herausgegebene Festschrift in Form einer Aufsatzsammlung „Richard Löwenthal - Weltpolitische Betrachtungen“ (Göttingen, 1983) sowie die Gedenkschrift von Gesine Schwan „Wissenschaft und Politik in öffentlicher Verantwortung - Problemdiagnosen in einer Zeit des Umbruchs“, Baden-Baden 1995.

<sup>337</sup> Siehe Beraterverträge mit dem Bundeskanzleramt. AdsD, NL Richard Löwenthal.

<sup>338</sup> Dies hängt sicherlich mit der durch den Parteivorstand geplanten Verfahrensweise zusammen, denn in den Parteivorstandsakten wurde ein derartiger Vorgang nicht aktenkundig gemacht.

(KUD) war dies auf den ersten Blick nicht abwegig. Da es in regelmäßigen Abständen zu Treffen zwischen Brandt und Löwenthal kam, wurde der Auftrag mit großer Wahrscheinlichkeit mündlich erteilt. Während des Aufenthalts Brandts im Rahmen der Viermächteverhandlungen Anfang Juli 1970 in Westberlin könnte ein solches Treffen erfolgt sein.<sup>339</sup> Fest steht lediglich der etwaige Zeitraum, in dem die SPD-Führung Löwenthal beauftragte:<sup>340</sup> Es sind jene acht Wochen zwischen der Rückkehr der Jungsozialisten aus Ostberlin und dem Abschluss der Moskauer Verhandlungen am 12. August 1970, da eine erste Fassung des Papiers bereits wenige Tage nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vorlag.<sup>341</sup>

Im oben genannten Zeitraum bzw. noch vor der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages müssen die Überlegungen der SPD-Spitze konkrete Gestalt angenommen haben, denn bereits einen Tag nach der Fernsehrede des Bundeskanzlers in Moskau erinnerte Helmut Schmidt den Parteivorsitzenden an die Notwendigkeit einer baldigen Stellungnahme des SPD-Vorstands zum Verhältnis Sozialdemokratie und Kommunismus.<sup>342</sup>

#### 4.3 *Das Löwenthal-Papier als „interne“ Arbeitsgrundlage*

Zunächst erfuhr das Löwenthal-Papier eine interne Behandlung und wurde im engeren Kreis der Parteiführung diskutiert.<sup>343</sup> Die Koordination fand zwischen der Bonner Parteizentrale und dem norwegischen Hamar statt, in dem Willy Brandt sowie Herbert Wehner ihren Sommerurlaub verbrachten. Uwe Janssen, ein Mitarbeiter des Parteivorstandes, reiste mit dem Löwenthal'schen Entwurf nach Norwegen, um mit Brandt den Text und die darin enthaltenen wesentlichen Intentionen zu besprechen. In der argumentativen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sollte der Entwurf nach der Ansicht Löwenthals keine kategorische Ver-

---

<sup>339</sup> Willy Brandt war offiziell nicht an den Verhandlungen beteiligt, aber er hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Westberlin auf.

<sup>340</sup> Nach Arnulf Baring beschloss das Präsidium noch vor Brandts Abreise nach Moskau, Löwenthal um die Vorformulierung eines Abgrenzungsbeschlusses zu bitten. Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S. 357. Leider führt Baring darüber keinen Quellennachweis. Eine genauere Datierung ist nicht möglich, da ein solcher Beschluss des Präsidiums nicht aktenkundig ist.

<sup>341</sup> Löwenthal hatte den Entwurf vom 15.08.1970 von seinem Ferienort in der italienischen Schweiz aus nach Bonn gesandt.

<sup>342</sup> Handschriftliches Schreiben Helmut Schmidts an Willy Brandt vom 13.08.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, 18, S. 18 (oder Berliner Brandt Ausgabe, Bd. 6).

<sup>343</sup> Dazu zählten Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau und Hansjürgen Wischniewski.



dammung betreiben, sondern die Differenzierungen innerhalb des sozialistischen Staatensystems und die grundsätzliche Möglichkeit einer demokratischen Wandlung anerkennen. Brandt teilte diese grundsätzlichen Intentionen und wollte umgehend gemeinsam mit Wehner das Dokument eingehender prüfen.<sup>344</sup> Ob es zwischen den beiden in punkto Löwenthal-Papier zu einer ersten Absprache kam, ist unklar, aber sehr wahrscheinlich. Gegenüber Janssen merkte Brandt an, dass er am 4. September im Erich-Ollenhauer-Haus sei und sich dort ebenfalls Helmut Schmidt, Alfred Nau, Egon Franke und Hansjürgen Wischnewski einfinden sollten, um den Textversand an die Parteivorstandsmitglieder vorzubereiten. Nach Brandts Wunsch sollte dies per Eilboten geschehen, damit bereits auf der nächsten Parteivorstandssitzung am 14. September Änderungswünsche unterbreitet werden konnten.<sup>345</sup>

Aus der Dringlichkeit von Janssens Reise nach Norwegen lassen sich mehrere Schlüsse ziehen: Erstens hatte man es in der Baracke anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages offensichtlich besonders eilig, einen Abgrenzungsbeschluss auf den Weg zu bringen.<sup>346</sup> Zweitens spiegelte sich darin die Priorität dieses Vorhabens für die SPD-Führung, denn dieser Themenkomplex war kein Tagesordnungspunkt wie jeder anderer. Drittens bestanden keine Zweifel mehr, dass auf der Grundlage des Löwenthal-Papiers ein Beschluss des Parteivorstandes erfolgen würde, da man schon Überlegungen für eventuelle redaktionelle Änderungen sowie für die taktische Umsetzung des Papiers anstellte, bevor der Beschluss überhaupt erfolgt war.

Willy Brandts Anregung, das Dokument „Sozialdemokratie und Kommunismus“ im Rahmen der politischen Bildung möglichst umfassend in der Partei zu verbreiten, wurde durch Alfred Nau aufgegriffen und in die Tat umgesetzt. Mit dem Leiter der Abteilung politische Bildung, Günter Grunwald, und dem Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung, Horst Heidermann, kam Nau darin überein, die Thesen Löwenthals ergänzend in das Bildungsprogramm '71 einfließen zu lassen.<sup>347</sup> Um die SPD-

---

<sup>344</sup> Vermerk Wolfgang Jansen an Alfred Nau, Klaus Flegel und Hansjürgen Wischnewski vom 24.08.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

<sup>345</sup> Vermerk Wolfgang Jansen an Alfred Nau, Klaus Flegel und Hansjürgen Wischnewski vom 24.08.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

<sup>346</sup> Die Gründe für diese besondere Eile: Siehe dazu näher das Kapitel IV, 1.

<sup>347</sup> Anmerkungen Alfred Naus zum Löwenthal-Papier vom 20.08.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

Mitgliedschaft mit den Inhalten und den Intentionen vertraut zu machen, bedurfte es einer verstärkten parteiinternen Bildungsarbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) als parteieigenes Theorieinstitut leistete mit ihren bundesweiten Bildungs- und Schulungseinrichtungen (den so genannten Heimvolksschulen) für die spätere Implementation des Beschlusses vom 14. November 1970 einen bedeutenden Beitrag. Die Seminarplanung der FES sah ohnehin vor, der bundesdeutschen Friedenspolitik im Bildungsprogramm 1971 größere Aufmerksamkeit zu widmen, was sich in der Zahl wie auch in der Häufigkeit der angebotenen Seminarthemen widerspiegelte. Der Themenkomplex der Friedens- und Entspannungspolitik untergliederte sich in zwei große Abschnitte, nämlich erstens die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und zweitens die Gegenüberstellung der Bundesrepublik und der DDR zu Beginn der 70er Jahre. Unter diesen Überbegriffen firmierten Seminarthemen wie „Geregeltes Nebeneinander in Deutschland - die Beziehungen beider deutscher Staaten“, „Zusammenarbeit mit dem Westen - Aussöhnung mit dem Osten - Hauptaufgaben deutscher Friedenspolitik“ oder „Ideologie und Herrschaftsstruktur in der DDR - Grundwerte und Verfassungssystem in der BRD“, die sich geradezu anboten, Löwenthals Thesen inhaltlich zu übernehmen bzw. in die parteiinternen Schulungen einfließen zu lassen. Dies galt auch für die geplanten Alternativthemen wie „Probleme einer europäischen Sicherheitskonferenz“, „Die Krise in der CSSR - Ursachen und Wirkungen“ oder die „Integration der beiden Teile Deutschlands in Paktsysteme“.<sup>348</sup> Folglich bereitete die thematische Behandlung im Schulungsapparat der SPD keine Probleme. Mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gelang es der SPD-Führung, ein (neben dem Godesberger Programm) zweites Grundsatzdokument zur ideologischen Abgrenzung vom Kommunismus in die parteiinterne Bildungsarbeit einzuführen, und sie stellte somit sicher, dass die Umsetzung dieser Abgrenzung unmittelbar nach dem Beschluss durch theoretische Schulungen ihren Eingang in die Organisation fand.

#### *4.4 Der geeignete Zeitpunkt für einen Abgrenzungsbeschluss der SPD*

---

<sup>348</sup> Diskussionsgrundlage zur Seminarplanung 1971 der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 02.07.1970. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 4146

Nachdem Löwenthal durch Brandt darüber informiert worden war, dass Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau und Hansjürgen Wischnewski mit den grundsätzlichen Intentionen des Dokumentes einverstanden waren, galt es, das weitere Prozedere zu koordinieren. Noch zauderte die Parteiführung, einen Beschluss zu fassen, da es im Parteivorstandes gewisse Bedenken in Bezug auf den Zeitpunkt eines Abgrenzungsbeschlusses gab. Allen Beteiligten war bewusst, dass der Moskauer Vertrag erst den Beginn eines langen, beschwerlichen Weges darstellte.<sup>349</sup> Offenbar befürchtete die SPD-Spitze, dass sich die komplizierten Verhandlungen in Warschau festlaufen oder von der polnischen Seite sogar ausgesetzt werden könnten. Die Furcht galt nicht den möglichen verbalen Attacken Gomulkas, sondern, mit einem derartigen Beschluss den Hardlinern in Warschau einen Vorwand zu liefern, die Verhandlungen wegen des offenen „Antikommunismus“ der SPD-Führung abubrechen. Ein weiterer Grund für die Verzögerung einer Beschlussfassung stellte sicher auch die „Denkpause“ der SED nach den Treffen in Erfurt und Kassel dar. Ob es zu weiteren deutsch-deutschen Gesprächen, wie sie Ulbricht vorzog, kommen würde oder ob sich die Gruppe Honecker im Politbüro mit ihrer Blockadehaltung durchsetzen würde, blieb aus Sicht der SPD abzuwarten. Bevor die DDR ihrerseits erste Signale sendete, ob und wie die deutsch-deutschen Verhandlungen weiterzuführen waren, hätte der SPD-Abgrenzungsbeschluss nur ein weiteres „Aussitzen“ der SED provozieren können. Für die weitere Behandlung der Beschlussvorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ gab es daher nach Ansicht Brandts zwei Optionen:

Zunächst könnte eine Veröffentlichung des Dokumentes - mit oder ohne Verfasseramen, dies sollte Löwenthal selbst überlassen werden - als Grundsatzartikel in der „Neuen Gesellschaft“ oder im „Vorwärts“ erfolgen; oder das Löwenthal-Papier würde dem Parteivorstand zunächst nur intern mit der Maßgabe unterbreitet, es nach Kommissionsberatung (unter Mitwirkung Löwenthals) zu einem späteren Zeitpunkt zu verabschieden.<sup>350</sup>

Löwenthal bevorzugte entschieden die zweite Option. Eine Veröffentlichung, die persönlich gezeichnet sei, so Löwenthal, erschwere es dem Parteivorstand, im Nachhinein in der Sache einen gleichlautenden Beschluss zu fassen. Ein Artikel ohne Verfasseramen in einem Parteiorgan würde nur den Eindruck erwecken,

---

<sup>349</sup> Schreiben Willy Brandts an Richard Löwenthal vom 05.09.1970. AdsD, NL Richard Löwenthal, Korrespondenzen.

<sup>350</sup> Ebenda.

dass das Präsidium den Parteivorstand in dieser Angelegenheit vor vollendete Tatsachen stellen würde.<sup>351</sup> Unterdessen hatte sich das SPD-Präsidium aber für eine baldige Veröffentlichung entschieden<sup>352</sup>. Welcher Option das Präsidium den Vorzug gab, dürfte Löwenthal im Vorfeld nicht entgangen sein, denn die vorläufige Planung sah vor, dass bei der Parteivorstandssitzung am 15. September 1970 eine Resolution zum Thema „Sozialdemokratie und Kommunismus“ erfolgen würde. Darüber hinaus hatte ihn zwei Wochen zuvor Leo Bauer, der Chefredakteur der Neuen Gesellschaft, angeschrieben, ob er bereit sei, einen Artikel zu diesem Themenbereich fertig zu stellen.<sup>353</sup> Die Entscheidung des Präsidiums für eine rasche Veröffentlichung kam daher nicht überraschend. Wischnewski fühlte bei Löwenthal vor, ob dieser mit dem im Präsidium gefassten Beschluss einverstanden sei.<sup>354</sup> Doch Löwenthals Haltung blieb unverändert. Nachdem der sanfte Druck keinerlei Wirkung gezeigt hatte, geriet Brandt nun allmählich gegenüber seinem alten Freund „Rix“ in die Bredouille. Eine nicht durch den Verfasser autorisierte Veröffentlichung erschien ihm zunächst unangebracht. Daher informierte er am 14. September 1970 den Parteivorstand, dass Löwenthal seinen Entwurf lediglich als internes Dokument behandelt wissen wollte.<sup>355</sup> Dennoch warb Brandt im Parteivorstand für eine Entschließung. Breschnew habe ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass die Verständigung beider Staaten nicht zu einer Aufweichung der ideologischen Gegensätze führen könne.<sup>356</sup> Mit diesem Hinweis sollten Bedenken im Parteivorstand zerstreut werden, ein Abgrenzungsbeschluss könne sich für die Neue Ostpolitik nachteilig auswirken. Schließlich schlug Brandt vor, Löwenthal nochmals zu befragen, ob er seine Entscheidung revidiere. Herbert Wehner sekundierte seinem Vorsitzenden, indem er für eine sofortige Veröffentlichung des Löwenthal-Papiers plädierte. Der Parteivorstand schloss sich daraufhin dem Vor-

---

<sup>351</sup> Antwortschreiben Richard Löwenthals an Willy Brandt vom 11.09.1970. AdsD, NL Richard Löwenthal, Korrespondenzen.

<sup>352</sup> Protokoll der SPD-Präsidiumssitzung vom 14.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

<sup>353</sup> Schreiben Leo Bauers an Richard Löwenthal vom 31.08.1970. AdsD, NL Richard Löwenthal. Allerdings muss man einschränkend feststellen, dass sowohl die vorläufige Planung als auch das Schreiben schon deshalb an Löwenthal vorbeigingen, da er sich bis Anfang September in seinem Feriendomizil aufhielt.

<sup>354</sup> Vermerk Uwe Janssen für Hansjürgen Wischnewski vom 11.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

<sup>355</sup> Protokoll der SPD-Parteivorstandssitzung vom 14.09.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des PV, Juli-Oktober 1970.

<sup>356</sup> So Brandts Ausführungen über sein Gespräch mit Breschnew anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages, in: Ebenda.

schlag Brandts an.<sup>357</sup> Im Anschluss an die Parteivorstandssitzung wurde Löwenthal über den Verlauf und den Inhalt von Janssen unterrichtet. Es sollte gegenüber Löwenthal mit sanftem Nachdruck betont werden, dass es nun an ihm sei, zu entscheiden, ob er seinen Entwurf veröffentliche.<sup>358</sup> Ferner lud man ihn ein, an der redaktionellen Überarbeitung als Mitarbeiter einer vom Parteivorstand berufenen Kommission teilzunehmen. Hierzu hatte sich Löwenthal im Vorfeld zwar bereit erklärt, doch in Bezug auf eine mögliche Veröffentlichung beharrte er auf seinem Standpunkt. Im Anschluss an die Diskussion im SPD-Parteivorstand wurden das Löwenthal-Papier eilig als Vorlage auf die Tagesordnung des Präsidiums gesetzt sowie personelle Vorschläge zur Zusammensetzung der Kommission eingebracht.<sup>359</sup> Als Kommissionsmitglieder wurden Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau, Hansjürgen Wischnewski, Jochen Steffen und Richard Löwenthal berufen.<sup>360</sup>

#### 4.5 *Das Löwenthal-Papier in seiner ostpolitischen Bedeutung*

Unterdessen waren die fieberhaften Bemühungen der SPD-Führung, die zu einer öffentlichkeitswirksamen Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus unternommen wurden, den Machthabern im Kreml nicht entgangen. Vielmehr wurde das Interesse der KPdSU-Führung für die internen Belange der SPD geweckt. Die verstärkte Betonung der ideologischen Gegensätze durch Willy Brandt sowie durch andere führende SPD-Mitglieder ließ vielschichtige Deutungen sowohl der innenpolitischen und innerparteilichen Situation der SPD als auch deren Verhältnisses zu den westlichen Bündnispartnern zu. Das nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages durch die SPD-Führung an den Tag gelegte Verhalten warf aus Sicht der Genossen in Moskau Fragen auf: Waren die Ursachen für die Betonung der ideologischen Gegensätze parteiinterne Schwierigkeiten der SPD bzw. wurde dadurch die sozialdemokratische Parteilinke auf Kurs gebracht oder die Bündnistreue betont, um die Ostpolitik bei den westlichen Alliierten abzusichern?<sup>361</sup> Bei Ersterem

---

<sup>357</sup> Ebenda.

<sup>358</sup> Handschriftlicher Vermerk Willy Brandts für Wolfgang Jansen vom 14.09.1970 in: AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

<sup>359</sup> Vorlage für die Präsidiumssitzung vom 17.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130.

<sup>360</sup> Vorlage für die Präsidiumssitzung vom 17.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2130. Gestrichen wurden die Namen von Willy Brandt, Egon Franke, Hans Apel und Vera Rüdiger.

<sup>361</sup> So die Sondierungsversuche Bogomolows in einer Unterredung mit Leo Bauer, siehe Schreiben Bauers an Willy Brandt und Herbert Wehner vom 25.09.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allge-

galt es mögliche Schwachstellen auszuloten und die taktische Ausrichtung zur Herstellung einer Aktionseinheit dementsprechend zu verbessern. Bei dem zweiten Fragenkomplex stand das Verhältnis der Bundesrepublik und ihrer westlichen Bündnispartner im Vordergrund bzw. deren Einfluss auf die Neue Ostpolitik. Das Interesse des Kremls galt daher der Frage, ob die SPD nun ihre Positionen gegenüber dem Moskauer Vertrag zu revidieren gedenke.<sup>362</sup> Die Umsetzung der Neuen Ostpolitik bedurfte einer westpolitischen Verankerung, um erfolgreich zu sein. Daher erschien es plausibel, die Bindung der Bundesrepublik an den Westen zu betonen, um weder die Stabilität der westlichen Bündnisse noch das in die bundesdeutsche Entspannungspolitik gesetzte Vertrauen zu gefährden, was letztlich einem Scheitern der Brandt'schen Ostpolitik gleichgekommen wäre. In Moskau wuchs die Sorge, die westlichen Bündnispartner könnten politischen Druck auf die Regierung Brandt-Scheel ausüben, um einen ostpolitischen Kurswechsel zu erzwingen.<sup>363</sup> Hinzu traten Zweifel, ob die Betonung eines friedlich organisierten Miteinanders in den Moskauer Verhandlungen durch die Bundesregierung nur plakativen Charakter hatte, um die Kommunisten in Sicherheit zu wiegen und über die wahren konfrontativen außenpolitischen Absichten hinwegzutäuschen. In diesem Zusammenhang waren die Ausführungen Ulbrichts über den „Sozialdemokratismus“ und dessen Eindringen in die sozialistischen Staaten Osteuropas im Kreml nicht wirkungslos geblieben. Das Schreckensszenario einer Sozialdemokratisierung der Warschauer-Pakt-Staaten durch Aufweichung und Liberalisierung ideologischer Fundamente des Sowjetkommunismus wurde ernst genommen.<sup>364</sup> Im Zuge der Moskauer Vertragsunterzeichnung hatte Breschnew versucht, mögliche Veränderungen der ideologischen Positionen der SPD zu erfragen, indem er gegenüber Brandt betonte, dass nun auch die Zeit für eine Zusammenarbeit von Kommunis-

---

meine Korrespondenz, 2, S. 179. Ebenso hierzu die Aufzeichnung Hans-Eberhard Dingels vom 04.11.1970 an Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau, Hans-Jürgen Wischniewski und Karl Wienand über das Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 31.10.1970. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, Parteivorstand, 5213.

<sup>362</sup> Schreiben Bauers an Willy Brandt und Herbert Wehner vom 25.09.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, 2, S.179.

<sup>363</sup> Dies hätte die Ratifikation des Moskauer Vertrages und die damit verbundenen Zweckmäßigkeitserwägungen der KPdSU, die in erheblichem Maße ökonomischen Ursprungs waren, durchkreuzt. Über die an den Moskauer Vertrag geknüpften Erwartungen der Sowjetunion eingehender, vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969; Mannheim 2004; unveröffentlichtes Manuskript (Habil.)

<sup>364</sup> Vermerk Spangenberg's an Ulbricht, Honecker und Matern vom 06.01.1970, Information anlässlich eines Treffens von DKP und KPdSU am 22.12.1969 durch Kurt Bachmann. BA, SAPMO, DY 30, 3558

ten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gekommen sei.<sup>365</sup> Diese - wie Brandt feststellte - „mühselig abgelesene“ Frage<sup>366</sup> diene lediglich dem Zweck, die Reaktionen Brandts zu diesem Themenkomplex in die Analyse der SPD-Positionen einzubeziehen und gleichzeitig den Sozialdemokraten zu verstehen zu geben, dass an der kommunistischen Aktionseinheitsstrategie festgehalten würde. Ähnliche Sondierungen fanden in Bezug auf die Kontakte der SPD zu anderen kommunistischen Parteien statt. In Anspielung auf die bestehenden Kontakte zwischen der bundesdeutschen Sozialdemokratie und bspw. den italienischen oder jugoslawischen Kommunisten galt das besondere Interesse des Kremls, unter welchen Umständen bzw. unter welchen Voraussetzungen eine Kontaktaufnahme mit der SPD zu ermöglichen sei.<sup>367</sup> Allerdings hegte die Bonner Parteizentrale keine Zweifel, dass auch Moskau kein ernsthaftes Interesse an offiziellen Parteikontakten besaß. Vielmehr zielten diese Sondierungsversuche aus SPD-Sicht darauf, nach der Moskauer Vertragsunterzeichnung mögliche Positionswechsel der SPD gegenüber der DKP und der SED zu eruieren. Keinesfalls sollte übersehen werden, dass eine ideologische Koexistenz<sup>368</sup> für die sowjetischen Kommunisten ebenso wenig wie für die Sozialdemokraten ein Resultat der Moskauer Vertragsunterzeichnung war.<sup>369</sup> Stattdessen ließ die SPD-Führung keine Gelegenheit ungenutzt, der bundesdeutschen Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass die Sicherung des Friedens in Europa und die Herstellung nachbarschaftlicher Beziehungen mit den Staaten Osteuropas

---

<sup>365</sup> Siehe handschriftliche Aufzeichnung Willy Brandts über seine Gespräche mit Breschnew und Kossygin vom 12./13. August 1970, in: Berliner Brandt Ausgabe, Bd. 6, Dokument Nr. 41, S. 324.

<sup>366</sup> Ebenda

<sup>367</sup> Schreiben Leo Bauers an Willy Brandt und Herbert Wehner vom 25.09.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, 2, S. 179, nach dem Bericht Leo Bauers vom 01.04.1969 über die Begegnung mit Vertretern der KPI am 29./30. März 1969 in Rom führte Galluzzi ihm gegenüber aus, dass er in Moskau gefragt worden sei, ob die SPD bereit wäre, auch mit der KPdSU Parteikontakte, wie sie mit der KPI bestünden, einzugehen. AdsD, NL Leo Bauer, Bd.10, i. d. S. auch die Aufzeichnung von Eberhard Dingels vom 08.05.1969 über ein Gespräch mit dem ZK-Mitglied der KPdSU und Vorsitzenden des Dachverbandes der sowjetischen Gesellschaften für Beziehungen mit dem Ausland, Popowa, am 26. April 1969 im Erich-Ollenhauer-Haus. Frau Popowa wurde dabei von Wischnewski unmissverständlich dargelegt, „dass es zwischen der SPD und der DKP keine Beziehungen gäbe oder je geben könne“. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, in Verbindung mit den Referaten, Mappe 50.

<sup>368</sup> Der Begriff „friedliche Koexistenz“ schloss die „ideologische Koexistenz“ i. S. eines Verzichts auf die ideologische Auseinandersetzung aus.

<sup>369</sup> Schreiben Leo Bauers an Willy Brandt und Herbert Wehner vom 25.09.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, 2, S. 179. Hierzu auch Brandts Ausführungen zur friedlichen Koexistenz aus dem Arbeitnehmergespräch am 12.09.1970 in München. AdsD, WBA, Publikationen, Mappe 366, S. 223. Herbert Wehners Interview im Deutschlandfunk, abgedr. in den Informationen der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 14.09.1970. AdsD, SPD-PV, Präsidiumsbüro, 2118, so auch Breschnews Rede am 14. November 1972 anlässlich des Empfangs einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation, abgedr. in einer Meldung der Presseagentur „Nowosti“ vom 15.11.1972. AdsD, NL Eugen Selbmann, 218.

als außenpolitische Determinanten in keiner Weise gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die politisch-geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus waren. Bei weiteren entspannungspolitischen Fortschritten sowie engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit wurden Gespräche mit „anderen Parteien, anderer prinzipieller Auffassungen immer drängender“ und dienten „der Präzisierung, nicht der Verwischung von Standpunkten“.<sup>370</sup> Daher folgerte Brandt scharfsinnig:

„werden wir gerade in dieser Epoche des friedlichen Wettbewerbs der Systeme nicht umhinkommen, immer wieder die gesellschaftspolitische Gegenposition darzustellen, den Systemvergleich vorzunehmen und dem kommunistischen Anspruch unser Prinzip von Demokratie entgegenzusetzen.“<sup>371</sup>

Darin klangen sowohl die Unvermeidlichkeit als auch der Wille zu einer Intensivierung der ideologischen Auseinandersetzung an. Dies entsprang der Einsicht, dass die Kommunisten ausgehend vom Begriff der „friedlichen Koexistenz“ ihrerseits den ideologischen Kampf verstärken würden. Zudem rechnete die SPD-Führung mit einer weiteren Ausdifferenzierung des kommunistischen Lagers.<sup>372</sup> Der „Reformkommunismus“, so Brandt, werfe Fragen auf, auf die „wir nicht genügend vorbereitet sind“.<sup>373</sup> Die Ablehnung der militärischen Intervention in der CSSR begründete sich nicht zuletzt auf der Erkenntnis, dass „der Kampf der Ideale und Ideologien...mit den Waffen der Ideale und Ideologien[...]“<sup>374</sup> geführt werde. Willy Brandt hatte im Mai 1970 auf dem Saarbrücker Parteitag keinen Zweifel daran bestehen lassen, dass die Sozialdemokratie sich dieser Herausforderung selbstbewusst stellen würde. Die offensive Einstellung auf die kommende ideologische Auseinandersetzung stellte für die SPD das neue Moment in ihrer Haltung zum Kommunismus dar. Insofern traf der Begriff der Abgrenzung nicht den Kern der

---

<sup>370</sup> Jochen Steffens Artikel „Die SPD und der Kommunismus - Konkrete Aufgaben in einer aktiven Entspannungspolitik“ im SPD-Pressedienst vom 14.09.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 56.

<sup>371</sup> Redeentwurf Willy Brandts für das Arbeitnehmergegespräch am 12.09.1970 in München. AdsD, WBA, Publikationen, Mappe 366, S. 223.

<sup>372</sup> Der Bericht Leo Bauers vom 12. Parteitag der KPI vom 11.02.1969 schien dies zu bestätigen, da es während der Rede des Vertreters der KPC Eugen Erban in Anwesenheit der Delegationen aus den Warschauer-Pakt-Staaten zu frenetischem Beifall und rhythmischen Dubcek-Dubcek-Rufen kam. AdsD, NL Leo Bauer, Bd. 7.

<sup>373</sup> Willy Brandt hatte bereits auf einer Mitgliederversammlung in Frankfurt am 21.09.1968 anklagen lassen, dass die SPD sich dieser Herausforderung auch stellen müsse. Redenentwurf Willy Brandts (o. D.). AdsD, WBA, Publikationen, Mappe 366, S. 15.

<sup>374</sup> Ausführungen Willy Brandts über ein Interview des Generalsekretärs der KPI Luigi Longo in einer italienischen Zeitschrift zur militärischen Intervention in der CSSR, in: Ebenda, S. 13.



politischen Realitäten und beschrieb nur einen Teilaspekt der gegenüber den Kommunisten verfolgten Politik, denn die Sozialdemokraten gedachten nicht nur zu reagieren, sondern auch aktiv zu agieren. Dazu musste die SPD-Führung die Initiative ergreifen. Das Forcieren der Erarbeitung sowie die Veröffentlichung einer Erklärung der SPD zu den grundsätzlichen Unterschieden zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus durch den Parteivorstand trug diesem Umstand Rechnung. Darüber hinaus war sich die SPD-Führung im Klaren, dass aus der Betonung der ideologischen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ebenfalls eine vehementere innenpolitische Konfrontation mit den westdeutschen Kommunisten resultieren würde, auf die es sich politisch-geistig und organisatorisch vorzubereiten galt. Aus diesem Grund sollte das Löwenthal-Papier gemeinsam mit dem „Antiaktionseinheitsbeschluss“ des SPD-Parteivorstandes auf der Parteiratssitzung vom 14. November 1970 verabschiedet werden. Hinzu kam die zunehmende Verquickung von Gesellschaftspolitik und Ostpolitik durch die CDU/CSU. Rainer Barzel sowie Kurt Georg Kiesinger hatten dies auf dem Deutschlandtag der Jungen Union anklingen lassen, als sie betonten, dass die Verständigungspolitik der Regierung Brandt mit den Staaten Osteuropas im Zusammenhang mit den geplanten innenpolitischen Reformen der SPD zu betrachten sei. Beides war nach ihrer Ansicht unter dem Begriff Sozialismus subsumierbar.<sup>375</sup> Diese Assoziationskette der CDU/CSU-Opposition zielte auf die Ängste der Bevölkerung vor einer politischen und gesellschaftlichen Angleichung der bundesdeutschen Lebensverhältnisse an die sozialistischen Staaten Osteuropas. Dass zur Brandt'schen Ostpolitik keine Alternativen existierten, ohne eine außenpolitische Isolation zu riskieren, dürfte beiden bewusst gewesen sein. Vielmehr galten diese Bemühungen der CDU-Führung der Wählermobilisierung. Zunehmend verbanden sich so außen- und innenpolitische Motive der SPD-Spitze für die Erarbeitung eines Beschlusses zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus.<sup>376</sup> Die eigene Analyse der Oppositionsstrategie erhöhte in der Wahrnehmung der SPD-Führung den Druck zur Veröffentlichung des Löwenthal-Papiers.<sup>377</sup>

---

<sup>375</sup> Aktenvermerk von Uwe Janssen an Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hansjürgen Wischniewski und Heinz Castrup vom 29.09.1970. AdsD, WBA, SPD, Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 58.

<sup>376</sup> Eingehender in dem Kapitel IV.

<sup>377</sup> Nachdem Janssen als Beobachter an der Tagung der Jungen Union teilgenommen hatte, kam er zu dem Entschluss „[...] dass wir eine ausdrückliche Erklärung zu unserer Stellung zum Kommunismus nicht nur aus innerparteilichen und außenpolitischen Gründen, sondern ebenso aus Gründen der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der CDU/CSU brauchen“, und bat daher das

#### 4.6 Die Vorveröffentlichung des Löwenthal-Papiers in der „Nordwoche“ im September 1970

Noch bevor die Ausarbeitung Richard Löwenthals eine weitere redaktionelle Überarbeitung durch die dafür vorgesehene Kommission erfuhr, erschien sie - entgegen den Löwenthal gemachten Zusagen - in der „Nordwoche“ vom 29. September 1970. Verantwortlich für die Veröffentlichung war Jochen Steffen, der Vorsitzende des SPD-Landesverbandes in Schleswig-Holstein und Herausgeber der „Nordwoche“. In einem kurzen Vorwort legte er dar, dass er damit den Entwurf „Sozialdemokratie und Kommunismus“ der Partei zur Diskussion stellen wolle. Nachdem Löwenthal noch am selben Tag durch die „Berliner Stimme“ von der Veröffentlichung seines Entwurfes erfahren hatte, machte er in einem Telefonat mit der SPD-Baracke seinem Ärger darüber umgehend Luft, dass man sich zuvor mit ihm in keiner Weise verständigt oder abgestimmt hatte. Löwenthal verzichtete auf rechtliche Schritte gegen die unautorisierte Veröffentlichung, bezeichnete den Vorgang aber als „groben Vertrauensbruch“ gegenüber seiner Person und dem Parteivorstand.<sup>378</sup>

Steffen wiederum bedauerte in einem Anruf aus Kiel das angebliche „Missverständnis“. Er habe die Erörterungen des Löwenthal-Papiers im Parteivorstand so verstanden, dass, bevor eine Beschlussfassung erfolge, eine Diskussion innerhalb der Partei geführt werden solle.<sup>379</sup> Die Rechtfertigung Steffens für seinen Alleingang war aber in vielfacher Hinsicht unzutreffend. Willy Brandt hatte auf der Parteivorstandssitzung am 14. September - in der Steffen anwesend war - deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Löwenthal keine Veröffentlichung seines Entwurfes wünschte.<sup>380</sup> Ein „Missverständnis“ war folglich ausgeschlossen. Jochen Steffen, der zum damaligen Zeitpunkt fast 20 Jahre Parlamentarier im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Vorsitzender des Landesverbandes und Mitglied des Bun-

---

„Timing“ einer solchen Erklärung zu überdenken, Aktenvermerk von Uwe Janssen an Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hansjürgen Wischnewski und Heinz Castrup vom 29.09.1970. AdsD, WBA, SPD, Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 58.

<sup>378</sup> Anlage des Präsidiumsprotokolls vom 01.10.1970, Vermerk Uwe Janssen über sein Telefonat mit Richard Löwenthal vom 30.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

<sup>379</sup> i. d. S. informierte Alfred Nau das Präsidium über ein Telefonat mit Jochen Steffen. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle, Protokoll vom 01.10.1970.

<sup>380</sup> Protokoll der SPD-Parteivorstandssitzung vom 14.09.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des PV, Juli-Oktober 1970, insbesondere anhand der Anwesenheitsliste lässt sich dies nachweisen.

desparteivorstandes war, muss sich der Brisanz seines Handelns bewusst gewesen sein. Jedem parteipolitischen Routinier musste klar sein, dass Handlungen gegen den Parteivorstand einem politischen Selbstmord gleichkamen. Warum sollte sich Steffen also freiwillig in eine solche Lage bringen? Da die eigentlich zu erwartende Reaktion und Maßregelung Steffens durch die SPD-Führung ausblieb, darf vermutet werden, dass Steffen zumindest im Einvernehmen mit den führenden Personen im Parteivorstand (oder gar mit diesem selbst) handelte. Weder im Präsidium noch im Parteivorstand wurde der Veröffentlichung des Löwenthal-Papiers größere Aufmerksamkeit gewidmet.<sup>381</sup> Als Mentor Steffens kam Brandt infrage, denn dieser befand sich selbst in einer misslichen Situation, die ihm zwei Auswege offerierte: Entweder musste er in Kauf nehmen, dass eine vom ihm persönlich und den SPD-Führungsgremien als notwendig erachtete Veröffentlichung unterblieb, oder er musste gegenüber Löwenthal wortbrüchig werden. Daher übernahm Steffen die Rolle des „bösen Buben“, um seinem Vorsitzenden zu ermöglichen, das Gesicht zu wahren. Im Umkehrschluss hielt Brandt seine schützende Hand über den „roten Jochen“, da sowohl Herbert Wehner als auch Helmut Schmidt einen derartigen Loyalitätsbruch seitens eines Parteivorstandsmitgliedes nicht folgenlos hingenommen hätten. Aber Steffen wurde für die bereits erläuterte „Strategie des begrenzten Konflikts“ noch gebraucht, bei der die Parteilinke bei der Stange gehalten sowie Teile der neuen Linken assimiliert und integriert werden sollten. In dieses integrative Konzept der SPD-Führung passte ferner, dass Steffen seinerseits im Vorfeld der Veröffentlichung in der „Nordwoche“, die sich allmählich formierende innerparteiliche Fraktion der Parteilinken, über diesen Schritt informiert hatte.<sup>382</sup> Sicherlich entsprach es aber ebenso Steffens basisdemokratischer Auffassung, zunächst über das Löwenthal-Papier eine eingehende innerparteiliche Diskussion zu führen, bevor der Parteivorstand einen Beschluss fasste. Er handelte folglich nicht nur auf Geheiß des Parteivorstands oder seines Vorsitzenden, sondern im Einklang mit seinen Überzeugungen und Ansichten zu den innerparteilichen Gepflogenheiten der SPD. Einmal mehr wurde die ihm zugedachte Funktion deutlich, als erst das Präsidium und dann der Parteivorstand beschloss, das Löwenthal-Papier auf der Parteiratssitzung am 14. November 1970

---

<sup>381</sup> Im Präsidiumsprotokoll vom 01.10.1970 heißt es hierzu lapidar: „Das Präsidium nimmt zur Kenntnis, dass das Löwenthal-Papier in der Nordwoche veröffentlicht worden ist.“. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

<sup>382</sup> Karsten Voigt in einem Interview mit dem Autor vom 16.01.2006: „Sie können davon ausgehen, dass er das [die Veröffentlichung] mit mir abgestimmt hat.“

in München mit einem einleitenden Referat durch Jochen Steffen zur Vorlage zu machen.<sup>383</sup> Der Vorschlag, Steffen mit der Redaktion einleitender Worten zum Themenkomplex „Sozialdemokratie und Kommunismus“ zu betrauen, kam von keinem Geringeren als von Willy Brandt selbst.<sup>384</sup> Als *der* Repräsentant der Parteilinken in der SPD eignete sich Jochen Steffen wie kaum ein anderer, mögliche Widerstände im Keim zu ersticken. Ob Steffen mit der ihm zugedachten Rolle zu recht kam, ist zweifelhaft.<sup>385</sup> Ausgangspunkt für die spätere Niederlegung seiner Parteiämter war die von ihm empfundene Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis der SPD. Die Regierungspraxis der SPD in der sozialliberalen Koalition bezeichnete Steffen als Regierungsarbeit von „vorgestern“.<sup>386</sup> Ebenso kritisierte er - auch als Mitglied der Grundwertekommission - die programmatische Entwicklung seiner Partei. Nach Ansicht Steffens arbeitete die Friedrich-Ebert-Stiftung „am Grundmuster einer SPD“, in der er „schwerlich Mitglied bleiben...“ konnte.<sup>387</sup> Er war sich seines funktionellen Wertes für die Parteiführung durchaus bewusst. Nachdem Steffen seinen Sitz im Parteivorstand 1977 nicht nur aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt hatte<sup>388</sup>, resümierte er rückblickend:

„Brandt hat Menschen immer als Instrumente behandelt. Zu seinem höheren Ruhm und größerer persönlicher Macht. Brandt war immer einsam und kontaktarm. Die Bonhomie des witzeerzählenden guten Onkels war nur aufgesetzt.“<sup>389</sup>

Steffen sah sich als Feigenblatt der Parteiführung missbraucht, um die Parteilinke zu beschwichtigen und somit die ständigen Mehrheiten der Parteirechten in den Entscheidungsgremien der SPD zu sichern.<sup>390</sup>

Auch in Bezug auf die Beschlussvorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ kam ihm diese Funktion zu. Steffen durchschaute wohl die Absichten des Parteivorstandes, da er als einziges Kommissionsmitglied keine schriftlichen Ände-

---

<sup>383</sup> Präsidiumsprotokoll vom 08.10.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle, ebenso das Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 12.10.1970. AdsD, SPD, PV; Protokolle des PV.

<sup>384</sup> Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 12.10.1970. AdsD, SPD, PV; Protokolle des PV.

<sup>385</sup> Vielmehr wurde Steffen durch die ihm zugedachte Funktion, die er als gelebten Widerspruch empfand, zermürbt. In seinem Rücktrittsschreiben an Willy Brandt von 1976 ließ er keinen Zweifel daran, dass er nicht mehr bereit sei, „den nützlichen Idioten“ zu spielen, und den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der SPD-Politik als unerträglich empfand.

<sup>386</sup> Handschriftliches Schreiben Jochen Steffens an Willy Brandt vom 17.11.1975. PNL Jochen Steffen.

<sup>387</sup> Ebenda.

<sup>388</sup> Handschriftliches Schreiben Jochen Steffen an Willy Brandt vom 12.09.1977. PNL Jochen Steffen.

<sup>389</sup> Handschriftliche Notiz Jochen Steffens (o.D.). PNL Jochen Steffen.

<sup>390</sup> Ebenda.

rungswünsche vortrug.<sup>391</sup> Dies war kein Indiz für eine pro-kommunistische Einstellung Steffens. Er sah sich zwar wie viele andere der SPD-Parteilinken der Marx'schen Lehre verpflichtet, aber gerade die theoretische „Weiterentwicklung“ durch Lenin verzerrte die Marx'sche Theorie und begründete so seine vehemente Ablehnung des Kommunismus. Dieser „Antikommunismus“ sozialdemokratischer Spielart einte die Altlinke mit den Protagonisten der politischen Rechten in der SPD. Sorgenvoller stimmten den Parteivorstand jedoch die Meldungen aus den Reihen der Parteijugend.

Dass sich die SPD-Führung bemühte, an ihrer Integrationsstrategie festzuhalten, zeigte sich unter anderem an dem Versuch, die Jungsozialisten zum Themenkomplex „Sozialdemokratie und Kommunismus“ mit ins Boot zu holen. Wischnewski unterrichtete am 27. Oktober 1970 die Juso-Bundesvorstandsmitglieder Voigt, Gansel, Eichel und Kiehne persönlich über die Erarbeitung eines Grundsatzpapiers, auf dessen Grundlage ein Abgrenzungsbeschluss durch den Parteirat am 13. oder 14. November erfolge. Geschickt ließ Wischnewski dabei in das Gespräch einfließen, dass an der Erarbeitung unter anderem Jochen Steffen beteiligt sei.<sup>392</sup> Dieser Hinweis sollte der Kritik der Jungsozialisten die Spitze nehmen, denn Norbert Gansel hatte ihm zuvor erwidert, dass sich das Löwenthal-Papier und die darin zum Ausdruck gebrachte Haltung zum Kommunismus nur unwesentlich vom „Antikommunismus“ der CDU/CSU unterscheiden würden.<sup>393</sup> Aufschlussreich war die Selbstverständlichkeit, mit der der Bundesgeschäftsführer gegenüber den Jusos ankündigte, dass der Parteirat einen Beschluss fassen werde. Mit dieser Vorwegnahme des Beschlusses bekräftigte Wischnewski die unumstößliche Absicht der SPD-Führung, das Verhältnis der bundesdeutschen Sozialdemokratie zum Kommunismus für die Mitgliedschaft verbindlich zu klären. Dennoch legte er noch nicht alle Karten auf den Tisch, sondern deutete nur an, dass wegen dem „Überhandnehmen“<sup>394</sup> von organisatorischen Kooperationen zwischen den Jusos,

---

<sup>391</sup> In einem Schreiben vom 02.11.1970 wurde Jochen Steffen von Uwe Janssen gebeten, seine Kritik und Anregungen zum Löwenthal-Papier schriftlich auszuarbeiten. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020. Anm. d. Verf. Dieser Bitte kam Steffen nicht nach. Offenbar verband er damit keine besonderen Erwartungen.

<sup>392</sup> Durch Wolfgang Kiehne angefertigtes Gesprächsprotokoll vom 05.11.1970 zum Zusammentreffen von Wischnewski, Flegel, Voigt, Gansel, Eichel und Kiehne vom 27.10.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13.

<sup>393</sup> Ebenda.

<sup>394</sup> Zu diesem Resultat kam eine 30-seitige Dokumentation (Anlage) des Arbeitskreises Sicherheit beim SPD-Parteivorstand, siehe Schreiben Eberhard Zachmanns an Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt vom 25.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2119.

der DKP und der SDAJ mit „weit reichenden“ Beschlüssen des Parteirates zu rechnen sei.<sup>395</sup> Diese Anspielung auf den „Antiaktionseinheitsbeschluss“ ließ folgende Rückschlüsse zu:

Erstens sollten nach der Beschlussfassung die administrativ-organisatorischen Maßnahmen nicht lange auf sich warten lassen. Zweitens verliefen in der Baracke parallel zur Arbeit der Kommission, die eine ideologische Abgrenzung von den Kommunisten erarbeiten sollte, die Vorbereitungen, die Partei auch organisatorisch straffer abzugrenzen und mögliche Verstöße zu ahnden. Auch wenn die Vorlage des „Antiaktionseinheitsbeschlusses“ in ihrer Wortwahl durch Willy Brandt persönlich „entschärft“ wurde<sup>396</sup>, täuschte dies drittens nicht darüber hinweg, dass das Löwenthal-Papier und der „Antiaktionseinheitsbeschluss“ von Beginn an in einem zeitlichen sowie sachlichen Zusammenhang standen und daher in *einer* Beschlussvorlage dem Parteirat unterbreitet werden sollten. Es war entgegen den Beteuerungen Brandts kein Zufall, dass beide Themen in einer Beschlussvorlage zusammengefasst wurden.<sup>397</sup> Das Löwenthal-Papier lieferte die theoretische Begründung und Rechtfertigung für das von der Parteiführung ausgesprochene Aktionseinheitsverbot. In *einem* Beschluss des Parteirates verschmolzen so Theorie und Praxis der Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus. Diese Abgrenzung als Parteidoktrin zu bezeichnen, ist sicherlich nicht übertrieben, denn sie hatte nicht nur einen programmatischen Charakter, sondern legte zugleich unmissverständlich dar, dass Verstöße nicht tolerabel waren.

Nachdem nun die „Geheimhaltung“ des Löwenthal-Papiers durchbrochen war, begründete der Parteivorstand die Beschlussvorlage damit, dass es jetzt notwendig sei,

„gegenüber der Öffentlichkeit im In- und Ausland, aber auch gegenüber den eigenen Mitgliedern klarzustellen, dass die Bereitschaft, Verträge mit kommunistischen Ländern zu schließen, nicht bedeutet, dass die Partei ihre grundsätzliche Einstellung zur Ideologie und Herrschaftspraxis der Kommunisten aufgegeben oder entscheidend geändert hat“.<sup>398</sup>

---

<sup>395</sup> Ebenda.

<sup>396</sup> Willy Brandt hatte den Entwurf des Verbotes von Aktionseinheiten dahingehend handschriftlich verändert, dass er den Passus: „[...] und unverzüglich ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten“ durch ein „und gegebenenfalls [...]“ ersetzte. Allerdings einigte man sich später im Präsidium auf die Formulierung „notfalls“.

<sup>397</sup> So Willy Brandts Ausführungen auf dem Bremer Bundeskongress der Jusos im Dezember 1970, Interview des Autors mit Karsten Voigt vom 16.01.2006: „Das glaubten wir keinen Moment lang!“, ebenso hierzu die tatsächliche Planung im Präsidiumsprotokoll vom 15.10.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

<sup>398</sup> Rundschreiben Wischniewskis an die Parteiratsmitglieder vom 09.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

Insofern enthielt die Rechtfertigung des Vorstandes nichts Neues, bis auf die vom Parteivorstand erwünschte Wirksamkeit in der ausländischen Öffentlichkeit. Dass dieser noch zu verabschiedende Beschluss internationale Aufmerksamkeit wecken sollte, ließ sich an zwei Umständen aufzeigen. Zum einen hatte das Präsidium bereits im September 1970 geplant, den Beschlusstext an die Sozialistische Internationale zu senden, d. h. die Mitgliedsparteien sollten über den SPD-Kurs in Kenntnis gesetzt werden. Zum anderen wurden Heinz Kühn, Heinz Ruhnau, Karl Liedtke und Richard Löwenthal durch den SPD-Parteivorstand mit der Erarbeitung einer Pressesammlung, die die Reaktionen des Auslands aufzeigen sollte, beauftragt.<sup>399</sup> Folglich galt die ideologische Abgrenzung nicht *nur* der innenpolitischen Konsolidierung und Absicherung der Neuen Ostpolitik.

Die Vorlage „Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ“ („Antiaktionseinheitsbeschluss“) wurde mit den Meldungen über eine zunehmende Zahl gemeinsamer Aktionen von Sozialdemokraten mit der DKP und deren Hilfsorganisationen gerechtfertigt. Der Parteivorstand wollte nicht den Eindruck entstehen lassen, „die SPD habe gegen Aktionseinheiten mit Kommunisten keine Einwände“.<sup>400</sup> Es ging aber um viel mehr als um einen möglichen Imageschaden der SPD als Partei. Nachdem Eberhard Zachmann, der geschäftsführende Vorsitzende des Arbeitskreises Sicherheit, auf einer Präsidiumssitzung im Oktober 1970 sein 29-seitiges Dossier zur Entwicklung der Jusos erläutert hatte, schloss er seine Ausführungen mit der Feststellung, dass „es in bestimmten Bereichen der Jungsozialisten Bestrebungen gibt, die Partei umzufunktionieren“.<sup>401</sup> Die gleichzeitige Behandlung der Zachmann'schen Dokumentation und des ersten Entwurfs zur „Zusammenarbeit mit der DKP und SDAJ“ belegte, dass die Furcht vor einer Unterwanderung der Partei ungleich schwerer wog als die Verunglimpfung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit.

#### *4.7 Abstimmung über vollendete Tatsachen - Die gemeinsame Sitzung des SPD-Parteivorstandes und des SPD-Parteirates vom 14. November 1970*

---

<sup>399</sup> Protokoll der SPD-Präsidiumssitzung vom 10.09.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle, Kurzzusammenfassung der Parteivorstandssitzung am 15.02.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Parteivorstand, 5742.

<sup>400</sup> Rundschreiben Wischnewskis an die Parteiratsmitglieder vom 09.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>401</sup> Protokoll der Präsidiumssitzung vom 15.10.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

Am 14. November traten der Parteivorstand, der Parteirat und die Kontrollkommission zu einer gemeinsamen Sitzung in München zusammen. Zunächst eröffnete Willy Brandt die Sitzung und begann seine Ausführungen über die bisher geleistete Arbeit der Bundesregierung. Danach folgte als zweiter Tagesordnungspunkt die Beschlussvorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ des Parteivorstandes. Jochen Steffen sollte die Vorlage nun vor dem Parteirat vertreten, doch gleich zu Beginn seiner Rede ließ er durchblicken, dass dieser Umstand ihm besondere Probleme bereitete. Steffen kritisierte das überhastete Vorgehen des Parteivorstandes, einen Beschluss zu verabschieden. Seiner Ansicht nach war es falsch, diese Angelegenheit noch vor einer angemessenen Diskussion in der Partei einer Entscheidung zuzuführen.<sup>402</sup> Gerade dieser Themenkomplex enthielt, so Steffen, eine Reihe von diskussionswürdigen Problematiken, zumal diese - so seine Prognose - die Partei noch lange beschäftigen würden.<sup>403</sup> Steffen befürwortete die grundsätzlichen Intentionen des Löwenthal-Papiers, doch in Bezug auf den zweiten Teil des Beschlusses („Zusammenarbeit DKP und SDAJ“) äußerte er erhebliche Bedenken. Es sei „bedauerlich“, dass der Parteivorstand in dieser Angelegenheit gleich mit dem „schwersten Geschütz“ aufwarte und so eine „Hallstein-Doktrin bei Bürgerinitiativen“ einführen wolle.<sup>404</sup> Die SPD sah er vor einer doppelten Herausforderung:

„Einerseits haben wir, und davon kann uns kein Mensch befreien, als Partei das Risiko der Auseinandersetzung [mit dem Kommunismus] zu tragen und zwar ob wir wollen oder nicht. Andererseits dürfen wir uns nicht umfunktionieren lassen zum Schutzschild für jene Macht- und Herrschaftsverhältnisse und Unterdrückungstendenzen in unserem System, die gerade wir verändern oder beseitigen wollen.“<sup>405</sup>

Das ging in erster Linie in Richtung Parteiführung. Er zeigte damit auf, was mit ihm wohl auch große Teile der politischen Linken in der SPD bewegte. Die unausweichliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im In- und Ausland sowie die damit verbundenen innerparteilichen Implikationen - wie immer diese auch

---

<sup>402</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>403</sup> Wie Recht er damit behielt, sollte sich im weiteren Verlauf, angefangen von den innerparteilichen Diskussionen zum Ministerpräsidentenerlass über die in der SPD geführte Nachrüstungsdebatte anlässlich des NATO-Doppelbeschluss bis Anfang der 80er Jahre, noch zeigen.

<sup>404</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>405</sup> Ebenda.



ausfallen mochten - durften nicht zu Lasten von wichtigen gesellschaftspolitischen Reformen geführt werden. Die an die Brandt'sche Formulierung „Mehr Demokratie wagen“ geknüpften Hoffnungen auf mehr sozialistische Reformen sollten nicht auf dem Altar eines „antikommunistischen Kreuzzuges“ geopfert werden. Dialektisch kehrte Steffen dies um: Gerade zum jetzigen Zeitpunkt erwuchs durch die sich unter dem Terminus der „friedlichen Koexistenz“ abzeichnende Verstärkung der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus die Möglichkeit, für die Sozialdemokratie Einfluss auf Veränderungsprozesse in der kommunistischen Bewegung zu nehmen, denn:

„Je deutlicher wir die Notwendigkeit der Veränderung der Gesellschaft in der Phase der zweiten industriellen Revolution formulieren und zweitens, je präziser wir die Maßnahmen zu den notwendigen Veränderungen darstellen, umso erfolgreicher wir mit diesen Maßnahmen unter den Bedingungen unseres Systems die Gesellschaft in Freiheit verändern, umso größer und stärker wird das Wollen der Menschen nach einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz werden.“<sup>406</sup>

Diese Magnettheorie, die davon ausging, dass kommunistisch regierte Staaten nur demokratisiert werden konnten, wenn in der Bundesrepublik ein Mehr an politischen Reformen im Sinne des demokratischen Sozialismus verwirklicht wurden, erfuhr keinen Widerspruch, im Gegenteil. Herbert Wehner ergänzte Steffens Ausführungen, indem er bekräftigte, dass weder Aktionseinheiten mit Kommunisten „...noch eine Synthese zwischen Sozialdemokratie und dem, was sich Kommunismus nennt...“, akzeptabel sei.<sup>407</sup> Konvergenztheoretischen Überlegungen erteilte er damit eine klare Absage. Karl Schiller bezog die gleiche Position, denn er erinnerte an die Pressekonferenz am Vortag, bei der mehrere Journalisten behauptet hatten, die Ostpolitik der SPD und deren Osthandelspolitik führten zu einer Konvergenz der Systeme. Um gerade solche Aussagen zu widerlegen, sei der Beschluss notwendig, so Schiller.<sup>408</sup> Dennoch hatten einige Genossen Fragen und kritische Einwände gegen die Beschlussvorlage vorzubringen. In Bezug auf das Löwenthal-Papier wurden vor allem die Vorbereitungen und die Motivation des Parteivorstandes sowie die praktische Anwendbarkeit des „Antiaktionseinheitsbeschlusses“ kritisiert. Eine wie im Löwenthal-Papier vorgenommene Interpretation der kommunistischen Theorie war sicherlich legitim, aber diese per Parteiratsbeschluss in

---

<sup>406</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>407</sup> Ebenda.

<sup>408</sup> Ebenda.

den Rang von Verbindlichkeiten heben zu wollen, war ungleich problematischer. Richard Löwenthal räumte ein, dass seine Interpretation nicht geteilt werden müsse, doch die darin vertretene Grundhaltung, nämlich die Unvereinbarkeit von Sozialdemokratie und Kommunismus, in ihrer Haltung zur Demokratie verbindlich sein sollte.<sup>409</sup> Jedoch sei, nach Ansicht der Kritiker, unklar, welchem Zweck der Beschluss dienen solle. Die Fragen kreisten darum, ob damit die Jungsozialisten diszipliniert werden sollten oder ob man sich vor den Anschuldigungen und Verdächtigungen der CDU/CSU schützen wolle. Löwenthal wie auch Peter von Oertzen erwiderten, dass als Ergebnis des Wandels der Neuen Linken an den Hochschulen seit geraumer Zeit „stalinistische Tendenzen“ zugenommen hätten. Die junge Generation, die den Stalinismus nur aus Büchern kenne, werde „jetzt in wachsendem Maße mit kommunistischen Argumenten, mit verharmlosenden kommunistischen Darstellungen des eigenen Programms konfrontiert“<sup>410</sup>. Von Oertzen verdeutlichte, dass die SPD sich erstmals wieder in einer „Konkurrenzsituation“ mit einer stalinistischen Partei befinde - nämlich der DKP. Gemessen an ihren Wählerstimmen sei diese zwar keine Gefahr, doch in der Arbeiterjugend, der Lehrlingsbewegung und in den Betrieben müsse man sie als „ernstzunehmende Kraft“ ansehen.<sup>411</sup> Die Angst vor einer Unterwanderung war in dieser Einschätzung der DKP nicht zu übersehen. Löwenthal führte in diesem Zusammenhang die deutsch-deutsche Auseinandersetzung in die Diskussion ein. Die Neue Ostpolitik würde bei weiteren Erfolgen zwangsläufig zu einer „anderen Art von Kontakten“ führen, und zwar verstärkt mit der DDR.<sup>412</sup> Durch die Intensivierung der Kontakte in den Bereichen des Handels und des kulturellen Austausches würden Risiken entstehen, die es zu minimieren galt. In der Tat konnte davon ausgegangen werden, dass die SED versuchen würde, direkt über bestehende Kontakte zu SPD-Parteimitgliedern oder durch ihren verlängerten politischen Arm, die DKP, Einfluss auf die Außenpolitik der Regierung Brandt zu nehmen. Dies suggerierte nicht zuletzt Ulbrichts Deutschlandplan. Der Beschluss diene folglich der Immunisie-

---

<sup>409</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes, in Löwenthals Entwurf las sich dies wie folgt: „Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum, so wichtig diese ist, sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.“

<sup>410</sup> Ebenda, diese Anspielung galt natürlich in erster Linie den Anbiederungsversuchen der DKP.

<sup>411</sup> Ebenda.

<sup>412</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

rung der eigenen Reihen gegen kommunistische Infiltrationsversuche. Diese Abschottung der Partei war eine logische Konsequenz aus dem transformatorischen Ansatz<sup>413</sup> der Neuen Ostpolitik, denn wer den Wandel durch Annäherung suchte, musste sicherstellen, dass diese Annäherung nicht zur tödlichen Umarmung wurde. Gerade hierfür, so betonte Wischnewski, gebe es ernstzunehmende Anzeichen, da man in der Baracke die Fälle von Zusammenarbeit von Parteimitgliedern mit kommunistischen Organisationen über ein Jahr mit großer Aufmerksamkeit verfolgt habe und sich konstatieren ließ, dass dies „in erheblichem Maße überhand genommen“ hatte.<sup>414</sup>

Der zweite Teil der Beschlussvorlage („Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ“) sollte diesen Umstand ein für alle Mal abstellen. Die Vorlage eröffnete allerdings einen interpretatorischen Spielraum, denn was bedeuteten „gemeinsame Veranstaltungen“ oder „gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen“ im politischen Alltag? Darin bestand nach Ansicht einiger Genossen ein Konkretisierungsbedarf. Die aufgeworfenen Fragen lauteten bspw., ob man Podiumsdiskussionen, an denen Kommunisten beteiligt waren, fernbleiben müsse oder ob es sich schon um parteischädigendes Verhalten handelte, wenn man einen Aufruf unterstützte, der auch von Kommunisten unterzeichnet worden war. In diesem Zusammenhang offenbarte sich die Verunsicherung einiger SPD-Genossen über die Umsetzung des Beschlusses.<sup>415</sup> Norbert Gansel stellte daher einen Änderungsantrag, da in vielen Fällen - und dies galt insbesondere für die Hochschulen - keine politische Aktionen realisierbar waren, an denen die Kommunisten nicht partizipierten. Bei Anwendung des vorliegenden Beschlusses käme es, so Gansel, zu einer Flut von Parteiordnungsverfahren. Sein Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit von den anwesenden Mitgliedern abgelehnt.<sup>416</sup> Aus dem gescheiterten Versuch Gansels, die Beschlussvorlage „auszuhebeln“, kann geschlossen werden, dass die Berichte des

---

<sup>413</sup> Hierzu vor allem vgl. Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver: Helsinki 1975 and the transformation of Europe, Oxford, New York 2008. Ders.: Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen - Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren; in: Archiv für Sozialgeschichte 44; 2004; S. 415-448. Ferner vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004; unveröffentlichtes Manuskript (Habil.).

<sup>414</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970 in: AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>415</sup> Ebenda.

<sup>416</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes. „[...] die Vorlage wurde beschlossen, obwohl sie Interpretationen Tür und Tor öffnet. Abänderungsvorschläge wurden alle mit ziemlich großer Mehrheit niedergestimmt.“, so das Bundesvorstandsprotokoll der Jungsozialisten vom 19.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 16.

Arbeitskreises Sicherheit oder des Ostbüros zwar eine wachsende Bereitschaft der Jungsozialisten aufzeigte, Aktionen gemeinsam mit Kommunisten durchzuführen, die SPD-Untergliederungen in ihrer Mehrheit aber jegliche Art von Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnten und die grundsätzlichen Intentionen der Beschlussvorlage des Parteivorstandes teilten.

Jenseits dieser inhaltlichen Diskussion über die Gründe des Parteivorstands, die Entwürfe „Sozialdemokratie und Kommunismus“ und „Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ“ dem Parteirat zur Entscheidung vorzulegen, deutete sich bereits während der Parteiratssitzung an, dass das eigentliche Kernproblem das durch den Parteivorstand eingeleitete Beschlussverfahren selbst war. Es bestanden aus satzungsrechtlicher Sicht einige Einwände, denn laut Statuten der SPD besaß der Parteirat keine Kompetenz zur Entscheidung von programmatischen Grundsatzfragen.<sup>417</sup> Peter von Oertzen kam zum gleichen Resultat, aber er vergegenwärtigte den Kritikern, dass es nun „illusorisch“ sei, die Vorlage abzulehnen oder gar aufzuschieben.<sup>418</sup> In der bundesdeutschen Öffentlichkeit - so sein Argument - würde dies konservative Vorurteile scheinbar bestätigen und innerhalb der SPD würde dies jene Genossen, die bereits in der Vergangenheit gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten durchgeführt hatten, am Festhalten dieser Praktiken noch bestärken. Wollte der Parteirat den Parteivorstand nicht in aller Öffentlichkeit bloßstellen und dessen Intention untergraben, musste ein klarer Beschluss gefasst werden. Dessen war man sich in der SPD-Führung bewusst und daher wurde der Versand der Beschlussvorlage an die Parteiratsmitglieder erst am 9. November 1970 vorgenommen.<sup>419</sup> Das war kein überhastetes Vorgehen, sondern Berechnung. Wie bereits vor dem SPD-Parteitag in Saarbrücken zeigte sich, dass man nicht nur aus Zeitgründen nicht gewillt war, einen Parteitag über diesen Themenkomplex entscheiden zu lassen. Wenn aber aus statutenrechtlicher Sicht der Parteirat nicht das Parteiorgan mit den notwendigen Kompetenzen war, warum sollte der Parteivorstand diesen Beschluss genau in diesem Gremium zur Vorlage bringen? Offenbar wusste die SPD-Führung um das Legitimationsdefizit und bangte damit auch um den verbindlichen Charakter des Beschlusses. Da dem Parteirat nicht nur Mitglieder der anderen Führungsgremien, nämlich des Parteivorstands oder des

---

<sup>417</sup> Dies war und blieb den Parteitagungen vorbehalten.

<sup>418</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 13./14.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>419</sup> Rundschreiben Wischniewskis an die Parteiratsmitglieder vom 09.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

Präsidiums angehörten, sondern auch die Vertreter der Landes- und der Bezirksverbände, empfahl es sich, dieses Defizit durch eine formale Bestätigung des Parteirates zu beheben.

Dass es sich nur um eine formale Zustimmung handelte, offenbarte sich in einer späteren Statutenstreitigkeit mit dem Ortsverein Tübingen. Dieser hatte die Verbindlichkeit des Beschlusses in Zweifel gezogen und nach Ausschöpfung des Instanzenweges ein Verfahren bei der SPD-Bundesschiedskommission anhängig gemacht. Um diesen Vorgang, der zu einem politisch inopportunen Resultat zu führen drohte, zu entkommen, griff die Schiedskommission in die juristische Trickkiste. In seiner Sitzung vom 1. November 1971 stellte das Bundesschiedsgericht rückwirkend fest, dass der Beschluss aus einer gemeinsamen Abstimmung (d. h. die Parteivorstandsmitglieder hatten auch abgestimmt) resultierte und daher als Beschluss des Parteivorstandes gelte und somit verbindlich sei.<sup>420</sup> Bei der Beschlussfassung am 14. November 1970 einigte man sich im Parteirat aber darauf, das Löwenthal-Papier mit den vorliegenden Änderungsanträgen der Partei zunächst zur Diskussion zu stellen, bis der Parteirat am 26. Februar 1971 erneut entscheide.<sup>421</sup>

Festzuhalten bleibt, dass das Löwenthal-Papier aufgrund seines programmatischen Charakters zunächst nur „vorläufig“, der „Antiaktionseinheitsbeschluss“ dagegen als organisationsrechtliche Entscheidung, die die organisatorische Zusammenarbeit mit Kommunisten untersagte, verbindlich beschlossen wurde.

#### *4.8 Unmittelbare Reaktionen in Osteuropa auf den SPD-Beschluss*

Wie bereits erwähnt, galt es aus Sicht der SPD-Führung, mit dem Parteiratsbeschluss vor allem in der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen. Daher registrierte man in der Bonner Parteizentrale aufmerksam die bundesdeutschen und vor allem die osteuropäischen Pressestimmen. Die Pressereaktionen der Warschauer-Pakt-

---

<sup>420</sup> So die Vorlage für die Sitzung der Schiedskommission beim Parteivorstand am 01.11.1971. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle, 2362, sowie der Beschluss der Schiedskommission beim Parteivorstand vom 01.11.1971. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle, 2364. Vermerk Heinz Castrups für Manfred Arenz vom 29.10.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2135.

<sup>421</sup> Für diesen Zweck ließ der Parteivorstand den „vorläufigen“ Beschluss sowie die dazu gestellten Abänderungsanträge in „Tatsachen und Argumente“ Nr. 301 abdrucken. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6.WP, 1783.

Staaten galten als besonders relevant, da durch sie auch die parteioffizielle Haltung analysiert werden konnte.<sup>422</sup>

Nach der Veröffentlichung des Löwenthal-Papiers ergab sich aus den publizierten Stellungnahmen der osteuropäischen Staaten ein sehr differenziertes Bild. Mit Applaus oder Zustimmung rechneten die Sozialdemokraten gewiss nicht. Die kommunistische Propaganda musste einige Punkte abarbeiten, die nicht widerspruchsfrei von den Kommunisten hingenommen werden konnten. Immerhin wurde der Sozialismus bzw. Kommunismus sowjetischer Prägung durch die im Löwenthal-Papier vorgenommene prägnante Gegenüberstellung mit dem demokratischen Sozialismus als „Irrlehre“ bezeichnet.<sup>423</sup> Dabei griffen die osteuropäischen Journalisten auch auf etablierte Stereotypen zurück, etwa dass der in der Bundesrepublik weit verbreitete „Antikommunismus“ das Klima zwischen der Sowjetunion und der BRD vergifte und die Ratifizierung des Moskauer Vertrages gefährde.<sup>424</sup> Dennoch fiel auf, wie unterschiedlich der Beschluss von den kommunistischen Parteien Osteuropas beurteilt wurde und dass dabei nicht die schrillen Töne überwogen. Einige Berichte, wie etwa die der ungarischen Presse, mieden Polemiken und schienen um eine sachliche Berichterstattung bemüht zu sein. Noch aufschlussreicher war, was in deren Berichterstattung keine Beachtung fand. Hierzu gehörten die in dem Dokument „Sozialdemokratie und Kommunismus“ angeführten Leistungen und Errungenschaften der Sozialdemokraten für eine rechtsstaatliche und demokratische Gesellschaftsordnung.

Eine Ausnahme stellte die Medienberichterstattung in der DDR dar. Gerade die gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen des demokratischen Sozialismus als „ständige Aufgabe“ wurden Gegenstand gehässiger Verbalinjurien.<sup>425</sup> Vor dem Hintergrund des Kampfes der Ostberliner Machthaber gegen den „Sozialdemokratismus“ überraschte das nicht. Unwidersprochen blieben auch die vorhandenen ideologischen Unterschiede. Damit bestätigte sich die Einschätzung der SPD-

---

<sup>422</sup> Herbert Wehner hatte dies auf der Präsidiumssitzung am 11.02.1971 angeregt. Präsidiumsprotokoll vom 11.02.1971. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Präsidiums.

<sup>423</sup> So die Schlussbemerkung des Löwenthal-Papiers.

<sup>424</sup> i. d. S. die Erwiderung der Prawda unmittelbar nach der Veröffentlichung des Löwenthal-Papiers, siehe die von Hans-Eberhard Dingels zusammengestellte Übersicht über Reaktionen osteuropäischer kommunistischer Parteien vom 17.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>425</sup> Hierzu „Die Bekenntnisse des Richard Löwenthals“ von Herbert Häber, in: „Neues Deutschland“ vom 08.11.1970, und „Antikommunismus bringt SPD nur Schaden“ von Günther Böhme, in: „Neues Deutschland“ vom 21.11.1970, ebenso Hans-Eberhard Dingels Einschätzung zu den Reaktionen der DDR in seiner Übersicht über Reaktionen osteuropäischer kommunistischer Parteien vom 17.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

Führung, dass der Begriff der „friedlichen Koexistenz“ auch aus kommunistischer Sicht keine ideologische Koexistenz implizierte. Vielmehr betonte die ungarische Zeitung „Nepszava“ mit großer Selbstverständlichkeit: „Der ideologische Kampf ist kein Hindernis der Friedenspolitik.“<sup>426</sup> Deutlich zeichnete sich damit ab, dass die Kommunisten mit dem Begriff der „friedlichen Koexistenz“ eine spezifische Form des Klassenkampfes, nämlich unter den Bedingungen der sich im Ost-West-Konflikt anbahnenden Entspannungspolitik, verbanden. Dieser Kampf sollte nicht mehr mit militärischen Drohgebärden oder gar Interventionen geführt werden, sondern in dieser Phase des Kalten Krieges wurde mit ideologischen Mitteln gefochten. Polemische Attacken hingegen wurden vor allem gegen das Verbot der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten vorgetragen. Die Herstellung einer Aktionseinheit blieb für die taktische Umsetzung des ideologischen Kampfes unverzichtbar. Die durch den SPD-Beschluss erteilte Absage an Aktionsseinheiten erfuhr daher im osteuropäischen Medienecho durchweg Ablehnung.

Bemerkenswert war aber die Feststellung der „Nepszava“, dass „prinzipientreue Zusammenarbeit [mit Sozialdemokraten...] kein politischer Opportunismus“ sei.<sup>427</sup>

Dies stellte den Versuch dar, einerseits die ideologisch unvereinbaren Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zu betonen, andererseits an der taktischen Ausrichtung zur Herstellung der Aktionseinheit festzuhalten. Dieser Punkt lässt auch den Schluss zu, dass es im kommunistischen Lager, in Analogie zu den innerparteilichen Differenzen der DKP, unterschiedliche Auffassungen darüber gab, welche strategische Ausrichtung gegenüber den Sozialdemokraten die richtige sei.

In der DDR waren Walter Ulbricht und Erich Honecker die Protagonisten dieser verschiedenen Auffassungen.<sup>428</sup> Die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten bzw. deren marxistisch-leninistische Indoktrination durch Aktionseinheiten bildete das taktische Erfordernis für „Ulbrichts Traum von einem geeinten Deutschland unter

---

<sup>426</sup> Ebenda.

<sup>427</sup> Übersicht über Reaktionen osteuropäischer kommunistischer Parteien vom 17.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>428</sup> Wie unlängst die Studie von Monika Kaiser an die deutschlandpolitische Dissens innerhalb der SED aufgezeigt hat, hierzu vgl. Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972, Berlin 1997. Ferner vgl. Dinkelmann, Kai: Walter Ulbricht und seine deutsch-deutsche Revolutionstheorie 1944/45-1973 (Diss.), Aachen 2005, S.199ff., wesentlich aufschlussreicher hierzu vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004, unveröffentlichtes Manuskript (Habil.), S.843ff.

kommunistischen Vorzeichen“<sup>429</sup>. Ulbricht verlor nie die Hoffnung auf die grundsätzliche Möglichkeit einer Umformung sozialdemokratischer Mitglieder. Im Gegensatz dazu waren derartige Überlegungen aus Sicht Honeckers illusionär. Für ihn waren SPD-Führung und -Mitglieder kleinbürgerlich bzw. „bourgeoise“ degeneriert und hatten sich längst in die „Globalstrategie des US-Imperialismus“ eingereiht.<sup>430</sup>

Erste Erklärungsversuche für das „Antiaktionseinheitsverbot“ des SPD-Parteirates unternahm Radio Moskau, das in seiner Berichterstattung den Beschluss der bundesdeutschen Sozialdemokraten als einen Beweis für die wachsende Attraktivität des Kommunismus bei SPD-Mitgliedern bezeichnete. Das Handeln der SPD-Führung sei als Abwehrreaktion zu begreifen, da die Parteijugend den „Wunsch [habe], das Wesen des Kommunismus zu begreifen“.<sup>431</sup> Diese Behauptung erklärte die Motivation der SPD-Führung für eine derartige Beschlussfassung nur unzureichend, da sie die innen- und außenpolitischen Umstände für die Entstehung des Beschlusses außer Acht ließ. Ferner besaß der Kommunismus keine größere Anziehungskraft auf die Jungsozialisten. Allenfalls ließen sich neomarxistische Tendenzen konstatieren.<sup>432</sup> Richtig ist allerdings, dass die Parteijugend den Kommunisten in der Einschätzung der kommunistischen Ziele und Methoden unbefangener, aus Sicht der „Godesberger Generation“ vielleicht auch naiver, gegenübertrat. Der „Antiaktionseinheitsbeschluss“ des SPD-Parteirates war insofern durchaus eine Abwehrreaktion der Parteiführung.

#### *4.9 Die innerparteilichen Reaktionen auf den SPD-Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970*

---

<sup>429</sup> Ebenda, S. 843.

<sup>430</sup> Rede Erich Honeckers zur Auswertung der 12. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Parteihochschule „Karl Marx“ am 16. Feb. 1970. BA, SAPMO, DY 30, 2577, S. 138ff. Ebenso die Eröffnungsrede Erich Honeckers anlässlich einer Aussprache mit den Genossen der DKP vom 12.03.1971. BA, SAPMO, DY 30, 2401, S. 39ff.

<sup>431</sup> die von Hans-Eberhard Dingels angefertigte Übersicht über Reaktionen osteuropäischer kommunistischer Parteien vom 17.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>432</sup> Vgl. Lösche, Peter; Walter, Franz: Die SPD - Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei - Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 336ff.



Nach der vorläufigen Verabschiedung des Beschlusses durch den Parteirat sollte nun nachträglich die innerparteiliche Diskussion geführt werden. Der dafür vorhandene Zeitrahmen für die Parteiuntergliederungen wurde denkbar knapp bemessen, denn der Versand des Beschlusstextes durch das Präsidium begann erst Anfang Dezember 1970.<sup>433</sup> Den regionalen Parteiorganisationen wurde eine Frist bis zum 15. Januar 1971 eingeräumt, mögliche Änderungsanträge anzuregen und einzubringen. In diesem Zusammenhang drängt sich der Eindruck auf, dass die SPD-Führung kein ernsthaftes Interesse daran hatte, den Beschluss zur Diskussion zu stellen oder gar Änderungen vorzunehmen. Darauf schienen zumindest der bevorstehende Jahreswechsel und die Feiertage hinzuweisen, an denen der Beschluss ohnehin nicht in den Parteiuntergliederungen behandelt werden konnte, sowie der knapp bemessene Zeitrahmen von viereinhalb Wochen. Die Kritik einiger regionaler Parteiorganisationen entlud sich daher an dem präjudizierenden Vorgehen des Parteivorstandes.<sup>434</sup> Das Fehlen einer vorangegangenen innerparteilichen Diskussion war der Geburtsfehler des Beschlusses und lieferte den parteiinternen Kritikern Angriffspunkte. Eine längst überfällige Grundsatzdiskussion zum Verhältnis Sozialdemokratie und Kommunismus, die durch die vorangegangenen Jahre der „Gemeinsamkeitspolitik“ und die damit verbundene antimarxistische Flurbereinigung in der SPD verhindert worden war, sollte im Handstreich nachgeholt werden. Sicherlich war die Abkehr der SPD von Marxismen bundespolitisch notwendig, da sie so eine größere Wählerklientel anzusprechen vermochte und sich als Volkspartei etablierte, was letztlich zur ersten Regierungsbeteiligung 1966 führte; andererseits rächte sich dieses Versäumnis im internationalen Kontext des Ost-West-Konflikts. Mit der entspannungspolitischen Tauwetterphase Mitte der sechziger Jahre und dem Ausbau bilateraler Kontakte zu den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas gewann das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Kommunismus erneut an Bedeutung.<sup>435</sup>

---

<sup>433</sup> Schreiben Flegels an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 04.12.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender in Verbindung mit den Referaten, Mappe 56.

<sup>434</sup> So z. B. in dem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten Lahnstein an den Parteivorstand vom 14.01.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Einzelvorgänge, „Sozialdemokratie und Kommunismus“, 9899. Schreiben des SPD-Ortsvereins Hannover-Süd an den Parteivorstand vom 15.01.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3019.

<sup>435</sup> Löwenthal sah seinen Entwurf als Diskussionsbeitrag, diese „überfällige“ Diskussion zu führen, so seine Ausführungen auf der Parteiratssitzung vom 14.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes, Protokoll vom 14.11.1970.

Dabei schien das parteitaktische Vorgehen der SPD-Spitze der Formel „Mehr Demokratie wagen“ zu widersprechen. „Mehr Demokratie“ im innerparteilichen Raum implizierte eigentlich größere Mitbestimmungs- und Teilhaberechte der Mitglieder auf Entscheidungen der Partei. Gerade dies wurde im vorliegenden Fall aber verhindert, da sich die innerparteiliche Meinungsbildung von oben nach unten vollzog. Es ist nicht zu übersehen, dass der Parteivorstand verständlicherweise versuchte, diesem Diskussionsprozess eine Richtung zu geben. Die Führungsgremien einer Partei sind letztlich gewählt worden, um die Geschicke der Partei zu lenken. Eine innerparteiliche Diskussion anzuregen gehört zweifelsohne zu den Aufgaben der Parteiführung. Eine Diskussion, deren Ergebnis bereits als beschlossene Sache gilt, ist aber eine Scheindiskussion. Das Ziel der Parteiführung war und blieb, umgehend einen verbindlichen Beschluss zu erreichen. „Diese Sache muss heute vom Tisch“, hatte Willy Brandt den Parteiratsmitgliedern als Losung mit an die Hand gegeben.<sup>436</sup> Entsprechend hatte der Parteivorstand die Parteiratsmitglieder sowie die regionalen Untergliederungen vor vollendete Tatsachen gestellt. Für die Mitglieder kam dies ebenso überraschend wie unvermittelt.<sup>437</sup> Einige Sozialdemokraten sahen den Beschluss durch die im Godesberger Programm bereits vorgenommene Abgrenzung vom Kommunismus gar als überflüssig an<sup>438</sup> - warum sollten Sozialdemokraten beschließen, Sozialdemokraten zu bleiben? Natürlich stellte das Godesberger Programm eine deutliche Absage an die politischen Extreme dar. Allerdings verkannte dieses Argument, dass sich die Motivation des Parteivorstandes für diesen Beschluss nicht primär aus der innerparteilichen Entwicklung begründete. Sozialdemokratische Enzykliken wie das Godesberger Programm drangen, wenn überhaupt, nur marginal ins öffentliche Bewusstsein. Das Godesberger Programm hatte die SPD während Adenauers Kanzlerschaft nicht gegen die Verdächtigungen aus den Reihen der CDU/CSU geschützt, die SPD toleriere oder fördere indirekt die kommunistischen Umtriebe in der Bundesrepublik. Außerdem leistete der Beschluss nach Ansicht der Kritiker keinen Beitrag zur theoretischen

---

<sup>436</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 26.02.1971. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes.

<sup>437</sup> Um den Beschluss den Mitgliedern näherzubringen, beschloss das SPD-Präsidium am 11.02.1971 auf Vorschlag Willy Brandts, die Vorlage mit einem Vorwort zu versehen, das auf Sinn und Zwecke dieser Ausarbeitung hinwies.

<sup>438</sup> So etwa das Schreiben der Jusos des Unterbezirks Bonn an den SPD-Parteivorstand vom 12.01.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3019. Süddeutsche Zeitung vom 03.03.1971 „Kommunismus-Beschluss überflüssig“ und vom 15.03.1971 „Kommunismus-Beschluss überflüssig - Nordrhein-Westfalens Jusos stellen sich gegen die SPD-Führung“.

Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Vielmehr belebe er den alten „Antikommunismus“ bürgerlicher Provenienz und sei ein Rückfall in den Kalten Krieg.<sup>439</sup> So lauteten, gemessen an der Häufigkeit der Wortmeldungen, die wesentlichen Kritikpunkte an der Basis, wobei die Ablehnung des Beschlusses, die dem Parteivorstand durch Untergliederungen oder einzelne Mitglieder der Partei zur Kenntnis gebracht wurde, in ihrer Begründung außerordentlich vielfältig ausfiel.<sup>440</sup> Dies reichte von der angeblichen „Gängelei mündiger Parteimitglieder“ bis zur fehlenden Abgrenzung von der politischen Rechten, von der, so der Einwand, eine größere Gefahr ausgehe als von den Kommunisten.<sup>441</sup> Bei genauerer Betrachtung wirkten die vorgetragenen Gründe teilweise konstruiert, aber einige schienen Ängste des Parteivorstandes vor einer kommunistischen Unterwanderung zu bestätigen bzw. dem Vorschub zu leisten. So zum Beispiel, wenn das Löwenthal-Papier mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Kommunisten nicht überall, wo sie an die Macht gekommen waren, die Diktatur ihrer Partei errichtet hätten, oder wenn auf die angebliche Affinität der politischen Ziele von Sozialdemokratie und Kommunismus verwiesen wurde.<sup>442</sup> Die Auffassung, dass Sozialdemokraten und Kommunisten dasselbe Ziel verfolgten, nämlich den Sozialismus, hielt sich offenbar hartnäckig in einigen Köpfen. Gerade solchen Verharmlosungen und Fehlinterpretationen der kommunistischen Theorie beabsichtigte die SPD-Führung durch den Beschluss entgegenzuwirken, indem sie auf die unvereinbaren Unterschiede in den Methoden sowie Zielen der Politik zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hinwies. Nicht weniger beunruhigend war die Behauptung, Löwenthals Entwurf verfälsche die tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den kommunistischen Staaten und enthalte eine Reihe „aus der Luft gegriffener Vorwürfe“.<sup>443</sup> Solche Argumentationsfiguren wichen inhaltlich wie terminologisch

---

<sup>439</sup> Protokoll der Bundesausschusssitzung der Jusos vom 21./22.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13, Presseerklärung der Jusos aus NRW vom 25.11.1970. AdsD, SPD, PV, Protokolle des PV, Protokoll vom 20.06.1971. Beschluss der Bezirkskonferenz der Jusos Hessen-Süd vom 27./28.02.1971. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 78.

<sup>440</sup> Notiz Uwe Janssen für Hansjürgen Wischnewski vom 04.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>441</sup> Schreiben des Kreisverbandes der Jungsozialisten Ostholstein an Willy Brandt vom 29.12.1970. AdsD, SPD, PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1483, Stellungnahme des Juso-Vorstandes des Unterbezirks Recklinghausen vom 10.03.1971.

<sup>442</sup> Schreiben des Stadtverbandes der Jungsozialisten Aachen an den SPD-Parteivorstand vom 13.01.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3019.

<sup>443</sup> Schreiben des Stadtverbandes der Jungsozialisten Aachen an den SPD-Parteivorstand vom 13.01.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3019; die Verfasser verstiegen sich sogar zu der Behauptung, das Löwenthal-Papier diene dem Zweck, „...eine billige Pogromstimmung gegen die Sowjetunion und den Kommunismus zu erzeugen“.

nur geringfügig von denen der DKP oder der SED ab. Allerdings blieben solche Einlassungen von Jungsozialisten Einzelfälle, und die meisten Widerstände gegen den Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970 entsprangen auch nicht den Untergliederungen der Jungsozialisten.

Die aus der Mitgliedschaft eingegangenen Schreiben wurden durch den Parteivorstand kategorisiert und verteilten sich wie folgt: drei Stellungnahmen von Bezirken und Landesverbänden, drei von Unterbezirken, drei von Kreisverbänden und Stadtbezirken, elf von Ortsvereinen, sieben von Gliederungen der Jungsozialisten und acht von einzelnen Parteimitgliedern.<sup>444</sup> Dass dabei ablehnende Schreiben überwogen, lag in der Natur der Sache. Die geringe Resonanz beweist auch, dass die Partei den Beschluss gelassen zur Kenntnis nahm und die darin vertretenen Standpunkte zumindest in den großen Zügen teilte.<sup>445</sup> Dennoch soll damit nicht die oft polemische und mit schrillen Tönen vorgetragene Kritik der Jungsozialisten verniedlicht werden - im Gegenteil, denn die Einwände einiger Arbeitsgemeinschaften und die mit dem Beschluss verbundenen Probleme einzelner regionaler Parteiorganisationen wurden von der SPD-Führung ernst genommen. Dies galt auch, nachdem der Parteirat die Münchner Beschlüsse am 26. Februar 1971 erneut bekräftigt und für verbindlich erklärt hatte.<sup>446</sup> Durch die vielerorts straffe Organisation der Parteijugend, die über eigene Publikationsplattformen verfügte und ihre eigenen Klausurtagungen und Pressekonferenzen abhielt, erlangte sie eine besonders hohe öffentliche Aufmerksamkeit.<sup>447</sup> Gelegentlich konnte so der Eindruck entstehen, dass die Partei mit mehreren, einander widersprechenden Stimmen sprach. Die Springerpresse sowie andere konservative Blätter schlachteten dies weidlich für ihre Zwecke aus, und gerade der Themenkomplex „Sozial-

---

<sup>444</sup> So der Kenntnisstand des SPD-Parteivorstands am 04.02.1971. Notiz Uwe Janssen an Hansjürgen Wischnewski vom 04.02.1971. AdsD, SPD, PV, Abteilung Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>445</sup> Zu gleich lautendem Urteil kam auch die SED-Führung. Hierzu das Schreiben Albert Nordens an Walter Ulbricht vom 23.02.1971 (Information über Propagandaarbeit und politisch-operative Einflussnahme in der BRD für das Jahr 1970). BA, SAPMO, DY 30, 3563, S. 11.

<sup>446</sup> So hieß es im Beschluss des SPD-Parteirats vom 26.02.1971 unmissverständlich: „Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission erwarten von allen Mitgliedern der Partei die unmissverständliche Respektierung des Beschlusses über die Unvereinbarkeit von Aktionsgemeinschaften mit kommunistischen Organisationen [...]“, Anlage des Präsidiumsprotokoll vom 18.03.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle. Dennoch hatte Wischnewski eine Befragung der regionalen Parteiorganisationen in Auftrag gegeben. Sie sollte über bestehende Schwierigkeiten und laufende Parteiordnungsverfahren im Zusammenhang mit den Parteiratsbeschlüssen Aufschluss liefern. Siehe Fernschreiben Flegels an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer vom 01.03.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2135.

<sup>447</sup> Vgl. hierzu auch Vogel, Hans-Jochen: Die Amtskette - meine 12 Münchner Jahre, München 1972, S. 247.

demokratie und Kommunismus“ erfreute sich größter Beliebtheit in der Berichterstattung.<sup>448</sup> In Folge wurde generalisierend von *den* Jusos in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gesprochen, ohne dabei in Rechnung zu stellen, dass es auch innerhalb der Jungsozialisten verschiedene politische Strömungen gab. Daraus resultierte, wenn auch nicht ohne eigenes Verschulden der Jusos, das Image als „Schmuddelkinder“ der Partei. Dass das Verhältnis zwischen Parteijugend und Parteivorstand innenpolitisch instrumentalisiert wurde, indem man von dem angeblichen pro-kommunistischen Treiben berichtete, hatte die SPD-Führung erkannt und trieb daher innerparteiliche Reformen voran, die die SPD als Organisation konsolidieren sollten. Willy Brandt ließ auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1970 keine Zweifel daran, als er betonte:

„Die SPD kann nicht zulassen, dass irgendeine, wenn auch noch so wichtige Arbeitsgemeinschaft sich als Partei in der Partei etabliert. Das wäre schädlich für die Meinungsbildung in der Partei und für ihre wirksame politische Arbeit, und dazu gehört auch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit.“<sup>449</sup>

Die Pläne der Parteiführung, neue Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften zu verabschieden und sich der Medien- und Pressepolitik auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag vom 18. bis 20. November 1971 in Bonn eingehender zu widmen, waren in diesem Zusammenhang sicherlich kein Zufall.<sup>450</sup> Festzuhalten bleibt, dass eine kleine, aber lautstarke Minderheit der Jungsozialisten gegen den Beschluss des Parteirates opponierte. Aber um der Vielfalt der an den Tag gelegten Reaktionen an der Basis gerecht zu werden, sollte man zwischen dem Löwenthal-Papier und dem Verbot von Aktionseinheiten differenzieren. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hatte an einer ideologischen Abgrenzung durchaus ein vitales Interesse, denn schließlich sollten die Jungwähler aus der Neuen Linken nicht in kommunistische Gruppierungen oder Parteien wie die DKP ableiten, sondern für die SPD gewonnen werden.<sup>451</sup> Insofern bestand eine Affinität in der Zielsetzung zwischen dem Bundesvorstand der Jungsozialisten und dem SPD-Parteivorstand.

---

<sup>448</sup> Hier nur einige Beispiele: „Warum ist Sozialismus wieder attraktiv?“ in: „Christ und Welt“ vom 31.12.1971, „Die neue Linke versucht den Durchbruch - Klassenkämpferische Töne in der SPD“, in: „Rheinische Post“ vom 11.10.1971, „Parole: Es geht um die Macht“, in: „Die Welt“ vom 15.03.1971, „Das Trojanische Pferd bleibt in der SPD“, in: „Die Welt“ vom 28.03.1973, „Verbraachte Parteispitze toleriert Linksfraktion“, in: „Bayern-Kurier“ vom 18.03.1972.

<sup>449</sup> So Brandts Ausführungen auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten, abgedr. in SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 11.12.1970.

<sup>450</sup> Siehe Entwurf „Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften“ vom 26.02.1971. AdsD, NL Eugen Selbmann, 212. Protokoll des Außerordentlichen SPD-Parteitags vom 18.-20.11.1971, in: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Bonn, 1971.

<sup>451</sup> Interview des Autors mit Karsten Voigt vom 16.01.2006.

Erhebliche Einwände hingegen bestanden in Bezug auf den „Antiaktionseinheitsbeschluss“.<sup>452</sup> Die organisatorische Zusammenarbeit mit Kommunisten im engeren Sinne wurde zwar von der Mehrheit der Jusos abgelehnt, doch man war nicht bereit, auf außerparlamentarische Aktionen zu verzichten. Wollten die Jusos bei der jungen Generation mit ihren politischen Forderungen und Argumenten Gehör finden, mussten sie daran festhalten, da unkonventionelle Formen politischer Partizipation in außerparlamentarischen Aktivitäten zum gängigen Repertoire jeglicher Jugendorganisationen gehörten.<sup>453</sup>

Tatsache war aber auch, dass DKP, SDAJ, MSB/Spartakus oder andere, der DKP nahestehende Hilfsorganisationen als Trittbrettfahrer, vereinzelt aber auch als Initiatoren von Kundgebungen, Demonstrationen und ähnlichen Veranstaltungen von diesem außerparlamentarischen Raum stets profitierten.<sup>454</sup> Aus Sicht der Jungsozialisten waren die Intentionen mancher Aktionen, wie etwa Protestkundgebungen gegen den Vietnamkrieg, nicht schon deswegen fragwürdig, weil Kommunisten daran teilnahmen oder gar in den Veranstaltungsgremien saßen. Daher erarbeitete das damalige Bundesvorstandsmitglied Norbert Gansel Richtlinien für eine mögliche praktische Zusammenarbeit. Die Beteiligung der Jungsozialisten an gemeinsamen Aktionen sollte sich an Bedingungen knüpfen, die es im Einzelfall von den lokalen Parteiführungen zu überprüfen galt, ob, wie und in welcher Form die Jungsozialisten Beiträge leisten würden. Zu den Voraussetzungen zählte Einigkeit über das konkrete Ziel und die Methoden der Aktion. Ebenso musste die aktive Mitarbeit der Jungsozialisten in den Gremien (personell) gewährleistet sein, und die Vertretung der Jusos in diesen Gremien sollte ihrer zahlenmäßigen sowie politischen Bedeutung entsprechen. Bei den ersten Anzeichen einer durch die

---

<sup>452</sup> Eine hundertprozentige Umsetzung des „Antiaktionseinheitsbeschluss“ widersprach den auf den Bundeskongressen in München und Bremen gefassten Beschlüssen der Jungsozialisten, die auf „punktuelle“ Zusammenarbeit mit so genannten „kritischen“ Gruppen außerhalb der SPD abstellten. Ferner hierzu das Protokoll der Bundesausschusssitzung der Jungsozialisten vom 21./22.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13. Ebenso Schreiben des UB Lüneburg an den SPD-Parteivorstand vom 13.07.1971, Schreiben des SPD-Ortsvereins Münster an den Parteirat vom 25.02.1971. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsbüro, 2134 Teil I, Bezirks-, Landesverbände, Unterbezirke, Kreisverbände, Ortsvereine.

<sup>453</sup> Mit dem Begriff der sogenannten „Doppelstrategie“ versuchten die Jusos die Erfahrungen des außerparlamentarischen Protestes mit den Formen repräsentativer Demokratie zu verbinden. Zu den theoretischen Vordenkern vgl. Gorz, André: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt a. M. 1967.

<sup>454</sup> Immerhin war es der DKP innerhalb eines Jahres gelungen, etwa 7000 Mitglieder zu werben. So die Arbeitsgruppe des Bundeskanzleramtes zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit links- und rechtsradikalen Bestrebungen, durch Wolfgang Schollwer (AA) an Herbert Wehner übersandter Vermerk vom 11.02.1971. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6. WP., Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, 301.

Kommunisten forcierten „Volksfrontpolitik“ sollte dies den sofortigen Austritt aus der entsprechenden Aktion zur Folge haben.<sup>455</sup> Für die kommenden Jahre stellten diese Richtlinien die bündnispolitische Grundlage für die politische Praxis der Jungsozialisten dar, die daran festhielten, auch mit Kommunisten vereinzelt zu kooperieren und Aktionen durchzuführen. Folglich behielten es sich die Jusos trotz des Beschlusses des Parteirates weiterhin vor, selbst zu entscheiden, ob und wie sie mit Kommunisten zusammenarbeiteten, und steuerten somit erneut auf Kollisionskurs mit dem Parteivorstand.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die SPD-Führung bereits vor der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages beabsichtigte, einen Abgrenzungsbeschluss gegenüber den Kommunisten zu fassen, der klarstellte, dass die bilateralen Verhandlungen im Rahmen der Neuen Ostpolitik keine Veränderungen der grundsätzlichen Haltung der Sozialdemokraten zur kommunistischen Theorie bedeuteten. Mit der „friedlichen Koexistenz“ erwartete man die Verstärkung des ideologischen Kampfes durch die Kommunisten und für diesen wollte die SPD-Führung nicht nur gerüstet sein, sondern ihn offensiv und selbstbewusst antreten. Die innerparteilichen Tendenzen, die eine verstärkte Zusammenarbeit von Jungsozialisten und westdeutschen Kommunisten, vornehmlich der DKP/SDAJ, anzeigten, bestätigten den Parteivorstand darin, dass es nun an der Zeit sei, verbindliche Regelungen zu treffen.

Ein derartiger Beschluss wurde zunehmend als unerlässlich erachtet. Dabei entsprang die Motivation der SPD-Führung mehreren Sachverhalten. Denn sowohl die Meldungen über vereinzelte Kooperationen von SPD-Arbeitsgemeinschaften mit der DKP sowie die zunehmende, an Schärfe gewinnende Auseinandersetzung der SPD mit der CDU/CSU um den entspannungspolitischen Kurs der Bundesregierung<sup>456</sup> und die Immunisierung der eigenen Mitglieder gegen kommunistische Infiltrationsversuche im Zuge der Ostpolitik lieferten der Baracke Gründe, diese Abgrenzung vorzunehmen. Nach der Rückkehr der Juso-Delegation aus Ostberlin

---

<sup>455</sup> Durch Wolfgang Kiehne angefertigtes Gesprächsprotokoll vom 05.11.1970 zum Zusammentreffen von Wischniewski, Flegel, Voigt, Gansel, Eichel und Kiehne vom 27.10.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13. Zur Bündnisfrage siehe auch handschriftliche Aufzeichnung Karsten Voigts vom November 1970 (o.D.) in: Ebenda, ebenso undatierte Gesprächsnotiz Leo Bauers über ein Telefonat mit Norbert Gansel am 10.11.1970. AdsD, NL Leo Bauer, SPD, PV.

<sup>456</sup> Zur Oppositionspolitik der CDU/CSU gegen die Neue Ostpolitik vgl. Grau, Andreas: Gegen den Strom - Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Sozialliberalen Koalition 1969-1973 (Diss.) in: Buchstab, Günter; Gotto, Klaus; Hans Günter Hockerts, Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 47, Düsseldorf 2005.

im Juni 1970 ging es nicht mehr darum, *ob* ein Beschluss erfolgen würde, sondern *wann* und in welcher Form. Die Veröffentlichung des Löwenthal'schen Entwurfes war keineswegs eine Panne oder eine Indiskretion Jochen Steffens. Vielmehr deutete sich durch die verstärkte Betonung der ideologischen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus in den öffentlichen Erklärungen und Interviews von SPD-Spitzenpolitikern im Vorfeld der Moskauer Vertragsunterzeichnung an, dass die SPD-Spitze beabsichtigte, nach der Erarbeitung einer Beschlussvorlage diese auch zu veröffentlichen. Parallel zu den geringfügigen Überarbeitungen des Löwenthal-Papiers durch eine vom Parteivorstand einberufene Kommission liefen die Vorbereitungen für den „Antiaktionseinheitsbeschluss“, der organisatorische Kooperationen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten sanktionierte. Beide Entwürfe wurden vom Parteivorstand zu einer Beschlussvorlage zusammengefasst, die somit die Theorie und Praxis der Abgrenzung vom Kommunismus in sich vereinte.

Die Vorbereitungen des Parteivorstands und des Präsidiums ließen keinen Zweifel daran, dass die SPD-Führung nicht gewillt war, eine ausführliche innerparteiliche Diskussion anzustoßen. Die Integrationsbemühungen Wischnewskis gegenüber dem Bundesvorstand der Jungsozialisten im Oktober 1970 zeigten ebenso deutlich, dass der Parteivorstand mit keinen nennenswerten Widerständen im Parteirat rechnete.

Auch wenn der Parteirat die Vorlage mit großer Mehrheit verabschiedete, täuschte dies nicht darüber hinweg, dass es im Diskussionsverlauf der Parteiratssitzung vom 14. November 1970 durchaus kritische Wortmeldungen gab. Die Kritik war kaum inhaltlicher Natur, denn die von Löwenthal erarbeiteten Thesen wurden weniger in Frage gestellt als das Vorgehen des Parteivorstandes. Daher lenkte der Parteivorstand ein, indem man sich darauf einigte, das Löwenthal-Papier zunächst nur „vorläufig“ zu verabschieden. Der zweite Teil der Beschlussvorlage (Zusammenarbeit DKP/SDAJ) blieb jedoch verbindlich. Gerade in Zusammenhang deuteten sich erste Unsicherheiten an, wie dies im politischen Alltag umzusetzen sei. Jochen Steffen verlieh seiner Sorge Ausdruck, die wohl auch von der Mehrheit der Jusos geteilt wurde, dass das Verbot von Aktionseinheiten zu einer Isolation der SPD-Arbeitsgemeinschaften im außerparlamentarischen Raum führe. Daher bezeichnete er diesen Beschluss als „Hallstein-Doktrin“ für Bürgerinitiativen. Stef-



fen betonte aber auch gegenüber dem Parteivorstand, dass diese Abgrenzung nicht dazu benutzt werden solle, den sozialistischen Reformwünschen der Parteilinken eine Absage zu erteilen und nicht in Flügelkämpfen enden dürfe.

Der SPD-Beschluss vom 14. November 1970 wurde in der osteuropäischen Presse in gewohnter Manier als „antikommunistisches“ Pamphlet und Überbleibsel des Kalten Krieges bezeichnet. Insgesamt fiel die Berichterstattung dennoch gelassen aus. Die im Löwenthal-Papier vorgenommene Feststellung, dass eine „friedliche Koexistenz“ nicht identisch sei mit einer ideologischen Koexistenz, wurde mit großer Selbstverständlichkeit angenommen bzw. auch von den Warschauer-Pakt-Staaten geteilt. Die Ausnahme - wie es nicht anders zu erwarten war - bildeten die publizistischen Reaktionen der DDR. Die Hybris, mit der die Anschuldigungen in polemischer Weise vorgetragen wurden, hatte vor allem den „Sozialdemokratismus“ zum Ziel. Die Kritik aller osteuropäischen Veröffentlichungen galt in erster Linie dem Verbot von Aktionseinheiten, da diese eine taktische Notwendigkeit für eine erfolgreiche ideologische Auseinandersetzung darstellten.

Nach der Verabschiedung der Vorlage „Sozialdemokratie und Kommunismus“ durch den Parteirat begann die Diskussion in den Untergliederungen der SPD. Gemessen an der Anzahl regionaler Parteiorganisationen fiel die Resonanz außerordentlich gering aus. Ursächlich hierfür war die stillschweigende Übereinstimmung großer Teile der Partei. Allerdings muss an dieser Stelle eingeräumt werden, dass der vom Parteivorstand bemessene Zeitrahmen, Änderungsanträge zu stellen, kurz war. Abgesehen von einigen spektakulären Entschlüssen bzw. Presseerklärungen wie der der Jungsozialisten Hessen-Süd, entlud sich die innerparteiliche Kritik vor allem am Vorgehen des Parteivorstandes. Unschwer ließ sich feststellen, dass der SPD-Parteivorstand den Parteirat sowie die Unterorganisationen vor vollendete Tatsachen stellte, woran auch die „Vorläufigkeit“ des Löwenthal-Papiers nichts änderte. Die mit der Formel „Mehr Demokratie wagen“ verbundenen Hoffnungen der Parteilinken und der Jusos auf ein größeres innerparteiliches Mitspracherecht wurden somit zumindest bei diesem Themenkomplex enttäuscht. Auch wenn quantitativ betrachtet die Haupteinwände nicht aus den Reihen der Jungsozialisten kamen, blieb unübersehbar, dass das Aktionseinheitsverbot die Parteijugend vor besondere Probleme stellte. Der Verzicht auf außerparlamentarische

rische Aktionen, an denen sich kommunistische Gruppierungen beteiligten, musste zwangsläufig den Widerstand einer jeglichen Jugendorganisation hervorrufen. In Folge erarbeitete Norbert Gansel Richtlinien für die außerparlamentarische Bündnispolitik, die die partielle Zusammenarbeit einer Einzelfallentscheidung unterzog.

Die Diskrepanz zwischen dem Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970 und dessen tatsächlicher Handhabung durch die Jungsozialisten verdeutlicht, dass die Parteiführung sich vor die Wahl gestellt sah, dies zu tolerieren oder gegen Verstöße mit Parteiordnungsverfahren disziplinarisch vorzugehen. Der integrative Bestandteil der vom Parteivorstand gegenüber der jungen Generation verfolgten Doppelstrategie schien allmählich vor dem Hintergrund der zunehmenden innerparteilichen Fraktionierung und der Querelen mit den Jungsozialisten, wie sie in München oder Frankfurt wahrnehmbar waren, ausgedient zu haben. Die Versuche, die „jungen Wilden“ zu integrieren, wurden vielmehr selbst in Frage gestellt. Hans-Jochen Vogel betonte dies bei einer Aussprache im SPD-Parteivorstand wie folgt:

„Aber sind wir denn in erster Linie ein Sozialisationsgremium, um verrückt gewordene Großbürgersöhne [...] Mann für Mann zu erziehen, oder sind wir eine politische Partei [...]. Ich entscheide mich da ganz klar dafür, dass Integrations- und Erziehungsversuche dann abgebrochen werden müssen, wenn es ans Mark der Partei geht.“<sup>457</sup>

Der Abgrenzungsbeschluss des Parteirates polarisierte zusätzlich zwischen den sich abzeichnenden Flügelkämpfen in der SPD. Der Beschluss, der das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus auch für die Mitglieder verbindlich regeln sollte, geriet nun selbst in die innerparteiliche Auseinandersetzung und sorgte in der Partei für erhebliche Debatten.<sup>458</sup> Das „Mark der Partei“ bildete das Godesberger Grundsatzprogramm, das es aus Sicht des sich allmählich formierenden Seeheimer Kreises und dessen namhaften Vertreter wie Helmut Schmidt, Egon Franke, Hansjürgen Wischnewski oder Hans-Jochen Vogel zu verteidigen

---

<sup>457</sup> Hans-Jochen Vogels Ausführungen im Parteivorstand, in: Kahrs, Johannes; Viehbeck, Sandra (Hrsg.): „In der Mitte der Partei - Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises, Berlin 2005, S. 25.

<sup>458</sup> Vgl. Wischnewski, Hans-Jürgen: Mit Leidenschaft und Augenmaß - In Mogadischu und anderswo, München 1989, S. 89.

galt.<sup>459</sup> Insbesondere die Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit Kommunisten wurde zum Gradmesser sozialdemokratischer Grundsätze. In diesem Zusammenhang sollte aber auch nicht übersehen werden, dass sich manche altgedienten SPD-Genossen als Hüter dieser Grundsätze gerierten, da sie ihre eigenen Pfründe durch die aufstrebenden Jungfunktionäre gefährdet sahen.<sup>460</sup> Jedenfalls geriet die SPD zum Jahreswechsel 1970/1971 in eine ernstzunehmende Krisensituation, die sich an Kopf und Gliedern der Partei offenbarte.

#### 5. *Die SPD-Führungskrise nach dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten im Dezember 1970*

Vorangegangen war dieser Krise eine erneute Auseinandersetzung mit der Parteijugend. Die Jungsozialisten hatten bereits die Plakatierung und eine Flugblattaktion für den Anfang des Jahres 1971 anstehenden Lehrlingskongress geplant. Die Arbeiterjugend sollte verstärkt angesprochen werden, da die oft akademisch geführten Diskussionen der Jungsozialisten und deren Vokabular nicht selten dazu führte, dass die Arbeiterschaft in zunehmendem Maße Jungsozialistischen Veranstaltungen fernblieb. Ziel war es dabei in dem Konkurrenzkampf um Wählerstimmen und Mitgliederzahlen gegenüber der omnipräsenten SDAJ im Zuge der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes nicht ins Hintertreffen zu geraten. Der Bundesvorstand wählte als Motiv für die Plakate und Flugblätter eine Faust als traditionelles Symbol der Arbeiterschaft. Dieses Symbol erschien ihnen zunächst unverfänglich. Dass das Symbol der Faust in der Tradition der Arbeiterbewegung seinen festen Platz hat, ist wohl unbestritten.<sup>461</sup> Aus historischer Sicht wurde die Faust sowohl von Sozialdemokraten („Eiserne Front“) als auch von Kommunisten genutzt. Während der Weimarer Republik und dem daran anschließenden antifaschistischen Widerstand wurde die Faust allerdings zum Synonym des kommunistischen Kampfes gegen den Nationalsozialismus. Aufgrund der gemeinsamen Wurzeln von Sozialdemokraten und Kommunisten blieb die Verwendung von politi-

---

<sup>459</sup> Trotz der zum Teil unkritischen Darstellung der Seeheimer besonders lesenwert, vgl. Gebauer, Anne-Katrin: Der Richtungsstreit in der SPD - Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf (Diss.), Wiesbaden 2005.

<sup>460</sup> Lösche, Peter; Walter, Franz: a. a. O., S. 336ff. Karsten Voigt im Interview mit dem Autor am 16.01.2006: „Wir haben uns manchmal gefragt, was man damit [dem Aktionseinheitsverbot] verhindern wissen wollte: die Zusammenarbeit mit Kommunisten oder die Aktion als solche.“

<sup>461</sup> Im Übrigen hat sich das Symbol der Faust Mitte der Siebziger Jahre bei den Jusos etabliert und blieb bis heute erhalten. Das Symbol zeigt eine Faust aus der eine rote Rose hervorragt.

schen Symbolen auch in der Nachkriegszeit prekär und nicht unumstritten. Als Beispiel seien hier nur die beiden ineinander greifenden Hände des SED-Zeichens genannt, die in Anlehnung an die Abbildung zweier Hände auf der ersten Fahne des „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) von 1863 zurückgeht.

Als die SPD-Führung im Spätjahr 1970 von der Plakataktion des Jusos erfuhr und die ersten Druckexemplare für den Lehrlingskongress fertig gestellt waren, schaltete sich das SPD-Präsidium ein. Sämtliche Exemplare wurden beschlagnahmt und umgehend eingestampft.<sup>462</sup> Im Anschluss an die besagte Parteiratssitzung vom 14. November 1970 nahm Gansel das Vorgehen des SPD-Präsidiums zum Anlass, um sich bei Wehner und Wischniewski zu beschweren. Er versuchte sie davon zu überzeugen, dass die Verwendung dieses Symbol keine pro-kommunistischen Einstellung der Jungsozialisten impliziere. Der „Zuchtmeister“ und der Bundesgeschäftsführer blieben jedoch von Gansels Ausführungen unbeeindruckt.<sup>463</sup> Die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten erschöpfte sich nicht nur auf ideologischer Ebene oder im Verbot von Aktionseinheiten, sondern sie erstreckte sich ebenso auf die Verwendung von politischen Symbolen. Nachdem die SPD-Führung die vorangegangenen Monate alle Anstrengungen (in der Partei und der bundesdeutschen Öffentlichkeit) unternommen hatte auf die Unvereinbarkeit zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus hinzuweisen, konnte das Handeln des SPD-Präsidiums nicht überraschen. Aus der Sicht der Bonner Parteizentrale konterkarierte die Verwendung solcher Symbole ihre Bemühungen die Partei vom Kommunismus abzugrenzen. Weder Habitus, Rhetorik noch die verwendeten politischen Symbole der SPD-Arbeitsgemeinschaften sollten gewollte oder ungewollte „Verwechslungen“ ermöglichen. Das schwer belastete Verhältnis zwischen Jungsozialisten und Parteiführung hatte sich längst zum Dauerzwist entwickelt und ließ den für Dezember 1970 anstehenden Bundeskongress der Jungsozialisten mit Spannung erwarten.

### 5.1 *Wehners Taktieren auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten*

---

<sup>462</sup> In diesem Sinne informierte Wolfgang Kiehne den Bundesvorstand der Jungsozialisten. Bundesvorstandsprotokoll der Jungsozialisten vom 19.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 16.

<sup>463</sup> Bundesvorstandsprotokoll der Jungsozialisten vom 19.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 16.

*im Dezember 1970*

Nach der Erklärung des Berliner Bundesausschusses zum Beschluss „Sozialdemokratie und Kommunismus“ vom 21. November 1970 und der darin zum Ausdruck gebrachten Mutmaßungen über dessen Ursachen<sup>464</sup>, beschwor Willy Brandt die Jusos, dem Parteivorstand „in der innerparteilichen Diskussion[...] keine falschen Motive“ zu unterstellen.<sup>465</sup> Die darin enthaltenen Vorwürfe, die durch den SPD-Parteirat vorgenommene Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus verfolge lediglich den Zweck „sozialistische Kräfte in der SPD zurückzudrängen“ und belebe damit „den primitiven Anti-Kommunismus neu“ würden den Absichten der SPD-Führung nicht gerecht werden.<sup>466</sup> Die Neue Ostpolitik, so Brandt, habe bewiesen, dass die praktische Politik der SPD nicht durch einen „primitiven Anti-Kommunismus“ geprägt sei. Dennoch ließ Brandt bei diesem Versuch, die innerparteiliche Diskussion zu versachlichen keinen Zweifel daran, dass es die „Glaubwürdigkeit der SPD“ erfordere die prinzipiellen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus hervorzuheben. Den Aktionseinheitsbestrebungen der DKP sei daher eine klare Absage zu erteilen.<sup>467</sup> Noch eindringlicher wandte sich Herbert Wehner an die Jungsozialisten, indem er betonte, die Abgrenzung sei „eine Frage auf Leben und Tod“<sup>468</sup> die ihren Ursprung in dem kommunistischen Alleinanspruch habe. Die Bündnispolitik der Kommunisten in der Vergangenheit wie in der Gegenwart sei darauf gerichtet, Verbündete zu gewinnen, um zur politischen Verantwortung zu gelangen. Nach Ansicht Wehners sollten dabei die Bündnispartner der Kommunisten keine Illusionen unterliegen, da die kommunistische Theorie „eine Theologie [sei]“, die „alle anderen eliminieren müssen, sofern diese sich nicht von ihnen umformen und verdauen lassen.“<sup>469</sup> Dies unterstrich er mit dem berühmten Satz Lenins, indem es hieß „die Sozialdemokraten sind bei Wahlen so zu unterstützen wie der Strick den Gehenkten unterstützt“, der nach

---

<sup>464</sup> Anlage des Protokolls der Bundesausschusssitzung der Jusos vom 21./22.11.1970. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 13.

<sup>465</sup> So Brandts Ausführungen auf dem Bremer Bundeskongress vom 11.12.1970, SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 11.12.1970. AdsD, WBA, Publikationen, Mappe 378, S.13.

<sup>466</sup> Brandts Ausführungen auf dem Bremer Bundeskongress vom 11.12.1970, SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 11.12.1970. AdsD, WBA, Publikationen, Mappe 378, S.13.

<sup>467</sup> Ebenda.

<sup>468</sup> Referat Herbert Wehner auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten vom 11.-13.12.1970. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6. WP., Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, 447, S.7.

<sup>469</sup> Ebenda, S.6.

wie vor seine Gültigkeit besaß.<sup>470</sup> Bemerkenswert war jedoch, dass Wehner darüber hinaus keine weiteren Äußerungen zum Parteiratsbeschluss vornahm und ihn auf diesen Punkt reduzierte. Im Gegenteil, denn er schien sich in weiten Teilen davon zu distanzieren, indem er versöhnlichere Töne anstimmte:

„Ich rede jetzt um die von Euch vermuteten Motive [für den Abgrenzungsbeschluss], die bei Euch in den letzten beiden Sätzen Eures Beschlusses drin stehen. Das können wir ja mal diskutieren, ich hätte das Thema vielleicht überhaupt nicht anschneiden dürfen, hier, sofort fangen sie an und machen daraus ein Seminar. Ich habe ja nichts dagegen, ich bin ja gern bereit dabei zu sein, das zu verbessern.“<sup>471</sup>

Wehner hob ausschließlich auf das Aktionseinheitsverbot ab und räumte ein, dass die Sozialdemokraten mit den Kommunisten in den Gewerkschaften sowie in den Betrieben diskutieren und streiten müssten, sich aber nicht in der politischen Praxis mit Kommunisten organisieren dürften. Diese geistig-politische Auseinandersetzung sei Anfang der 50er Jahre durch „jenen dummen Schritt“<sup>472</sup> (KPD-Verbot) erschwert worden. Nach Wehners Theorie hatte das KPD-Verbot das Kommunistenproblem zu einem außenpolitischen Problem stilisiert, was sich nun im Zuge der Entspannungspolitik der Regierung Brandt als Handicap erweise. Diese beschwichtigenden Erklärungsversuche Wehners waren aber kein Indiz dafür, dass der sonst für seine Härte mit dem politischen und innerparteilichen Gegner berühmte „Onkel“ plötzlich „zahnlos“ wurde. Seinem ausgeprägten Instinkt für politische Macht folgend, wurden diese leiseren Töne eher von taktischen Überlegungen getragen. Vielmehr beschwor er die Jungsozialisten bei dem „riesigen Unterfangen...[nämlich die] Organisation des Friedens“ mitzuhelfen, dass die Regierung Brandt keine Episode bleibe.<sup>473</sup> Dies war der zentrale Punkt in Wehners Denken. Dabei sollten sich alle Sozialdemokraten diesem Ziel - nämlich dem Machterhalt - unterordnen. Wehner rief aber nicht nur die Jungsozialisten zur Mäßigung auf. Gerade Helmut Schmidt attestierte er im Umgang mit den eigenen Parteimitgliedern mangelndes Taktgefühl und schlug sich zumindest in diesem Punkt auf die Seite der Parteijugend. Offensichtlich geschah das nicht ohne Hintergedanken, denn Wehner warb bei den Jusos auch für das so genannte „Langzeitprogramm“ (Programmatik der SPD-Politik bis in 80er Jahre), das durch eine

---

<sup>470</sup> Ebenda.

<sup>471</sup> Ebenda.

<sup>472</sup> Referat Herbert Wehner auf dem Bremer Bundeskongress der Jungsozialisten vom 11.-13.12.1970. AdsD, SPD, BT-Fraktion, 6. WP., Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, 447, S.4.

<sup>473</sup> Ebenda, S.4. Genährt wurden Wehners Sorgen wohl in erster Linie durch das schlechte Abschneiden der SPD bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern, die einen durchschnittlichen Verlust von zwei bis fünf Prozentpunkten betrug.

Kommission unter Vorsitzes Schmidts erarbeitet worden war. Wehner ging auch in diesem Punkt auf Annäherungskurs, indem er für die Vorbehalte der Jungsozialisten Verständnis zeigte und ihnen versicherte:

„Ihr habt den Eindruck, das Langzeitprogramm sei deswegen schon skeptisch zu betrachten, weil der Vorsitzende einer ist, der von Euch in einer anderen Eigenschaft angegangen wird und wegen einiger lästerlicher Reden, die ihm nicht verziehen werden sollen, über die man mit ihm reden soll. Ja, das tue ich, ich verzeihe manche Sachen nicht, aber ich rede mit ihm. Das ist schwer, sehr schwer, weil es ein unerhört temperamentvoller Mann ist. [...] Er wird das hören oder lesen [...] dessen bin ich mir sicher, und ich habe dann einiges auszustehen.“<sup>474</sup>

In dieser Einschätzung täuschte sich Wehner nicht. Der Vorwurf, dass Schmidt sich des Öfteren im Umgang mit den SPD-Genossen in der Tonart vergriff, war keineswegs unberechtigt. Der durch den Volksmund geprägte Beiname „Schmidt-Schnauze“ deutete seine rhetorischen Fähigkeiten an. Helmut Schmidt bedachte nicht nur den politischen Gegner, sondern auch die eigenen Reihen gelegentlich mit sarkastischen, bisweilen auch verletzenden Bemerkungen.<sup>475</sup> Nachdem bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Herbst 1970 Stimmverluste zu verzeichnen waren, lasteten die Wahlanalysten der Parteirechten das schlechte Abschneiden der Parteilinken, vornehmlich den Jungsozialisten, an. Helmut Schmidt hatte in diesem Zusammenhang die Losung ausgegeben: „Es muss doch endlich mal beginnen mit der Autorität in diesem Scheiß-Staat.“<sup>476</sup> Schmidt forderte von der Parteiführung ein rigoroseres Vorgehen gegen die widerspenstig gewordene Parteijugend. Er zog es vor, sich eher von 1000 Jusos zu trennen, als den Verlust von 100000 Wählerstimmen hinzunehmen. Wehner hingegen nahm die Jungsozialisten in Schutz, da manches innerhalb der Partei „was die Jungsozialisten mit unqualifizierten oder extremen Äußerungen“ kritisierten „tatsächlich nicht in Ordnung“<sup>477</sup> sei. Die Jungsozialisten zum „Sündenbock“ zu erklären oder sie zum „Topfschlagen freizugeben“ verringere die Attraktivität der SPD innerhalb der

---

<sup>474</sup> Ebenda, S.9.

<sup>475</sup> So soll er laut einem Spiegel-Bericht vom 21. Dezember 1970 während einer Kabinettsitzung dem Bundesjustizminister Gerhard Jahn auf dessen Versuch den Forderungen nach „inneren Reformen“ durch die Liberalisierung des Ehe- und Sexualstrafrechts nachzukommen, entgegnet haben „Was werden wohl die Frauen um 50 mit Hängebussen von diesem neuen Eherecht halten?“ Seine verbalen Unmutäußerungen richtete Schmidt aber ebenso an seinen Parteivorsitzenden indem er in Anspielung auf dessen Kniefall in Warschau feststellte: „Spektakuläre Auftritte im Ausland seien natürlich einfacher als die Bonner Tagesarbeit“, in: Der Spiegel, Jahrgang Nr. 52, vom 21. Dezember 1970, S.22.

<sup>476</sup> Ebenda, S.21.

<sup>477</sup> Herbert Wehners Stern-Interview vom 07.03.1971.

Jugendgeneration. Daher müsse man ihnen die Möglichkeit einräumen „mitzumachen“ bzw. Ämter in der Partei zu besetzen.<sup>478</sup>

Gerade das vermeintliche Einlenken bzw. Taktieren Herbert Wehners führte zur Konfrontation mit Helmut Schmidt bzw. zu einer ernsthaften ‚Verstimmung‘ zwischen dem Parteivorsitzenden und seinen zwei Stellvertretern. Brandts Vermittlungsversuche den Streit zwischen Schmidt und Wehner in einem Vier-Augen-Gespräch beizulegen, stieß bei Schmidt auf Ablehnung. Dieser wiederum warf ihm Führungsschwäche vor, da in nicht immer „Kollektiventscheidungen“ gefragt seien<sup>479</sup> und verlangte ein Machtwort von seinem Vorsitzenden. Nach Ansicht Schmidts waren Wehners Äußerungen in Bremen, eine Veränderung des politischen Kurses. Er betonte gegenüber Brandt, dass er das nicht stillschweigend hinnehmen werde.<sup>480</sup> Wehners Kurswechsel gegenüber den Jungsozialisten sowie seine Äußerungen zum Verhältnis Sozialdemokratie und Kommunismus schien Schmidts Misstrauen zu wecken. Damit deutete sich an, dass der Themenbereich „Sozialdemokratie und Kommunismus“ in die Auseinandersetzung zwischen den politischen Spitzen geriet. Mit der Spaltung der sozialistischen Partei Italiens, die an dieser Frage zerbrach, hatte die SPD-Führung ein Beispiel vor Augen wie Flügelkämpfe enden konnten.<sup>481</sup> Brandt bemühte sich zwar diesen archimedischen Punkt aus dem wohl hauptsächlich auf persönlichen Befindlichkeiten beruhenden Streit herauszuhalten, aber Schmidt ging sogar noch einen Schritt weiter, indem er sich auf Wehners kommunistische Vergangenheit bezog. Wehner habe, so Schmidt, „auf die in internem Kreise gestellte Frage, was denn eigentlich der Anlass seiner Verurteilung sei“, wiederholt geschwiegen.<sup>482</sup> Damit stellte er Wehners Bruch mit den Kommunisten offen in Frage. Ob Schmidt an Wehners Integrität wirklich zweifelte, ist unwahrscheinlich, aber sicherlich wusste Schmidt, dass diese aus den eigenen Reihen geäußerten Zweifel Wehner als Person besonders hart trafen. Das „Kainsmal“ seiner kommunistischen Vergangenheit stellte Wehners

---

<sup>478</sup> Ebenda.

<sup>479</sup> handschriftliches Schreiben Helmut Schmidt an Willy Brandt vom 30.12.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 18.

<sup>480</sup> handschriftliches Schreiben Helmut Schmidt an Willy Brandt vom 30.12.1970. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 18.

<sup>481</sup> Nach Erkenntnissen der Abteilung für internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand bestanden, wenn auch in abgeschwächter Form, weitere Beispiele aus europäischen Nachbarstaaten für Abspaltungen.

<sup>482</sup> Ebenda, Wehner wurde während seiner Exilzeit in Schweden wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit zu einer Haftstrafe verurteilt, zu den biografischen Eckdaten des „jungen“ Wehner vor allem vgl. Soell, Hartmut: Der junge Wehner - Zwischen revolutionärem Mythos und pragmatischer Vernunft, Stuttgart 1991.



wunden Punkt dar. Dass er das als persönliche Last empfand, äußerte sich in Wehners oftmals im Verborgenen ausgeübte Hilfsbereitschaft für Menschen in Not, aber wohl auch in „erschreckenden Temperamentsausbrüchen“.<sup>483</sup>

## 5.2 Die „Heckenschützenaffäre“ - Die Instrumentalisierung der KPD-Mitgliedschaft Wehners

Das Etikett des „ewigen Kommunisten“ schien Wehner stets anzuhaften.<sup>484</sup> Schon zu Beginn seiner SPD-Karriere wurde er wegen seiner KP-Mitgliedschaft das Ziel von Anfeindungen durch den politischen Gegner. Die aus den Reihen der CDU/CSU vorgetragenen Verdächtigungen, Wehner konspirierte mit der sowjetischen Führung begleiteten seinen politischen Werdegang und rissen auch posthum nicht ab.<sup>485</sup>

Aber auch die eigenen Parteigenossen nahmen sich hiervon nicht aus. Kurt Schmumacher misstraute dem Ende der 40er Jahre beigetretenen SPD-Mitglied und beauftragte das Ostbüro ein Dossier über die Person Wehners zu erarbei-

---

<sup>483</sup> Rede Helmut Schmidts (Herbert Wehner: Vom Klassenkämpfer zum Staatsmann) anlässlich der Feier zum 100. Geburtstag Herbert Wehners der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung am 11.07.2006 in Dresden. Hierzu ferner vgl. Soell, Hartmut: Herbert Wehner - Ein Leben in den Krisen des 20. Jahrhunderts, in: Bouvier, Beatrix (Hrsg.): Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl Marx-Haus, Heft 7, Trier 2006, S.26.

<sup>484</sup> Vgl. Weber, Hermann: Der ewige Kommunist? Die Instrumentalisierung der Vergangenheit des Politikers Herbert Wehner, in: Rudolph, Karsten u. a. (Hrsg.): Geschichte als Möglichkeit, Essen 1995.

<sup>485</sup> so meldete sich Anfang der 90er Jahre der ehemalige Stasi-General und Leiter der MfS-Auslandsaufklärung (HVA), Markus Wolf zu Wort. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, also dem ersten Parteitag nach Stalins Tod, sei Wehner rehabilitiert gewesen, vgl. Wolf, Markus: In eigenem Auftrag - Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S.34ff. Weiterhin insinuierte Brigitte Seebacher-Brandt im Zusammenhang mit der Guillaume-Affäre und dem anschließenden Rücktritt Willy Brandts, Wehner der Komplizenschaft mit dem Kreml. Einen Beleg, der einer wissenschaftlichen Überprüfung standhält, bleibt die Autorin jedoch schuldig, vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte: Willy Brandt, München 2004, Dem entgegen steht die ebenso wenig stichhaltige These Leugers-Scherzbergs der Bahr-Kanal habe durch gezielte Desinformation über Wehners Moskaubesuch 1973 zum Rücktritt Brandts wesentlich beigetragen, in: VfZ Nr.50 (2002), 2, S.303-322. Zu den Diskussionen in Wissenschaft und Medien über die kommunistische Vergangenheit Wehners vgl. Weber, Hermann: a. a. O. S. 401ff.

ten.<sup>486</sup> Als Wehner nach dem Tod Schumachers von den über ihn gesammelten Informationen erfuhr, begann das problembeladene Verhältnis zwischen Wehner und dem Ostbüro, das in den nächsten Jahren eine Zuspitzung erfahren sollte.<sup>487</sup> Fakt ist, dass das Ostbüro unmittelbar nach dessen Konstituierung Ende der 40er Jahre große Vorbehalte gegen die Person Wehners hegte.<sup>488</sup> Immer wenn man, aus der Sicht des Ostbüros, vermeintliche Anzeichen für einen Kurswechsel Wehners wahrnahm, wuchsen die Vorbehalte gegen seine Person. Eine wichtige Station war der Deutschlandplan Wehners von 1959, der nach Ansicht des späteren Leiters des SPD-Ostbüros Helmut Bärwald „in etlichen Punkten mit den sowjetischen Vorstellungen übereinstimmte“<sup>489</sup> und einen außenpolitischen Kurswechsel gegenüber den Warschauer Paktstaaten anzudeuten schien. Die aus dem unmittelbaren Umfeld Bärwalds geäußerte Kritik, bezog sich, in diesem Zusammenhang wie auch gegen die spätere Neue Ostpolitik, auf die Aufgabe des kämpferischen „Antikommunismus“ als Kernelement sozialdemokratischer Deutschland- und Außenpolitik. Ein weiteres Indiz für die Aufweichung sozialdemokratischer Positionen gegenüber dem Kommunismus war nach Bärwalds Ansicht, Wehners klare Absage, dass sein Ministerium (gesamtdeutsches Ministerium) Ballonaktionen zur Verbreitung sozialdemokratischer Druckerzeugnisse in der DDR nicht unterstützen werde.<sup>490</sup> Bärwald fand innerhalb der SPD vor allem im 1968 gegründeten Kurt-Schumacher-Kreis Mitstreiter, dem mehrere namhafte, altgediente Sozialdemokraten angehörten, wie zum Beispiel Hermann und Paul Kreutzer. Diese innerparteiliche Fraktion rekrutierte sich überwiegend aus den Reihen ehemaliger politischer Häftlinge des SED-Staats.

Nachdem Wehner Mitte der Sechziger Jahre die Weichen für die Große Koalition stellte, fand diese Zuspitzung in der so genannten „Heckenschützen - Affäre“<sup>491</sup>

---

<sup>486</sup> Stephan Thomas der damalige Leiter des Ostbüros reiste auf Schumachers Weisung hin nach Skandinavien, um Informationen über Wehner zu sammeln. Die Ergebnisse wurden in sieben Aktenordner zusammengetragen und bis 1958 im Ostbüro aufbewahrt. 1948/49 vermied Schumacher nach Kenntnis des Materials ein Jahr lang jeglichen persönlichen Kontakt mit Wehner. vgl. Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD - von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991, S.121.  
<sup>487</sup> Ebenda. Ferner vgl. Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD - 1946-1971 Kampf und Niedergang, Krefeld 1991.

<sup>488</sup> Vgl. Bärwald, Helmut: a. a. O., S.127.

<sup>489</sup> Bärwald, Helmut: a. a. O., S.129. Allerdings verschweigt Bärwald dabei, dass an der Entstehung des Deutschlandplans auch Helmut Schmidt und Fritz Erler maßgeblich beteiligt waren.

<sup>490</sup> Parlamentarisch-Politische-Pressedienst (PPP) vom 08.05.1967, Nr.7, S.4.

<sup>491</sup> Dieser Affäre hatte Wehner selbst den Namen gegeben, indem er die darin getätigten Indiskretionen parteiinternen „Heckenschützen“ zuschrieb.

im März 1966 ihren vorläufigen Höhepunkt. In der „Zeit“ vom 11. März 1966 erschien ein anonymes Artikel unter der Überschrift „Die Anklage der SPD-Fronde gegen Herbert Wehner - Führt Herbert Wehner die SPD wie eine kommunistische Partei?“ Darin wurden die in Wehners „Notizen“ enthaltenen Ausführungen über den Zeitpunkt und die Umstände seiner Rückkehr aus Schweden, die Gründe für seinen Ausschluss aus der KPD sowie seine Rolle während seiner Emigration in Moskau in Zweifel gezogen. Wehner brachte diesen Vorgang umgehend mit dem Ostbüro der SPD in Verbindung. Alle Ermittlungsversuche innerhalb der Bonner Parteizentrale die „undichte“ Stelle zu finden, verliefen jedoch erfolglos. Noch im gleichen Jahr schied der damalige Leiter des Ostbüros, Stephan Thomas, am 30. Juni 1966 aus dem Dienst und wechselte in die Abteilung für internationale Beziehungen der Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>492</sup> Die Nachfolge trat bis zur Auflösung des Ostbüros im Januar 1971 Helmut Bärwald an. Bärwald verneinte zwar jegliche Beteiligung des Ostbüros an dem „Anti-Wehner-Papier“, doch nachträglich räumte er ein, dass ihm etliche Jahre später, ein ehemaliger Mitarbeiter des Ostbüros gestand, den Artikel mit zwei Gleichgesinnten verfasst zu haben. Als Grund für deren Publikation legte dieser Mitarbeiter gegenüber Bärwald dar, dass Wehner als einer der „Architekten“ der Großen Koalition, ein Verräter an den „sozialistischen Prinzipien“ sei.<sup>493</sup> Demnach befürchteten die Verantwortlichen dieser Veröffentlichung, dass Wehner einen Wechsel ins konservative Lager vollzogen habe. Diese Begründung widersprach aber den erschienen Thesen, Wehner habe in Wirklichkeit nie mit dem Kommunismus gebrochen. Die dahinter stehende Grundintention war wohl eine ganz andere. Eine einschlägige Studie über den Aufbau und die historische Entwicklung des SPD-Ostbüros schreibt die Urheberschaft dem ehemaligen Bonner SPD-Unterbezirksvorsitzenden und Mitarbeiter des Ostbüros Rudolf Maerker<sup>494</sup> sowie einem Redakteur des „Vorwärts“ zu.<sup>495</sup> Maerker war den Bonner SPD-Insidern aufgrund seiner als besonders „links“ geltenden Positionen durchaus bekannt. Insofern gewinnt die gegenüber Bärwald geäußerte Rechtfertigung an

---

<sup>492</sup> Vgl. Bärwald, Helmut: a. a. O., S. 134.

<sup>493</sup> Vgl. Bärwald, Helmut: a. a. O., S. 134, S. 198, allerdings benannte Bärwald weder „Ross noch Reiter“.

<sup>494</sup> Maerker wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst Mitglied der KPD und Mitarbeiter der Westabteilung des Ostberliner Deutschlandsenders. Im Zuge der stalinistischen Kommunistenverfolgung und der Verhaftung seines Chefredakteurs Leo Bauer, floh Maerker nach Westdeutschland und arbeitete bis 1966 im SPD-Ostbüro.

<sup>495</sup> Vgl. Buschfort, Wolfgang: a. a. O., S. 123. Allerdings wird diese These durch Buschfort nicht belegt.

Plausibilität. Die Ablehnung der Großen Koalition durch die SPD-Parteilinke führte im Einzelfall zu willentlichen oder unwillentlichen Berührungspunkten zur Staatssicherheit der DDR. Die nach dem Mauerfall und der Öffnung der ostdeutschen Archive für die zeitgeschichtliche Forschung zugänglichen Quellen belegen, dass Maerker ab Oktober 1968 von der HVA und dem damaligen Stasi-Oberst Kurt Gailat als „informeller Mitarbeiter mit Feindberührung“ (IMB) mit dem Decknamen „Max“ geführt wurde. Ein strammer „Antikommunist“ und ehemaliger Mitarbeiter des Ostbüros, der eine Reihe von DDR-kritischen Publikationen vorzuweisen hatte, erweckte zunächst keinen Verdacht und war daher für die DDR-Staatssicherheit als Informationsquelle bestens geeignet. „Max“ lieferte Ostberlin 1281 Dossiers mit Informationen aus dem SPD-Parteivorstand, dem DGB-Bundesvorstand und der Friedrich-Ebert-Stiftung.<sup>496</sup> Über den genauen Zeitpunkt an dem sich Maerker der Staatssicherheit angeboten haben soll, besteht nach wie vor Unklarheit, da die HVA noch vor dem Zusammenbruch der DDR den Großteil ihrer Aktenbestände vernichtet hat. Auch der Aktenvorgang Maerkers wurde auf diesem Wege beseitigt. Es spricht einiges dafür, dass es im Zuge der „Heckenschützen - Affäre“ zwischen „Max“ und der HVA zu ersten Kontakten kam. Sehr wahrscheinlich wurden diese über den angeführten Redakteur des „Vorwärts“ hergestellt. Hermann von Berg, der seit den frühen sechziger Jahren im Auftrag des MfS mit der Kontaktaufnahme zu westdeutschen Journalisten betraut war, fand in dem „Vorwärts“-Redakteur Alexander von Cube einen nützlichen Ansprechpartner. Von Cube sollte Informationen über die politische Haltung der führenden „Vorwärts“-Redakteure gegenüber dem SPD-Parteivorstand, insbesondere zu Wehner liefern.<sup>497</sup> Nach den Aussagen Bärwalds existierte aber noch eine dritte Person. Als dritter „Gleichgesinnter“ kommt der frühere Chef vom Dienst des „Vorwärts“, Carl Guggomos („Gustav“), der nach Aussagen ehemaliger MfS-Mitarbeiter für die Desinformationsabteilung der Stasi (HVA/X) tätig war, in Betracht.<sup>498</sup> Ob die „Heckenschützen-Affäre“ durch die Staatssicherheit lanciert wurde, wird sich abschließend wohl nicht mehr rekonstruieren lassen. Jedenfalls reihte sich die Veröffentlichung der „SPD-Fronde“ nahtlos in die Anti-Wehner-Kampagne Ostberlins ein. Sofern dieser Vorgang nicht durch die SED gesteuert wurde, wurde er von ihr sicherlich mit großer Genugtuung zur Kenntnis genom-

---

<sup>496</sup> Vgl. Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, Berlin 2001, S. 217ff.

<sup>497</sup> Vgl. Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, Berlin 2001, S.67.

<sup>498</sup> Ebenda, S.68, S.362.

men. Seit längerem betrieb Ostberlin die öffentliche Kompromittierung der Person Wehners gezielt mit der Behauptung, dass Wehner für die Verhaftung vieler in der Illegalität operierender Kommunisten während der NS-Zeit verantwortlich gewesen sei.<sup>499</sup> Dass Wehner auch vom Kreml zum Ziel nachrichtendienstlicher Tätigkeiten auserwählt wurde, ließ sich einem Schreiben des KGB-Chefs Wladimir Semitschaskny an Erich Mielke vom 1. Mai 1967 entnehmen. Darin empfahl er der Staatsicherheit „aktive Maßnahmen gegen ihn [Wehner] zu überlegen und durchzuführen“.<sup>500</sup> Die Staatssicherheit konnte sich dabei, auf zahlreiche westdeutsche Journalisten und Medienvertreter stützen.<sup>501</sup> Allerdings erscheint es fraglich, ob es hierfür einer Anweisung aus Moskau bedurfte oder ob die DDR-Staatssicherheit in vorausseilendem Gehorsam längst damit begonnen hatte, Information zusammenzutragen, die sich für die öffentliche Diskreditierung Wehners eigneten. Die Akribie mit der sich die Mitarbeiter der SED-Westabteilung der Sammlung von persönlichen Daten, Rede- und Presstexten Wehners widmeten, lässt darauf zumindest schließen. Schließlich hatte die Vorstellung den alten Kontrahenten Wehner politisch auszuschalten, bei Ulbricht beinahe schon obsessive Züge. Zweifelsohne zielte das über Wehner gesammelte und in die Bundesrepublik gesandte „Spielmaterial“ in erster Linie auf seine persönliche Integrität. Dahinter stand aber nicht nur die Demontage der politischen Glaubwürdigkeit Wehners, sondern vor allem sollte seine kommunistische Vergangenheit als Instrument dienen, die Neue Ostpolitik einer Konspiration mit dem Kreml zu inkriminieren und innenpolitisch aus den Angeln zu heben.

Wehners kommunistische Vergangenheit bzw. deren Instrumentalisierung ließ sich auch zum Menetekel, der ohnehin durch konservative Kreise getragenen düsteren Vorahnungen und Vorurteilen stilisieren. In der Instrumentalisierung von Wehners Vergangenheit bestand daher zwischen SED, CDU/CSU, dem BND, aber auch einigen Sozialdemokraten wie Helmut Bärwald eine bemerkenswerte Kongruenz. Die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages ließ letzteren errahnen, dass das nicht folgenlos für das SPD-Ostbüro und seine Karriere beim Parteiapparat blieb. Unlängst widersprachen die Aktionen des Ostbüros (bspw. die Ballonaktionen an der

---

<sup>499</sup> Vgl. Staadt, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970, Berlin 1993, S.100ff., vgl. ders.: Die SED-Kampagne gegen Herbert Wehner, in: Deutschland Archiv, 27 (1994), S.345ff.

<sup>500</sup> zitiert nach Weber, Hermann: a. a. O. S.412.

<sup>501</sup> Vgl. Knabe, Hubertus, a. a. O.

deutsch-deutschen Grenze), den durch die SPD-Führung getätigten Beteuerungen, wie etwa im Beschluss „Sozialdemokratie und Kommunismus“, dass ein demokratischer Wandel der kommunistisch regierten Staaten nicht von „außen“, sondern nur von „innen“ möglich sei. Damit schien sich abzuzeichnen, dass die SPD-Führung - zumindest vor der Hand - gewillt war, auf das Ostbüro als Instrument der ideologischen Diversion zu verzichten. Mit dieser taktischen Neuausrichtung waren durchaus nicht alle Sozialdemokraten einverstanden. Leo Bauer hatte die SPD-Führung angemahnt, die Abgrenzung gegenüber den Kommunisten nicht „ohne Not“ aus der „Defensive“ zu führen.<sup>502</sup> Nach Ansicht Bärwalds stellte die Preisgabe des Ostbüros aber nicht eine Defensivposition, sondern Verrat an den sozialdemokratischen Grundsätzen dar. Im Dezember 1970 teilte Wischniewski Bärwald mit, dass das SPD-Präsidium beschlossen habe, die Arbeit des Ostbüros einzustellen und stattdessen ein neues Referat „andere Parteien“ ins Leben zu rufen. Bärwald wurde freigestellt, ob er sich am Aufbau dieses Referates beteiligen wollte, doch dieser lehnte ab und reichte mit dem Schreiben vom 18. Januar 1970 seine Kündigung ein.<sup>503</sup> Er sah sich selbst in einem „wachsenden Loyalitäts- und Gewissenskonflikt“<sup>504</sup> gegenüber dem SPD-Parteivorstand, da er die deutschland- und ostpolitischen Positionen der Bundesregierung ablehnte. Dieser Umstand blieb der SPD-Führung bereits seit mehreren Jahren nicht verborgen und Bärwalds Rücktritt überraschte daher niemanden in der Bonner Parteizentrale. Als Willy Brandt davon erfuhr, stellte er lediglich fest: „Das ist ein alter Hut. Den werden wir wohl bald im Springer-Inlanddienst wieder sehen“.<sup>505</sup> Mit dieser hämischen Bemerkung war nicht, wie man vielleicht vermuten könnte der Bundesverfassungsschutz gemeint, sondern der Bundesnachrichtendienst. Auch der eigentliche Leiter des Inlandnachrichtendienstes Günther Nollau resümierte rückblickend, dass sich der BND während der Amtszeit Reinhard Gehlens nicht ausschließlich auf nachrichtendienstliche Tätigkeiten im Ausland beschränkte.<sup>506</sup> Wie sehr Brandt mit seiner Einschätzung recht behielt, zeigte sich noch im gleichen Monat. Unmittelbar nach seiner Kündigung beim SPD-Parteivorstand betrieb Bärwald seine pub-

---

<sup>502</sup> Schreiben Leo Bauers an Willy Brandt (Durchschlag an Helmut Schmidt und Herbert Wehner) vom 10.02.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Allg. Korrespondenzen, 5700.

<sup>503</sup> Vgl. Bärwald, Helmut: a. a. O., S.157.

<sup>504</sup> Ebenda.

<sup>505</sup> Vgl. „SPD-Rechte - Guter Kontakt“ in: Der Spiegel, Nr.6/71 vom 01.02.1971. Brandt spielte damit auf den Bundesnachrichtendienst an.

<sup>506</sup> Vgl. Nollau, Günther: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte, München 1978, S.196.

lizistische Abrechnung mit der SPD-Führung und informierte den Springer-Journalisten Heinz Vielain über sein Ausscheiden.<sup>507</sup> Vielain fand 1970 in der Liste der so genannten „Pressesonderverbindungen“ des BND namentlich Erwähnung.<sup>508</sup> Im Zusammenhang mit dem „Fall Bahr“ hatte die SPD-Führung ja bereits erste Erfahrungen mit Vielain gemacht.<sup>509</sup> Ingeheim hatte das Parteipräsidium Bärwald schon längere Zeit verdächtigt, die Quelle ähnlicher Indiskretionen in der Springer-Presse zu sein. Nach seinem Ausscheiden meinte man in der Bonner Parteizentrale, dass die „undichte“ Stelle nun beseitigt sei.<sup>510</sup> Ob der Kontakt zwischen Bärwald und Vielain schon seit längerem bestand, ist unklar. Möglich erscheint aber auch, dass Bärwald sich nicht *ausschließlich* im Dienst des Ostbüros befand.<sup>511</sup> Unstrittig ist, dass es zu Beginn des Kalten Krieges zwischen dem SPD-Ostbüro und den westlichen Nachrichtendiensten, einschließlich des BND, zu Kooperationen kam.<sup>512</sup> Erste Kontakte Bärwalds mit den „grauen Eminenzen“ in Pullach, lange bevor dieser seinen Dienst quittierte, sind daher nicht auszuschließen. Nach eigenen Angaben, hatte ihn im Spätjahr 1969 der Vizepräsident des deutschen Bundestages und Vorsitzende des Arbeitskreises „Inneres“ der SPD-Bundestagsfraktion Hermann Schmitt-Vockenhausen immerhin als Vizepräsident des BND ins Gespräch gebracht bzw. in bei seiner parteiinternen Kandidatur unterstützt.<sup>513</sup> Dieter Bloetz (SPD-HH) wurde ihm jedoch vorgezogen. Für die Opposition hingegen war Bärwald (nachdem er im September 1971 aus der SPD austrat) aufgrund seines Wissens über SPD-Interna allemal von Interesse. Ein Beispiel für sein Insiderwissen war das Sammeln von Informationen über Genossen mit prokommunistischer Gesinnung.<sup>514</sup> Neben seiner publizistischen Tätigkeit arbeite er

<sup>507</sup> So der BND-Bericht (o.V.) an Franz-Josef Strauß vom 16.02.1971, NL F-J. Strauß, Familie, 1183.

<sup>508</sup> Vgl. Schmidt-Eenboom, Erich: Geheimdienst, Politik und Medien - Meinungsmache Undercover, Berlin 2004, ders.: Undercover - wie der BND die deutschen Medien steuert, München 1999, ders.: Undercover - der BND und die deutschen Journalisten, Köln 1998.

<sup>509</sup> Vgl. Bange, Oliver: Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004, unveröffentlichtes Manuskript, S.727ff.

<sup>510</sup> BND-Bericht (o.V.) an Franz-Josef Strauß vom 16.02.1971, NL F-J. Strauß, Familie, 1183.

<sup>511</sup> Davon überzeugt zeigte sich Carsten Voigt in einem Interview mit dem Autor.

<sup>512</sup> Vgl. Buschfort, Alexander: a.a.O., S.57, so konstatierte auch der damaliger Präsident des BND, Reinhard Gehlen in seinen Memoiren, dass das Ostbüro seinem Dienst bei der Informationsgewinnung aus der SBZ behilflich war. Vgl. Gehlen, Reinhard: Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971, Mainz 1971, S.274.

<sup>513</sup> Vgl. Helmut Bärwald: Von der SPD zur Persona non grata erklärt, in: Löw, Konrad (Hrsg.): Verratene Treue - Die SPD und die Opfer des Kommunismus, Köln 1994, S.152.

<sup>514</sup> Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist das Schreiben von Martin Grüber (Schiedskommission beim PV) an Helmut Bärwald vom 01.07.1969, der darin Bärwald versicherte, dass er in Zukunft „alle Entscheidungen der Schiedskommission, die wegen Mitgliedschaft in linksextre-

1980 als freier Mitarbeiter bei dem CSU-Abgeordneten Carl-Dieter Spanger (Innere Sicherheit) und im Bonner Wahlkampfbüro des damaliger Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß.<sup>515</sup>

Wie das Beispiel Bärwald aufzeigte, formierte sich in der Bundesrepublik ein Konglomerat von Gegnern der Neuen Ostpolitik aus CDU/CSU, Springerpresse und einigen Staatsdienern, die für den reibungslosen Informationsfluss von Pullach in die Münchner Staatskanzlei sorgten. In der innenpolitischen Auseinandersetzung gehörten Indiskretionen (wie z.B. die im Fall des Bahr-Papiers) und Kampagnen gegen exponierte Politiker der sozialliberalen Entspannungspolitik zu *den* taktischen Mitteln aus dem „Waffenarsenal“ der CDU/CSU-Opposition, die die SPD-Führung fürchtete. Aus Sicht der SPD-Führung machten derartige Vorgänge umso deutlicher, wie wichtig eine ideologische und organisatorische Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus war.

## IV Die innenpolitische Funktion der Abgrenzung

### 1. Der innenpolitische Druck gegenüber der Neuen Ostpolitik 1970-74: Die sozialdemokratische Abgrenzungsstrategie als Ventil

#### 1.1 „Freiheit statt Sozialismus“ - Konfrontation mit der CDU/CSU

Die Regierungserklärung Willy Brandts leistete dem an die sozialliberale Koalition gestellten Erwartungsdruck auf Reformen im Innern erheblich Vorschub. Wie begrenzt jedoch die Gestaltungsspielräume der Regierung Brandt innenpolitisch waren, zeichnete sich in den Folgejahren deutlich ab. Vor diesem Hintergrund war für die innenpolitische Ausgangssituation kennzeichnend, dass den durch die Formel „Mehr Demokratie wagen“ geweckten Hoffnungen und Erwartungen allmählich Ernüchterung folgte. Die ambitionierten Reformpläne - etwa die Bildungsre-

---

men Parteien und Organisationen ergehen.“ erhalten werde. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle 2364 Teil II.

<sup>515</sup> Vgl. Bärwald, Helmut; a. a. O. S.130.



form, die Justizreform oder die anvisierte Steuerreform traten zusehends in den Hintergrund. Die alarmierende Haushaltslage zwang zur Enthaltbarkeit. Bei allen zu konstatierenden Liberalisierungstendenzen und Reformen in der Bundesrepublik gegen Ende der 60er Jahre, blieb dennoch nicht zu übersehen, dass Regierungshandeln zunehmend durch Variablen bestimmt wurde, die sich allein nationalstaatlich nicht steuern ließen. Die Zukunfts- und Fortschrittsoptimisten im Bonner Kanzleramt wurden gründlich desillusioniert.<sup>516</sup> Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass Brandts Reformpläne - sollten unvorhersehbare weltpolitische Krisen eintreten - bloße Rhetorik blieben. Beispielhaft für die schwierige finanzielle Lage der Bundesrepublik stand das sich ständig drehende Personenkarussell im Finanzministerium. Drei Finanzminister in zwei Jahren - das war selbstredend. Weder die Dollarschwäche in Folge des Vietnamkrieges, die damit verbundene stagnierende bzw. rückläufige Konjunktur noch die an den Jom-Kippur-Krieg anschließende Ölkrise bereitete ausschließlich der Bonner Republik erhebliche Probleme. Dennoch knüpfte daran in den späten 70er Jahren nicht zufällig, die vor allem aus konservativer Perspektive und vornehmlich politikwissenschaftliche geführte Diskussion über die Unregierbarkeit der Bundesrepublik an.<sup>517</sup> Für die neuen Herausforderungen der einsetzenden Globalisierung waren die nationalstaatlichen Regierungen nicht vorbereitet. Inwiefern dem Staat überhaupt noch ökonomische Steuerungsinstrumente zukamen, erschien zusehends fragwürdig. In den Vordergrund rückte jetzt dringlicher als zuvor der europäische Einigungsgedanke. Aus Sicht der SPD-Führung war das ein weiterer Grund an ihrer Entspannungspolitik festzuhalten. Ein „Volk der guten Nachbarn“ hatte Brandt als Lösung ausgegeben. Die Neue Ostpolitik erbrachte in Folge einen wichtigen Beitrag zur Bonner Europapolitik. Ostpolitik bedeutete nicht nur Aussöhnung mit den Staaten Osteuropas, sondern zugleich Europapolitik. Das impliziert jedoch kein Primat der Außenpolitik auch wenn den auswärtigen Beziehungen aufgrund der „strukturellen Abhängigkeiten des Ost-West-Konflikts“ eine besondere Bedeutung zukam.<sup>518</sup> Genau diese Abhängigkeiten verschränkten sich mit der Innenpolitik (übrigens beider deutscher Staaten), denn es handelte sich vielmehr um eine „Interdependenz“

---

<sup>516</sup> Vgl. Ehmke, Horst: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S.113f.

<sup>517</sup> Hier vor allem vgl. Hennis, Wilhelm (Hrsg.): Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung. Stuttgart 1977.

<sup>518</sup> Vgl. Haftendorn, Helga: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart 2001, S.10.

von Außen- und Innenpolitik.<sup>519</sup> Noch bedeutender ist diese Wechselbeziehung in einem politischen System in dem die Gunst der Wähler entscheidet, wer auf Zeit die Regierungsverantwortung übertragen bekommt.<sup>520</sup>

Das enorme Tempo mit der die Neue Ostpolitik bis zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages Gestalt annahm, ist nicht ausschließlich mit den zahlreichen und monatelangen Vorbereitungen Bahrs im Planungsstab des AA zu erklären, sondern sollte ebenso vor der innenpolitischen Ausgangssituation der Regierung Brandt-Scheel betrachtet werden. Sowohl die hauchdünne Bundestagsmehrheit als auch die im ersten Regierungsjahr stattfindenden fünf Landtagswahlen sorgten für Erfolgsdruck.<sup>521</sup> Zuvor waren es die außenpolitischen Themen im Zuge des auf Entspannung drängenden internationalen Systems, die der Sozialliberalen Koalition zum Wahlsieg verhalfen. Bereits während den ersten Rückzugsgefechten zwischen SPD und CDU, die das Ende der Großen Koalition einläuteten, wurden diese Themen zum Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen.<sup>522</sup>

Nach dem knappen Wahlsieg im September 1969 stand die SPD innenpolitisch zwei ernstzunehmenden politischen Gegnern (CDU/CSU und DKP) gegenüber. Die Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Kommunismus bildete das zentrale Element der innenpolitischen Selbstbehauptung und war ein Paradebeispiel für die Interdependenz von Innen- und Außenpolitik. Wollte die sozialliberale Koalition an ihrer Entspannungspolitik festhalten und diese weiter gestalten, musste sie weiterhin die Bundesregierung stellen. Sollte sie entspannungspolitisch scheitern, wäre ihre Regierungsverantwortung ein kurzes Intermezzo geblieben. Brandts ostpolitische Erfolge und sein internationales Renommee das in der Verleihung des Friedensnobelpreises kulminierte, leistete jene Wahlhilfe, die manches stockende Reformvorhaben im Innern vergessen ließ. Daher verwunderte es nicht, dass sich gerade an der Neuen Ostpolitik der innenpolitische Meinungsstreit entzündete. Kaum ein anderes Politikfeld ließ sich so emotionalisieren, entschied Wahlkämpfe

---

<sup>519</sup> Vgl. Conze, Eckhart: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaft. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: Loth, Wilfried (Hrsg.): Internationale Geschichte- Themen - Ergebnisse - Aussichten, München 2000, S.117-140.

<sup>520</sup> Vgl. Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S.385f.

<sup>521</sup> Vgl. Fischer, Frank: Von der Regierung der inneren Reformen zum Krisenmanagement. Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S.400.

<sup>522</sup> Vgl. Brandt, Willy: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S.181f., vgl. Ehmke, Horst: a. a. O., S.43ff.

und füllte die Schlagzeilen. Die Kritik kam dabei nicht nur aus den Reihen der Union, sondern wie der Fall Hupka nahe legte, monierten ebenso die eigenen Reihen sowie die Vertriebenenverbände die vermeintliche Konzessionsbereitschaft der Bundesregierung bei ihren ostpolitischen Verhandlungen.<sup>523</sup> Dieser Unmut entzündete sich vor allem an den ausgehandelten Grenzfragen, denn im Gegensatz zum Moskauer Vertrag, der im wesentlichen eine Gewaltverzichtserklärung darstellte, enthielt der Warschauer Vertrag konkrete Regelungen. Auch wenn die entspannungspolitischen Auffassungen Rainer Barzels sich nicht in gleichem Maße an einer intransigenten Oppositionsstrategie orientierte wie sie einige seiner Parteifreunde verfolgten, blieb die Außenpolitik der sozialliberalen Koalition einer der Angriffspunkte der CDU/CSU. Die innenpolitische Auseinandersetzung um die Neue Ostpolitik nahmen Formen eines „offenen Kampf“ an.<sup>524</sup> Barzel hatte rückblickend angemerkt, dass es ihm wichtiger erschien einen Regierungswechsel herbeizuführen als größere ostpolitische Veränderungen vorzunehmen oder die Ratifizierung der Ostverträge zu verhindern. Von kleinen handwerklichen Korrekturen abgesehen, konnte die Opposition auch keine Alternativen anbieten - weder in der Ost- noch in der Deutschlandpolitik. Zudem wurde Barzel bei seinen Reisen durch die westlichen Hauptstädte nahe gelegt, im Bundestag für die Verträge zu votieren. Besonders der amerikanische Präsident Richard Nixon hatte auf ein positives Votum der CDU/CSU gedrängt.<sup>525</sup> Nixon ließ keinen Zweifel daran, dass er unmittelbar vor seiner Moskaureise im Mai 1972, die der Unterzeichnung des SALT-Abkommens dienen sollte, keine Rückschläge wünschte. Letztlich hätte ein negatives Votum der Unionsparteien das an die Ostverträge gekoppelte Viermächte-Abkommen scheitern lassen. Auf der Bremer SPD-Wahlkundgebung im September 1971 folgerte Brandt daher richtig:

„Aber man kann nicht Nein sagen zu unseren Verträgen mit der Sowjetunion und Polen, wenn man Ja sagt zum Abkommen über Berlin.“<sup>526</sup> Somit zeigte sich die Verschränkung von Innen- und Außenpolitik ebenso in der Oppositionspolitik, denn

---

<sup>523</sup> Zur Haltung der Vertriebenenverbände eingehender vgl. Ahonen, Pertti: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990, Oxford 2003; ders. German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation, Archiv für Sozialgeschichte 45, 2005, S.353. Anm. d. Verf. : Herbert Hupka trat aus Protest gegen die Brandtsche Ostpolitik im Februar 1972 aus der SPD aus und wechselte in die CDU/CSU - Bundestagsfraktion.

<sup>524</sup> Vgl. Barzel, Rainer: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge - Misstrauensvotum - Kanzlersturz, Bonn 1998, S.67.

<sup>525</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a.a.O. S. 431, Vgl. Brandt, Willy: Erinnerungen. Mit den Notizen zum Fall G, Frankfurt/Main 1994, S.296.

<sup>526</sup> SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 23.09.1971, S.2.

die CDU/CSU-Führung beabsichtigte nicht zum Stolperstein des internationalen Entspannungsprozess zu werden.

Diesen Realismus machten sich in den Unionsparteien aber längst nicht alle zu Eigen. Vielmehr erschien aus Sicht eines Großteils der Oppositionsanhänger die sozialliberale Koalition nach Innen und Außen als zu schwach sowie zu nachgiebig. Innenpolitisch ließ sich dieser Verdacht durch die innerparteilichen Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten wie sie zum Beispiel aus München in die Öffentlichkeit gelangten nur schwer widerlegen. Versuche der SPD-Führung sich der Themen der Jugendgeneration anzunehmen, sie zu entradikalisieren und in die SPD zu integrieren sowie die Neue Ostpolitik war nach Auffassung Barzels unter dem gemeinsamen Oberbegriff „Sozialismus“ zu betrachten.<sup>527</sup> Die Verquickung von Gesellschafts- und Ostpolitik der Opposition hatte eine sachpolitische und eine persönliche Ebene zum Gegenstand. Zum einen eröffnete sich durch die Unterstellung, dass die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung auch gesellschaftspolitische Konsequenzen nach sich zögen, neue Angriffsflächen auf die SPD-Gesamtpolitik. Folglich blieb vor diesem Hintergrund die SPD-Programmatik angreifbarer. Zum anderen wurden so, wie bereits am Beispiel Wehner geschildert, die SPD-Spitzenpolitiker immer wieder Ziel von Anfeindungen und Verdächtigungen. Die Demontage einzelner sozialdemokratischer Führungspersönlichkeiten als Handlanger Moskaus erlebte eine Renaissance. Hatte Willy Brandt nicht schon einmal „links“ von der SPD begonnen und Deutschland den Rücken gekehrt? Hatte Herbert Wehner in den 30er Jahren nicht in Moskau für die Kommintern gearbeitet? Ohne konkretes Wissen über die Hintergründe dieser biografischen Fakten hörte sich das bedrohlich an. Die Diffamierung des politischen Gegners als „Ostagenten“ war kein Novum, denn schon Adenauer hat von derartigen Kampagnen bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Gebrauch gemacht.<sup>528</sup> Jedoch die Intensität mit der das Misstrauen gegen die ostpolitischen Motive der Sozialdemokraten vorgetragen wurde indem sich die Unionsparteien persönlichen Verdächti-

---

<sup>527</sup> Aktenvermerk Uwe Jansen an Willy Brandt, Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hansjürgen Wischniewski und Heinz Castrup vom 29.09.1970 (Janssen Bericht über den Deutschlandtag der Jungen Union). Worauf Barzel besonders abhob waren die ersten offiziellen Kontakte der SPD zur kommunistischen Partei Jugoslawiens. AdsD, WBA, Bundeskanzler, SPD-Parteivorsitzender, Verbindungen mit den Referaten, Mappe 58, ähnlich hierzu die Lagebeurteilung des CDU/CSU vor dem Saarbrücker Parteitag vom 06.05.1970. AdsD, NL Hansjürgen Wischniewski, Unterlagen von Klaus Bloemer, Box 796.

<sup>528</sup> Vgl. Kühn, Heinz: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945-1978, Hamburg 1981, S.127ff.

gungen bedienten, war das neue innenpolitische Moment. Gerade Egon Bahr musste diese Erfahrung machen.

Der „Fall Bahr“<sup>529</sup> zeigte bereits im Spätjahr 1969 mit aller Deutlichkeit an, was einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung innenpolitisch bevorstand. Die CDU/CSU begegnete Bahr mit größtem Argwohn und es gab eigentlich nichts, was die Opposition dem mit allen Wassern gewaschenen und finessenreichen Bahr nicht zutraute.<sup>530</sup> Der Umstand, dass er monatelang hinter verschlossenen Türen in Moskau verhandelte sowie seine Vorliebe für geheime Kontakte und persönliche Kanäle<sup>531</sup> leisteten derartigen Verdächtigungen wohl auch Vorschub. Wie die „Veröffentlichungen“ des Bahr-Papiers in der Bildzeitung und in der Illustrierten Quick im Juni 1970 zeigten, hatte die Bahrsche Geheimniskrämerei aber durchaus gute Gründe. Jedenfalls war in der innenpolitischen Auseinandersetzung der Vorwurf die Sozialdemokraten seien „vaterlandslose Gesellen“ keineswegs neu. Unlängst wurde von den Gegnern der Ostpolitik permanent der Versuch unternommen, in breiten Kreisen der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, man verhöke-re bei konspirativen Treffen in Moskau die Bundesrepublik an die Sowjetunion. Als angebliche Belege für derartige Machenschaften und die angebliche pro-kommunistische Gesinnung der Sozialdemokraten wurden biografische Daten von SPD-Spitzenpolitikern teilweise verfälscht oder im falschen Zusammenhang ange-führt. Je nachdem wie es in der politischen Auseinandersetzung nutzbringender erschien. Das reichte von Brandts Rolle im Spanischen Bürgerkrieg bis hin zu Leo Bauers angeblicher kommunistischer Agententätigkeit.<sup>532</sup> So stellte der Bayernku-rier im Spätjahr 1970 fest, dass Brandt und Wehner „keine alten Sozialdemokra-ten“ seien, sondern in der KPD groß wurden.<sup>533</sup> In Anspielung auf die 1946 von Brandt gehegten Sympathien für eine Vereinigung von SPD und KPD, wurde düster prophezeit, dass heute in der SPD ein „zweiter Schumacher“ nicht zu erblicken sei.<sup>534</sup> Bewusst wurden Ängste vor einer deutschen Einheit unter sozialistischen Vorzeichen geschürt, die die SPD in Wirklichkeit als ostpolitisches Ziel verfolge.

---

<sup>529</sup> Hierzu ausführlich vgl. Bange, Oliver: a. a. O. S.727ff.

<sup>530</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S.362.

<sup>531</sup> Mit großer Spannung wird das laufende Buchprojekt von Oliver Bange zum Kanal Bahr-Kissinger zu erwarten sein.

<sup>532</sup> Schreiben William Born (MdB Alterspräsident) an Leo Bauer vom 24.06.1971. AdsD, WBA, Bun-deskanzler, Allg. Korrespondenz, Mappe 2, S.226.

<sup>533</sup> Auszug aus dem Bayernkurier vom 26.09.1970, „Auf einer Ebene mit Ulbricht“. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allg. Korrespondenz, Mappe 2, S.182.

<sup>534</sup> Ebenda.

Diese Stoßrichtung verfolgte ebenso eine Flugblattaktion vom Juni 1970 im Wahlkreis Paderborn (dem Wahlkreis von Rainer Barzel). Die Flugblätter wurden in Anlehnung an das christlichen Glaubensbekenntnis mit der Überschrift „Glaubensbekenntnis der Wähler im Jahre 1970“ vor Kirchen und Wahlversammlungen in Umlauf gebracht. Sie enthielten eine Reihe von persönlichen Schmähungen die vor allem gegen Willy Brandt und Herbert Wehner zielten. Beide seien, so der durchgängige Tenor, Vordenker einer „Volksrepublik Westdeutschland“. <sup>535</sup> Die publizistischen Speerspitzen waren vor allem der Bayern-Kurier, Christ und Welt und der Münchner Kolumnist und spätere Gründer sowie Vorsitzende der rechtsradikalen Republikaner, Karl Schönhuber. Potentielle Ziele dieses Kampagnenjournalismus waren besonders der linke SPD-Parteilügel und jene Parteimitglieder mit kommunistischer Vergangenheit. <sup>536</sup> Bei konservativen Wahlkämpfern erfreuten sich solche Kampagnen als Mittel politischer Auseinandersetzung großer Beliebtheit. Im Wahlkampf zum Kieler Landtag wurde Jochen Steffen im Frühjahr 1971 so zum Ziel einer Verleumdungskampagne, die ihn als „fünfte Kolonne von DKP und SED“ bezeichnete. Damit wurden die Grenzen demokratisch-sittlicher Gepflogenheiten aus sozialdemokratischer Sicht überschritten und führten dazu, dass Willy Brandt persönlich bei Rainer Barzel intervenierte. <sup>537</sup> In der abschließenden Bewertung der Wahlniederlage, räumte die SPD-Baracke jedoch ein, dass die Union einen „klugen Wahlkampf geführt“ habe. <sup>538</sup> Kennzeichnend für diesen war aus Sicht der SPD-Spitze die „Verteufelung der Entspannungspolitik in Kombination mit den Angriffen auf den Sozialismus eines Jochen Steffen“. <sup>539</sup> Derartige oder ähnliche publizistischen Attacken leisteten der breiten Zustimmung der Bundesbevölkerung zur Ostpolitik der sozialliberalen Regierungskoalition keinen Abbruch. Aus diesem Umstand ließ sich ebenso folgern, dass die Macht der Springerpresse sowie

---

<sup>535</sup> Schreiben Günther Markscheffels an Herbert Wehner vom 03.06.1970. Das Flugblatt ist dem Schreiben als Anlage beigelegt. AdsD, SPD, BT-Fraktion, Büro Herbert Wehner, Bd. 199.

<sup>536</sup> Anm. d. Verf. Den Bruch mit dem Kommunismus vieler ehemaligen Kommunisten in den Reihen der SPD anzuzweifeln, verkehrte die Realität in ihr Gegenteil. Auffallend ist das die verschiedenen Lebensläufe gerade dieser Personen in vielerlei Hinsicht eine auffallende Kongruenz (Emigration, angebliche oder tatsächliche Agententätigkeit, Flucht vor dem Sowjetkommunismus, Anti-Kommunismus) aufwiesen.

<sup>537</sup> Schreiben Willy Brandts an Rainer Barzel vom 26.02.1971. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappe 15.

<sup>538</sup> So die Analyse im Presse- und Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sonderdienst) vom 28.04.1971. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Landesverbände und Bezirke, Mappe 15.

<sup>539</sup> Ebenda.

rechtskonservativer Publikationsorgane durchaus ihre Grenzen fand.<sup>540</sup> Immerhin ermöglichte es aber den Unionsparteien jene Wählerschichten, die der SPD ohnehin mit Skepsis begegneten, für sich zu erschließen. Letztlich stellte das eine Strategie zur Wählermobilisierung dar, die der CDU/CSU einen größeren Mitgliederzustrom bescherte. Im Jahr 1972 belief sich die Zuwachsrate in den Unionsparteien mancherorts auf beachtliche 19%.<sup>541</sup>

Die Intensität mit der einzelne Führungspersönlichkeiten auf diese Weise angegangen wurden, erreichte im Wahlkampfjahr 1972 einen vorläufigen Höhepunkt. Willy Brandt, der sonst nicht im Ruf stand ein ungezügelter Temperament zu besitzen, ließ sich im Zuge dessen sogar zu der Bemerkung hinreißen, die Opposition ähnele immer mehr der Harzburger Front der 30er Jahre. Diese Äußerung war natürlich ebenso unsachlich wie überzogen. Vorangegangen waren eine Reihe persönlicher Schmähungen und Verbalattacken der CDU/CSU. So wurde zum Beispiel behauptet, dass Ruth Brandt Mitglied der norwegischen KP gewesen sei. Franz-Josef Strauß nannte Brandt den „Partisan von Norwegen“, verglich ihn mit Josef Goebbels und sprach vom „roten Faschismus“.<sup>542</sup> Der Kanzler, der neben seinen außenpolitischen Erfolgen von innerparteilichen Auseinandersetzungen und liegengebliebenen innenpolitischen Reformprojekten, wie ein Getriebener hin und her hetzte, schien allmählich dünnhäutig zu werden. Nachträglich räumte Brandt ein, dass er die Härte der innenpolitischen Auseinandersetzung um die Ostverträge unterschätzt hatte.<sup>543</sup> Auch das Scheitern des konstruktiven Misstrauensvotums der Opposition im April 1972 brachte keine innenpolitische Entlastung. Brandt konnte zwar weiterregieren, allerdings besaß der Kanzler keine parlamentarische Mehrheit mehr. Die im Zusammenhang mit dem Scheitern Barzels geleistete Schützenhilfe der DDR-Staatssicherheit offenbarte, dass das Politbüro der SED die

---

<sup>540</sup> Vgl. Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S.258ff.

<sup>541</sup> Vgl. Niedermayer, Oskar; Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (Hrsg.): Neumitglieder in der SPD. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Bezirk Pfalz, Neustadt 1987, S.14.

<sup>542</sup> Bereits im April 1972 notierte Brandt handschriftlich in wenigen Stichworten: „Gegner [CDU/CSU] mobil. Ressentiments, die sich nur graduell von NS unterscheiden.“ Handschriftliche Aufzeichnung Willy Brandts vom 24.04.1972. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Bundesregierung, Mappe 93. Zu der „Dreckphase“ des Wahlkampfes vgl. Willy Brandt. Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947-1972. Bearb. von Daniela Munkel (Berliner Ausgabe Bd. 4) Tagebuchaufzeichnung Willy Brandts vom 05.11.1972, Dok. 100, S. 521f.

<sup>543</sup> Vgl. Brandt, Willy: a. a. O. S.471.

Hinweise einiger Sozialdemokraten auf die schwierige innenpolitische Situation der Sozialliberalen Koalition nicht mehr als bloße Ausreden abtat.<sup>544</sup>

Wie die SPD-Führung bereits im Frühjahr 1970 feststellen konnte, erschöpften sich die Versuche der Unionsparteien die SPD in die Nähe der Kommunisten zu rücken, nicht ausschließlich in der Neuen Ostpolitik. Die Opposition machte sich ein klassisch konservatives Politikfeld für die innenpolitische Auseinandersetzung nutzbar - nämlich das der Inneren Sicherheit. Der Begriff der Inneren Sicherheit avancierte in den frühen 70er Jahren zum innenpolitischen Leitbegriff und blieb bis zum Deutschen Herbst 1977 auf der politischen Agenda.<sup>545</sup> Nach der vorangegangenen Jugendrevolte der 68er und der entspannungspolitischen Tauwetterphase gewann dieses Thema an Bedeutung. Der Aufbau der Roten Armee Fraktion (RAF) vollzog sich bereits Anfang 1970.<sup>546</sup> Nach der gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders am 14. Mai 1970 flohen allen voran er selbst, Ulrike Meinhoff, Horst Mahler und Gudrun Ensslin in den Untergrund. Im Frühsommer 1970 flog die Führungsriege der RAF vom Ostberliner Flughafen Schönefeld nach Beirut, um dort den Umgang mit Handfeuerwaffen, Sprengstoffen und den bewaffneten Guerillakampf zu erlernen. Nach der Rückkehr dieser „Kernmannschaft“ im Spätsommer 1970 nahmen die von der RAF initiierten Straftaten zu. Die 1977 vom Bundeskriminalamt veröffentlichte Zusammenstellung der terroristischen Gewalttaten zählte für das Jahr 1970 21 solcher Straftaten, 1971 sogar 29.<sup>547</sup> Als Antwort darauf erließ die Bundesregierung im November 1970 das „Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung“. In erster Linie sollte dieses schnelle Regierungshandeln nicht der besseren Strafverfolgung einzelner Delikte dienen, sondern das im gesellschaftlichen Bewusstsein vorhandene Bedürfnis nach

---

<sup>544</sup> Zu den finanziellen Zuwendungen der Staatssicherheit ausführlicher vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im Geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S.261ff. Hierzu auch vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002, S.689ff.

<sup>545</sup> Vgl. Funk, Albrecht; Werkentin, Falco: Die siebziger Jahre. Das Jahrzehnt der inneren Sicherheit, in: Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.): Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff. Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Reinbek 1977, S.202ff., vgl. Funk, Albrecht: Innere Sicherheit. Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Blanke, Bernhard; Wollmann, Helmut (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991, S.367ff.

<sup>546</sup> Anm. d. Verf. An dieser Stelle findet lediglich die RAF Beachtung, da sie die einzig wirklich relevante Terror-Gruppe in der Geschichte der Bundesrepublik blieb. Für einen sehr guten Überblick zum Forschungsstand des Deutschen Terrorismus vgl. Weinbauer, Klaus: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004 S.219ff.

<sup>547</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S.382.



einer umfassenden Inneren Sicherheit gewährleisten.<sup>548</sup> Die Sozialliberale Koalition erkannte wie der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher betonte die „hochpolitische Dimension“ des Begriffs Innere Sicherheit und versicherte, dass die Bundesregierung dem „Schutz der Bürger, denselben Stellenwert“ beimaß „wie der äußeren Sicherheit“.<sup>549</sup> Diese Einschätzung sollte sich in den kommenden Jahren als zutreffend erweisen. Im Zuge der Zunahme terroristischer Gewaltakte, die vorerst in der sogenannten „Maioffensive 1972“<sup>550</sup> ihren Höhepunkt fand, nahm sich vor allem die CDU/CSU dieses Begriffs an. Schnell machte die Opposition als Wurzel des bundesdeutschen Terrorismus den Kommunismus aus. Die in den ersten Strategiepapieren der RAF hinlänglich bekannten Aussagen, die das Konzept der Stadtguerilla als „höchste Form des Marxismus-Leninismus“ rechtfertigten, schienen derartige Behauptungen zu stützen. Nunmehr war es nach konservativer Diktion vom Kommunismus zum Terrorismus nur noch ein Steinwurf bzw. ein rasch zu vollziehender Schritt. Die in den Köpfen mancher Unionspolitiker bestehende Achse des Bösen verlief vom Sozialismus, über den Kommunismus und Terrorismus. Diese Assoziationskette sollte die 70er Jahre hindurch ihren Bestand haben. Gegen Ende der 70er Jahre verstieg sich sogar der in Philosophie und katholischer Soziallehre beflissene Heiner Geißler auf einer CDU-Tagung im Konrad-Adenauer-Haus zu der Behauptung der Terror habe unter anderem seinen Ursprung im Marxismus.<sup>551</sup> In alter Manier wurde dadurch der ideengeschichtliche Ursprung der Arbeiterbewegung und der SPD diskreditiert. Um nicht nur sozialdemokratische Traditionslinien, sondern auch deren politischen Einstellungen und Ziele ins Zwielficht zu rücken, eignete sich der Terrorismusvorwurf durchaus. Schließlich gingen in öffentlichen Debatten stets politische und moralische Anklagen damit einher.<sup>552</sup> Insbesondere die dem linken Parteiflügel zurechenbaren Sozialdemokraten wurden jetzt auch noch in die Nähe von Terroristen gerückt.<sup>553</sup>

---

<sup>548</sup> Presse und Informationsamt der Bundesregierung Nr.152, vom 05.11.1970, S.1605ff.

<sup>549</sup> Rede Genschers auf dem Delegiertenkongress der Gewerkschaft der Polizei am 10.11.1970. Abgedr. in Presse und Informationsamt der Bundesregierung Nr.157 vom 13.11.1970, S.1657.

<sup>550</sup> In Mai 1972 begann die US-Air-Force in Nordvietnam eine neue Offensive. Die RAF antwortete ihrerseits mit einer „Maioffensive“ durch mehrere Anschläge unter anderem auf Einrichtungen der US-Streitkräfte in Heidelberg und Frankfurt a. M.

<sup>551</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S.384.

<sup>552</sup> Vgl. Weinbauer, Klaus: a. a. O. S.221.

<sup>553</sup> Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Elmar Pieroth hatte in einer Parteiversammlung seines Wahlkreises Bad Kreuznach behauptet der niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen habe Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe in seinem Wochenendhaus Unterschlupf gewährt. Der damalige Vorsitzende der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion forderte daraufhin entschieden eine Entschuldigung für seine verleumderische Äußerung. Schreiben Wilhelm Dröscher an El-

Verantwortlich für Gewalt und Terror (beide Begriffe wurden übrigens in politischen Debatten gleichgesetzt) war nach konservativer Deutung der Ereignisse Ende der 60er Jahre die emanzipatorische Linke. Letztlich führten die Unionsparteien immer wieder den Kommunismus als Ursache an. Die Grundüberzeugung, dass Gewalt und Kommunismus zusammengehörten, „wie der Alkohol zum Schnaps“ bestimmte das Denken der Opposition.<sup>554</sup> Abgesehen davon, dass diese Auffassung weder den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik noch den eurokommunistischen Tendenzen wie etwa in Frankreich oder Italien Rechnung trug, verdeutlichte sie die Krise konservativer Denkfiguren. So verschwammen der innenpolitische Machtverlust, die Brandtsche Ostpolitik und der einsetzende Terrorismus zu einem paranoiden Bedrohungsszenario durch Linksradikalismus, Kommunismus und bundesdeutscher Sozialdemokratie als deren Wegbereiter.<sup>555</sup> Daher erwies sich die CDU/CSU weitgehend als unfähig eine konstruktive Oppositionsarbeit in innen- und außenpolitischen Belangen zu leisten. Die emotionalisierte Vermengung beider Politikfelder durch die Opposition bestärkte die SPD-Führung ihrerseits, dass es schon aus innenpolitischen Erwägungen zweckmäßig sei, alles daran zu setzen eine schnellstmögliche Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag zu erlangen. Sie sah spätestens nach dem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum gegen Brandt die Ratifikation der Verträge als Trumpf für die sich abzeichnenden Neuwahlen an. Daher konzipierten die sozialdemokratischen Wahlkampfstrategen die Wahlen im November 1972 auch als Abstimmung über die Neue Ostpolitik.

Nun wurden die Tragweite und die Bedeutung des eingeschlagenen Abgrenzungskurses in vollem Umfang deutlich. Bereits nach der Bundestagswahl 1969 waren die Mehrheitsverhältnisse für die SPD/FDP-Koalition denkbar knapp. Aus den Landtagswahlen der kommenden Jahre wie zum Beispiel in Baden-Württemberg oder Bayern ging die CDU/CSU als Wahlsieger hervor. Mit sorgenvoller Miene

---

mar Pieroth vom 20.06.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd.456. Seit Frühjahr 1971 kursierten diese Gerüchte, die durch einen Artikel in der WELT ihren Anfang nahmen. Aus „zuverlässiger“ Quelle sei bekannt - so die Berichterstattung - dass im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen gegen die Baader-Meinhofgruppe auch die PKW-Nummer eines Landesministers [von Oertzens] erfasst wurde. Frankfurter Rundschau vom 19.02.1971.

<sup>554</sup> Vgl. Barzel, Rainer: Auf dem Drahtseil, München 1978, S.212.

<sup>555</sup> Vgl. Schildt, Axel: Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004 S.456.

musste die SPD-Spitze zur Kenntnis nehmen, dass sie die Bundesratsmehrheit verloren hatte. Darüber hinaus gab es bereits im Jahr 1970 erste Aus- bzw. Übertritte aus den Regierungsfraktionen.<sup>556</sup> Die unermüdliche Distanzierung der SPD-Führungsgremien vom Kommunismus konnte dies zwar nicht verhindern, aber sie erhöhte zumindest psychologisch neben den ostpolitischen Erfolgen die Kohärenz. Die Betonung der unvereinbaren Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus nahm den Polemiken konservativer Politiker die Spitze. Manchem Poltern wie etwa von Franz-Josef Strauss, der in einer Fernsehübertragung wenige Tage vor der Bundestagswahl 1972 tönnte: „Moskau hat bereits gewählt, Moskau hat für Brandt gestimmt“ konnte mit Gelassenheit entgegnet werden.<sup>557</sup> Das bedeutet jedoch nicht, dass die SPD-Führung die in Teilen bürgerlicher Kreise bestehenden gesellschaftspolitischen Ängste vor der Ost-West Annäherung nicht ernst nahmen oder gar ins Lächerliche zogen.

## 1.2 *Der „Radikalenerlass“ als Konzession der SPD an die CDU/CSU*

Schon im Dezember 1970 stellte der engere Parteifreundeskreis des SPD-Vorsitzenden Überlegungen an wie diese Ängste zu zerstreuen und somit der entspannungspolitische Kurs - über den Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970 hinaus - innenpolitisch abzusichern sei.<sup>558</sup> Ganz pragmatisch betrachtet, erforderte die innenpolitische Absicherung der Neuen Ostpolitik nicht nur größtmöglichen Rückhalt in der Wahlbevölkerung sondern ebenso eine parlamentarische Mehrheit. Bei einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Opposition wäre die Ratifikation der Verträge durch den Bundestag wohl ernstlich gefährdet oder zumindest ungewiss gewesen. Aus Sicht der SPD stellte sich die Situation in Barzels Fraktion und „dem starken Mann“<sup>559</sup> dahinter wie Wehner argwöhnte ohnehin als unübersichtlich dar.<sup>560</sup> Zudem verschärfte die CDU/CSU ihren Konfrontations-

---

<sup>556</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S.398f.

<sup>557</sup> Schreiben Hansjürgen Wischnewski an Willy Brandt vom 15.11.1972. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Mappe 20, S.238.

<sup>558</sup> Schreiben Horst Ehmke an Willy Brandt vom 08.12.1970. AdsD, Depositum Horst Ehmke, Bundesregierung, Chef des Bundeskanzleramtes, 1/HEAA000304, Bd.107.

<sup>559</sup> Herbert Wehner spielte damit auf Franz-Josef Strauß an. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 05.07.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd.362.

<sup>560</sup> Horst Ehmke hatte nach einer persönlichen Unterredung mit Kurt Biedenkopf diese Lagebild entworfen und an Willy Brandt weitergereicht. Schreiben Horst Ehmke an Willy Brandt vom

kurs indem sie die SPD einer zu nachgiebigen Haltung gegenüber Linksradi- kalen und Kommunisten bezichtigte. Den Auftakt stellte die im Bundestag eingebrachte kleine Anfrage der Unionsfraktion vom Juni 1971 dar. Darin stellten CDU/CSU fest, dass die DKP eindeutig die Nachfolgeorganisation der 1956 verbotenen KPD sei. Daran knüpften sie die Frage an, welche Schlüsse die Bundesregierung daraus ableite. Ferner wünschte die Opposition eine Stellungnahme der Regierungskoalition wie nun mit DKP-Mitgliedern im öffentlichen Dienst zu verfahren sei und er- innerte den Kanzler und seine Kabinettsmitglieder an ihren geleisteten Eid das Grundgesetz und die Rechtsordnung des Bundes zu wahren und zu verteidigen.<sup>561</sup> Diese Anspielung konnte aus Sicht der Bundesregierung insbesondere der Sozial- demokraten nur als Affront aufgefasst werden, denn sie unterstellte der Regie- rung Brandt die Vernachlässigung ihrer Amtspflichten und dadurch eine Gefähr- dung der verfassungsmäßigen Ordnung. Im Kern verbargen sich in der kleinen An- frage zwei Vorwürfe: Erstens strengte die Koalition gegen die DKP kein Parteien- verbot an wegen ihrer stillen Komplizenschaft. Zweitens unternehme die Bundes- regierung nichts, die längst in die staatlichen Organe eingedrungenen Kommunis- ten an der Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu hindern. Beides entbehrte jeglicher Grundlage, aber erhöhte öffentlichkeitswirksam den innenpolitischen Druck auf die sozialliberale Koalition. Wütend appellierte Brandt im September 1971 an die CDU/CSU-Führung in Anlehnung an die Zehn Gebote „kein falsches Zeugnis“ abzulegen, denn wer behaupte von seiner Regierung gehe irgendeine Gefahr für die Demokratie in Deutschland aus, sei „ein verantwor- tungsloser Verleumder“.<sup>562</sup> In Brandts Appell an das christliche Selbstverständnis der Unionsparteien klang neben Empörung aber auch Hilflosigkeit an. Seine Äuße- rungen blieben beim Adressaten ungehört und folgenlos, denn zwei Wochen spä- ter legte Barzel nach. Auf dem CDU-Parteitag im Oktober spannte der Oppositi- onsführer den Bogen erneut von der „Duldung der DKP und des Linksextremis- mus“, über die steigende Kriminalitätsrate und sinkender Aufklärungsquote der Strafverfolgungsbehörden bis zum Krimbesuch des Bundeskanzlers.<sup>563</sup> Etwa eine

---

08.12.1970. AdsD, Depositum Horst Ehmke, Bundesregierung, Chef des Bundeskanzleramtes, 1/HEAA000304, Bd.107.

<sup>561</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S.389.

<sup>562</sup> SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 23.09.1971, S.2.

<sup>563</sup> AdsD, SPD-PV, Präsidiumsprotokolle, Protokoll vom 07.10.1971. Bericht und Analyse des CDU- Parteitages vom 04.10.1971 in Saarbrücken (Anlage). Barzel hatte in Saarbrücken öffentlich be- hauptet, dass Brandt dem KpdsU-Vorsitzenden Breschnew Auskünfte über die DKP gewähre, die der Opposition vorenthalten würden.

Woche später auf dem CSU-Parteitag in München gipfelte das in seiner Feststellung:

„Wir begegnen uns aber in einer Stunde, die ebenso Ernst wie Besonnenheit und Entschlossenheit fordert. Oder ist hier einer unter Euch, den nicht die Sorge um unser Gemeinwesen, aber auch um unsere Sicherheit erfasst hätte? Den nicht auch die Furcht ergriffe, wir könnten verlieren, was wir miteinander aufgebaut und wir könnten eine mögliche Zukunft verspielen? Ist hier einer, der nicht mit Besorgnis sieht, wie die Bindungen nach Osten fester und die nach Westen lockerer werden, der nicht sieht, wie die Radikalen den Marsch durch die Institutionen angetreten haben, um mit Mitteln der Demokratie am Schluss den freiheitlichen Rechtsstaat zu ersetzen durch das, was sie Volksdemokratie, was wir Diktatur nennen?“<sup>564</sup>

Die Verquickung mehrerer Themenbereiche zu dem eingangs erwähnten konservativen Bedrohungsszenario trat darin offen zu tage. Es drohe so Barzel „[...] dass wir im Innern sozialistisch und nach außen abhängig von der Sowjetunion werden.“<sup>565</sup> Diese Gefahr ließ sich seiner Ansicht aber nur abwehren, wenn die Regierungskoalition sich dazu durchringe gemeinsam mit CDU/CSU „Front zu machen“ gegen den „Radikalismus von links außen“.<sup>566</sup> Natürlich stellte das eine verallgemeinernde Umschreibung in zweierlei Hinsicht dar. Zum einen wurde darin die Beteiligung der Bundesregierung an den seit Wochen befindlichen Vorbereitungen der unionsregierten Bundesländer für den späteren Ministerpräsidentenerlass gefordert und zum anderen richtete sich dieser Erlass, entgegen der durch konservative Politiker in öffentlichen Stellungnahmen vorgenommenen Verklausulierung als „Extremistenbeschluss“, in erster Linie gegen Kommunisten.<sup>567</sup> Diese Umarmungstaktik konservativer Spielart erwies sich als geschickter Schachzug, der die SPD-Führung zusehends mit dem Rücken an die Wand drängte. Die Ablehnung einer Beteiligung wäre durch die Opposition sicherlich als Ausschlagen der ausgestreckten Hand Barzels publizistisch ausgeschlachtet worden. Zudem hätte das, so befürchtete wohl die SPD-Spitze, die Forderung eines DKP-Verbots durch die CDU/CSU zur Folge gehabt. Aus Sicht der SPD war in der Bundesrepublik ein DKP-Verbot so notwendig wie eine Lesebrille für einen Blinden. Vielmehr erschien ein DKP-Verbot als Stolperstein für die Neue Ostpolitik, denn dann wäre man gegenüber Moskau wortbrüchig geworden. Ferner hätte ein Verbot den Hardlinern im

---

<sup>564</sup> Auszug der Rede Rainer Barzels auf dem Münchner CSU-Parteitag vom 17.10.1971. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Bd. 2, S.91.

<sup>565</sup> Ebenda.

<sup>566</sup> Auszug der Rede Rainer Barzels auf dem Münchner CSU-Parteitag vom 17.10.1971. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Bd. 2, S.91.

<sup>567</sup> Streng vertraulicher Vermerk Horst Ehmkes für den nordrhein-westfälischen Justizminister Dieter Posser und die Parlamentarische Staatssekretärin Katharina Focke vom 12.10.1971. AdsD, Depositum Horst Ehmke, Bundesregierung, Chef des Bundeskanzleramt, 1/HEAA000301, Bd. 105.

Kreml und in Ostberlin neue propagandistische Munition geliefert. Ebenso sollten die ohnehin schon schwierigen Verhandlungen mit der DDR über den Transit-, Verkehrs- und Grundlagenvertrag nicht zusätzlich erschwert werden. Die Stabilisierung der Ost-West-Beziehung und somit eines der Grundanliegen der Brandtschen Ostpolitik hätte so sicherlich nachhaltigen Schaden genommen. Nicht zuletzt waren Verbote aus Sicht der SPD-Führung für die Auseinandersetzung mit der DKP nicht nur ungeeignet, sondern schlossen sich sogar aus, da - wie es Wehner formulierte - politische Überzeugungen nur durch politische Überzeugungsarbeit zu ändern seien.<sup>568</sup>

Die CDU/CSU verbiss sich jedoch unbeirrbar in den Themenkomplex DKP und deren Mitglieder im öffentlichen Dienst. Barzel schlug sogar eine Grundgesetzänderung vor, die sicherstellen sollte, dass DKP-Mitgliedern in Zukunft die Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis verwehrt blieb. Darauf wollte sich die SPD-Führung aus verfassungsrechtlichen Bedenken (Art. 3 GG) nicht einlassen, denn wo fragten sich die Sozialdemokraten solle das enden und würde das nicht einer „Gesinnungsschnüffelei“ Tür und Tor öffnen?<sup>569</sup> Diese durchaus berechtigten Einwände stellte die CDU/CSU sofort als Beweis für die fehlende Bereitschaft der Bundesregierung „den öffentlichen Dienst mit der erforderlichen Entschiedenheit vor kommunistischer Infiltration zu schützen.“ dar.<sup>570</sup>

Nach dem „Fall Dreckmann“<sup>571</sup> gab die SPD in Hamburg diesem innenpolitischen Druck im Dezember 1971 nach. Der Senat fasste eine Grundsatzentscheidung, nach der Extremisten nicht zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden durften. Die Hamburger Bürgerschaft stimmte dieser Entscheidung am 17. Dezember 1971 zu. Im Anschluss an den Hamburger Vorfall schien ebenso der Bundesinnenminis-

---

<sup>568</sup> Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 01.02.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Bd.1352. Schreiben Jochen Steffens an Willy Brandt vom 03.12.1971. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Bd. 19.

<sup>569</sup> Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 20.01.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP. Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd. 360. Schreiben Jochen Steffens an Willy Brandt vom 03.12.1971. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Bd. 19.

<sup>570</sup> So die Veröffentlichung des Vorsitzenden des Arbeitskreises für allgemeine und Rechtsfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Vogel im Deutschland-Union-Dienstes vom 25.01.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Bd.1352, S.2f.

<sup>571</sup> Das Bundeswissenschaftsministerium bereitete federführend eine deutsch-schwedische Kommission zur Schul- und Bildungsreform vor. In diese Kommission berief man unter anderem den Bergedorfer Volksschullehrer Alfred Dreckmann. Wie die emsige Aufklärungsarbeit des Hamburger Verfassungsschutzes zu Tage förderte, war dieser Mitglied des dortigen Kreisvorstandes der DKP. Die ZEIT vom 26.02.1971. Auch hier ließ die CDU nicht locker bis schließlich Dreckmann abberufen wurde. Hamburger Abendblatt vom 02.03.1972.

ter Hans-Dietrich Genscher einzulenken, was die Jungdemokraten mit herber Kritik quittierten.<sup>572</sup> Vor diesem Hintergrund gelangte die SPD-Spitze wohl zu der Einschätzung, dass eine Beteiligung der SPD an einem ähnlichen Beschluss durch die Ministerpräsidenten der Bundesländer unvermeidbar sei.<sup>573</sup> Schließlich verabschiedeten am 28. Januar 1972 die Regierungschefs von Bund und Ländern den sogenannten Extremistenbeschluss (auch Radikalenerlass).

In der Zusammenschau der angeführten Umstände die ihn begleiteten, bleibt vor allem folgendes festzuhalten: Die Beschreibung sowie die Erklärung der Genese des Extremistenbeschluss ist ausschließlich aus innenpolitischer Perspektive nicht zu leisten. Das wäre eindeutig zu kurz gegriffen. Die willentlich durch die CDU/CSU kombinierten Themen wie die der DKP als Nachfolgepartei der KPD, der inneren Sicherheit oder des angeblichen Vormarsch der Kommunisten im öffentlichen Dienst, dienten alleine einem Zweck, nämlich die Bundesregierung wegen ihrer Ostpolitik auf die Anklagebank zu bringen.<sup>574</sup> Sehr vereinfacht, aber pointiert stellte Herbert Wehner in diesem Zusammenhang fest: „Wenn bei Frau Meier nebenan eingebrochen wird, dann sind die Ostverträge schuld daran.“<sup>575</sup> Einen solchen Beschluss hätte die sozialliberale Koalition sicherlich nie selbst gefasst oder überhaupt aus eigenen Erwägungen als notwendig erachtet. Zu groß waren und blieben die von einer Mehrheit der Sozialdemokraten vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken. Daher lässt sich in der Rückschau feststellen, dass der Extremistenbeschluss eine Konzession an die CDU/CSU darstellte, die ihrerseits dieses Thema zum Testfall freiheitlich-rechtsstaatlicher Zuverlässigkeit erhob.<sup>576</sup> Immerhin konnten SPD und FDP die Pläne der Opposition zumindest entschärfen, indem DKP-Mitglieder nicht generell aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen

---

<sup>572</sup> Genscher beteiligte sich an der „Hysterie bei der Verfolgung der Baader-Meinhof-Gruppe“ und dem „Berufsverbot für DKP-Mitglieder“. Presseerklärung der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Jungdemokraten vom 24.01.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd.456.

<sup>573</sup> Der ehemalige Büroleiter des Büro Willy Brandts, Reinhard Wilke stellte rückblickend fest, dass Brandt seiner Zeit selbst diesen Beschlusses als notwendig erachtete und rechtfertigte, indem er ihm vorhielt, dass Breschnew sich „doch totlachen“ würde, „wenn seine Leute bei uns Richter werden könnten.“ Vgl. <http://www.vorwaerts.de/artikel/aus-der-froschpersepektive> (Stand 09.03.2008).

<sup>574</sup> Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 20.01.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd. 360, S.2. Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 13.04.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Bd.1352.

<sup>575</sup> Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 16.03.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Bd.1352.

<sup>576</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O. S. 393f.

wurden. Vielmehr sollten den Beamten und den Beamtenanwärtern durch eine Prüfung im Einzelfall konkrete verfassungswidrige Aktivitäten nachgewiesen werden. Da sich nach dem Beschluss des Hamburger Senats die ersten Kritiker innerhalb der SPD zu Wort meldeten, hatte der Bundesjustizminister Gerhard Jahn wenige Tage vor der Beschlussfassung auf diesen Umstand hingewiesen. Allerdings sollten mit diesem Hinweis nicht nur innerparteiliche Wogen geglättet werden, sondern die Kritiker wurden zur Zurückhaltung ermahnt. Die SPD-Führung wollte verhindern, dass sich CDU/CSU auf öffentliche Erklärungen von Sozialdemokraten berufen konnten, um die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten in Zweifel zu ziehen.<sup>577</sup> Trotz aller bestehenden Bedenken verbuchte die SPD-Führung diesen Beschluss zunächst als Teilerfolg. Sie sah ihre Verlässlichkeit im Umgang mit Kommunisten erneut unter Beweis gestellt. Die CDU/CSU würde es jetzt in der innenpolitischen Auseinandersetzung unterlassen, so hoffte man wenigstens, die Sozialdemokraten in die Nähe der Kommunisten zu rücken. Der Verlauf für die im Mai 1972 anstehende Lesung und Ratifikation der Ostverträge im Bundestag erschien erfolgversprechender. Das in dieser Einschätzung immanente innenpolitische Kalkül der Regierungsspitze war die Absicherung ihrer Ostpolitik. Insofern reihte sich der Extremistenbeschluss nahtlos in die Abgrenzungsstrategie der SPD ein. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass der Beschluss vom 28. Januar 1972 keinesfalls die logische Konsequenz aus dem bisherigen Abgrenzungskurs der SPD war.

Der Ministerpräsidentenerlass konnte aus Sicht der SPD-Führung nur die oben angeführte Funktion erfüllen, denn durch ihn wurde kein neues Recht gesetzt. Bereits seit den 50er Jahren gab es einschlägige beamtenrechtliche Regelungen, die in ihrer Anwendung das verhindern halfen, was CDU/CSU in düsteren Farben an die Wand malten. Daher sprach Helmut Schmidt als erster SPD-Bundespolitiker aus, was manche wohl nur dachten, indem er den Beschluss der Ministerpräsidenten als „überflüssig“ bezeichnete.<sup>578</sup> Viele andere SPD-Politiker auf Bundes- und auf Landesebene sollten ihm folgen, indem sie in öffentlichen Stellungnahmen

---

<sup>577</sup> So die Ausführungen des SPD-Bundesjustizministers Gerhard Jahn im SPD-Pressedienst vom 25.01.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Bd.1352. Schreiben Herbert Wehners an den SPD-Bundestagsabgeordneten Günter Slotta vom 22.02.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd.306.

<sup>578</sup> So auch die Bewertung dieser Äußerung durch den Sprecher des SPD-Vorstandes Jochen Schulz. SPD-Pressemitteilung und Informationen vom 24.05.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Bd.1352. Schmidts genauer Wortlaut im Kölner Stadtanzeiger vom 24.03.1972. Auch Brandt soll nachträglich, so wurde jedenfalls durch Wilke kolportiert, eingeräumt haben, dass der Extremistenbeschluss ein Fehler gewesen sei. Vgl. <http://www.vorwaerts.de/artikel/aus-der-froschpersepektive> (Stand 09.03.2008).



den Beschluss und vor allem dessen Handhabung kritisch betrachteten. Die Kritiker waren nicht nur der Parteilinken zuzuordnen. Vielmehr erwiesen sich die Kritikpunkte als ein repräsentativer Querschnitt der Partei, denn an einer „Hexenjagd“ wie der SPD-Parteirat am 20. März 1972 einhellig feststellte, wollte sich keiner beteiligen.<sup>579</sup> Die CDU/CSU nahm dies wiederum zum Anlass für erneute Unterstellungen. Fortan behauptet sie, dass die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gar nicht gewillt seien, den Beschluss anzuwenden. Gerade die praktische Umsetzung blieb der Zankapfel zwischen beiden Volksparteien, der die Ära Brandt überdauerte, denn eine Einzelprüfung war in der Verwaltungspraxis mit der sogenannten Regelanfrage beim Bundesverfassungsschutz gekoppelt. Wer im Vorfeld des Extremistenbeschluss glaubte oder hoffte, die Opposition unterlasse es die SPD als Steigbügelhalter des Kommunismus darzustellen, wurde in den folgenden Jahren eines besseren belehrt.<sup>580</sup> Bewusst hielten CDU/CSU diesen Themenkomplex als Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen im Raum.<sup>581</sup> Begleitet wurden diese Bemühungen auch weiterhin durch publizistische Angriffe. Wenige Tage vor der Bundestagswahl 1972 erreichten die denunziatorischen Behauptungen in der Springer-Presse einen erneuten Höhepunkt. Ein in der WELT lancierter Artikel behauptete Bahr habe in geheimen Gesprächen mit Breschnew im Oktober 1972 über eine mögliche Zusammenarbeit von SPD und DKP gesprochen. Bahr habe darin zum Ausdruck gebracht, dass er nach einem Wahlsieg der Sozialdemokraten und bei konsequenter Weiterführung der bisherigen Ostpolitik

---

<sup>579</sup> Protokoll der Parteiratssitzung vom 20.03.1972. AdsD, SPD, PV, Protokolle des Parteivorstandes. Als Beispiele für die Parteiflügel übergreifende Kritik sei nur hingewiesen auf die Bundesdelegiertenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (Frankfurter Rundschau vom 08.05.1972), Interview des SPD-Bundestagsabgeordneten Wilderich Freiherr Ostmann von der Leye (Süddeutsche Zeitung vom 18.05.1972), Bezirkskonferenz der südhessischen Jungsozialisten (Frankfurter Rundschau vom 27.03.1972). Protokoll des SPD-Unterbezirks Frankfurt vom 16.03.1973. AdsD, Depositum Karsten Voigt, Juso Ffm, 76. Die Reihe solcher Stellungnahmen wäre beliebig erweiterbar. Ferner sei nur darauf hingewiesen, dass der Beschluss auch mit den rechtsstaatlichen Vorstellungen vieler Liberaler kollidierte. So die Protestresolution der Kasseler Jungdemokraten (Frankfurter Neue Presse vom 29.01.1972) oder Kritik des schleswig-holsteinischen FDP-Landesparteitages (Meldung der dpa vom 07.05.1972).

<sup>580</sup> Ernstlich glaubte das in der SPD-Führung aber wohl niemand. Daher wurde vor der Beratung der Ostverträge im Bundestag der SPD-Fraktion von Wehner nochmals die vorgesehen Generallinie für die anstehende Debatte aufgezeigt. Besonders zu betonen sei, dass es „weder eine Aktionseinheit noch eine Volksfront mit kommunistischen Parteien geben könne.“ Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag vom 22.02.1972. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP., Bd.87.

<sup>581</sup> Pressemeldung des Vorsitzenden des Innen- und Rechtspolitischen Ausschusses der CDU/CSU Bundestagsfraktion Friedrich Vogel vom 12.07.1972. Als Anlage eine Dokumentation angeblicher „Volksfront-Tendenzen“ innerhalb der SPD. AdsD, Depositum Hansjochen Vogel, 1/HJVA 400006.

eine Zusammenarbeit beider Parteien für sehr wahrscheinlich halte.<sup>582</sup> Unschwer ließen sich hinter derartigen Meldungen wahltaktische Manöver der CDU/CSU erkennen. Ferner schien das Spiel mit der Angst vor dem Kommunismus - auch nach der Ratifikation der Ostverträge durch den Bundestag - kein Ende zu nehmen. Vielmehr befand sich die SPD in einem innenpolitischen Zangengriff von links und vor rechts. Einerseits wurden ihr von CDU/CSU „Volksfront-Tendenzen“ attestiert, andererseits erklärte die DKP zeitgleich, dass die SPD-Führung ein „Bestandteil imperialistischer Politik und Steigbügelhalter des Großkapitals“ sei.<sup>583</sup>

### *1.3 Die Auseinandersetzung mit der DKP - Reaktionen der DKP auf die Beschlüsse der SPD*

Parallel zur innenpolitischen Behauptung gegen die CDU/CSU verfolgte die SPD-Führung ihren Abgrenzungskurs gegenüber der DKP weiter. Wie die SPD-Führung erwartet hatte, fiel der DKP-Vorstand unmittelbar nach dem SPD-Parteiratsbeschluss vom 14. November 1970 zunächst in alte Muster zurück. In Analogie zu den Pressereaktionen der DDR war auch bei der DKP von einem „Rückfall“ und „verschärften Antikommunismus“ die Rede.<sup>584</sup> Hinter der Polemik verbarg sich in erster Linie gespielte Empörung. Der Beschluss „Sozialdemokratie und Kommunismus“ kam aus Sicht der DKP weder überraschend, noch waren die Folgen für ihre Aktionseinheitsbemühungen absehbar. Dem von der SPD-Führung neu gesetzten Akzent in der bisherigen Abgrenzung wurde von den Kommunisten jedoch eine hohe Bedeutung beigemessen. Walter Ulbricht hatte den Münchner Beschlusstext bereits einen Tag später auf seinem Schreibtisch. Wie der SPD-Parteivorstand in Erfahrung bringen konnte, bereitete die Einordnung dieser Abgrenzung der SED-Führung zunächst erhebliche Probleme. In Ostberlin waren sich die Analytiker uneins darüber, ob die Abgrenzung aus einem Moment der innenpolitischen Schwäche vorgenommen wurde oder ob das eine Taktik zur Bemäntelung der tatsächlichen ostpolitischen Stoßrichtung sei.<sup>585</sup> Die SED-Westabteilung wollte

---

<sup>582</sup> Die WELT vom 14.11.1972.

<sup>583</sup> So charakterisierte Brandt die innenpolitische Situation der SPD. SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 23.09.1971, S.2.

<sup>584</sup> Hier nur als Beispiel die Pressekonferenz des DKP-Vorstandes vom 25.02.1971. AdsD, SPD-PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1483.

<sup>585</sup> Hierzu existieren eine hohe Anzahl von Lagebeurteilungen, Informationsberichte und Berichte der Einsatzkader der SED-Westabteilung. Bspw. Streng vertraulicher Einsatzbericht vom 18.-

in allen Kontakten die sie zu SPD-Mitgliedern herstellen konnte stets in Erfahrung bringen, ob der Beschluss von ihrer Mitgliedschaft befolgt werde und wo bzw. ob es Widerstände innerhalb der Partei gebe.<sup>586</sup> Das weitere Vorgehen der DKP-Genossen in Westdeutschland sollte schließlich darauf angepasst werden. Allerdings musste die SED bevor sie den westdeutschen DKP-Genossen die agitatorische Richtung vorgab, selbst wieder zu einer gemeinsamen Linie finden. Begleitet wurde dieser Prozess vom Führungswechsel von Ulbricht zu Honecker.<sup>587</sup> Die KPdSU hatte der SED mit der „krankheitsbedingten“ Absetzung Ulbrichts deutlich aufgezeigt, dass sie deutschlandpolitische Alleingänge in Zukunft nicht dulden würde. Infolgedessen zog der neue erste Sekretär des ZK der SED Erich Honecker die „Zugbrücken“ hoch. Dieser Abgrenzungskurs unter umgekehrten Vorzeichen entging der SPD-Baracke nicht. Wie man in der Bonner Parteizentrale feststellte, wurde die vorgenommene Hervorhebung unvereinbarer ideologischer Gegensätze durch SPD-Führung als Kampfansage an die DDR interpretiert. Nach parteioffizieller Deutung des Politbüros hatte die Abgrenzung der SPD gegenüber dem Kommunismus lediglich das Ziel den „Sozialdemokratismus“ als ostpolitischen Exportartikel zu verschleiern.<sup>588</sup> Für die praktische Politik der DKP-Führung bedeutete dies folgendes: Zum einen eine Intensivierung der bisherigen bündnispolitischen Anstrengungen an der SPD-Basis und zum anderen die SPD-Führung als Bremsklotz für sozialistische Reformen in der Bundesrepublik härter anzugehen.

Im Dezember 1970 entsandte die DKP-Führung ihre Verbindungsleute, über die sie in einzelnen Bezirken der Jungsozialisten verfügte auf den Bremer Bundeskongress. Aus Sicht der DKP galt es zu klären, ob der neugewählte Jusobundesvorstand sich gegen die SPD-Führung ausspielen lasse. Die „altbekannten“ Werner Brunzen (Redakteur der SK), Wolfgang Runge (Herausgeber der SK), Kurt Schacht (Redaktion der SK und Berater in SPD-Fragen beim DKP-Parteivorstand), Peter Walther (Redakteur der „Tat“) und Günther Hänsel (Redakteur der UZ) suchten daher eifrig in Einzelgesprächen mit Gästen und Delegierten des Kongresses Kontakte, um herauszufinden welcher der Jungsozialisten für die DKP Belange

---

26.01.1971. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/10.02/59. Ebenso die Erkenntnisse des Ostbüros. Bericht Tromsdorfs vom 03.03.1971 über ein Gespräch eines westdeutschen Kontaktmannes mit SED-Funktionären am 13.02.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5750.

<sup>586</sup> Ebenda.

<sup>587</sup> Vgl. Kaiser, Monika: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972, Berlin 1997.

nützlich erschien bzw. sich als Sprachrohr in die SPD betätigen könne.<sup>589</sup> Mit großer Genugtuung bemerkte man in der SPD-Baracke wie erfolglos diese Bemühungen blieben. Allen Radikalisierungstendenzen in der Arbeitsgemeinschaft und dem angespannten Verhältnis zwischen Parteijugend und Parteivorstand zum Trotz zeigte sich, dass der Bundesvorstand sowie die Mehrheit der Delegierten in seiner Haltung gegenüber kommunistischen Forderungen keine grundlegenden Unterschiede zu dem des SPD-Parteivorstands aufwiesen. Die große Mehrheit der Jusos habe sich von Brandt und Wehner „einwickeln“ lassen, resümierten die enttäuschten DKP-Funktionäre. Die Jusos, so die interne Einschätzung der DKP, steuerten zwar einen „antikapitalistischen Kurs“, aber sie seien doch in überwiegender Zahl „unmarxistisch“ und „antikommunistisch“.<sup>590</sup> Trotzdem gab sich die SPD-Führung nicht der Illusion hin, dass die DKP von ihrem Ziel die Politik des SPD-Bundesvorstandes mit Hilfe der Jusos zu sabotieren, abweichen würde. Schon vor diesem Hintergrund sah der Parteivorstand seine Integrationsversuche der unlieb-samen Parteijugend als berechtigt an. Die gewonnen Informationen über die Tagung des DKP-Parteivorstand im Februar 1971 legte zudem den Schluss nahe, dass die DKP auch in Zukunft alles unternehme, um unzufriedenen Sozialdemokraten eine „neue politische Heimat“ anzubieten.<sup>591</sup> Dabei übersah der DKP-Vorstand, dass die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft keine „Kalten Krieger“ waren. Den Beschluss des SPD-Parteirats vom November 1970 als „Antikontaktbeschluss“ zu bezeichnen war charakteristisch für diese Fehleinschätzung, denn zum einen verbot er nicht den Kontakt zu Kommunisten und zum anderen stellte nicht jeder Jungsozialist, der mit DKP-Funktionären diskutierte ein Bündnispartner dar. Getragen wurden solche Hoffnungen auch von den vorhandenen innerparteilichen Spannungen der SPD. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Jungsozialisten und Parteivorstand erhoffte der DKP-Parteivorstand sogar eine mögliche Abspaltung. Zumindest aber erwarteten die Kommunisten vereinzelt Übertritte zur DKP.<sup>592</sup> Wo dies dennoch nicht eintrat, halfen DKP-Funktionäre mit fiktiven Erfolgsmeldungen in der Öffentlichkeit nach, worauf stets die brüske Zurückweisung

---

<sup>589</sup> Anm. d. Verf. Runge, Schacht, Walther und Hänsel gehörten bereits der „Arbeitsgruppe SPD“ beim ZK der illegalen KPD an.

<sup>590</sup> Streng vertraulicher Bericht (o.V.). zur DKP-internen Einschätzung des Bundeskongress der Jungsozialisten vom 16.12.1970. AdsD, WBA, SPD-Parteivorsitzender, Verbindungen mit den Referaten, Bd. 58.

<sup>591</sup> Bericht Tromsdorf über die politische Taktik der DKP nach der Düsseldorfer Parteivorstandstagung vom 04.03.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, PV, 5751.

<sup>592</sup> Ebenda.

solcher Behauptungen durch die Gremien und politischen Spitzen der SPD folgte.<sup>593</sup> Taktisch war das nichts Neues. Dasselbe galt für die dadurch verfolgten Ziele, nämlich der marginalisierten DKP in der bundesdeutschen Parteienlandschaft größeres Gewicht zu verleihen. Ebenso wurden die Kampagnen wie etwa für die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, für die Ratifizierung der Ostverträge oder gegen den Extremistenbeschluss teilweise in gewohnter Manier von offenen Briefen an den SPD-Parteivorstand begleitet.<sup>594</sup> Im politischen Kampf stand die DKP, auch wenn Erich Honecker betonte die SED und DKP seien eine „unverrückbare Kampfgemeinschaft“<sup>595</sup> auf verlorenem Posten. Gerade diese Äußerung und die Reaktionen der SED auf die forcierte Abgrenzung der SPD gegenüber dem Kommunismus machte die DKP in ihrem weiteren Vorgehen zu einer berechenbaren politischen Größe. Da die SPD-Führung klar realisierte, dass die DKP im Schlepptau der SED agierte, rechnete man mit verschärften Angriffen gegen den „Sozialdemokratismus“ und den „Imperialismus“ im SED-Jargon.<sup>596</sup> Allerdings griff die DKP hier vor allem innenpolitischen Themen wie etwa die kapitalismuskritischen Thesen der Jusos für den im Dezember 1971 anberaumten Strategiekongress in Hannover auf. Dies zeigte sich ebenso als agitatorischer Fehlschlag wie die Forderung der Jusos nach einer „Verstaatlichung der Schlüsselindustrien“ folgenlos blieb. Wie der SPD-Vorstand im Spätjahr 1971 treffend analysierte, befand sich die DKP in der Wahl ihrer Agitationsthemen in einem Dilemma. Die mit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens aus Moskau verordnete außenpo-

<sup>593</sup> Die Auswertung von Pressematerialien gibt über solche Vorgänge in großer Zahl Aufschluss. Exemplarisch sei hier nur auf ein weiteres Beispiel hingewiesen. Im Frühjahr 1971 hatte der Hessische DKP-Landesvorsitzende Sepp Mayer Meldungen verbreitet, dass in letzter Zeit eine größere Anzahl von Jungsozialisten in die DKP eingetreten sei. Darauf betonte der Sprecher des südhessischen Bezirksvorstandes die Meldungen seien Mayers seien „aus der Luft gegriffen“. Presseinformation der Jungsozialisten Hessen-Süd vom 10.03.1971. AdsD, Depositum Karsten Voigt, 71.

<sup>594</sup> In den Beständen des AdsD sind derartige Schreiben in großer Zahl vorhanden deshalb sei hier nur angeführt: Schreiben der DKP an den SPD-Parteivorstand vom 16.03.1972. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5749, Schreiben Max Reimanns an Helmut Schmidt vom 23.03.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7939. Schreiben Reimanns an Brandt vom 09.04.1973. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Allgemeine Korrespondenz, Bd.4, S.92.

<sup>595</sup> Dokumentation in Sachen DKP/SED vom 12.07.1971. Bericht über den VIII Parteitag der SED vom 25.06.1971. AdsD, SPD-PV, Büro Herbert Wehner, 2567.

<sup>596</sup> Bericht (o.V.) über die „Schwerpunkte kommunistischer Agitation für die nächsten Monate vom 09.02.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5750. Bericht Tromsdorf über die politische Taktik der DKP nach der Düsseldorfer Parteivorstandstagung vom 04.03.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5751. Vermerk Flegels an Wehner vom 03.06.1971. AdsD, SPD-PV, Büro Herbert Wehner, 2567. Ebenso: Bericht Flegels über den VIII Parteitag der SED vom 12.07.1971. Bericht Tromsdorf über den „dogmatischen DKP-Kurs im Schlepptau der SED“ vom September 1971 (o.D.). AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7939. Ferner der Bericht Tromsdorfs über das „Auftreten der DKP gegenüber der SPD“ vom 21.11.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5755.

litische Zurückhaltung der SED und DKP in der Frage West-Berlins, hatte innerhalb der Partei für erhebliche Debatten gesorgt.<sup>597</sup> Die DKP beschäftigte sich im Herbst vorwiegend mit sich selbst. Die leitenden Kader hatten in erster Linie dafür Sorge zu tragen, dass die eigenen Reihen die neue sowjetische Außenpolitik verstanden und die daran entstandene Kritik auszuräumen<sup>598</sup> Zudem gab es innerhalb der Parteiführung Auseinandersetzungen über die sehr umstrittene Ehrenpräsidentschaft Max Reimanns.<sup>599</sup> Daran änderte auch der Ende November mit Spannung erwartete DKP-Parteitag in Düsseldorf nichts. Der als „Familienfeier“ und „Politshow“ inszenierte Parteitag auf dem sich der Ostberliner SED-Gastredner Albert Norden frenetisch feiern ließ, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im DKP-Vorstand nach wie vor kein Einvernehmen gab, ob die SPD überhaupt als Bündnispartner in Frage käme.<sup>600</sup> Als Rainer Barzel im März 1972 in der bundesdeutschen Presse das erste Mal öffentlich über ein konstruktives Misstrauensvotum sinnierte und man fürchtete die Regierung Brandt könnte gestürzt werden, bot die DKP-Führung den Sozialdemokraten für ein baldige Ratifikation der Ostverträge erneut eine Aktionseinheit zur innenpolitischen Unterstützung an.<sup>601</sup> Davon abgesehen, dass gemeinsame SPD/DKP-Ratifikationskampagnen die innenpolitische Durchsetzung der Verträge konterkariert hätten, empfand man in der Bonner Parteizentrale solche Angebote als ungeheure Anmaßung. Der neu designierte SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner stellte daher in einer Presseerklärung im gleichen Monat unmissverständlich klar, dass es zwischen SPD und DKP weder irgendwelche Gemeinsamkeiten bestünden noch werde es zu einer Zusammenarbeit beider Parteien kommen. Vor allem, so betonte Börner, bräuchte die SPD keine wie auch immer geartete Hilfe, um die Annahme der Verträge durch den Bundestag zu erreichen. In seiner Schlussformel wies er die SPD-Parteimitglieder noch-

---

<sup>597</sup> Bericht Tromsdorf über die Reaktion der DKP-Führungskader zum Abkommen über Westberlin vom 06.09.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7939.

<sup>598</sup> Bericht Tromsdorf über die Reaktion der DKP-Führungskader zum Abkommen über Westberlin vom 06.09.1971. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Sacharchiv, 7939.

<sup>599</sup> Für die genauen Hintergründe und das problematische Dreiecksverhältnis SED-DKP-KPD vgl. Müller, Hans-Peter: Gründung und Frühgeschichte der DKP im Licht der SED-Akten in: Schröder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates, Berlin 1994, S. 278ff.

<sup>600</sup> „Trimm-Dich zum Klassenkampf“, die ZEIT vom 03.12.1971, hierzu auch der Bericht (o.V.) vom 11.04.1972 über die Besprechung der Bezirks- und Landesvorsitzenden mit dem DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann und dem stellvertretenden Vorsitzenden Herbert Mies am 29.03.1972. AdsD, SPD-PV, Ostbüro, DKP, 0398g, Box 1489.

<sup>601</sup> Schreiben der DKP an den SPD-Parteivorstand vom 16.03.1972. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD-PV, 5749.

mals auf den Münchner Parteiratsbeschluss vom November 1970 hin.<sup>602</sup> Mit diesem Hinweis verdeutlichte er nicht nur den eigenen Genossen, sondern ebenso der bundesdeutschen Öffentlichkeit, dass sich an der Haltung des SPD-Parteivorstands weder etwas geändert hatte noch in Zukunft irgendetwas ändern würde. Nach der Ratifikation der Ostverträge durch den Bundestag wurde die politische Daseinsberechtigung der DKP zusehends fragwürdig. Einerseits gelang es ihr nicht die Aktionseinheiten mit Sozialdemokraten herzustellen und andererseits wurden ihre außenpolitischen Forderungen im Wesentlichen (bspw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als völkerrechtlich fixierte Grenze) durch die Brandtsche Ostpolitik nicht nur besser vertreten, sondern auch verwirklicht. Die schillernden Jungsozialisten erschienen den linksradikalen, antiautoritären Gruppierungen innerhalb der jungen Generation im Vergleich zu den biedereren DKP-Funktionären und dem „KPD-Methusalem“ Max Reimann ohnehin als attraktivere Alternative. Die DKP durchschritt eine tiefe Sinnkrise, die sich unter anderem im Rückzug auf das politische Hauptziel „Keine neue CDU/CSU Regierung“ im Spätjahr 1972 offenbarte.<sup>603</sup> Nach dem desaströsen Abschneiden der DKP (0,3%) bei der Bundestagswahl 1972 hatte die DKP-Führung erhebliche Mühe, die daraufhin von Teilen der Funktionärskader angestimmtem „Schluss mit den Brandt-Schutz-Wochen“ Parolen einzudämmen. Doch angesichts der in der SPD stattfindenden Zuspitzung innerparteilicher Konflikte schöpften sie neue Hoffnung.<sup>604</sup>

#### *1.4 Die Dichotomie von Abgrenzung und Integration*

Der triumphale Wahlsieg Brandts im November 1972 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die innerparteilichen Kämpfe des Leverkusener-Kreis und der Jusos auf der einen und des Seeheimer-Kreises auf der anderen Seite ihren Höhepunkt erreichten. Außerdem gewann die Stamokap-Strömung innerhalb der Jungsozialisten zunehmend an Einfluss. Es wäre sicherlich übertrieben, diesen Konflikt als ideologische Zerreißprobe der SPD zu deuten. Gleichwohl wurde der Streit um

---

<sup>602</sup> SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 27.03.1972.

<sup>603</sup> Bericht Tromsdorf über die Diskussion zwischen Funktionären und Parteiführung der DKP zur Wahlagitation vom 02.10.1972. AdsD, SPD-PV, Büro Herbert Wehner, 2596.

<sup>604</sup> Bericht Tromsdorf über die Sitzung der DKP-Bezirks- und Landessekretäre für Öffentlichkeitsarbeit vom 07.12.1972. Im obigen Zusammenhang wurde darin vor allem auf den Leverkusener Kreis und Teile der Jusos verwiesen. AdsD, SPD-PV, Büro Herbert Wehner, 2596.

den „richtigen“ Weg zum Sozialismus in Teilen der Partei mit einer solchen Vehemenz und Schärfe ausgetragen, dass sich manchem Beobachter gelegentlich die Frage stellte, ob der politische Gegner eher aus den eigenen Reihen kam.<sup>605</sup> Die Parteilinke sah sich durch den SPD-Wahlsieg in ihren Forderungen sogar noch bestätigt. Der Erwartungsdruck auf die Bundesregierung insbesondere an den Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden stiegen ins Unermessliche.<sup>606</sup> Des Weiteren war die vielzitierte „Linkswende“ der Jungsozialisten noch nicht abgeschlossen.<sup>607</sup> Der Mitgliederzustrom der Gesamtpartei erreichte im Wahljahr mit rund 955.000 Mitgliedern seinen Höhepunkt. 1972 waren es allein 156.000 Neumitglieder von denen wiederum 65,4 Prozent im Juso-Alter waren.<sup>608</sup> Neben der ideologischen und organisatorischen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten gab es daher zeitgleich durch die verschiedenen Linksströmungen, die in die SPD drangen - und eben nicht in der DKP ihre politische Heimat finden sollten - einen Integrationsdruck der den Parteiapparat und die SPD-Führung vor schwere Aufgaben stellte. Insofern wurde die Politik der Abgrenzung mit der Integration der jungen Generation gekoppelt, was maßgeblich mit dazu beitrug das potentielle Wählerreservoir der DKP auszutrocknen. Dennoch schloss die Parallelität beider Komponenten nicht aus, dass die SPD-Führung aufgrund einzelner Anlässe wie z.B. nach dem Ulbricht-Besuch der Jusos gelegentlich Gewichtungen vornahm. Letzten Endes diente es ebenso dem Ausgleich zwischen den Parteiflügeln. Die Kritiker der Jusos, die der Parteijugend vorwarfen „hinter Godesberg zurück“ gefallen zu sein<sup>609</sup>, wurden zumindest etwas beschwichtigt. Wie die Entschärfung des Beschlusstextes vom 14. November 1970 durch Brandt höchstpersönlich nahelegt, war es vor allem der SPD-Vorsitzende, der sich um einen stetigen Ausgleich bemühte.<sup>610</sup> Brandt wie im Übrigen auch Wehner wussten, dass die Jugendgenerati-

---

<sup>605</sup> Einige Sozialdemokraten bejahten diesen Umstand. So schrieb der amtierende Münchner Oberbürgermeister, Georg Kronawitter, „Persönlich glaube ich, dass nur noch Träumer vermuten können, hier ginge es um die geistig-politische Auseinandersetzung mit der DKP und nicht um eine massive Unterwanderung unserer Partei durch kommunistische Kräfte.“ Schreiben Kronawitters an alle Mitglieder des Unterbezirksverbandes, des Vorstands der SPD-Stadtratsfraktion, des SPD-Bezirks Südbayern und des SPD-Landesverbandes vom 19.12.1973. AdsD, Depositum Hans-Jochen Vogel, 1/HJVA400064.

<sup>606</sup> Vgl. Baring, Arnulf: a. a. O., S.509.

<sup>607</sup> Zur Einteilung der verschiedenen Entwicklungsphasen der Jusos vgl. Süß, Dietmar: Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren. Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S.67ff.

<sup>608</sup> Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1973-1975, Bonn [1976], S.269f.

<sup>609</sup> Leo Bauer prägte diesen Begriff mit seiner harschen Kritik in einem Artikel in der Neuen Gesellschaft. Vgl. Bauer, Leo: Hinter Godesberg zurück!, NG 1/85 Jahrgang 1970 S.85ff.

<sup>610</sup> Siehe Kapitel III, 4.



on für die SPD langfristig nicht zu gewinnen war, wenn man mit lautem Horrido eine politische Treibjagd auf sie beginnen würde. Phasenweise wurde dieses integrative Konzept vom Parteivorsitzenden kritisch hinterfragt<sup>611</sup> und fand gleichermaßen seine Grenzen. In seinem politischen Werdegang war Brandt keineswegs zu jeder Zeit die große Integrationsfigur. Geradezu naiv erscheint die Vorstellung, dass es eine stets auf Ausgleich der Interessen bedachte Persönlichkeit, die harte politische Konfrontationen scheut, vermag Vorsitzender einer großen Volkspartei zu werden, geschweige denn für lange Zeit zu bleiben.<sup>612</sup> Wie Brandt die Berliner SPD auf „Vordermann“ brachte und ihr Vorsitzender wurde, kann hier als Beispiel dienen. Sowohl der Integrationswille Brandts wie auch der des SPD-Parteivorstandes fand seine Grenze in gemeinsamen politischen Aktionen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das stellte die unmissverständliche Botschaft des Parteiratsbeschlusses vom November 1970 an die Parteimitglieder dar.

Jene die glaubten, die Geduld der SPD-Führung auf eine harte Probe stellen zu müssen, konnten sich bald selbst davon überzeugen, dass erwiesene Zuwiderhandlungen durch Parteiordnungsverfahren sanktioniert wurden was in Härtefällen zu einem Parteiausschluss führte.<sup>613</sup> Aus heutiger Sicht stellt sich dennoch die Frage, inwiefern das Aktionseinheitsverbot überhaupt die Justiziabilität solcher Sachverhalte erhöhte. In Fällen in denen Sozialdemokraten DKP-Wahlaufrufe starteten, Unterschriften für kommunistische Initiativen leisteten, Listenverbindungen mit der DKP eingingen oder im Sinne der DKP eigene Genossen verunglimpften sowie gegen die bestehenden Richtlinien für Ostkontakte oder dem Unvereinbarkeitsbeschluss (SDS) verstießen, ergab sich für regionale Landes- und Bezirksverbände aus den Statuten der SPD bereits vor 1970 die Möglichkeit ein Parteiordnungsverfahren gegen die betreffenden Parteimitglieder einzuleiten. Im Übrigen endete auch nicht jedes Verfahren automatisch mit einem Ausschluss. Eine förmliche Rüge oder ein Funktionsverbot (Niederlegung aller Parteiämter) stellten ebenso Instrumentarien der Ahndung solcher Verstöße dar. Daran kam keineswegs

---

<sup>611</sup> In seinen handschriftlichen Notizen vermerkte Brandt stichwortartig im Frühjahr 1972; „Was falsch gemacht? Jusos spielen gegen. Mob in die Hände“. Handschriftliche Aufzeichnung Willy Brandts vom 24.04.1972. AdsD, WBA, Bundeskanzler, Bundesregierung, Mappe 93.

<sup>612</sup> Entgegen den älteren Brandt-Biografien mit einzelnen wohlthuenden Hinweisen vgl. Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002, S.423, S.658.

<sup>613</sup> Anm. d. Verf. Wie aus den Statistiken der Rechtsstelle beim PV zu ersehen ist, bleibt allerdings zu erwähnen, dass bereits in den 50er und 60er Jahren die Zusammenarbeit mit Kommunisten mit Parteiausschlüssen geahndet wurde.

parteiinterne Willkür sondern die Würdigung des rechtsstaatlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zum Ausdruck. Daher war und blieb ein Parteiausschluss die ultima ratio. Der Rechtsschutz des Einzelnen wurde unter anderem durch den möglichen Instanzenzug über die Schiedskommissionen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene garantiert. Ebenso wurden bei der Bemessung des anzuwendenden Sanktionsmittels vorangegangene Verfehlungen, persönliche Umstände oder die persönliche Einsichtsfähigkeit zur Beschluss- bzw. Urteilsfindung herangezogen. Darüber hinaus holten die Schiedskommissionen vor der Verfahrenseröffnung ausführliche schriftliche Stellungnahmen der Antragssteller und Antragsgegner sowie Zeugenanhörungen ein. Gemäß dem Grundsatz in dubio pro reo führten Zweifel an der Unschuld des Antragsgegners weder vor, noch während des Verfahrens, zu einem Schuldspruch. Alles in allem brauchte ein Parteiordnungsverfahren den Vergleich mit einem ordentlichen Zivilprozess unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht scheuen. Die oft kolportierte Behauptung einzelner Parteilinker, dass es innerhalb der SPD eine Hexenjagd im Stil der amerikanischen McCarthy-Ära gab, bestätigt sich schon vor diesem Hintergrund als Legende. Allerdings lässt sich differenzierter betrachtet die Zunahme der anhängigen Parteiordnungsverfahren anhand der Parteistatistiken nachweisen. Im gesamten Jahr 1970 waren es 23 Verfahren. Davon wurde in zehn Fällen auf Ausschluss entschieden. Im März 1971 waren es hingegen schon 18 wovon in sieben Fällen auf Ausschluss entschieden wurde.<sup>614</sup> Da diese Zahlen keinen Aufschluss über den Verfahrensgrund liefern, lässt sich daraus lediglich die erhöhte Bereitschaft parteiinterne Streitigkeiten auf dem Weg der Schiedsgerichtsbarkeit zu entscheiden, als Trend ableiten.<sup>615</sup> Im September 1971 waren im SPD-Parteivorstand neun Fälle von „gemeinsamen Aktionen“ mit der DKP oder anderen kommunistischen Gruppierungen als Verfahrensgegenstand aktenkundig. In sechs Verfahren wurde auf Ausschluss entschieden und in drei Fällen kamen die Antragsgegner ihrem Ausschluss durch Parteiaustritt zuvor.<sup>616</sup> Dabei ist anzumerken, dass es nicht um eine „Ausschlussmaschine“ handelte, denn den geschätzten 18 Ausschlüssen stehen allein im Jahr 1961 205 Ausschlüsse gegenüber. Insgesamt lagen für die Parteiausschlüsse im

---

<sup>614</sup> Vermerk Martin Grüber an Hans Hermsdorf vom 18.03.1971. AdsD, SPD, PV, Rechtsstelle 2364.

<sup>615</sup> Anm. d. Verf. Die Statistiken des SPD-Jahrbuchs 1970-1972 liefern darüber ebenso wenig Auskunft.

<sup>616</sup> Rundschreiben Nr.2/1971 der Schiedskommission beim Parteivorstand an die Vorsitzenden der Schiedskommissionen der Landes- und Bezirksverbände vom 15.12.1971. AdsD, SPD, Bundestagsfraktion, 6. WP, Fraktionsvorsitz, Büro Herbert Wehner, Bd.331.

Spätjahr 1971 eindeutige Verstöße vor, wie sich am Fall Degenhardt aufzeigen lässt. Dieser hatte im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein in der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ) folgender Erklärung veröffentlicht:

„Jochen Steffen, ist Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein, ist Mitarbeiter am Löwenthal-Papier. Er möchte die Aktionsgemeinschaft zwischen Sozialisten in der SPD und Kommunisten verhindern. Er will den Kampf gegen Kommunisten notfalls auch mit physischer Gewalt führen. Für die Aktionsgemeinschaft zwischen Sozialisten und Kommunisten - Gegen die Spalterpolitik der SPD - In Schleswig-Holstein: DKP Wählen!“<sup>617</sup>

Dass sich eine Partei von Mitgliedern jenen Schlages trennt, ist für jeden verständlich und nachzuvollziehen. Durch solche oder ähnliche Aussagen wurde aus Sicht der SPD-Führung nur dokumentiert, dass es sich um unbelehrbare Parteimitglieder handelte, die weder fähig noch willens waren, sich in die Partei zu integrieren. Neben den vereinzelt erforderlichen innerparteilichen Verfahren, den Beschlüssen der SPD-Führungsgremien, den zahlreichen Presseerklärungen und Interviews sowie öffentlichen Richtigstellungen erstreckte sich die sozialdemokratische Abgrenzungsstrategie ebenso auf soziale Organisationen, die der SPD ideell nahestanden.

## *2. Die Rolle der Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Abgrenzungsstrategie*

Nach 1945 setzte sich in der Bundesrepublik die Idee der Einheitsgewerkschaft über alle Parteigrenzen hinaus durch. Die Etablierung einer Einheitsgewerkschaft anstelle politisch miteinander konkurrierender Richtungsgewerkschaften war eine Konsequenz der historischen Erfahrung, die die Gewerkschaften mit dem Nationalsozialismus machen mussten. Der 1949 gegründete DGB als Dachverband der 16 Einzelgewerkschaften vereinte sozialdemokratische, christliche, aber auch kommunistische Strömungen und seine weltanschauliche Neutralität. Als eine Weltanschauung oder weltanschaulichen Orientierung ist das Verfolgen einer bestimmten Programmatik zu verstehen, die sich in politischen oder religiös-konfessionelle Wertvorstellungen ausdrückt. Eine Weltanschauung erzeugt für Parteien, Verbände oder andere Personengemeinschaften eine innere Kohäsion. Nach außen er-

---

<sup>617</sup> Zit. nach dem Beschluss der Schiedskommission beim Parteivorstand vom 24.09.1971. AdsD, SPD, PV, Protokoll des SPD-PV vom 17.11.1971.

möglicht sie aber auch eine Unterscheidung, bzw. Abgrenzung gegenüber anderen. Die Neutralität des DGB impliziert jedoch nicht das Fehlen eines Wertekanon<sup>618</sup>, sondern vielmehr die Nichteinmischung in die Wertorientierung ihrer Mitglieder. Daran ändert auch der Umstand, dass der DGB personell und in seiner politischen Ausrichtung bislang mehrheitlich sozialdemokratisch dominiert wurde nichts. Die Gewerkschaften blieben als Interessenorganisation auch den Kommunisten nicht verschlossen. Allerdings war innerhalb des im DGB repräsentierten Parteienproporz ein „parteiübergreifendes Grundmuster des politischen Denkens“ der „Antikommunismus“.<sup>619</sup> Dennoch organisierte sich die Mehrheit der westdeutschen Kommunisten in den Industriegewerkschaften. Das langfristige Ziel der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit stellte die Herstellung der Aktionseinheit dar. Die Möglichkeiten diese Bemühungen zu unterminieren, waren aus Sicht der SPD zunächst auf persönliche Gespräche zwischen den jeweiligen Spitzen in SPD und DGB begrenzt. Ebenso hilfreich für die Abwehr kommunistischer Unterwanderungsversuche erwies sich der Umstand, dass zahlreiche SPD-Mitglieder in Personalunion Funktionäre in der Partei sowie in den Gewerkschaften waren.

Im Zuge der 68er Protestbewegung konstituierte sich am 14. September 1968 der bereits erwähnte SPD-Gewerkschaftsrat. Das vor allem durch die Notstandsgesetzgebung und konzertierte Aktion belastete Verhältnis zwischen SPD und Teilen der Gewerkschaften, die innenpolitischen Unruhen sowie die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Jugendgeneration hatte die SPD-Führung darin bestärkt, ihren Einfluss innerhalb der Gewerkschaften zu verstärken.<sup>620</sup> Den Vorsitz dieses Gremiums führte Willy Brandt an. Zu den wesentlichen Aufgaben gehörte die „Beratung grundsätzlicher Fragen der Gesellschaftspolitik“.<sup>621</sup> Der SPD-Gewerkschaftsrat fungierte als Sprachrohr gesellschaftspolitischer Zielvorstellungen in den DGB. Innerhalb der sozialdemokratischen Abgrenzungsstrategie erfüllte der Gewerkschaftsrat einerseits eine koordinierende Funktion. Andererseits wur-

---

<sup>618</sup> Der kleinste gemeinsame Nenner stellt das Bekenntnis des DGB zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik dar.

<sup>619</sup> Vgl. Schönhoven, Klaus; Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, Bd.11, Köln 1996, Vorwort der Herausgeber S.XXXIII.

<sup>620</sup> Die Konstituierung des SPD-Gewerkschaftsrates geht auf den einstimmigen Nürnberger SPD-Parteitagsschluss im Mai 1968 zurück.

<sup>621</sup> Zit. Willy Brandt, in: SPD-Pressemitteilungen und Informationen Nr.419/68 vom 15.09.1968, S.2.

de auch ein wechselseitiger Informationsaustausch in den Fragen „der Auseinandersetzung mit extremen demokratie-feindlichen Kräften“, den Ostkontakten und den „Initiativen zur Sicherung des Friedens“<sup>622</sup> ermöglicht. Diese abstrakte Diktion Brandts zielte auf die kommunistischen Umtriebe und Infiltrationsversuche innerhalb des DGB, über die die Parteiführung durch den SPD-Gewerkschaftsrat informiert werden sollte. Sie lässt ferner den Schluss zu, dass die SPD-Spitze mit Hilfe ihres Gewerkschaftsrates ebenso die Unterrichtung und gemeinsame Abstimmung mit dem DGB in Belangen der Neuen Ostpolitik vornahm.<sup>623</sup> Dieses institutionelle Bindeglied zwischen Partei und Gewerkschaften besaß für die Sozialdemokraten sowohl innen- als auch außenpolitisch einen hohen Stellenwert.<sup>624</sup> Die Entscheidung innerhalb der SPD für die Gründung eines Gewerkschaftsrates vollzog sich - nicht ausschließlich, aber vor allem - vor dem Hintergrund der Diskussionen über die Neugründung einer kommunistischen Partei (DKP).<sup>625</sup> Der mit dem Regierungswechsel im Spätjahr 1969 verbundene Durchbruch der Neuen Ostpolitik, der auch für NGO wie den DGB eine Vermehrung der Ostkontakte einleitete, unterstrich aus Sicht der SPD-Führung erneut die Tragweite ihrer Entscheidung für die Schaffung eines parteieigenen Gewerkschaftsrates.

## *2.1 Die Haltung des DGB zum Kommunismus - der Wunsch bundesdeutscher Gewerkschafter nach Verständigung mit den osteuropäischen Gewerkschaften*

Der DGB galt auf europäischer Ebene wie etwa im EGB als die Speerspitze der „antikommunistischen“ Gewerkschaften, was sich unter anderem in dem Veto gegen die Aufnahme der französischen CGT oder der spanischen CCOO äußerte. In beiden Gewerkschaften ließen sich starke kommunistische Strömungen konstatie-

---

<sup>622</sup> So Umriss Brandt die Funktion des Gewerkschaftsrates auf seiner konstituierenden Sitzung am 14.09.1968. Ebenda, S.2.

<sup>623</sup> Der Bestand des SPD-Gewerkschaftsrates innerhalb des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) ist bislang der Forschung nicht zugänglich.

<sup>624</sup> Dieser Umstand ist auch dem SPD-Parteivorstandsbeschluss vom 03.10.1968 zu entnehmen. Darin wird der Gewerkschaftsrat um folgende Parteivorstandsmitglieder erweitert: Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Alfred Nau, Werner Figgen, Egon Franke, Georg Leber, Alex Möller, Heinz Ruhnau, Ernst Schellenberg, Karl Schiller und Käthe Stobel. Schreiben Hans Hermsdorf an Ludwig Rosenberg vom 07.11.1968. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI 001802.

<sup>625</sup> Kaum zwei Wochen nach der Gründung des SPD-Gewerkschaftsrates erklärte der DKP-Gründungsausschuss die „Neukonstituierung“ der DKP.

ren und wurden daher vom DGB als potentielle Mitglieder abgelehnt.<sup>626</sup> Die deutlichste Abgrenzung des DGB gegenüber dem Kommunismus wurde bereits in den Fünfziger Jahren vorgenommen, indem ein generelles Kontaktverbot erging.<sup>627</sup> Westdeutsche Gewerkschafter die unter Missachtung dieses Beschlusses handelten, indem sie zum Beispiel der Einladung des FDGB zur „Deutschen Arbeiterkonferenz“ nach Leipzig folge leisteten, riskierten ein Ausschlussverfahren. Nach dem Mauerbau 1961 bekräftigte der DGB seine ablehnende Haltung gegenüber dem Kommunismus. Der 6. DGB-Bundeskongress verankerte 1962 in seiner Satzung ausdrücklich die „Bekämpfung von faschistischen, kommunistischen, [...] und allen sonstigen antidemokratischen Einflüssen“<sup>628</sup> als Aufgabe des Bundes. In Analogie zur den ersten ostpolitischen Verständigungsversuchen der Regierung Erhardt, knüpften zunächst die Einzelgewerkschaften unter Umgehung des FDGB erste offizielle Kontakte zu den Gewerkschaften in Osteuropa. Die erste bundesdeutsche Gewerkschaft war die ÖTV unter dem damaligen Vorsitzenden Heinz Kluncker. Vom 2. bis 5. September 1965 war Kluncker Teilnehmer auf dem 4. Weltkongress der „Internationalen Medizinischen Gesellschaft für das Studium der Lebensbedingungen und der Gesundheit“ in Karlsbad (CSSR) um Gespräche mit Gewerkschaftern aus der CSSR, Polen und der Sowjetunion aufzunehmen. Ostkontakte zur Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas und die Abgrenzung gegenüber leninistischen Gewerkschaftsvorstellungen waren für Kluncker keineswegs unvereinbare Prinzipien.<sup>629</sup>

Andere Einzelgewerkschaften sollten diesem Beispiel folgen.<sup>630</sup> Der Bundesvorstand des DGB forderte die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften auf, dem Bundesvorstand Berichte über den Stand der Ostkontakte ihrer Gewerkschaften zu kommen zu lassen. Innerhalb des Bundesvorstandes wollte man sich ein Bild über die Gesamtsituation in den Einzelgewerkschaften machen. Ebenso waren die Bemühungen des FDGB durch Kontaktaufnahme auf regionaler Ebene das Kontakt-

---

<sup>626</sup> Vgl. Deppe, Frank: „Zwischen Integration und autonomer Klassenpolitik - Die DGB Gewerkschaften in der Ära des Sozialliberalismus, in: Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989, S.637.

<sup>627</sup> Dieser Beschluss wurde auf dem 7. DGB-Bundeskongress 1966 erneut bestätigt.

<sup>628</sup> Zit. nach Wilke, Manfred: Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischen Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971, Melle 1985, S.92.

<sup>629</sup> Vgl. ÖTV-Lexikon der FES. <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/tit00205/00205g.htm> (Stand 23.02.2006).

<sup>630</sup> Schreiben Eugen Stotz den BV des DGB vom 11.09.1967. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 001138.

verbot des DGB zu Fall zu bringen, bemerkt worden. Eindringlicher warnte der damalige Vorsitzende des DGB Ludwig Rosenberg den Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden vor derartigen Bestrebungen des FDGB.<sup>631</sup> Im Herbst 1967 ris- sen zunächst die Berichte aus den Einzelgewerkschaften über Besuche oder Ent- sendungen von Delegation in die Sowjetunion nicht ab.<sup>632</sup> Ebenso empfing die Ge- werkschaft der Eisenbahner Deutschlands vom 16. bis 25. Oktober 1967 eine sow- jetische Delegation.<sup>633</sup> Für die IG Metall übersandte am 5. April 1968 Fritz Opel eine Zusammenstellung aller offiziellen Kontakte seitens der Vorstandes und der Bezirke. Hierzu gehörte u.a. die Teilnahme einer Delegation zur Einweihung des Ehrenmals für die Opfer im Konzentrationslager Auschwitz vom 14. bis 18. April 1967 unter der Leitung des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Fritz Strothmann.<sup>634</sup> Seitens der Bezirke gab es im Jahr 1967 allein 11 Fahrten vor- nehmlich in die CSSR. Daran waren die Bezirksleitungen Essen, Frankfurt, Hagen, Hannover, München, Münster, Stuttgart und die Verwaltungsstelle Berlin beteiligt. Opel betonte aber, dass alle Fahrten als Jugendfahrten veranstaltet wurden und somit keine Kontakte zu den Gewerkschaften der betreffenden Länder einge- schlossen hatten.<sup>635</sup> Der Wunsch der bundesdeutschen Einzelgewerkschaften nach einem Ausbau der Ostkontakte wurde zu einem Trend innerhalb der Mitglied- schaft. Dass das ferner die Kontaktaufnahme mit dem FDGB einschloss, verdeut- lichte die Annahme des Antrages Nr.67 (Prüfung der Aufnahme von Kontakten zum FDGB) auf dem 8. DGB-Bundeskongress im Mai 1969.<sup>636</sup>

Auch innerhalb des DGB selbst, brachten einzelne DGB-Kreise das Anliegen vor, Kontakte in die Ostblockländer zu unterhalten. Die Kreise Lörrach und Freiburg planten für das Jahr 1968 eine Reise in die CSSR. Sie wurden vom Bundesvorstand daraufhingewiesen, dass gegen Privatreisen nichts einzuwenden sei. Allerdings

---

<sup>631</sup> Schreiben Ludwig Rosenbergs an den BV und die Landesvorsitzenden vom 02.10.1967. AdSD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 002028.

<sup>632</sup> Schreiben Gerhard Vater an Ludwig Rosenberg vom 05.10.1967. AdSD, DGB - Archiv, Abt. Vor- sitzender 5/DAGAI 001138.

<sup>633</sup> Schreiben Philipp Seibert an Ludwig Rosenberg vom 11.10.1967. AdSD, DGB - Archiv, Abt. Vor- sitzender 5/DGAI 001138.

<sup>634</sup> Schreiben Fritz Opel an Ludwig Rosenberg vom 05.04.1968. Anm. im Jahr 1967 waren es drei offizielle Kontakte des IG Metall Vorstandes. AdSD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 001138.

<sup>635</sup> Ebenda.

<sup>636</sup> Nach Einschätzung der DDR-Staatssicherheit konnte es daher mit den Einzelgewerkschaften eher zu einer Kontaktaufnahme kommen als mit dem DGB-Bundesvorstand. Information über die Aufnahme von Kontakten westdeutscher Gewerkschafter mit dem FDGB vom 06.01.1970. BStU, MfS, SdM 1473/II, 353-355.

könne es sich nicht um eine offizielle Reise als DGB-Kreis handeln. Ebenso wären die Delegationen nicht autorisiert, Stellungnahmen in der Presse als DGB-Kreis abzugeben.<sup>637</sup> Inhaltlich hatte dieser Hinweis die gleiche Stoßrichtung wie die im März 1967 modifizierten Richtlinien für Ostkontakte der SPD. Sie sollten verhindern, die Mitgliedschaft gegen die Führung, in diesem Fall dem Bundesvorstand des DGB, aufzubringen und den DGB zu spalten. Im Zuge der Neuen Ostpolitik der Großen Koalition wollten auch die Einzelgewerkschaften ihren Beitrag zur Völkerverständigung zwischen Ost und West leisten. Die Versuche des DGB-Bundesvorstandes die Ostkontakte der Einzelgewerkschaften einzudämmen, wurden infolge zum Gegenstand innergewerkschaftlicher Kritik. Vor allem im ÖTV-Vorstand bestand Unzufriedenheit mit der Handhabung der Ostkontakte durch die DGB-Spitze. Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang Rosenbergs Versuche, „die finanziell abhängigen kleinen Gewerkschaften zur Durchsetzung seiner eigenen Politik heranzuziehen.“<sup>638</sup> Rosenberg würde stets, so die Kritiker, vor wichtigen Abstimmungen die abhängigen Gewerkschaften auf die Linie des DGB - Bundesvorstandes bringen, so dass die anderen Gewerkschaften ihre Standpunkte korrigieren müssten. Gerade die Kontaktfrage gegenüber dem Ostblock sei ein Beispiel, an dem dieser Mechanismus greife, um „alle Vorstöße der Gewerkschaft ÖTV“ zu stoppen.<sup>639</sup> Ebenso wurde die ablehnende Haltung des DGB-Vorsitzenden gegenüber offiziellen Gesprächen mit dem FDGB kritisiert. Rosenberg betonte hingegen, dass der FDGB „kein echter Verhandlungspartner“ sei, „da es sich um eine Staatsgewerkschaft handele“.<sup>640</sup> Klar benannt wurde damit die Rolle des FDGB als verlängerter Arm der SED. Dieser Punkt wurde von ihm hervorgehoben, denn gerade die Rolle der Gewerkschaften im Marxismus-Leninismus war der zentrale Unterschied zwischen DGB und den osteuropäischen Gewerkschaften (hier vor allem: FDGB), den es bei allen Verständigungsversuchen nicht zu verwischen galt. Vielmehr, so Rosenberg sei die „Normalisierung“<sup>641</sup> bzw. Liberalisierung der DDR überhaupt erst die Voraussetzung für die Aufnahme ernsthafter Ver-

---

<sup>637</sup> Protokoll des geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 15.01.1968. AdSD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 00381.

<sup>638</sup> So die gegenüber Rosenberg geäußerte Kritik. Bericht über die Sitzung des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV in Düsseldorf vom 12.12.1967, Einzelinformation über die Situation in der Gewerkschaft ÖTV vom 01.02.1968. BStU, MfS, HVA, 235 Nr. 102/68.

<sup>639</sup> Ebenda.

<sup>640</sup> Ebenda.

<sup>641</sup> Einzelinformation über die Situation in der Gewerkschaft ÖTV vom 01.02.1968. BStU, MfS, HVA, 235 Nr. 102/68.



handlungen. Die Fortführung der bestehenden Ostkontakte wurde im August 1968 durch die Niederschlagung des Prager Frühlings vorerst unterbrochen. Mit dem Beschluss des DGB - Bundesvorstandes vom 28. August 1968 wurden die offiziellen Ostkontakte zu den fünf Warschauer Paktstaaten, die an der militärischen Intervention in der CSSR beteiligt waren, zunächst abgebrochen. In konsequenter Einhaltung des Solidaritätsprinzips hatte innerhalb des DGB vor allem die IG-Metall diesen Beschluss eingefordert. Doch schon im Dezember 1968 gab es, nach Erkenntnissen der DDR-Staatssicherheit, Anzeichen dafür, dass die DGB-Führung in der Beurteilung und Analyse der Vorgänge des Sommers zu wesentlich pragmatischeren Einschätzungen kam. Sie basierten auf der Annahme, dass die Zerschlagung des tschechischen Reformkommunismus zwar als ein Rückschlag aber nicht als Niederlage der Verständigungspolitik zu bewerten sei. In der Tagungsvorbereitung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ (KUD) für den Dezember 1968 an dem unter anderem Spitzenfunktionäre des DGB beteiligt waren, wurde dies offen angesprochen. Eine Rückkehr in den Kalten Krieg wurde trotz der Ereignisse in der CSSR von allen Beteiligten abgelehnt. Vielmehr rief Günther Stefan (DGB-BV) die Gewerkschafter auf „besonders in Hinsicht auf die Ereignisse in der CSSR ihre bisherigen Ostkontakte [...] fortzusetzen“.<sup>642</sup> Damit unterstrich er den an die SPD-Mitglieder gerichteten Appell Willy Brandts, die Ereignisse in der CSSR zum Anlass zu nehmen, um noch stärker in die „Überzeugungskraft“ sozialdemokratischer „Ideen“ zu vertrauen.<sup>643</sup> Demnach wurde die militärische Intervention der fünf Warschauer Paktstaaten zum einen als Indiz für den Erfolg der bisherigen Ostkontakte und zum anderen als Zeichen der ideologischen Schwäche der Kremelführung angesehen, die glaubte, die sowjetische Vormachstellung nur mit militärischen Mitteln wahren zu können. Dieser Deutung schlossen sich auch die Einzelgewerkschaften an.<sup>644</sup> In Folge konnte sich Otto Brenner auf dem 8. DGB-Bundeskongress im Mai 1969 mit seiner abwartenden Haltung, die weitere Ostkontakte an Vorbe-

---

<sup>642</sup> Einzelinformation über die Jahrestagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ vom 6. - 8.12.1968 in Westberlin und deren Vorbereitung vom 23.12.1968. BStU, MfS, HVA, 139, Nr.1381/68.

<sup>643</sup> Schreiben Willy Brandts an die Mitglieder der SPD, Berliner Brandt-Ausgabe, Bd.4, Dok. 88, S.420-424.

<sup>644</sup> i.d.S. äußerte sich der Bezirksleiter der IG-Metall Stuttgart auf einer Tagung, indem er betonte, „dass die durch die Maßnahmen vom 21.08.1968“ die „ideologische Vormachstellung der Russen“ gebrochen worden sei. Gerade „jetzt müsse mit den Arbeitern des Ostblocks gesprochen werden.“, Auskunft über die Haltung westdeutscher Gewerkschaften zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (27s. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr. 1290/69, S.8.

dingungen knüpfte, nicht durchsetzen.<sup>645</sup> Die offensive Gegenposition vertrat Heinz Kluncker, indem er die Gewerkschaften aufforderte mit den „östlichen Nachbarn“ zu reden.<sup>646</sup> Dabei betonte er, dass diese Kontakte weder ein Beleg für die Aufgabe gewerkschaftlicher Grundsätze (Solidarität) noch für den Erfolg kommunistischer Propaganda innerhalb der Gewerkschaften seien. Für den kommenden ideologischen Wettstreit - und an dieser Stelle reihten sich seine Überlegungen in die sozialdemokratische Transformationsstrategie ein - sah er weitere Ostkontakte der Gewerkschaften, wenn sie „Politik machen und nicht erdulden“ wolle als unverzichtbar an.<sup>647</sup> Das waren nicht bloße pragmatische Erwägungen, sondern sie wurden getragen von der Überzeugung in der Auseinandersetzung mit den kommunistischen Gewerkschaften Osteuropas nicht das Nachsehen zu haben, was in Klunckers Feststellung gipfelte:

„Es wäre ein Armutszeugnis für uns, wenn wir vor der Auseinandersetzung mit den Kommunisten kneifen würden.“<sup>648</sup>

Diese selbstbewussten Töne glichen auf bemerkenswerte Weise denen, die knapp ein Jahr später von Brandt auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag angestimmt wurden. Folglich wurde die Fortführung der Ostkontakte von Kluncker als Voraussetzung für eine erfolgreiche ideologische Auseinandersetzung klar erkannt. Die Funktion dieser Verständigung zwischen Ost und West war nicht nur ein gedanklicher Austausch, sondern ein Wettstreit der Ideen, bei dem es darauf ankam, die Leistungen der bundesdeutschen Gewerkschaften gegenüber den Kollegen in Osteuropa hervorzuheben.<sup>649</sup>

## 2.2 Die Ostkontakte des DGB nach der Niederschlagung des Prager Frühlings

---

<sup>645</sup> Nach Ansicht Brenners waren die Kontakte erst fortzusetzen „wenn sich die Verhältnisse in der CSSR so weit normalisiert haben, dass die Selbstständigkeit der Entscheidungen der tschechoslowakischen Staats-, Partei- und Gewerkschaftsführung gegenüber der UdSSR als gewahrt angenommen werden kann [...]“, Protokoll des 8. ordentlichen Bundeskongress des DGB in München (18.-23.05.1969), Köln 1969, S.84.

<sup>646</sup> Protokoll des 8. ordentlichen Bundeskongress des DGB in München (18.-23.05.1969), Köln 1969, S. 466.

<sup>647</sup> Ebenda.

<sup>648</sup> Ebenda.

<sup>649</sup> Kluncker war nach Informationen des MfS davon überzeugt, dass „die Kontakte die östliche Ideologie unterlaufen[...]“. Auch im Zusammenhang mit den DGB-FDGB Kontakten komme es bei den gegenseitigen Treffen darauf an, hervorzuheben, dass die „Gewerkschaften in Westdeutschland als Kampforganisation mehr für die Arbeitnehmer tun, als der FDGB in der DDR“. So die Auskunft über die Haltung westdeutscher Gewerkschaften zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (275. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr. 1290/69, S.25.

Nach dem Scheitern der „Konterrevolution“ in der CSSR galt das Interesse des DGB an weiteren Ostkontakten jedoch weiterhin unter Ausklammerung des FDGB, den Gewerkschaften in der UdSSR, Rumänien, Polen und Jugoslawien.<sup>650</sup> Die anfänglich geübte Zurückhaltung wich erneuter Reisen westdeutscher Gewerkschafter zur Kontaktaufnahme. Diese Ostkontakte mussten aus Sicht des DGB-Vorstands koordiniert werden. Schließlich sollten die Einzelgewerkschaften unter keinen Umständen Alleingänge ohne vorherige Konsultation des Bundesvorstandes vornehmen oder ihm sogar zuvorkommen. Dies setzte die Kenntnis über die Ostaktivitäten der Einzelgewerkschaften voraus. Bereits am 9. Januar 1969 vermeldete die dpa, dass die GEW (NRW) die Entsendung einer Delegation in die Sowjetunion plante. Der durch die Pressemeldung düpierte GBV beauftragte Rosenberg den Vorsitzenden der GEW Erich Frister auf die Beschlusslage zu den Ostkontakten aufmerksam zu machen.<sup>651</sup> Nach Fristers Auskunft hatte er davon keine Kenntnis und der Landesverband NRW habe ihm versichert, dass es sich lediglich um eine Studienfahrt bzw. um ein „touristisches Unternehmen“<sup>652</sup> und nicht um eine offizielle Kontaktaufnahme handele. Die für den DGB-Vorstand zu regelnden Ostreisen glichen in ihrer Problemstellung denen der SPD-Führung. Es sollte geklärt werden, ob und welchen Umständen solche Fahrten legitim waren. Eine Unterscheidung blieb im Einzelfall jedoch schwierig, denn die Grenzen zwischen Studienfahrten und Kontaktaufnahmen verschwammen oftmals. Unweigerlich führte das aber zu einem zweiten Fragenkomplex, nämlich auf welcher Ebene Kontakte mit Kommunisten überhaupt statthaft waren. Da sich die Ende des Jahres 1969 in die Sowjetunion entsandte DGB-Delegation selbst davon überzeugen konnte, dass bei den sowjetischen Gewerkschaften ein reges Interesse an Kontakten auf breiter Ebene - also gerade auch auf der unteren Ebene - bestand<sup>653</sup>, blieb diese Frage umso dringlicher. Eingehender erörtert wurde die künftige Kontaktpolitik des DGB auf der Bundesvorstandssitzung am 6. Januar 1970. Eindringlich warnte Otto Brenner in diesem Zusammenhang vor den Gefahren kommunistischer Infiltration, denn einerseits geschehe auf der anderen Seite nichts ohne politische Absichten

---

<sup>650</sup> Ebenda, S.10.

<sup>651</sup> Protokoll des GBV vom 13.01.1969 sowie das Schreiben Rosenbergs an Frister vom 20.01.1969. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI 000381.

<sup>652</sup> Antwortschreiben Fristers an Rosenberg vom 17.02.1969. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI 001138.

<sup>653</sup> So Brenners Ausführungen auf der DGB-Bundesvorstandssitzung vom 06.01.1970. Protokoll des Bundesvorstandes vom 06.01.1970. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000536.

und andererseits werde „diese Art der Kontaktpflege“ in den Einzelgewerkschaften mehr gewünscht „als wir das haben wollten“. <sup>654</sup> Nach Ansicht Brenners wurden in der Vergangenheit die bestehenden Richtlinien, unter denen die Kontakte aufgenommen wurden zu wenig berücksichtigt. Ferner betonte er, dass der DGB durch seine Ostkontakte nicht in Widerspruch zu den Beschlüssen des IBFG geraten dürfe. Waldemar Reuter ergänzte Brenners Ausführungen und bestärkte dessen Argumentation indem er darauf hinwies, dass die kommunistischen Gewerkschafter gerade auch auf der unteren Ebene „anders geschult seien als bei uns“. <sup>655</sup> Der neu designierte Bundesvorstandsvorsitzende Heinz Oskar Vetter räumte ein, dass der DGB in der Kontaktfrage nicht immer eine klare Haltung eingenommen hatte. Jedoch verwies er auf andere Gewerkschaftsbünde aus dem IBFG, die ebenso eine eindeutige Handhabung vermissen ließen. <sup>656</sup> Vetter ließ diesen Themenkomplex aber bewusst offen. Ausschlaggebend hierfür war wohl auch die Hinhaltetaktik des DGB gegenüber dem FDGB, denn der GBV prüfte bereits ab September 1969 die Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme und hatte Vorlagen für den Bundesvorstand erarbeitet. Allerdings bestand innerhalb der DGB-Führung bislang kein Einvernehmen über einen deutsch-deutschen Dialog und daher wurde eine Entscheidung durch den Bundesvorstand immer wieder vertagt. <sup>657</sup> Auch wenn Vetter in der Frage der Kontaktregelung zu den kommunistischen Gewerkschaften Osteuropas Fehler einräumte, legte er jedoch seinen Kollegen zwei Sachverhalte unmissverständlich dar: Zum einen verdeutlichten die DGB-Delegationen stets, dass das Bekenntnis des DGB zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik nie zur Disposition stehe und auf beiden Seiten keine Illusionen über die weltanschaulichen Unterschiede beider Systeme bestünden. Vielen Kritikern des DGB genügte dessen Distanzierung gegenüber dem WGB und dem Bekenntnis zur Westintegration nicht. Damit wird ausgeblendet, dass die Mehrheit der DGB-Mitglieder und -Funktionäre ihren Verband als wichtiges Instrument in

---

<sup>654</sup> Ebenda.

<sup>655</sup> Ebenda.

<sup>656</sup> Protokoll des Bundesvorstandes vom 06.01.1970. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000536. Dies begründete Vetter mit dem Umstand „dass 84 Delegationen aus dem IBFG-Bereich Besuche in die UdSSR gemacht hätten“.

<sup>657</sup> So auch die Perzeption in Ostberlin, über die Haltung westdeutscher Gewerkschaften zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (27S. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr. 1290/69, S. 4ff.

der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Weltanschauung sahen.<sup>658</sup> Sicherlich ist das uneingeschränkte Bekenntnis zum GG der Bundesrepublik keine Weltanschauung im engeren Sinne. Allerdings müssen die Kritiker, die in der Vergangenheit eine fehlende „normative Abgrenzung“ des DGB gegenüber dem Kommunismus monierten<sup>659</sup>, zur Kenntnis nehmen, dass dieses Bekenntnis sehr wohl eine „normative Abgrenzung“ darstellte. Zum anderen betonte Vetter, dass sich an der Westanbindung des DGB bzw. an dessen Einbindung im IBFG durch die Ostkontakte ebenso nichts ändere. Der DGB entziehe sich durch seine Ostkontakte keinesfalls seinen internationalen Verpflichtungen, aber behalte sich auch weiteren Handlungsspielraum vor, womit er auf die Auseinandersetzung mit der amerikanischen AFL/CIO anspiele.<sup>660</sup>

Die Ängste vor kommunistischer Infiltration, wie sie Reuter vorgetragen hatte, nahm Vetter jedoch ernst, da auch in Zukunft nicht damit zu rechnen war, dass Unterwanderungsversuche unterbleiben würden.<sup>661</sup> Allerdings versuchte er diesen Bedenken den Schrecken zu nehmen, indem er versicherte, dass der DGB national sowie international eingebunden sei.<sup>662</sup>

### *2.3 Die Aufgabe und Funktion der bundesdeutschen Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt*

Eine Präzisierung dessen was Vetter damit andeutete, lässt sich an den Äußerungen Willy Brandts auf der Sitzung des Gewerkschaftsrates vom 19. Januar 1970 vornehmen. Nach seinen Ausführungen zur Außen- und Deutschlandpolitik umriss Brandt die besondere Rolle der Gewerkschaften. Da die Neue Ostpolitik als Teil

---

<sup>658</sup> Vgl. Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989, S.481.

<sup>659</sup> Vgl. Hertle, Hans - Hermann; Wilke, Manfred: Das Genossenkartell; die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Ullstein Verlag, Frankfurt M./Berlin 1992, S.60 ff.

<sup>660</sup> Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Wiedereintritt des AFL/CIO in den IBFG, weigerten sich die amerikanischen Kollegen erneut in den IBFG einzutreten, da sie die Ostpolitik des DGB ablehnten, Protokoll der Bundesvorstandssitzung des DGB vom 03.03. - 04.03.1970. AdsD, DGB - Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000536. Information aus dem BV des DGB zur Haltung führender Gewerkschaftskreise zur Wiederaufnahme der amerikanischen Gewerkschaft AFL/CIO in den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, undatiert, abgelegt am 10.12.1969. BStU, MfS, HVA, 155, Einzelinformation 1225/69.

<sup>661</sup> DGB-Informationsdienst vom 19.01.1970. AdsD, DGB-Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001424.

<sup>662</sup> DGB-Bundesvorstandssitzung vom 06.01.1970. Protokoll des Bundesvorstandes vom 06.01.1970. AdsD, DGB - Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000536.

der Europapolitik auf den Rückhalt der westlichen Verbündeten angewiesen sei, bedürfe es einer innenpolitischen und außenpolitischen „Rückendeckung“ durch die Gewerkschaften.<sup>663</sup> Für die außenpolitischen bzw. internationalen Aufgaben der Gewerkschaften bedeutete das die Ostkontakte (fachliche und informatorische) fortzuführen, um Vorurteile gegenüber der Bundesrepublik weiter abzubauen. Wollte der DGB seinen Beitrag zur Entspannungspolitik Brandts und Bahrs ihren Beitrag leisten, musste er den ostpolitischen Leitbegriff der Kommunikation übernehmen.<sup>664</sup> Gerade auch die Gewerkschaften sollten dabei behilflich sein, die Festungsmentalität zwischen Ost und West aufzubrechen. Kommunikation und Dialog waren zentrale Voraussetzungen für das Gelingen der Transformation. Im Kern ebneten damit auch die Gewerkschaften dem „Sozialdemokratismus“<sup>665</sup> den Weg nach Osteuropa. Der quantitative Anstieg gewerkschaftlicher Ostkontakte stellte aber weit aus mehr als eine „Rückendeckung“ oder „flankierende Maßnahme“ dar.<sup>666</sup> Die Einbeziehung gesellschaftspolitisch relevanter Organisationen in die Transformationsstrategie erhöhte aus Sicht der SPD (neben den ökonomischen Zwängen) den Anpassungsdruck<sup>667</sup> auf die Warschauer Paktstaaten. Der gedankliche Austausch und Dialog zu gesellschaftspolitischen Themen konnte für die kommunistischen Regime jenseits des eisernen Vorhangs zur Büchse der Pandora werden. Neben den im Rahmen der Passierscheinabkommen erreichten „menschlichen Erleichterungen“ die eine Vervielfachung zwischenmenschlicher Kontakte zwischen Ost und West einleiteten, trugen gerade auch die Gewerkschaften ihren Teil für diesen Dialog bei.<sup>668</sup> Vor allem in der deutsch-deutschen Auseinanderset-

<sup>663</sup> Ausführungen Willy Brandts auf der Gewerkschaftsratssitzung in Bonn vom 19.01.1970. Von Hermsdorf an Vetter übersandtes Kurzprotokoll der obigen Sitzung vom 09.02.1970. AdSD, DGB-Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001802.

<sup>664</sup> Zum Leitbegriff der Kommunikation im ostpolitischen Denken Brandts und Bahrs eingehender vgl. Niedhart, Gottfried: Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S.102ff.

<sup>665</sup> Der Begriff wird hier i.S. Bahrs verwendet, vgl. Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 547ff.

<sup>666</sup> Vgl. Hemmer, Hans: Flankierende Maßnahmen - Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kalten Krieg und Entspannung, in: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit - Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, S. 171-187.

<sup>667</sup> Dieses könnte zwar als Zwang zur Konvergenz bezeichnet werden. Aufgrund der bereits gemachten Ausführungen zum Konvergenzbegriff zieht der Autor allerdings den obigen Begriff vor.

<sup>668</sup> Die Stasi sah in den „unverdächtigen“ Gewerkschaften sogar die Speerspitze der sozialdemokratischen Transformationsstrategie. So die Analyse und der Bericht (o.V.) vom 12.08.1972. BStU, MfS, ZAIG, Bd. 4633. Ähnlich hierzu die interne Einschätzung des FDGB der der DGB-Politik eine „Pfadfinderrolle“ für die Ostpolitik der SPD-Führung zuschrieb. Information des FDGB über die

zung wurde dabei deutlich, dass diese Art der Kommunikation den Repressionsapparat der SED vor eine fast unlösbare Aufgabe stellte: Sollte verhindert werden, dass der „Sozialdemokratismus“ innerhalb der DDR-Gesellschaft Rückhalt fand, musste die Bevölkerung nahezu lückenlos überwacht werden.<sup>669</sup> Die Überwachung und Abschottung der DDR-Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik verschlang wichtige Ressourcen und trug dadurch wesentlich zur Reformunfähigkeit des SED-Staates und letztlich zu dessen Zusammenbruch bei.

Dialog und Kommunikation mit den osteuropäischen Gewerkschaften hatte aber noch eine weitere Funktion. In Gesprächsrunden sollten die Vertreter osteuropäischer Gewerkschaften desillusioniert werden, sie könnten Träger und Mitglieder der Gewerkschaften in der Bundesrepublik gegeneinander ausspielen. Allerdings mussten Pflege und Ausbau von gewerkschaftlichen Ostkontakten von ihren Führungsgremien kontrolliert werden.<sup>670</sup> Brandt betonte in diesem Zusammenhang, dass bei Kontakten auf der „unteren Ebene“ auf Gegenseitigkeit bestanden und Infiltrationsversuchen begegnet werden müsse.<sup>671</sup> Bereits während den Verhandlungen mit der SED über die Durchführung eines Redneraustausches hatte die SPD-Führung deren besonderes Interesse an Kontakten auf regionaler oder lokaler Ebene perzipiert. Das durch derartige Kontakte verfolgte Ziel der SED, nämlich die SPD-Basis zu unterwandern, blieb dabei unübersehbar. Diese „Subversion“ diente nach Auffassung Willy Brandts nur einem einzigen Ziel: Sie soll die SPD-Mitgliedschaft „unfähig zur Konfrontation machen“<sup>672</sup> also für die offensive geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Das sollte mit der Konstituierung des SPD-Gewerkschaftsrates den Kommunisten auch nicht durch die

---

Kontaktpolitik des DGB im Jahre 1970, Mitte Dezember 1970. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/104 S.2.

<sup>669</sup> Wie wirkungslos z. T. die Maßnahmen des MfS in seiner Rolle als „Ideologiekontrolle“ waren, legt die Studie von Siegfried Mampel dar, vgl. Mampel, Siegfried: Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiekontrolle - Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewusstsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996.

<sup>670</sup> Hierzu das Schreiben Heinz-Oskar Vettters an die Vorsitzenden der Gewerkschaften und DGB-Landesbezirke vom 01.09.1970. Darin forderte er die Einzelgewerkschaft dazu auf dem Bundesvorstand eine Aufstellung über Delegationsreisen von West nach Ost und vice versa zu übermitteln. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001139.

<sup>671</sup> Ausführungen Willy Brandts auf der Gewerkschaftsratssitzung in Bonn vom 19.01.1970. Von Hermsdorf an Vetter übersandtes Kurzprotokoll der obigen Sitzung vom 09.02.1970. AdsD, DGB-Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001802.

<sup>672</sup> „Versuche der SED, auf Gespräche und Kontakte auf lokaler und regionaler Ebene auszuweichen, müssen wie bisher einheitlich und eindeutig zurückgewiesen werden. Die SPD ist weiterhin für kommunistische Anbiederungsversuche oder Volksfrontmanöver nicht zu haben. Wer für die Konfrontation ist, muss die Subversion bekämpfen. Die kommunistische Subversion, das heißt die Durchdringung der SPD-Basis, soll die SPD unfähig zur Konfrontation machen.“ Schreiben Willy Brandts an die Mitglieder der SPD vom Mai 1966, AdsD, WBA, A3, 232.

„Hintertür“ bzw. Gewerkschaften gelingen. Die Gewerkschaften übernahmen in der sozialdemokratischen Abgrenzungsstrategie daher die Rolle einer Vorfeldorganisation ein. Im Gegenzug wurde den Gewerkschaftsspitzen versichert, über außenpolitische Entwicklungen sowie Initiativen der Bundesregierung auf dem Laufenden gehalten zu werden.<sup>673</sup> Die internationale Einbindung erschöpfte sich folglich nicht nur in der Stellung des DGB innerhalb des IBFG, sondern erstreckte sich ebenso auf den außen- bzw. ostpolitischen Schulterschluss mit der SPD. Besonders deutlich wurde dies auch in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung.

## 2.4 *Der deutsch-deutsche Gewerkschaftsdialog*

Die DGB-Führung synchronisierte die Kontaktfrage mit der Brandtschen Ostpolitik.<sup>674</sup> Der FDGB wiederum versuchte dies zu unterlaufen, indem an mehrere Einzelgewerkschaften Einladungen zur Leipziger Arbeiterkonferenz versandt wurden - allerdings ohne Erfolg, denn der DGB blieb zurückhaltend.<sup>675</sup> Daran änderte auch der Beginn der ersten Sondierungsgespräche auf Referentenebene nichts. Die Verhandlungen der technischen Delegationen und die Schriftwechsel zwischen dem Bundesvorstand des DGB und dem FDGB zogen sich bis zum Herbst 1970 hin. Besonders strittig zwischen DGB und FDGB war zunächst der Tagungsort eines möglichen Treffens und vor allem die Einreisemodalitäten der DGB - Delegation. Die Einreise über Westberlin wurde vom FDGB strikt abgelehnt, da wie in Ostberlin betonte wurde, Westberlin kein Bundesland der BRD sei. Ferner argwöhnte die DDR-Staatssicherheit, dass der DGB bestrebt sei, die „Berlinfrage“ mit ihrer Kontaktpolitik zu verquicken. Ziel sei es dabei, auch andere sozialistische Länder zu einer Anerkennung Westberlins als Teil der Bundesrepublik zu bewegen.<sup>676</sup> Der DGB hingegen wollte mit der Einreise in die DDR über Westberlin ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem DGB-Bezirks Westberlin setzen und damit verdeutlichen, dass dieser Bezirk ein Teil des Gesamtverbandes ist. Die Entscheidung, ob Westberliner Gewerkschaften an einem Besuch in der DDR teilnehmen sollten,

---

<sup>673</sup> So Egon Bahr in einem Gespräch mit Kersten (BV), Vermerk Kerstens an Vetter vom 24.04.1970. AdsD, DGB-Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001424.

<sup>674</sup> Drei Monate vor der Unterzeichnung des Viermächte-Rahmen-Abkommens über Westberlin am 03.09.1971 beschloss der DGB-Bundesvorstand die „UdSSR-Kontakte bis zur Klärung der Berlinfrage zu unterbrechen.“ Protokoll des Bundesvorstandes vom 01.06.1971. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI000536.

<sup>675</sup> Protokoll des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 16.02.1970. AdsD, DGB - Archiv.

<sup>676</sup> Auskunft über die Haltung westdeutscher Gewerkschaften zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (27s. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr. 1290/69, S.7.



blieb aber dem Bundesvorstand vorbehalten und war nicht Verhandlungsgegenstand der technischen Delegationen beider Gewerkschaftsverbände.<sup>677</sup> Die Delegationen trafen sich am 2. April 1970 in Düsseldorf. Der GBV beauftragte die DGB Delegation damit, Bereitschaft für ein Treffen in Ostberlin zu signalisieren. Allerdings sollte die andere Seite keine Vorbedingungen in Bezug auf die Einreise stellen. Der FDGB versuchte seinerseits die Berlin Frage zu umgehen, indem man eine Einladung für ein Spitzengespräch beider Vorstände nach Magdeburg aussprach. Diese Einladung, die durch ein Fernschreiben des damaligen FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke nochmals bekräftigt wurde, nahm der GBV zwar zur Kenntnis, ernsthaft in Betracht kam Magdeburg für den DGB jedoch nicht. Die besondere Zurückhaltung der bundesdeutschen Gewerkschaften resultierte nicht ausschließlich aus den strittigen Einreisemodalitäten, sondern vor allem aus der Forderung Brandts den Verlauf der deutsch-deutschen Gespräche abzuwarten.<sup>678</sup> Der FDGB wurde hingehalten, denn immerhin hatte der DGB unterdessen eine Reihe von Kontakten geknüpft und auch Delegationen aus anderen sozialistischen Ländern empfangen. So etwa empfing man am 18. März 1970 eine rumänische Delegation oder signalisierte einer ungarischen Handelsmission Interesse an weiteren Kontakten.<sup>679</sup>

Sämtliche Fragen die im Zusammenhang mit FDGB-Kontakten auftraten, wurden über den Staatssekretär im Gesamtdeutschen Ministerium Hermann Kreutzer und dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke erörtert.<sup>680</sup> Die Ausarbeitungen zur Kontaktfrage und die interne Vorbereitungen bzw. Schulungsmaßnahmen der Gewerkschaften wurden dabei inoffiziell über Wehners Ministerium koordiniert.<sup>681</sup> Bereits Anfang des Jahres 1970 hatten die gewerkschaftsinternen Vorbereitungen für die innerdeutschen Gewerkschaftsgespräche

---

<sup>677</sup> Protokoll des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 02.03.1970. AdSD, DGB - Archiv.

<sup>678</sup> Nach den Erkenntnissen der DDR-Staatssicherheit hatte sich Brandt persönlich bei Vetter dafür eingesetzt, Auskunft über die Haltung westdeutscher Gewerkschaften zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (27s. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr. 1290/69, S.7, hierzu auch die Ausführungen Willy Brandts vor dem SPD-Gewerkschaftsrat vom 19.01.1970, von Hermsdorf an Vetter übersandtes Kurzprotokoll vom 09.02.1970, AdSD, DGB-Archiv, BV, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001802.

<sup>679</sup> Die Liste ist beliebig verlängerbar bspw. hier die offizielle Gegeneinladung an die Gewerkschaften Jugoslawiens und Bulgariens für den 20.04.1970, Protokolle des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 26.01. und 02.04.1970. AdSD, DGB-Archiv.

<sup>680</sup> Auskunft über die Haltung westdeutscher Gewerkschafter zur Ostpolitik und zur Aufnahme von Kontakten mit dem FDGB vom 31.12.1969 (27s. Bericht). BStU, MfS, HVA, 156, Nr.1290/69, S.20.

<sup>681</sup> Kreutzer hatte den DGB aufgefordert „Kadertrupps mit besonderen Kenntnissen über die DDR und den FDGB[...]“ auszubilden. Ferner bot er an die Ausarbeitungen hierfür sowie zur Kontaktfrage auf „privatem Wege“ zur Begutachtung an Wehner weiterzuleiten, Ebenda, S.23.

begonnen. Eine erste gemeinsame Arbeitstagung von DGB-Bundesvorstandsmitgliedern, Vertretern des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Bildungsgemeinschaft „Arbeit und Leben“, sollte die DGB-Spitze auf die potentiell aus der Kontaktaufnahme mit dem FDGB resultierenden „Probleme“ vorbereiten. Fortan sollte sich dieses Gremium regelmäßig alle drei Monate zusammentreten. Dass der DGB auch im Bereich der verbandsinternen Bildungsarbeit den Schulterschluss mit den Sozialdemokraten suchte, entging der FDGB-Führung nicht.<sup>682</sup> Die FES nahm nach Ansicht des FDGB dabei eine Schlüsselstellung ein. Mit dem „Renegaten Kurt Müller“ dem Leiter der Öffentlichkeitsarbeit sei, so urteilte man in Ostberlin, „eine besondere Instanz zur ideologischen Diversionsarbeit gegen DKP und FDGB“ geschaffen worden.<sup>683</sup> Dass die SPD mit Hilfe der FES dem DGB in bei seiner Bildungsarbeit unter die Arme griff, entging der SED schon deswegen nicht, weil auf dem gemeinsamen Lehr- und Veranstaltungsplan des DGB und der FES zwei Personen immer wieder als Dozenten auftraten - nämlich ausgerechnet Rudolf Maerker und Wilhelm Gronau.<sup>684</sup> Es erscheint wie ein Treppenwitz der Geschichte, dass bei den Schulungsmaßnahmen ein informeller und ein hauptamtlicher Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit dozierten. Allerdings sollten beide in ihren Ämtern und Funktionen sowie in ihrem Einfluss auf Seminarinhalte nicht überschätzt werden. Ebenso wenig sollten aus diesem Umstand Rückschlüsse auf das Verhältnis DGB-FDGB gezogen werden, denn der DGB grenzte sich nach wie vor vom FDGB ab. Bereits im April 1970 hatte der Bundesvorstand eine Broschüre über die Organisation und Geschichte des FDGB als Grundlage der gewerkschaftsinternen Bildungsarbeit herausgegeben.<sup>685</sup> Im Schatten der Moskauer Vertragsverhandlungen erfolgten im DGB ebenso Vorbereitungen auf einen verstärkten Abgrenzungskurs wie in der SPD, denn Transformation und Abgrenzung bedingten sich wechselseitig. Einer-

---

<sup>682</sup> Information über die Kontaktpolitik gegen den FDGB im Jahre 1970, Mitte Dezember 1970, o.D.. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/104 S.2. Siehe hierzu ebenfalls die vertrauliche Besprechungsnotiz (vom 18.04.1972) einer Tagung vom 14.04.1972 im Hause des DGB-Bundesvorstandes zum Thema: Koordinierung der Institutionen, die sich mit innerdeutschen Fragen beschäftigen. Anwesend Dr. Waldemar Ritter (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), Detlev Kühn, Ernst Eichengrün (Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben), Dr. W. W. Schütz (KUD), Winfried Ridder, Siegfried Heid, Dr. Manfred Ackermann, Kurt Müller (FES), Otto Blessing (Politische Akademie Lohmar), Bruno Friedrich (Gesellschaft für politische Bildung), Horst Friebe (Arbeit und Leben), Heinz-Oskar Vetter, Horst Modell (DGB-Bundesschule Hochkamp), Heinz Richter (DGB-BV, Abt. Organisation), Wilhelm Gronau (DGB-BV, Abt. Vorsitzender). AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender, 5/DGAI17.

<sup>683</sup> Ebenda, S.5.

<sup>684</sup> Ebenda, siehe Anlage.

<sup>685</sup> Protokoll des Geschäftsführenden Bundesvorstandes vom 13.04.1970. AdsD, DGB - Archiv.

seits nahmen aus Sicht der SED im Jahr 1970 die Diversionstätigkeiten der Bundesrepublik in Form von „Anfragen und Angebote staatlicher, gesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Stellen oder Einzelpersonen[...] an einzelnen Vorstände, Abteilungen usw. im FDGB“ zu.<sup>686</sup> Andererseits ließ sich konstatieren, dass parallel dazu die Abgrenzung vom Kommunismus forciert wurde, wenn auch etwas abgeschwächer als in der SPD. Bei allen Differenzen, die der DGB-Bundesvorstand auch mit Teilen der Junggewerkschafter austrug, gab es keine vergleichbaren Auseinandersetzungen wie sie innerhalb der SPD ausgefochten wurden.<sup>687</sup> Dennoch war die SPD nach Auffassung der Westabteilung des FDGB bemüht „ihre antikommunistische Linie auch in den Gewerkschaften zu praktizieren und durchzusetzen.“<sup>688</sup> Das war kein Trugschluss. Auch wenn der Beschluss des SPD-Parteirates vom 14. November 1970 (Sozialdemokratie und Kommunismus) durch die DGB-Führung lediglich zur Kenntnis genommen und nicht Gegenstand eingehender Erörterungen im Bundesvorstand wurde<sup>689</sup>, blieb er dennoch nicht folgenlos für den DGB. Dies schien sich durch den Beschluss des SPD - Arbeitnehmerbeirats vom 21. März 1971 zu bestätigen.<sup>690</sup> Vor allem innerverbandlich zeigte der Beschluss „Sozialdemokratie und Kommunismus“ seine Wirkung. Die kommunistischen Gewerkschafter konnten sehr schnell feststellen, wie sie zunehmend von den sozialdemokratischen Kollegen gemieden wurden. Wobei dieser Trend nicht erst mit dem Beschluss vom 14. November begann. Der damalige stellvertretende DKP-Vorsitzende Herbert Mies unterrichtete die SED schon im Frühjahr 1969 darüber, dass durch die SPD-Führung verstärkt der Versuch unternommen werde, die Kommunisten aus den Gewerkschaften „rauszudrängen“.<sup>691</sup> Diese im Stillen und Verborgenen vorgenommene Abgrenzung von den Kommunisten innerhalb des DGB stellte sicherlich eine „flankierende Maßnahme“<sup>692</sup> dar, die sich aber nicht aus-

---

<sup>686</sup> Information über die Kontaktpolitik gegen den FDGB im Jahre 1970, Mitte Dezember 1970, o.D., BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/104 S.7.

<sup>687</sup> So auch die Einschätzung Heilemanns in einem Schreiben an Norden vom 03.05.1971. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/104.

<sup>688</sup> Ebenda, S.2ff.

<sup>689</sup> Heinz-Oskar Vetter informierte den GBV am 23.11.1970 über den Münchner SPD-Parteiratsbeschluss. AdsD, DGB-Archiv, Protokoll des GBV vom 23.11.1970.

<sup>690</sup> Darin hieß es: „Der Arbeitnehmerbeirat begrüßt nachdrücklich die Entscheidung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission und wird mit seinen Kräften dafür sorgen, dass diesem Beschluss Rechnung getragen wird.“

<sup>691</sup> Gedächtnisprotokoll von Gerhard Meyer (Arbeitsbüro) an Walter Ulbricht vom 13.05.1969 über eine Zusammenkunft mit den Genossen der DKP am 02.04.1969. BA, SAPMO, DY 30 3558.

<sup>692</sup> Vgl. Hemmer, Hans: Flankierende Maßnahmen - Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kalten Krieg und Entspannung, in: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Von der

schließlich auf die außenpolitische Ebene bezog, sondern sich ebenso auf die Innenpolitik erstreckte.

Nach der Neugründung der DKP im Sommer 1968 waren die Gewerkschafter genauso Adressat kommunistischer Aktionseinheitsavancen wie die Sozialdemokraten. Die DGB-Führung ließ es aber bereits im Zuge der 68er Protestbewegung nicht an Distanz zu kommunistischen Gruppierungen fehlen. Sofern Kommunisten als Initiatoren der damals beinahe alltäglichen Kundgebungen und Demonstrationen auftraten, rief der DGB-Bundesvorstand in aller Regelmäßigkeit dazu auf, diese nicht zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen.<sup>693</sup> Dass es dabei immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaftsjugend kam ist unstrittig. Der Bundesjugendausschuss (BJA) forderte in Analogie zu den Jungsozialisten in der SPD mehr Teilhabe und aber auch in der Durchführung von Aktionen mehr Unabhängigkeit vom Bundesvorstand. Die Aktionen (Kundgebungen, Seminare etc.) des BJA mussten durch den GBV genehmigt werden. Daran entzündete sich die Kritik der Junggewerkschafter, denn diese Handhabung vereitelte ihre Emanzipationsversuche gegenüber dem Bundesvorstand. Die satzungsrechtlichen Fragen sich damit stellten, nämlich ob der BJA eine Personengruppe sei der weitergehende Rechte zuzugestehen waren (eigene finanzielle Mittel oder eigene Satzung) erinnerten an die Auseinandersetzungen in der SPD im Zusammenhang mit den Arbeitsgemeinschaften. Eine Einigung zwischen DGB-Führung und dem BJA blieb zunächst aus.<sup>694</sup>

Die DKP versuchte mit ihrer Agitation an diese Differenzen anzuknüpfen. Ziel der Kommunisten waren Kontakte zu „...jenen [...] die eine grundsätzliche oppositionelle Haltung gegenüber der Politik der sozialdemokratischen Führung entwickeln“ herzustellen.<sup>695</sup> Allerdings registrierte die DKP-Führung, dass es für im Zuge weiterer ostpolitischer Erfolge und damit der steigenden Popularität der Bundesregierung immer schwieriger wurde innerhalb der Gewerkschaften Verbündete

---

Aufgabe der Freiheit - Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, S. 171-187.

<sup>693</sup> Protokoll des GBV vom 11.01.1968, hier die Ablehnung einer Diskussionseinladung der marxistischen Studiengemeinschaft mit dem Thema „Marx und Gewerkschaften heute“, ebenso auch zu den Ostermärschen, AdSD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender, DGAI 5/000380.

<sup>694</sup> Einzelinformation über die Auseinandersetzungen zwischen dem Bundesvorstand des DGB und dem Bundesjugendausschuss des DGB vom 13.12.1968. BStU, MfS, HVA, 139, Nr. 1338/68.

<sup>695</sup> So umriss Spangenberg die künftigen Ziele der DKP. Hausmitteilung Max Spangenberg an Walter Ulbricht vom 14.01.1969. BA, SAPMO, DY 30, 3558.

gegen die SPD-Spitze zu finden.<sup>696</sup> Nach dem deutsch-deutschen Treffen in Erfurt hielten gerade die sozialdemokratischen Kollegen den Kommunisten entgegen, dass es jetzt darauf ankomme, Brandt gegen die CDU/CSU zu unterstützen, statt ihn zu attackieren.<sup>697</sup> Wollte die DKP nicht als Störfaktor der bundesdeutschen Entspannungspolitik in Erscheinung treten, musste sie eine offene Konfrontation mit der SPD in außenpolitischen und deutschlandpolitischen Belangen vermeiden. Dies hätte sicherlich die Loyalität gegenüber der SPD-Führung derjenigen Parteimitglieder, die aus Sicht der DKP für ihre Zwecke gewonnen werden sollten, gestärkt. Daher betonte Herbert Mies auf der 6. Parteivorstandstagung im Mai 1970, dass die Gewerkschaften nicht zur Plattform für die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit der SPD werden dürften.<sup>698</sup>

Der SPD-Parteivorstand beobachtete zwar die Aktionseinheitsavancen der DKP an die DGB-Jugend mit Argusaugen, aber dennoch mit großer Gelassenheit, da sich bereits abzeichnete, dass die Möglichkeiten der Kommunisten die studentische Protestbewegung zu steuern außerordentlich gering waren.<sup>699</sup> Die Konstituierung des eingangs erwähnten Gewerkschaftsrates verschaffte der SPD-Führung ein zusätzliches Gewicht in den Gewerkschaften, zumal sie keinen Hehl daraus machte, sich gegebenenfalls von „SPD-Mitglieder mit Linksdrall“ zu trennen.<sup>700</sup> Die durch SPD und Innenministerium gewonnenen Informationen über die DKP trugen dazu bei, dass sich der DGB keine Illusionen über den Sinn und Zweck des gewerkschaftlichen Engagements hingab. Vielmehr stellte die DGB-Führung fest, „dass die DKP ohne die aktive Mitwirkung der Mitglieder der verbotenen und illegalen KPD nicht existenzfähig[...]“ sei.<sup>701</sup> Dass die politischen Praktiken der Kommunisten unverändert waren, bestätigten die so genannten „wilden Streiks“ im Sep-

---

<sup>696</sup> In diesem Sinne wurde Albert Norden durch Kurt Bachmann informiert. Nach dem Treffen in Erfurt herrsche, so Bachmann in weiten Teilen der Gewerkschaften eine „Siegerstimmung darüber, dass Brandt die DDR aufgeschlossen habe...“. Kurzinformation der Westabteilung vom 31.03.1970 aus einer Unterredung des Genossen Norden mit Bachmann. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/10.02/186.

<sup>697</sup> Ebenda.

<sup>698</sup> Protokoll der PV-Tagung der DKP vom 30./31.05.1970. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/10.02/172, S. 7ff.

<sup>699</sup> Vertraulicher Bericht (o.V.) an der PV der SPD vom 11.06.1969. AdsD, Depositum Helmut Schmidt, SPD, PV, 5210.

<sup>700</sup> Information eines „Gewährsmann“ im PV der SPD, von Albert Norden an Walter Ulbricht am 22.10.1968 weitergeleitet. BA, SAPMO, DY 30 IV A2/2028/25.

<sup>701</sup> Rundschreiben Heinz Oskar Vettors an die Vorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, den Vorsitzenden der Landesbezirke und den Mitgliedern des GBV vom 10.06.1969. AdsD, DGB-Archiv, BV, Sekretariat, Günther Stefan 5/DGCU 00380.

tember 1969.<sup>702</sup> Als Drahtzieher wurde im Bundesvorstand die DKP ausgemacht, da sie „ihr altes Ziel, die Arbeiterschaft von der Führung zu trennen, noch immer nicht aufgegeben habe.“<sup>703</sup> Dies hatte jedoch für die DKP-Kollegen keine direkten Konsequenzen, d.h. der DGB - Bundesvorstand verzichtete auf administrative Maßnahmen. Einer der Gründe für die zurückhaltenden Reaktionen der DGB-Führung in der Öffentlichkeit waren sicherlich die Reisevorbereitungen der DGB-Delegation in die Sowjetunion. Auch unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten wäre ein Ausschluss der DKP-Mitglieder sofern sie nicht gegen DGB-Satzung und Bundesbeschlüsse verstießen nicht zu rechtfertigen gewesen. Allerdings entging dem aufmerksamen Beobachter nicht, dass bereits vor den „wilden Streiks“ der Geschäftsführende Bundesvorstand eine Einladung der DKP zum 8. DGB-Bundeskongress auf deren Nachfrage hin rundweg abgelehnt hatte.<sup>704</sup> Auch im laufenden Bundestagswahlkampf des Spätjahrs 1969 unterstützte der DGB den Abgrenzungskurs der SPD. Eine Beteiligung der kommunistischen Kollegen bei den Forumsgesprächen zur Mitbestimmung sollte nach Auffassung des Bundesvorstandes verhindert werden, ohne großes Aufsehen zu erregen.<sup>705</sup> Diese Handhabung der K-Frage, die sich vornehmlich hinter den Kulissen vollzog, ist historisch umstritten. Immer wieder wurde der DGB-Führung vorgeworfen, sie habe es versäumt zur DKP öffentlich klar Stellung zu beziehen. Derartige Behauptungen stützten sich sowohl auf das Ausbleiben einer öffentlichen Erklärung des DGB zur Neugründung DKP als auch auf die verhaltene Reaktion der DGB-Spitze im Zusammenhang mit den wilden Streiks 1969. Sicherlich war der Großteil der DKP-Funktionäre gewerkschaftlich organisiert doch nun im Umkehrschluss zu meinen,

<sup>702</sup> Der Begriff war innerhalb des DGB keineswegs unstrittig. Vetter hatte in diesem Zusammenhang von disziplinierten Arbeitsniederlegungen gesprochen und den Versuch unternommen die Wogen zu glätten. Zu einer völlig anderen Bewertung der Vorgänge kam jedoch der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie. So das geharnischte Schreiben (als Anlage des Schreibens Vetter an den GBV vom 09.10.1969) Walter Arendts an Heinz-Oskar Vetter vom 25.09.1969. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI001256.

<sup>703</sup> Protokoll des Bundesvorstandes vom 04.11.1969. Ausführungen des Kollegen van Berk. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 000536. Einer der maßgeblichen Repräsentanten dieser Auffassung war Otto Brenner. So der Bericht über die Reaktion führender Gewerkschafts- und Unternehmerkreise auf die Streikbewegung im September 1969, undatiert, abgelegt am 10.12.1969. BStU, MfS, HVA 154, Einzelinformation 1103/69.

Ebenso registrierte die SPD-Baracke, dass durchaus ein Zusammenhang zwischen Streikaufrufen und besonders emsigen Aktivitäten der DKP- KPD- Betriebsgruppen bestand. Bericht von Günther König an den PV der SPD über die Arbeitsniederlegungen in den Krupps-Hüttenwerken vom 11.06.1970, Anlage des Präsidiumsprotokolls vom 11.06.1970. AdsD, SPD, PV, Präsidiumsprotokolle.

<sup>704</sup> Protokoll des GBV vom 28.04.1969. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 000381.

<sup>705</sup> Protokoll des Bundesvorstandes vom 02.09.1969. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 000536.

dass die DGB-Führung aus Angst oder gar aus Sympathien für die DKP keine rigorosere Abgrenzung betrieb, verzerrt die Realität nämlich die Ablehnung des Kommunismus, insbesondere der DKP durch weite Teile der Gewerkschaften, bis zur Unkenntlichkeit. Vielmehr existierte ein gemeinsamer Abgrenzungskurs von SPD und DGB gegenüber den Kommunisten. Dies lässt sich an den zahlreichen Kooperationen von SPD und DGB in den Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie an der gegenseitigen Unterrichtung über kommunistische Volksfrontmanöver aufzeigen. Ein solcher Vorgang stellte nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages die kommunistisch gesteuerte ESK - Initiative dar. Alfred Nau hatte Vetter persönlich über die DKP-Bemühungen im Rahmen dieser Kampagne unterrichtet und ihn über die ablehnende Reaktion des SPD-Präsidiums in Kenntnis gesetzt.<sup>706</sup> Diese deutliche Warnung an die Adresse des DGB sich an derartigen Kampagnen zu beteiligen war eigentlich nicht mehr notwendig, denn der DGB befand sich zu diesem Zeitpunkt längst auf dem Abgrenzungskurs der SPD. Der DGB-Bundesvorstand hatte sich schon vorher gegen eine Beteiligung der Gewerkschaften an der ESK-Initiative ausgesprochen.<sup>707</sup> Die institutionelle Verzahnung von SPD und DGB-Führung durch den SPD-Gewerkschaftsrat und die parallel dazu genutzten Kontakte auf persönlicher Ebene trugen dazu bei, dass die SPD den DGB in der Kommunistenfrage wie nie zuvor im Griff hatte. Heinz - Oskar Vetter warb des Öfteren im eigenen Verband für die Positionen der SPD und unterrichtete die Kollegen über die Ziele und Strategie der DKP.<sup>708</sup>

Der bereits aufgezeigte Schulterschluss von SPD und DGB im Bereich der Bildung und Schulung flankierte insofern nicht nur die Brandtsche Ostpolitik indem sie die Gefahr bei weiteren Ostkontakten infiltriert zu werden, minimieren sollte, sondern sie stellte darüber hinaus eine innenpolitische Absicherung dar, die in breite Teile der Gesellschaft hineinreichte. Der DGB erreichte so vor allem auch junge Menschen, die dem unmittelbaren Einfluss der SPD entzogen waren. Ein Beispiel hierfür ist die vom 25. bis 29. November 1968 in Westberlin stattgefunden und in

---

<sup>706</sup> Telegramm Alfred Nau an Heinz-Oskar Vetter vom 21.09.1970, Erklärung des SPD-Präsidiums (Anlage). AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 001805.

<sup>707</sup> Antwortschreiben Heinz-Oskar Vetter an Alfred Nau vom 22.09.1970. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 001805.

<sup>708</sup> Schreiben Heinz-Oskar Vetter an die Mitglieder des GBV vom 05.11.1970. AdsD, DGB-Archiv, Abt. Vorsitzender 5/DGAI 16.

Federführung des DGB durchgeführte Schulung zum Marxismus-Leninismus mit Unteroffizieren des 1. Panzeraufklärungs - Lehrbataillons Nr.11 aus Münster.<sup>709</sup>

Festzuhalten bleibt, dass mit der Konstituierung des SPD-Gewerkschaftsrates als Reaktion auf die vorangegangenen Differenzen mit den Gewerkschaften, den Radikalisierungstendenzen der 68er Protestbewegung und der DKP-Gründung neben den Einflussmöglichkeiten auf persönlicher Ebene eine weitere nämlich eine organisatorische trat. Der hohe politische Stellenwert des SPD-Gewerkschaftsrates lässt sich unter anderem daran erschließen, dass er personell beinahe mit dem halben SPD-Parteivorstand besetzt wurde. Seine Hauptaufgabe war den wechselseitigen Informationsfluss zwischen SPD-Führung und Gewerkschaften sicherzustellen. Die SPD-Baracke unterrichtete die DGB-Spitze über die kommunistische Strategie und Taktik der Aktionseinheit. Im Gegenzug erhielten die Sozialdemokraten so Informationen, die es ihnen ermöglichte zu einer realistischen Lagebeurteilung der kommunistischen Aktivitäten in den bundesdeutschen Gewerkschaften zu gelangen. Wie groß der Einfluss der Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften war, zeigte sich an dem entspannungspolitischen Schulterschluss von SPD und DGB. In der Bewertung der Prager Vorkommnisse im Sommer 1968 glichen die Positionen der DGB-Führung denen Willy Brandts.<sup>710</sup> Eine Abgrenzung vom Kommunismus war daher nicht gleichbedeutend mit einem Verzicht auf Kommunikation. Vielmehr bedeutete das immer wieder bei Gesprächen mit den osteuropäischen Kollegen hervorzuheben, dass sich der DGB unabänderlich zur freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik bekennt. Folglich bedeutete Abgrenzung die Betonung der Unterschiede zwischen DGB und den osteuropäischen Gewerkschaften gerade *trotz* der neuen Bonner Ostpolitik.

Der durch den Regierungswechsel im September 1969 eingeleiteten quantitativen Anstieg von Ostkontakten bedeutete auch für den DGB eine Zunahme offizieller Kontakte mit Gewerkschaftern im kommunistischen Einflussbereich. Ausgenom-

---

<sup>709</sup> Leiter des Seminars war das SPD-Mitglied Hauptmann Manfred Rath. Einzelinformation über Seminare des DGB mit Bundeswehrangehörigen in Westberlin vom 23.12.1968. BStU, MfS, HVA, 139, Nr. 1370/68.

<sup>710</sup> Zur Rolle der Neuen Ostpolitik auf den Prager Frühling in der CSSR vgl. Bange, Oliver: Die CSSR-Krise - Die „Speciale Role“ vor dem Hintergrund westlicher Transformationsstrategien, in: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg 2, Hamburg 2008, S.411ff.



men hiervon war zunächst der FDGB. In enger Zusammenarbeit mit dem gesamtdeutschen Ministerium und der Friedrich-Ebert-Stiftung begannen Vorbereitungen bzw. Schulungsmaßnahmen für künftige deutsch-deutsche Begegnungen. Die Ostkontakte der Gewerkschaften wurden mit den ost- und deutschlandpolitischen Initiativen der sozialliberalen Koalition synchronisiert. Der DGB flankierte die neue Ostpolitik sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch.

#### **IV     Fazit**

Die Abgrenzung der Sozialdemokratie vom Kommunismus hat eine lange Tradition deren Ursprung in der Spaltung der Arbeiterbewegung lag. Der Marxismus-Leninismus wurde nicht nur durch die kontradiktorische Interpretation der Marx'schen Lehre abgelehnt. Ideologische Differenzen reichen nicht aus, um die Gegnerschaft zwischen Sozialdemokratie auf der einen und dem Kommunismus auf der anderen Seite zu erklären. Im Verlauf der Geschichte mussten die Sozialdemokraten im politischen Wettstreit feststellen, dass nicht nur die politisch-gesellschaftlichen Ziele, sondern vor allem die Methoden politischer Herrschaftsausübung unvereinbare Gegensätze offenbarten. Wo immer Sozialdemokraten Illusionen anhängen im Wege einer Zusammenarbeit die Spaltung der Arbeiterbewegung reversibel machen zu können, wurden sie zunächst benutzt, infiltriert, eingeschüchtert, und schließlich verfolgt und verhaftet. Dogmatismus und totalitärer Anspruch des Marxismus-Leninismus tolerierten keine anderen politischen Parteien. In der Bekämpfung anderer politischer Überzeugungen bestanden parallelen zur Gleichschaltungspraktiken der Nationalsozialisten. „Rotlackierte Nazis“ war daher die berühmte Etikettierung durch Kurt Schumacher, der die SPD für ihren Neuaufbau antikommunistisch einschwor. Die Ablehnung des Nationalsozialismus und des Kommunismus bildeten den Gründungskonsens der Bundesrepublik, den alle demokratischen Parteien verinnerlichten. Dennoch verfolgte die SPD-Führung das 1956 verhängte KPD-Verbot mit Skepsis, da eine politische Auseinan-

dersetzung mit den Kommunisten durch eine rein juristische ersetzt wurde. Der in den 50er Jahren beschrittene Weg der SPD von der Klassenpartei hin zur Volkspartei stand nicht nur unter antikomunistischen Vorzeichen. Die Entwicklung bis zum Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 wurde ebenso durch die Abkehr von „Marxismen“ geprägt, die letztlich mit dem „Genossen Trend“ und dem „Gemeinsamkeitskurs“ in die Große Koalition von 1966 führte.

Als die 68er Generation ihren Marsch durch die Institutionen antrat, wurde die marxistische Theorie erneut Gegenstand universitärer und außeruniversitärer Studienzirkel. Marx'sche Theorie diente der Analyse und der fundamentalen Kritik an der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik. Die im Zuge der Protestbewegung vorhandenen Radikalisierungstendenzen, fanden aus der APO und der Studentenschaft ihre Fortsetzung in der SPD-Parteijugend. Das Verhältnis zwischen Parteinachwuchs und Parteivorstand war bereits während der Großen Koalition schwer belastet. Der Radikalisierungsschub der Jusos, der mit dem im Dezember 1969 vorgenommenen personellen Wechsel im Bundesvorstand seinen Ausdruck fand, beobachtete die SPD-Baracke mit großer Sorge. Die Diskussionen innerhalb der Führungsgremien kreisten um eine mögliche kommunistische Unterwanderung und wie diese zu verhindern sei. Integration der „jungen Wilden“ und Abgrenzung vom Kommunismus waren miteinander gekoppelt und wurden zeitgleich vorgenommen. Diese Strategie sicherte die Partei ideologisch und organisatorisch ab, ohne die Tür für die junge Generation zuzuschlagen. Ein größerer Mitgliederzuwachs der im Sommer 1968 neu gegründeten DKP wurde dadurch verhindert. Die phasenweise unterschiedliche Akzentuierung schuf zudem einen Ausgleich zwischen den Parteiflügeln der SPD.

Die Neue Ostpolitik sollte nicht über die ideologische Unvereinbarkeit zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus hinwegtäuschen. Trotz der entspannungspolitischen Tauwetterphase der Ära Brandt, war der Wettlauf der Systeme nicht auf allen Ebenen unterbrochen oder gebremst worden, denn dieser Wettlauf war nicht nur ein Ringen um militärisch-industrielle Potenz, sondern es war ein Kampf der Ideologien bzw. um das „bessere“ politische System. Nicht zuletzt der Kreml verstand die „friedliche Koexistenz“ ausschließlich als ein friedliches Nebeneinander von Staaten. Der Marxismus-Leninismus als Fundament politischer Herr-

schaft wurde somit ausgeklammert. Diese Dimension gilt es nicht zu unterschätzen, denn gerade die Macht der Ideen, nicht die militärisch-industrielle Überlegenheit eines Blockes, beendete den Kalten Krieg. Die Idee von individueller, politischer und gesellschaftlicher Freiheit besaß eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung der Warschauer-Pakt-Staaten. Wie die Aufstände 1953 in Ostberlin, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR aufzeigten, war ihr allein mit militärischen Mitteln langfristig nicht beizukommen. Aus diesem Grund wurde die „Aktionseinheit“ als ein strategisches Element sowjetischer Europapolitik reaktiviert. Das politische Ziel und die Adressaten dieser Politik erkannte die SPD-Führung klar und reagierte mit einer stärkeren ideologischen sowie organisatorischen Abgrenzung durch das Löwenthal-Papier und den Anti-Aktionseinheitsbeschluss vom 14. November 1970. Das war die von der Opposition geforderte illusionslose Ostpolitik. Stellvertretend für diesen Realismus innerhalb des SPD-Parteivorstandes formulierte Wehner:

„Wir müssen in einer Welt leben, die wir mit Kommunisten teilen müssen. Weil wir mit ihnen leben müssen, haben wir dafür zu sorgen, dass wir von ihnen nicht geschluckt werden.“<sup>711</sup>

Darin spiegelten sich zwei Einsichten wieder. Erstens, dass im Ost-West-Konflikt die Teilung der Welt in zwei Blöcke noch länger Bestand haben werde und das es dabei zu einem geregelten Nebeneinander kommen müsse. Zweitens werden die Kommunisten auch in Zukunft nichts unversucht lassen Sozialdemokraten zu Kommunisten umzuformen oder zu beseitigen.

Keineswegs verharrte die SPD-Führung dabei in Defensivpositionen, sondern stellte dem Kommunismus selbstbewusst den demokratischen Sozialismus entgegen. Gerade in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West stellte dies eine notwendige Bedingung dar, um einen Wandel in den Staaten Osteuropas zu initiieren. Erhard Eppler brachte diesen Umstand 1972 auf den Punkt:

„Entweder wir glauben was wir sagen, dass nämlich unsere innere Ordnung der kommunistischen überlegen ist. Dann brauchen wir vor Kontakten keine Angst zu haben. Oder wir glauben es nicht. Dann sollten wir einpacken.“<sup>712</sup>

Transformation und Abgrenzung ergänzten sich auf diese Weise wechselseitig.

---

<sup>711</sup> Herbert Wehners Anmerkungen zum Löwenthalpapier (o.D.) im Spätjahr 1970. SPD, PV, Abt. Jugend und Bildung, Referat politische Bildung, 3020.

<sup>712</sup> Erhard Epplers Interview in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 13.06.1972.

Neben der innerparteilichen Immunisierung gegen den Kommunismus und den in dieser Darstellung nur angedeuteten Signalfunktion gegenüber den westlichen Alliierten, diente die sozialdemokratische Abgrenzungsstrategie vor allem der innenpolitischen Konsolidierung der Neuen Ostpolitik. Sie war nicht nur eine Herzensangelegenheit Brandt und Bahrs, sondern vielmehr die *raison d'être* der sozialliberalen Koalition. Der innenpolitische Dreh- und Angelpunkt, der über Erfolg oder Misserfolg entschied, blieb die Ratifikation der Ostverträge durch den Deutschen Bundestag. Die knappen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse, die vereinzelt Proteste aus den eigenen Reihen, die Aus- bzw. Übertritte von SPD und FDP-Fraktionsmitgliedern, die Kampagnen der Opposition, die die SPD in die Nähe der Kommunisten rückten sowie das in den ostpolitischen Verhandlungen vorgelegte Tempo bildeten einen Ursachenbündel für die Forcierung des Antikommunismus durch die SPD-Führung. Wie dargestellt wurde, war die Vorveröffentlichung des Löwenthal-Papiers kein Zufall oder ein Versehen. Es sollte nicht ausschließlich als interne Schulungsgrundlage oder Grundlagendokument dienen. Von Anfang an, plante die SPD-Spitze eine Veröffentlichung des Papiers, denn nur so konnte es zur innenpolitischen Absicherung der Neuen Ostpolitik beitragen. Bahr hatte nach den Verhandlungen in Moskau schnell erste Ergebnisse vorzuweisen. Der Moskauer Vertrag war aus dessen Logik das Herzstück der Ostverträge, denn bei allen Schwierigkeiten, die sich etwa mit der Oder-Neiße Linie oder dem Münchner Abkommen in den Verhandlungen mit Polen und der CSSR abzeichneten, blieb es eine Frage der Zeit, wann mit anderen osteuropäischen Nachbarn weitere Verträge unterzeichnet wurden. Daher agierte der Parteivorstand mit besonderer Eile an einer Vorlage, die kurz nach der Unterzeichnung des Schlüsselvertrages mit dem Kreml veröffentlicht werden sollte.

Der Extremistenbeschluss vom Januar 1972 war eine Konzession der Regierung Brandt an die Opposition. Er ließ sich zwar nahtlos in den Antikommunismus der SPD-Spitze einreihen, aber wurde zu einem Zeitpunkt verabschiedet in dem die Bundesregierung unter erheblichen innenpolitischen Druck geriet. Dieser innenpolitische Druck richtete sich in erster Linie gegen die Neue Ostpolitik. Daher ist der größere Zusammenhang für die Entstehung des Beschlusses die Bonner Ostpolitik. Die Entstehung dieses Beschlusses nachzuzeichnen, ist aus rein innenpolitischer Perspektive nicht zu leisten und verkennet den eigentlichen funktionellen Charak-

ter des Politikfeldes der inneren Sicherheit innerhalb der Oppositionsarbeit der CDU/CSU.

## Anhang

### **Sozialdemokratie und Kommunismus**

#### Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit

Die erste sozialdemokratisch geführte Regierung der Bundesrepublik hat mit dem Moskauer Vertrag einen ersten großen Schritt zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion getan. Weitere Schritte des Ausgleichs mit den kommunistischen Regierungen Osteuropas werden folgen. Das besondere Bemühen der Bundesregierung gilt der Entkrampfung der Beziehungen mit dem von den Kommunisten regierten Staat im anderen Teil Deutschlands, der Verhinderung weiteren Auseinanderlebens und der Erleichterung der Kontakte zwischen den Deutschen beiderseits der Grenze.

Diese Schritte zur Überwindung der feindseligen Konfrontation mit den Mächten des Warschauer Paktes fügen sich in die allgemeinen Entspannungsbemühungen unserer westlichen Verbündeten ein. Sie wollen zur Beseitigung der Gefahren beitragen, die den Frieden in Europa und der Welt bedrohen. Sie sollen den Weg ebnen zur Verringerung der Rüstungslasten, unter denen die Völker im Westen wie Osten leiden, und zum Abbau der trennenden Schranken zwischen den Menschen.

Die Aufgabe ist notwendig und lösbar, aber sie ist schwer - schwer vor allem deshalb, weil es sich um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Staaten handelt, in denen grundverschiedene politische Ordnungen bestehen: Freiheitliche Demokratie im Westen, kommunistische Parteidiktatur im Osten. Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen: Der Friede, den wir erstreben, soll ja nicht nur das nackte Leben schützen - er soll unserem Volk das Recht sichern, die Formen seines politischen und gesellschaftlichen Lebens auch weiterhin in Freiheit selbst zu gestalten.

Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden voneinander trennen.

#### Grundsätze und Ziele sozialdemokratischer Politik

Die Sozialdemokratie, am Beginn des Industriezeitalters aus dem Kampf der jungen Arbeiterklasse um elementare demokratische und soziale Rechte entstanden, ist längst zu einer Bewegung für

die stetige Erweiterung der Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten aller arbeitenden Menschen in einer demokratischen Ordnung geworden.

Ihre Ziele umfassen in allen Ländern:

Die Sicherung und Fortentwicklung einer rechtstaatlichen Demokratie, mit Freiheit der Partei-Organisations- und Meinungsbildung und mit Verantwortlichkeit einer ablösbaren Regierung vor den Wählern;

Die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere der sozialen Sicherheit und Chancengleichheit, mit allen Mitteln demokratischer Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Bildungspolitik;

Die friedliche internationale Zusammenarbeit freier Völker auf der Grundlage der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung.

Das Bekenntnis zur rechtstaatlichen Demokratie, zur politischen und geistigen Freiheit ist für die Sozialdemokratie unabdingbar.

"Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft", heißt es im Godesberger Programm der SPD. Sozialismus - im klassischen Sinne einer Kontrolle der Gesellschaft über die wirtschaftlichen Machtmittel mit Hilfe des Staates - ist nur möglich, wo die Staatsmacht selbst von der Gesellschaft demokratisch kontrolliert wird.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit unter sich verändernden technischen und wirtschaftlichen Bedingungen ist für die Sozialdemokratie eine immer neue, niemals beendete Aufgabe: Er kann nicht durch Erreichung eines dogmatisch vorweggenommenes "Endziels" abgeschlossen werden. Verschiedene Formen des öffentlichen Eigentums, der staatlichen Wirtschaftslenkung, der Mitbestimmung in der Produktion sind Mittel zur demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht und zur Sicherung der sozialen Rechte der Arbeitenden. Als Mittel müssen sie auf Grund von Erfahrungen nach ihrer Zweckmäßigkeit bewertet werden, und sind von verschiedenen sozialdemokratischen Parteien unter verschiedenen Umständen verschieden bewertet worden.

Die Erfahrung hat weder das konservative Dogma bestätigt, politische und geistige Freiheit sei nur auf der Grundlage unkontrollierten kapitalistischen Eigentums möglich, noch das kommunistische Dogma, Demokratie ließe sich nur durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel sichern. Die freiheitliche Demokratie ist - wie die moderne Industrie - zunächst in Ländern mit privater Eigentumsordnung geschaffen worden. Sie hat sich unter dem gemischten Wirtschaftssystem mit vorwiegend privatem Eigentum und planender staatlicher Wachstums- und Stabilitätspolitik, das heute in den fortgeschrittenen Ländern des Westens herrscht, weiterentwickelt. Das gesellschaftliche System der Bundesrepublik insbesondere hat sich auf der Grundlage der bestehenden Eigentumsordnung als politisch stabil, wirtschaftlich leistungsfähig und sozial entwicklungsfähig erwiesen: Die deutsche Sozialdemokratie braucht zur Verwirklichung ihres Programms keine Enteignungsmaßnahmen. Aber auch der Versuch der tschechoslowakischen Reformkommunisten, ihren Staat auf der Grundlage des fortbestehenden Staatseigentums zu demokratisieren, war innenpolitisch nicht aussichtslos, bevor er durch militärische Intervention von außen erstickt wurde.

Erfahrungsgemäß führt also weder Privateigentum notwendig zum Faschismus, noch Staatseigentum notwendig zum Stalinismus:

Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum, so wichtig diese ist, sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung.

#### Ziele und Methoden der Kommunisten

Auch die Kommunisten berufen sich auf das Ziel der Befreiung aller Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, der Abschaffung aller Klassenprivilegien, der gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Völker. Doch sie verstehen dies Ziel im Sinne einer vorgegebenen, angeblich wissenschaftlichen, in Wirklichkeit utopischen Endvorstellung einer klassen- und herrschaftslosen Weltgesellschaft. Sie glauben mit Lenin, Stalin oder Mao Tse-Tung, dass dies irdische Paradies nur durch eine Kette von Revolutionen, Kriegen und Bürgerkriegen, nur durch die wiederholte, gewaltsame Vernichtung ganzer "feindlicher" Klassen erreicht werden kann.

Zu diesem Zweck haben die Kommunisten bisher überall, wo sie zur Macht kamen, die Diktatur ihrer Partei errichtet, die sie als die wahre Demokratie der Werktätigen ausgeben: Sie haben alle Opposition unterdrückt und die Freiheit der Parteibildung beseitigt, alle Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen gleichgeschaltet und die Organisationsfreiheit beseitigt, alle kritische

Meinungsbildung und Meinungsäußerung unmöglich gemacht und die Informations- und Diskussionsfreiheit beseitigt. Und sie haben - gemäß Lenins eigener Definition der Diktatur - die von ihnen monopolisierte Staatsgewalt "von allen rechtlichen Beschränkungen befreit", also sie grundsätzlich zum Terror ermächtigt. Solche kommunistische Diktaturen sind bisher aus eigener Kraft, ohne Intervention von außen, nur in unterentwickelten Ländern ohne starke demokratische Traditionen zur Macht gekommen. In diesen Ländern hat der konzentrierte, zielbewusste Einsatz der totalen Staats- und Parteimacht zum Teil bedeutende Entwicklungsleistungen vollbracht - am eindrucksvollsten in der Sowjetunion selbst. Doch sie haben dafür den Preis jahrzehntelanger Gewaltherrschaft gezahlt. So führte Stalins Zwangskollektivierung, die in der SU noch heute als Verdienst gepriesen wird, zehn Jahre nach der Machtergreifung zur Deportation von Millionen Bauern in Zwangsarbeitslager, neben denen die von Marx und Engels geschilderten Schrecken des englischen Frühkapitalismus verblasen. Nur in diesem Klima der allgemeinen Rechtlosigkeit wurde auch die willkürliche Dezimierung der kommunistischen Parteikader selbst durch Stalins Polizeiterror in den späten 30er Jahren in Russland möglich, die heute offiziell als "Fehler" kritisiert wird, und ebenso die Verfolgung osteuropäischer Kommunisten als "titoistisch-zionistische Agenten" von 1949-52. Wie einst Stalin mit Hilfe der Armee alle Widerstände im Parteiapparat gegen seine Alleinherrschaft gebrochen - und auch in dieser "Kulturrevolution" haben die anarchischen Kämpfe zwischen verschiedenen "Roten Garden" und deren schließliche militärische Unterdrückung ungezählte Blutopfer gefordert.

Dabei haben die Leiden und Entwürdigungen dieser Krisenperioden die kommunistischen Staaten dem Ziel der Klassenlosen Gesellschaft und der internationalen Verbrüderung nicht näher gebracht. In der nach - Stalinschen Sowjetunion sind heute die Macht und die Vorrechte der herrschenden Bürokratie gefestigter als je zuvor. In China sind nach der Kulturrevolution Partei und Verwaltung unter Führung der Generalität rekonstruiert worden. Wettrüsten und Grenzkonflikte, also nackte Machtpolitik, bestimmen die Beziehungen zwischen beiden kommunistischen Großmächten. Was die kleineren kommunistischen Staaten betrifft, so hat die sowjetische Intervention in der CSSR und die zu ihrer Rechtfertigung erfundene Doktrin der beschränkten oder "kollektiven" Souveränität gezeigt, dass Selbstbestimmungsrecht und Gleichberechtigung der Nationen in diesem Machtbereich nicht mehr gelten.

Gewiss müssen nicht alle diese Züge für immer die Politik aller kommunistischen Staaten bestimmen: Auch der Kommunismus ist nicht unveränderlich. Die jugoslawischen Kommunisten haben seit ihrem Bruch mit Stalin Wege gesucht, um die Aufrechterhaltung des Einparteiensystems mit der Schaffung echter Selbstverwaltungsorgane zu verbinden. Die sowjetische Führung hat in dem Jahrzehnt nach Stalins Tod unter der Losung der "sozialistischen Gesetzlichkeit" den Massenterror abgebaut, die Vollmachten der Geheimpolizei beschränkt und die meisten Arbeitslager aufgelöst. Die tschechoslowakischen Reformkommunisten haben 1968 den Versuch gemacht, ein beträchtliches Maß von Informations- und Meinungsfreiheit wiederherzustellen und den Gewerkschaften größeren Spielraum für die Vertretung der Arbeiterinteressen einzuräumen. Eine Reihe von kommunistischen Parteien in Westeuropa hat damals diesen Versuch als ein mögliches Vorbild für kommunistische Machtausübung in Ländern mit demokratischer Tradition begrüßt und die sowjetische Intervention scharf kritisiert, und wenigstens die Italienischen Kommunisten halten an diesem Standpunkt in der Hauptsache auch heute noch fest. Auch in der heutigen Sowjetunion regt sich immer wieder Kritik an dem Fehlen wirklicher Demokratie und Diskussionsfreiheit, das von führenden, staatsreuen Wissenschaftlern als ein Hemmnis der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und ein Grund erneuten technologischen Zurückbleibens hinter dem Westen erkannt wird.

Doch die Erfahrung hat bisher gezeigt, wie stark das Interesse eines kommunistischen Einparteiensystems an der Behauptung seines Machtmonopols jeder wirklichen Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und Diskussionsfreiheit und damit jeder echten Demokratisierung entgegensteht. Nicht zufällig werden Unterdrückungsmaßnahmen wie die polizeilichen Willkürakte gegen sowjetische Schriftsteller, der Einmarsch in die CSSR oder die Absperrmaßnahmen gegen die Bevölkerung der DDR immer wieder mit der Gefahr des "Sozialdemokratismus" begründet: Ein menschlicher, freiheitlicher, rechtsstaatlicher, kurzweilhaft demokratischer Kommunismus müsste sozialdemokratisch werden. Wir schließen die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nicht aus und würden sie begrüßen. Doch wir dürfen die heutigen kommunistischen Diktaturen nicht beschönigen, als ob sie Demokratien wären.

Friedliche Koexistenz und geistige Auseinandersetzung

Sozialdemokratische Politik kann sich nicht das Ziel setzen, die kommunistisch regierten Länder zu "befreien" - auch nicht die DDR.

Das wäre mit einer konsequenten Friedenspolitik unvereinbar: Ein Abbau der Konflikte zwischen Staaten setzt voraus, dass jeder Staat die innere Ordnung des anderen respektiert. Es wäre auch nicht realistisch: ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann, wenn er kommt, nur von innen kommen.

Aber sozialdemokratische Politik muß die demokratischen Grundlagen unserer eigenen politischen Ordnung ebenso entschlossen gegen alle kommunistische Angriffe verteidigen, wie sie sich bemüht, ihren sozialen Inhalt stetig zu verbessern. Die Kommunisten erklären immer wieder, sie von ihnen propagierte "Friedliche Koexistenz" zwischen Staaten mit verschiedenen politisch - gesellschaftlichen Systemen bedeutete für sie keine "ideologischen Koexistenz" also keinen Verzicht auf schärfsten Kritik aller nichtkommunistische Ideen und Institutionen.

Die deutsche Sozialdemokratie nimmt diese Herausforderung an.

Sie hat in den Jahren nach 1945 aus grundsätzlicher Überzeugung für den Teil Deutschlands, in dem sie frei arbeiten konnte, den Weg der Demokratie gewählt und die Zusammenarbeit mit den Anhängern der kommunistischen Diktatur verworfen. Sie hat damit entscheidend darum beigetragen die Bundesrepublik zu schaffen und die Freiheit in West-Berlin zu sichern. Die Ergebnisse - hüben und drüben - haben uns recht geben: Das kommunistische System in der DDR ist auch keine menschenwürdige Alternative zu unserer freiheitlichen Ordnung. Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromisslos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen. (Le Prese 15.08.1970)

Vorlage: Zusammenarbeit mit DKP und SDAJ

In der letzten Zeit wurde wiederholt festgestellt, dass einzelne Mitglieder der SPD zusammen mit Kommunisten politische Aktionen durchführen.

Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keinerlei Gemeinsamkeiten.

Das Präsidium fordert deshalb alle Organisationsgliederungen auf, in Fällen, in denen Mitglieder der SPD zusammen mit Mitgliedern der DKP und der SDAJ

- Gemeinsame Veranstaltungen durchführen
- Gemeinsame Publikationen herausgeben
- Gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. unterzeichnen

Sowie in Fällen, in denen Sozialdemokraten in den von DKP und SDAJ gesteuerten Presseorganen Beiträge veröffentlichen, diese Mitglieder mit Nachdruck auf den parteischädigenden Charakter ihres Verhaltens hinzuweisen und unverzüglich ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten. (Ursprungsfassung)



## Quellenverzeichnis

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD):

Depositum Helmut Schmidt

Depositum Hans-Jochen Vogel

Depositum Horst Ehmke

Depositum Karsten Voigt

Depositum Egon Bahr

Nachlass Leo Bauer

Nachlass Richard Löwenthal

Nachlass Hans-Jürgen Wischnewski

Nachlass Eugen Selbmann

Willy-Brandt-Archiv (WBA), Nachlass Willy Brandt

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Bundesarchiv, Stiftung Archiv und Parteien und Massenorganisationen der DDR  
(SAPMO), Berlin-Lichterfelde

ZK der SED: Westabteilung

Büro Walter Ulbricht

Büro Erich Honecker

Büro Albert Norden

Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Berlin  
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)  
Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)  
Sekretariat des Ministers (SdM)

Privatnachlass Jochen Steffen (PNL/archivalisch nicht erschlossen)

### **Veröffentlichte Quellen und Editionen**

Willy Brandt (Berliner Ausgabe)

Bd. 3 Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966.

Bearbeitet von Siegfried Heimann

Bd. 4 Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947-1972.

Bearbeitet von Daniela Münkler

Bd. 6 Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974. Bearbeitet von Frank Fischer

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.):

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13./14. Mai 1970  
in Saarbrücken

## Literaturverzeichnis

*Abendroth, Wolfgang:* SPD - jenseits von Godesberg - Beitrag zur Diskussion um ein neues Grundsatzzprogramm, Heilbronn 1985.

*Albrecht, Willy:* Unter den Talaren...Studentenbewegung und Sozialdemokratie bis 1968 in: Dowe, Dieter (Hrsg.): Partei und soziale Bewegung - kritische Beiträge zur Entwicklung der SPD seit 1945, Bonn 1993.

*Ders.:* Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) - Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994.

*Ders.:* Kurt Schumacher - Ein Leben für den demokratischen Sozialismus. Reihe praktische Demokratie, Bonn 1985.

*Ders. (Hrsg.):* Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963, Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd.1, Dietz, Bonn, 1999

*Ahonen, Pertti:* After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990, Oxford 2003.

*Ders.:* German Expellee Organizations. Between Revisionism and Reconciliation, Archiv für Sozialgeschichte 45, 2005.

*Arnold, Klaus:* Rückkehr nach Sibirien oder die Macht - das Schicksal des KPD-Funktionärs, SPD-Politikers und Journalisten Leo Bauer, in: Behmer, Markus (Hrsg.): Deutsche Publizistik im Exil 1933 bis 1945, Münster 2000

*Bahr, Egon:* Zu meiner Zeit, München 1996.

*Bange, Oliver:* Ostpolitik und Détente in Europa - Die Anfänge 1966-1969, Mannheim 2004, unveröffentlichtes Manuskript.

*Ders.:* Ostpolitik. Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik, in: AfS, Band 46, Bonn 2006

*Ders.:* Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966-1969, in: Buchstab, Günter; Gassert, Philipp; Lang, Peter Thaddäus (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 - Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005

*Ders.:* Die CSSR-Krise - Die „Speciale Role“ vor dem Hintergrund westlicher Transformationsstrategien, in: Greiner, Bernd; Müller, Christian Th.; Walter, Dierk (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg 2, Hamburg 2008

*Baring, Arnulf*: Machtwechsel-Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1983.

*Barzel, Rainer*: Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge - Misstrauensvotum - Kanzlersturz, Bonn 1998

*Ders.*: Auf dem Drahtseil, München 1978

*Bender, Peter*: Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen - Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1996; 4. Aufl.

*Ders.*: Das Ende des ideologischen Zeitalters, Berlin 1981.

*Billstein, Helmut; Binder, Sepp; Elsner, Manfred; Klose, Hans-Ulrich; Wolkenhaar, Ingo*: Organisierte Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland - DKP, SDAJ, MSB Spartakus, KPD/KPD(ML)/KBW/KB, Opladen 1977; 4. überarb. und erw. Aufl.

*Brandt, Peter (u.a.)*: Karrieren eines Außenseiters - Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Berlin 1983

*Brandt, Willy*: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976

*Ders.*: Erinnerungen. Mit den Notizen zum Fall G, Frankfurt/Main 1994

*Brünneck, Alexander*: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt 1978

*Bouvier, Beatrix*: Ausgeschaltet! - Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996

*Ders.*: Zwischen Godesberg und Großer Koalition - Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990

*Buchstab, Günter; Gassert, Philipp; Lang, Peter Thaddäus* (Hrsg.): Kurt Georg Kiesinger 1904-1988 - Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005

*Buschfort, Wolfgang*: Das Ostbüro der SPD - von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991

*Butterwegge, Christoph*: Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner „Mutterpartei“, Hamburg 1974

*Bärwald, Helmut*: Das Ostbüro der SPD - 1946-1971 Kampf und Niedergang, Krefeld 1991

*Ders.*: Von der SPD zur Persona non grata erklärt, in: Löw, Konrad (Hrsg.): Verratene Treue - Die SPD und die Opfer des Kommunismus, Köln 1994

*Börnsen, Gert*: Innerparteiliche Opposition - Jungsozialisten und die SPD, Hamburg 1969

*Conze, Eckhart*: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaft. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: Loth, Wilfried (Hrsg.): Internationale Geschichte- Themen - Ergebnisse - Aussichten, München 2000

*Cortier, Peter*: Die SPD am Scheideweg, Neue Gesellschaft, Ausgabe 3 Jhg.1970

*Dahrendorf, Ralf*: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968

*Deppe, Frank*: „Zwischen Integration und autonomer Klassenpolitik - Die DGB Gewerkschaften in der Ära des Sozialliberalismus, in: Deppe, Frank; Fülberth, Georg; Harrer, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1989

*Dinkelmann, Kai*: Walter Ulbricht und seine deutsch-deutsche Revolutionstheorie 1944/45-1973 (Diss.), Aachen 2005

*Dübber, Ulrich*: Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, in: APUZ, B21/63 v. 22.5.1963

*Ehmke, Horst*: Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994

*Engelmann, Roger; Erker, Paul*: Annäherung und Abgrenzung - Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956-1969. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 66, München 1993

*Fetscher, Iring*: Von Marx zur Sowjetideologie - Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt am Main 1987; 22.überarb. Aufl.

*Fichter, Tilmann*: SDS und SPD - Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988

*Fischer, Frank*: Im deutschen Interesse - die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001  
Ders.: Von der Regierung der inneren Reformen zum Krisenmanagement. Archiv für Sozialgeschichte 44, Bonn 2004

*Frei, Herbert, Ralph*: Fabianismus und Bernstein'scher Revisionismus 1884-1900 - eine ideologiekomparatistische Studie über wissenschaftstheoretische, philosophische, ökonomische, staatstheoretische und revolutionstheoretische Aspekte der Marx'schen, fabischen und Bernstein'schen Theorie; Lang; Bern [u.a.]; 1979

*Frei, Norbert*: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008

*Freiherr von der Heydte, Gottfried*: Die Geschichte der Auseinandersetzung der SPD mit ihrer Parteijugend, Würzburg 1978

*Funk, Albrecht; Werkentin, Falco*: Die siebziger Jahre. Das Jahrzehnt der inneren Sicherheit, in: Narr, Wolf-Dieter (Hrsg.): Wir Bürger als Sicherheitsrisiko. Berufsverbot und Lauschangriff. Beiträge zur Verfassung unserer Republik, Reinbek 1977  
Ders.: Innere Sicherheit. Symbolische Politik und exekutive Praxis, in: Blanke, Bernhard; Wollmann, Helmut (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991

*Fülberth, Georg*: KPD und DKP 1945-1990 - Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990

*Gebauer, Anne-Katrin*: Der Richtungsstreit in der SPD - Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf (Diss.), Wiesbaden 2005

*Gehlen, Reinhard*: Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971, Mainz 1971

*Gilcher-Holtey, Ingrid*: 1968 - Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998

*Glötz, Peter*: Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchner SPD 1968-1974, in: APuZ 41, 1975

*Grau, Andreas*: Gegen den Strom - Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Sozialliberalen Koalition 1969-1973 (Diss.) in: Buchstab, Günter; Gotto, Klaus; Hans Günter Hockerts, Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 47, Düsseldorf 2005.

*Grebing, Helga*: Der Revisionismus - von Bernstein bis zum „Prager Frühling“, München 1977

*Görtemaker, Manfred*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

*Günther, Klaus; Schmitz, Kurt Thomas*: SPD, KPD/DKP, DGB in den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland - 1945-1973, Bonn 1976

*Haftendorn, Helga*: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, Stuttgart 2001

*Heimann, Horst* (Hrsg.): Bernstein und der demokratische Sozialismus - Bericht über den Wissenschaftlichen Kongress „Die Historische Leistung und Aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, Berlin, Bonn 1978

*Hemmer, Hans*: Flankierende Maßnahmen - Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: Jansen, Christian; Niethammer, Lutz; Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit - Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995

*Hennis, Wilhelm* (Hrsg.): Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977

*Hertle, Hans - Hermann; Wilke, Manfred*: Das Genossenkartell; die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien, Ullstein Verlag, Frankfurt M./Berlin 1992

*Hildebrand, Klaus*: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, in: Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1984

*Hofschien, Heinz-Gerd; Ott, Erich; Rupp, Hans Karl*: SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie im System der BRD, Köln 1975

*Holtmann, Everhard* (Hrsg.): Politiklexikon, München, Wien 2000, 3. Aufl.

*Horn, Gerd-Rainer*: The Spirit of '68. Rebellion in Western Europe and North America 1956-1976, Oxford u.a. 2008

*Inglehart, Ronald*: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Public, Princeton, New Jersey 1977

*Jarausch, Konrad* (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008.

*Jäger, Wolfgang; Link, Werner; Bracher, Karl-Dietrich* (Hrsg.): Republik im Wandel. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd.2, Stuttgart 1983

*Kaden, Albrecht*: Einheit oder Freiheit - die Wiedergründung der SPD 1945/46, Berlin, Bonn 1980

*Kahrs, Johannes; Viehbeck, Sandra* (Hrsg.): „In der Mitte der Partei - Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises, Berlin 2005

*Kaiser, Monika*: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962-1972, Berlin 1997

*Knabe, Hubertus*: Der diskrete Charme der DDR, Berlin 2001

*Kleßmann, Christoph*: Die doppelte Staatsgründung - Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1986

*Klotzbach, Kurt*: Der Weg zur Staatspartei; Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982

*Körner Klaus*: Die Rote Gefahr - Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003

*Kössler, Till*: Abschied von der Revolution - Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945 -1968 (Diss.), Düsseldorf 2005

*Kühn, Andreas*: Stalins Enkel, Maos Söhne - die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre (Diss.), Frankfurt a. M. 2005

*Kühn, Heinz*: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945-1978, Hamburg 1981

*Langguth, Gerd*: Mythos 68 - die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke; Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001

*Lemke-Müller, Sabine*: Ethischer Sozialismus und Soziale Demokratie - Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988

*Locke, Robert*: Kompromisslos bis zur Lähmung - Die Fraktionen im SHB setzen sich gegenseitig schachmatt, in: Vorwärts vom 27.05.1971

*Lönnendonker, Siegward; Rabehl, Bernd; Staadt, Jochen*: Die antiautoritäre Revolte; Bd.1; Schriften des Otto-Stammer-Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Berlin 2002

*Lösche, Peter; Walter, Franz:* Die SPD - Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei - Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992

*Löwenthal, Richard:* Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974

*Lücke, Paul:* Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht, Berlin , Frankfurt a.M. 1968

*Mampel, Siegfried:* Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Ideologiekontrolle - Zur Bedeutung einer Heilslehre als Mittel zum Griff auf das Bewusstsein für das Totalitarismusmodell, Berlin 1996

*Mensing, Wilhelm:* Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben - Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Zürich 1989

*Merseburger, Peter:* Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart 2002

*Meyer, Thomas:* Bernsteins konstruktiver Sozialismus - Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Bonn 1977  
*Ders.:* Demokratischer Sozialismus - Soziale Demokratie - eine Einführung, Bonn 1991, 3. überarb. und aktualisierte Aufl.

*Mies, Herbert:* „Fremdbestimmt? Abhängigkeit und Unabhängigkeit der DKP“, Großsachsen 1995

*Miller Susanne:* Das Problem der Freiheit im Sozialismus - Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt am Main 1967

*Müller, Emil-Peter:* Die Bündnispolitik der DKP - Ein trojanisches Pferd, Köln 1982

*Müller-Rommel, Ferdinand:* Innerparteiliche Gruppierungen in der SPD: eine empirische Studie über informell organisierte Gruppierungen von 1969-1980, Opladen 1982

*Münkel, Daniela:* Wer war die „Generation Godesberg“? , in: Schönhoven, Klaus; Braun, Bernd (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, München 2005

*Niedermayer, Oskar; Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann* (Hrsg.): Neumitglieder in der SPD. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Bezirk Pfalz, Neustadt 1987

*Niedhart, Gottfried; Bange, Oliver:* Helsinki 1975 and the transformation of Europe, Oxford, New York 2008

*Ders.:* Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.), Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006



*Ders.:* Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen - Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebziger Jahren; in: Archiv für Sozialgeschichte 44, Bonn 2004

*Owetschkin, Dimitrij:* Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie - zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003

*Papcke, Sven:* Der Revisionismusstreit und die politische Theorie der Reform - Fragen und Vergleiche, Stuttgart [u.a.] 1979

*Potthoff, Heinrich; Miller Susanne:* Kleine Geschichte der SPD - 1848-2002, Bonn 2002; 8. aktualisierte und erw. Aufl.

*Roik, Michael:* Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984 (Diss.), Paderborn 2006

*Rudzio, Wolfgang:* Die Erosion der Abgrenzung - Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988

*Röhl, Klaus Rainer:* Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974

*Sarotte, Mary Elise:* Dealing with the devil - East Germany, détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Univ. of North Carolina Press, Chapel Hill (NC) 2001

*Scholz-Brandenburg, Till:* Eduard Bernstein und Karl Kautsky - Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteienmarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932, Köln, Weimar, Wien 1992

*Schmidke, Michael:* Der Aufbruch der jungen Intelligenz - Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt a. M. 2003

*Schmidt-Eenboom, Erich:* Geheimdienst, Politik und Medien - Meinungsmache Undercover, Berlin 2004.

*Ders.:* Undercover - wie der BND die deutschen Medien steuert, München 1999

*Schonauer, Karl:* Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD 1946-1973 - Der Wandel der SPD-Jugendorganisation von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Bonn 1980

*Schuon, Karl Theodor:* Politische Theorie des demokratischen Sozialismus - eine Einführung in die Grundelemente einer normativ-kritischen Theorie demokratischer Institutionen, Marburg 1986

*Schwan, Alexander; Schwan, Gesine:* Sozialdemokratie und Marxismus: zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974

*Schwan, Gesine:* Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland - Kontinuität und Wandel nach 1945, Baden-Baden 1999

*Ders.:* Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik, Stuttgart [u.a.] 1982

*Schweisfurth, Theodor*: Friedliche Koexistenz, ideologischer Kampf und Ostpolitik, NG 2/124 Jahrgang 1971

*Schöllgen, Gregor*: Willy Brandt. Die Biographie, München 2003

*Schönhoven, Klaus*: Wendejahre - Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, in: Dowe Dieter (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945; Band 2, Bonn 2004  
Ders., Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949 bis 1956, Bd.11, Köln 1996

*Seebacher-Brandt, Brigitte*: Willy Brandt, München 2004

*Siegfried, Detlef*: Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre. Hamburger Beitrag zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 41, Göttingen 2006.

*Spanger, Hans-Joachim*: Die SED und der Sozialdemokratismus - ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982

*Stadt, Jochen*: Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970 - Von der gesamtdeutschen Orientierung zur Sozialistischen Nation, Berlin 1993  
Ders.: Die SED-Kampagne gegen Herbert Wehner, in: Deutschland Archiv, 27 (1994)

*Soell, Hartmut*: Der junge Wehner - Zwischen revolutionärem Mythos und pragmatischer Vernunft, Stuttgart 1991

Ders.: Hartmut: Herbert Wehner - Ein Leben in den Krisen des 20. Jahrhunderts, in: Bouvier, Beatrix (Hrsg.): Gesprächskreis Politik und Geschichte im Karl Marx-Haus, Heft 7, Trier 2006

*Suri, Jeremi*: Power and protest - global revolution and the rise of détente, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts, London 2003

*Thränhardt, Dietrich*: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1996

*Tudor, Henry* (Hrsg.): Marxism and social democracy - the revisionist debate 1896-1898, Cambridge 1988

*Ushner, Manfred*: Die Ostpolitik der SPD - Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991

*Vogel, Hans-Jochen*: Die Amtskette - Meine 12 Jahre - Ein Erlebnisbericht, München 1972

*Vogtmeier, Andreas*: Egon und die deutsche Frage - zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996

*Weber, Hermann*: Das Prinzip Links - Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848-1990-Eine Dokumentation, Berlin 1992

*Ders.*: Der ewige Kommunist? Die Instrumentalisierung der Vergangenheit des Politikers Herbert Wehner, in: Rudolph, Karsten u. a. (Hrsg.): Geschichte als Möglichkeit, Essen 1995  
*Ders.*: Leben nach dem "Prinzip Links". Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006.

*Weinhauer, Klaus*: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, Archiv für Sozialgeschichte 44, Bonn 2004

*Wesel, Uwe*: Die verspielte Revolution. 1968 und die Folgen, München 2002

*Wilke, Manfred*: Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischen Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971, Melle 1985

*Wischnewski, Hans-Jürgen*: Mit Leidenschaft und Augenmaß - In Mogadischu und anderswo, München 1989

*Wolf, Markus*: In eigenem Auftrag - Bekenntnisse und Einsichten, München 1991

*Wolfrum, Edgar*: Die Bundesrepublik Deutschland (1949-1990). Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 23, Stuttgart 2005

## Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt	SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
a.a.O.	am angegebenen Ort		
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie	SdM	Sekretariat des Ministers
APO	Außerparlamentarische Opposition	SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
BA	Bundesarchiv		
BV	Bundesvorstand	SI	Sozialistische Internationale
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich-Demokratische Union		
CSSR	Ceskoslovenská Socialistická Republika	UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
CSU	Christlich-Soziale Union	USA	United States of America
DDR	Deutsche Demokratische Republik	Vgl.	Vergleich
		VS	Verschlusssache
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund	WGB	Weltgewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei	ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ESK	Europäische Sicherheitskonferenz	ZK	Zentralkomitee
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund		
FDP	Freie Deutsche Partei		
GBV	Geschäftsführender Bundesvorstand		
GG	Grundgesetz		

HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IBFG	Internationaler Bund Freier Gewerkschaften
KGB	Komitet gosudarstvennoj be- zopasnosti
KP	Kommunistische Partei (ge- wöhnlich mit nationalem Addendum: KPC)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KUD	Kuratorium Unteilbares Deutschland
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NL	Nachlass
o.V.	ohne Verfasser
o.D.	ohne Datum (undatiert)

### Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere, dass ich die beiliegende Dissertation ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Arbeit hat noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

Mannheim, 14.05.2009

---

Unterschrift